
Institut für
Ökologie



- ✓ Ökologie und Ökonomie unvereinbar!
- ✓ Ökoneoliberalismus, Ökosteuern und Klimazertifikaten
- ✓ Mensch und Natur – Umweltschutz ohne Markt und Staat
- ✓ Grünes Geld

Ökonomie&Ökologie

Zusammengestellt von: Jörg Bergstedt

Institut für Ökologie

Das Institut

Wir sind keine geldschwere Einrichtung, besitzen überhaupt kein zentrales Büro - aber das empfinden wir als Vorteil. Im Institut für Ökologie arbeiten BiologInnen, PlanerInnen, UmweltschutztechnikerInnen und viele mehr zusammen. Die meisten sind in lokale oder regionale Projekte eingebunden, das Institut hat die Aufgabe, überregional agieren zu können.

Wir bieten:

- Referate, Seminare, Veröffentlichungen (auch im Auftrag anderer)
- Planungen, Gutachten, Bewertungen
- Beratung für UmweltakteurInnen, Umweltbildung
- Kritische Beiträge zu Umweltschutzstrategien
- Diskussion zu Umweltschutz von unten (www.projektwerkstatt.de/uvu)

Die Reader

Mit den Readern haben wir zu einigen der Themen, die wir intensiv bearbeiten, Materialsammlungen zusammengestellt. Sie sind für PraktikerInnen im Umweltschutz genauso brauchbar wie für Studium u.ä.

Folgende Reader sind bereits erschienen (je 6 €):

- Umweltbildung
- Naturlehrpfade
- Agenda 21
- Politik von unten
- Umweltgerecht bauen
- Ökonomie&Ökologie
- Herrschaftskritik konkret
- Software für UmweltschützerInnen
- Ökonomie von unten
- Ökostrom von unten
- Entscheidungsfindung von unten

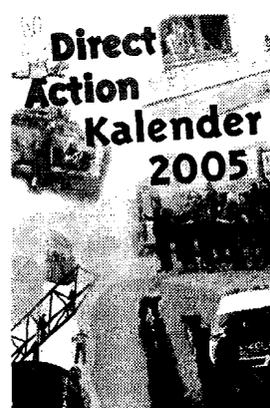
Die Adresse

- Institut für Ökologie, Ludwigstr. 11, 35447 Reiskirchen

Gegen 3 Euro in Briefmarken schicken wir Ihnen ein Informationspaket aus den Positionspapieren zu Umweltschutz von unten und die „Öko-Zeitung gegen Markt und Kapital“ zu.

Für Vorträge zu Themen wie „Ökonomie von unten“, „Ökonomie und Ökologie“, „Umweltschutz von unten (statt Agenda, Okokapitalismus & Co.)“ oder „Freie Menschen in Freien Vereinbarungen“ bitte in der Projektwerkstatt, 06401/903283, saasen@projektwerkstatt.de melden. Eine Übersicht über Themenangebote für Referate befindet sich unter www.vortragsangebote.de.vu.

Neue Materialien zu Herrschaftskritik



Seattle, Genua, überall.
Direct Action Taschenkalender für 2005, ab Aug. 05 auch 2006. Mit praktischem Kalendarium, Texten und Tipps rund um Direkte Aktion und kreativen Widerstand plus beigelegtem Adreßheft! 4 €, ab 5 Ex. je 3 €.



Abwehr der Ordnung!
Soli-CD mit 20 Songs gegen Law and Order ... von Hip Hop über Hardcore bis NDW. Preis: 5 €.



Direct Action Broschürenreihe. Kleine Heftchen zu versch. Themen mit Hintergründen und konkreten Aktionstpps. Bisher erschienen: Knast, kreative Antirepression, Kommunikation subversiv, Die Mischung macht's und Lieder für Aktionen (siehe www.direct-action.de.vu). Je Heft: 1 €.



Reich oder rechts?
Buch über den Filz von Umweltgruppen mit Staat und Markt sowie deren Positionen. 300 S., 21 €.

In dritter Auflage: HierarchNIE!-Reader. 80 Seiten mit Kritik an zentral-hierarchischen Strukturen und jeder Menge Ideen und Methoden zum Abbau von Dominanzen in Gruppen. 6 € pro Stück, ab 5 Ex. 2 € pro Stück



Nachhaltig, modern, staats-treu? Buch mit Analyse der Staats- und Marktorientierung aktueller linker Konzepte. Die Stärkung von Herrschaft gemeinsamer Nenner von Attac bis Antideutschen? 200 S., 14 €



Bestellmöglichkeiten:
• Projektwerkstatt, Ludwigstr. 11, 35447 Saasen
• Tel.: 06401/90328-3, Fax -5
• Mail: versand@projektwerkstatt.de
• Online: www.politkram.de.vu

www.direct-action.de.vu

Inhalt und Quellen

Inhalt und Quellen

Ökonomie und Ökologie sind unvereinbar	5 - 7
Grundsatzaufsatz Autor: Jörg Bergstedt Quelle: Kurzfassung des Kapitels 7.3 "Weniger Ökonomie ... und die von unten" des Buches "Agenda, Expo, Sponsoring - Perspektiven radikaler, emanzipatorischer Umweltschutzarbeit" (IKO-Verlag)	
Emanzipatorische Ökologie	8 - 10
Grundlagenpapier für einen Umweltschutz von unten Autoren: Institut für Ökologie Mehr Infos: http://go.to/umwelt	
Mensch und Natur	11 - 15
AutorInnen: Gruppe Gegenbilder Quelle: Auszug aus "Freie Menschen in Freien Vereinbarungen" Buch und Diskussionsforum (www.opentheory.org/gegenbilder)	
Kritik marktwirtschaftlicher Ansätze	16 - 20
Ökologisch-soziale Marktwirtschaft (Kritik, Hintergründe) Quelle: Broschüre der BUNDjugend	
Ökosteuern	21 - 27
Kritik an Ökosteuern Autor: Jörg Bergstedt Quelle: Positionspapier des Instituts für Ökologie Auszüge aus dem Konzept der Umweltverbände von 1997 mit Ausnahmeregelungen für die energieintensiven Betriebe (siehe Seite 61 Mitte) Quelle: Broschüre des Deutschen Naturschutzrings	
Beispiel: Klimaschutz	28 - 35
Gründe gegen das Kyoto-Protokoll AutorInnen: Institut für Ökologie Quelle: Erklärung zur Bonner Klimakonferenz Sommer 2001 Rassismus und Neokolonialismus AutorInnen: Risingtide, Bonn (Umwelt-Aktions-Netzwerk) Quelle: Ö-Punkte Sommer 2001 Resümee der Bonner Klimakonferenz Sommer 2001 Quelle: Ö-Punkte Herbst 2001 Klimaschutz von unten (Gegenvorschläge zu Kyoto) Quelle: Erklärung zur Bonner Klimakonferenz Sommer 2001 Siehe auch www.risingtide.de und www.projektwerkstatt.de unter Zitate!	



Inhalt und Quellen

- Kritik am Ökoneoliberalismus** 36 - 38
Papier der Gruppe Landfriedensbruch
Autoren: Institut für Ökologie
Mehr Infos: <http://go.to/umwelt>
- Weniger Ökonomie ... und die von unten** 39 - 47
Autor: Jörg Bergstedt
Quelle: Kapitel 7.3 des Buches "Agenda, Expo, Sponsoring -
Perspektiven radikaler, emanzipatorischer Umweltschutzarbeit" (IKO-Verlag)
- Grünes Geld 48 -46**
Infos und kritische Anmerkungen zu ethischen Geldanlagen
Quelle: Ö-Punkte-Schwerpunkt Winter 2001/02
- Filz zwischen Wirtschaft und UmweltschützerInnen** 57 - 60
Autor: Jörg Bergstedt
Quelle: Zusammenfassung der Kapitel 5.1 und 5.2 des Buches "Agenda,
Expo, Sponsoring - Recherchen im Naturschutzfilz" (IKO-Verlag)
- Kritik an ökologischen Betrieben** 61 - 59
Text zu Kommerzialisierung ökologischer Betriebe
Autor: Jörg Bergstedt
Quelle: Kapitel 3.9 des Buches "Agenda, Expo, Sponsoring -
Recherchen im Naturschutzfilz" (IKO-Verlag)



Ökologie und Ökonomie sind unvereinbar!

Umweltschutz hat nur eine Chance, wenn ökonomische Zwänge abgebaut werden

Ausbeutung von Mensch und Natur funktioniert nur dann uneingeschränkt, wenn die Menschen keine andere Wahl haben. Daher ist es ein Grundprinzip, den Menschen ihre Selbstorganisationsfähigkeit zu nehmen, um sie für die Verwertung im Kapitalismus gefügig zu machen. Der Prozeß der Zerschlagung selbstorganisierter Lebensformen (Subsistenz, direkter Handel oder Tausch, ebenso aber auch kulturelle Entwicklungen, Kommunikation usw.) ist in den ärmeren Staaten dieser Welt noch in vollem Gange bzw. hat unter dem Begriff „Globalisierung“ sogar eine besondere Härte entwickelt. Zur Ausbeutung der Menschen kommt die Ausbeutung der Natur, die selbst grundsätzlich wehrlos ist und nur von Menschen im Rahmen der Selbstbestimmung in ihren Regionen als Wert definiert und verteidigt werden könnte. Doch das endet unter dem Druck auf die Menschen, sich selbst und die natürlichen Ressourcen in ihren Regionen dem Zugriff des Profitstrebens freizugeben.

Alternative Ansätze der Ökonomie haben bislang nur Teilaspekte der Verwertungslogik und Machtstruktur aufheben können oder sind in diesem zentralen Punkt gänzlich unwirksam geblieben.

- Selbstverwaltete Betriebe, Kommunen usw. haben höchstens Nischen aufgebaut, ohne auf das restliche Geschehen irgendeine spürbare Wirkung zu entwickeln. Die von außen auf sie wirkenden Zwänge und eigene Wünsche der Beteiligten haben sie zudem immer ähnlicher werden lassen den konventionellen Strukturen der Gesellschaft. Zudem schüren Zwänge interne Konflikte, die Zeit und Kraft kosten und damit viele Gemeinschaften entpolitisiert haben.
- Tauschringe oder alternative Währungssysteme können zwar einige Härten der kapitalistischen Gesellschaft abfangen (z.B. die unterschiedliche Bewertung von Arbeit), aber nicht die grundlegenden Prozesse. Vielmehr unterliegen sie diesen selbst, denn Angebot und Nachfrage, Vorteile für oft nachgefragte Fähigkeiten und die Reduzierung des Tauschgeschehens auf Randbereiche des täglichen Lebens machen sie oft zur (durchaus wichtigen!) Vermittlung sozialer Kontakte, nicht aber zu ökonomischen Gegenstrategien.
- Selbstversorgungsversuche in den Industrienationen enden meist in zeitintensiven Anbauversuchen ohne wesentliche Wirkung auf den Konsum der beteiligten Menschen, da höchstens der Nahrungsmittelbereich, meist aber noch nicht einmal der abgedeckt werden kann. Stattdessen erweist sich der Eigenanbau innerhalb kleiner, losgelöster Gemeinschaften eher als zeit- und krafraubend und damit entpolitisiert.
- Das internationale Engagement reduziert sich bislang meist auf direkte Hilfslieferungen oder die Organisation fairer Handelsbeziehungen, die allerdings auch nicht das Problem lösen können, daß die Nachfrage in den reichen Ländern diktiert, was in den ärmeren Staaten angebaut oder hergestellt wird. Gleichberechtigte Beziehungen, z.B. der Tausch selbstbestimmt erzeugter Güter, finden nicht statt.
- Marktwirtschaftliche Mittel wie die Ökosteuern, freiwillige Selbstverpflichtungen oder das unverbindliche Öko-Audit schaffen nicht einmal Nischen oder Verbesserungen im Detail, sondern stärken den Kapitalismus, in dem sie einen Druck zur Modernisierung, vor allem zur technischen Innovation und Rationalisierung aufbauen. Tatsächlich verschlechtern sie das Mächtigkeitsgefälle sogar, in dem sie die Kompetenz über die Entscheidung zum Umwelt“verbrauch“ von den zumindest theoretisch abwählbaren Regierungen und Parlamenten in den Markt verlegen, wo das Kapital, d.h. in der Regel die zahlungskräftigen Großkonzerne entscheiden.

Die Alternative zur Alternative: Keine Ökonomie

Das Zielbild einer herrschaftsfreien Gesellschaft sieht die Menschen im Mittelpunkt. Alle Menschen sind frei und gleichberechtigt. Was zwischen ihnen bzw. zwischen den Organisationen und Gruppen, zu denen sich Menschen zusammenschließen, geschieht, erfolgt auf der Ebene freiwilliger Vereinbarungen. Die Existenz von Strukturen, die den Menschen die Regelung ihres Zusammenlebens abnehmen, widerspricht dem Prinzip der Selbstbestimmung. Folglich gibt es auch keine ökonomischen Strukturen, die nicht von den Menschen selbst gewollt, getragen und organisiert werden – keinen Handel, kein Wirtschaftsministerium, keine Welthandelsorganisation und keine Bank, die nicht direkt aus dem Willen und der Vereinbarung der Menschen entspringen.

Eine herrschaftsfreie Gesellschaft ist nicht das Ende von Austausch, Handel und Zusammenarbeit von Menschen und ihren Zusammenschlüssen, aber alle Institutionen und Organisationen verschwinden, die heute auch dann weiterexistieren, wenn es keine Menschen gibt, die sie wollen und tragen (außer denen, die es machen, um damit Geld zu verdienen).

Auf dem Weg zu einer Gesellschaft ohne oder mit weniger Ökonomie sind verschiedene Teilschritte denkbar, die allein das Ziel nicht erreichen, aber dem immer ein Stück näher kommen.



Absicherung durch Grundsicherung oder Subsistenz

Subsistenz bedeutet die Fähigkeit, sein Leben selbst zu organisieren. Das beinhaltet die Möglichkeit zur Befriedigung der Grundbedürfnisse (Nahrung, Wasser, je nach Wohnort ein Dach über dem Kopf und Heizung u.ä.) und zur Entwicklung der kulturellen Gemeinschaft zwischen Menschen.

Die Absicherung von Menschen kann vor der Auflösung zentraler ökonomischer Strukturen über verschiedene Wege führen. Diskutiert wird bereits die finanzielle Absicherung über eine Grundversorgung, d.h. ein staatlich gesichertes Gehalt. Dieses darf nicht an Bedingungen geknüpft sein, weil es sonst in gleicher Weise wie ein Arbeitsplatz zu konformen Verhaltensweisen führt, also nicht absichert, sondern kanalisiert. Sinnvoller, vor allem in Hinblick auf eine Weiterentwicklung in Richtung einer herrschaftsfreien Gesellschaft, wäre die Absicherung über materielle Werte, vor allem einen Anteil am Bodenbesitz. Diese müssen unverkäuflich sind, damit nicht über Zwang, ökonomischen Druck u.ä. diese Sicherungen wieder entfallen bzw. bei wenigen zusammengeführt werden. Bei einer Absicherung über einen Anteil am Boden können die Menschen selbst entscheiden, ob sie diesen selbst bewirtschaften, anderweitig nutzen oder aber verpachten (auf welcher Tauschbasis auch immer) bzw. mit anderen gemeinsam nutzen.

Individueller und gemeinsamer Abbau ökonomischer Zwänge

Ein hoher materieller Lebensstandard ist daher für Menschen ohne vorhandenes Kapital gleichbedeutend mit starken Zwängen, d.h. der Notwendigkeit, den Gegenwert der materiellen Güter zu erwirtschaften. Der einfachste Teilschritt, sich ökonomischen Zwängen zu entziehen, ist daher die Beschränkung der im freien Markt erworbenen, materiellen Werte und Dienstleistungen. Das ist nicht gleichbedeutend mit Verzicht. Zum einen entsteht ein Gewinn: Zeit und Freiheit. Zum anderen gibt es für die Schaffung eines ausreichenden Lebensstandards auch Alternativen zum Markt, z.B. Tausch oder Eigenproduktion. Zu den Möglichkeiten, den materiellen Bedarf zu senken, gehören auch Eigentumsgemeinschaften: Wo Sachwerte nicht individuell zugeordnet, sondern von mehreren genutzt werden, sinkt der wirtschaftliche Druck auf den Einzelnen, diese zu beschaffen, instandzuhalten usw. Der bekannteste Fall solcher Eigentumsgemeinschaften sind das Car-Sharing oder geteiltes Hauseigentum.

Am konsequentesten sind Gütergemeinschaften, d.h. die Teilung aller materiellen Werte innerhalb eines Zusammenschlusses von Menschen in freier Vereinbarung.

Dezentralisierung von Politik und direkte Demokratie

Jeder Schritt gesellschaftlicher Machtverlagerung nach unten sowie verbesserter Beteiligungsrechte für die BürgerInnen bedeutet einen Fortschritt hin zur Herrschaftsfreiheit. Zur Zeit bietet sich aber nur ein geringer Rahmen für solche Veränderungen. Die Bemühungen um direkte Demokratie stärken die Rechte der Menschen für Einzelfälle und meist außerhalb vieler Politikbereiche, die von der Entscheidungsbefugnis ausgenommen sind.

Verbesserungen der Beteiligungsrechte für alle Menschen bzw. die BürgerInnen einschließlich des vollen Einsichtsrechts werden auch die Mitwirkungsmöglichkeiten bei ökonomischen Entscheidungen stärken, vor allem bei der Gewerbeansiedlung und Flächennutzung. Zudem stellt die direkte Demokratie die Mittel bereit, per BürgerInnen- oder Volksentscheid weitergehende Veränderungen durchzusetzen.

Zerschlagung/Entmachtung zwangsausübender Wirtschaftsinstitutionen

Das richtige Tun ist ein Teil des Ganzen, würde aber angesichts der Übermacht der bestehenden Ordnungsstrukturen nur in Nischen eine Chance haben und in der Wirkung nur wenige Menschen erreichen. Es gilt, sich gegen Institutionen und Organe, die ökonomische Zwänge ausüben, zu erheben. Viele von ihnen können unter Druck gesetzt werden, wenn sich viele Menschen einig wären in der Verweigerung und in ihrem Protest, z.B. durch

- Blockaden, Besetzungen oder Aktenvernichtung in Arbeits- und Sozialämtern, die mit der Androhung der Minderung oder des Entzug der finanziellen Überlebensgrundlage Menschen zur Bereithaltung oder zum Verkauf ihrer Arbeitskraft zwingen.
- Streiks und andere Arbeitskämpfformen gegen die Firmenleitungen und für mehr Mitbestimmung oder Kollektivierung sowie höhere Autonomie der Menschen.
- Umsturz innerhalb der Gewerkschaften, um diese zu einer Plattform des Widerstandes gegen die Macht der Ökonomie und der Konzerne zu machen.
- Widerstand gegen die Macher der weltweiten Wirtschaftsordnungen, u.a. die Welthandelsorganisation WTO, die Weltbanken und Weltkreditinstitute, die Weltwirtschaftsgipfel usw.
- Widerstand gegen alle Grenzen zwischen Ländern, der Nationalstaaten und ihnen ähnlichen Gebilden (z.B. der EU), denn sie alle bedeuten "Ordnungen".
- Widerstand gegen die lokalen und regionalen AkteurInnen der Wirtschaftsordnung, d.h. dominante Konzerne, Industrie- und Handelskammern und andere, die mit Rechten ausgestattet sind und so von oben (Wirtschafts-)Ordnungen schaffen.



- Besetzung von Flächen, die seitens der Politik (z.B. über Baulandausweisung) für die Stärkung zentraler Konzerne oder der nötigen Infrastruktur ausgewiesen werden.

Ökonomie von unten

Wo ökonomische Strukturen bleiben (das wird am Beginn des Veränderungsprozesses fast überall, mit zunehmendem Abbau ökonomischer Zwänge und Institutionen immer seltener der Fall sein), muß sie von den Menschen getragen und organisiert, d.h. selbstverwaltet, sein. Wenn alle verbleibenden Arbeitsstrukturen selbstverwaltet organisiert wären, wäre eine Ausbeutung von Mensch und Natur schwerer möglich. Im günstigsten Fall gibt es die folgenden Wirkungen, wenn alle Bereiche selbstverwaltet sind, also wirtschaftliches Handeln nur noch entsteht, wenn sich Menschen in freier Entscheidung dazu entschließen.

- Der Bau von Großanlagen oder zentralen Versorgungsstrukturen ist nicht oder kaum möglich, weil sich kein Mensch freiwillig (also ohne Verfügbarmachung über Lohnzahlung oder Unterdrückungsmaßnahmen) dafür bereitfinden wird, über viele Jahre und ohne eigene Identifikation an solchen Mammutprojekten zu arbeiten.
- Lokale und regionale Bezüge werden gegenüber überregionalen und internationalen Arbeitsstrukturen und Handelsbeziehungen bevorteilt, weil internationale Geflechte ständig Transport- und andere Leistungen verlangen, die auf der Ausbeutung von Mensch (BilliglohnarbeiterInnen) und Natur (Rohstoffen) basieren. Wenn alle (!) Betriebe selbstverwaltet sind, werden auch im Trikont Kollektive als Gesprächspartner für Kollektive aus dem reichen Norden bereitstehen und keine ausbeutbare, verfügbare Masse Mensch
- Es wird kleinere Betriebe bzw. Betriebseinheiten geben, da nur diese selbstverwaltet arbeitsfähig sind. Kooperationen werden durch freiwillige Vereinbarungen und nicht von oben oder per Bankensteuerung geschlossen. Die Arbeitsformen werden vielfältiger, alle Menschen arbeiten gemäß ihren Fähigkeiten und Zeitmöglichkeiten.
- Gewerkschaften und ArbeitgeberInnenverbände gibt es nicht mehr. Die Menschen vertreten sich selbst.

Dezentralisierung ökonomischer Strukturen

Je direkter wirtschaftliche Kontakte organisiert werden, desto einfacher wird es möglich, daß die beteiligten Menschen diese selbst verwalten. Daher sind kleinräumige Strukturen des Wirtschaftens und Handels kleine Schritte in Richtung des Abbau ökonomischer Hierarchien. Konkrete Anfänge sind Tauschringe, Tauschhandel, Kooperativen, Direktvermarktung und gemeinsames Eigentum.

Der Text ist die Kurzfassung des Kapitels „7.5 Weniger Ökonomie ... und die von unten“ aus dem Buch „Perspektiven radikaler, emanzipatorischer Umweltschutzarbeit“, daß im April 1999 im IKO-Verlag erschienen ist (39,80 DM, Autor: Jörg Bergstedt). Darin werden genauere Ausführungen zum Thema gemacht, zudem finden sich Statements und ergänzende Texte.



kabrack!
archiv

...für das ende der gemütlichkeit



zeitungen ★ bücher ★
★ videos ★ papierkram

kabrack aktions- und ideenarchiv für
politische bewegung, projektwerkstatt,
ludwigstr. 44 35447 reiskirchen-saasen,
tel: 06401 503283, <http://come.to/projektwerkstatt>



Emanzipatorische Ökologie gegen das Mitmischen bei Markt und Macht

Ein Thesenpapier des Instituts für Ökologie, Fachbereich Politik & Wirtschaft



Real: Umweltschutz von oben

Große Teile des Natur- und Umweltschutzes sind immer VerfechterInnen eines starken Staates gewesen. Die Menschen, seien es die BürgerInnen im allgemeinen oder Hausfrauen und -männer, NaturnutzerInnen usw. im speziellen, stehen bei ihnen immer nur in der Rolle des Objektes, noch dazu eines dummen und unbeherrschbaren. Die Menschen müssen per Bewußtseinsbildung, Gesetz oder Umweltbildung zu etwas gebracht werden, was sie scheinbar nicht selbst wollen und was sich »oben« irgendwelche Mächtigen oder deren BeraterInnen ausgedacht haben. NaturschützerInnen fordern immer wieder härtere Strafen oder Polizei- und Behördeneinsätze gegen UmweltzerstörerInnen. International gipfeln die Machtvisionen der NaturschutzstrategInnen in wilden Phantasien von Grünhelm-Kampfeinsätzen, Schuldenerlaß gegen Umweltschutzleistungen, Großschutzgebieten, wie sie im eigenen, zerstörten Land nicht mehr möglich sind usw.

Kaum besser sind ihre theoretischen Entwürfe: Ob Nationalparkkonzepte, die Agenda 21 oder die Studie »Zukunftsfähiges Deutschland« – überall ist die Herrschaftsfrage ausgeklammert (im Film »Zukunftsfähiges Deutschland«, beworben und vertrieben u.a. vom BUND, darf Ernst Ulrich von Weizsäcker sogar für die Monarchie werben: »Die heutige Demokratie tut sich schwer mit einer Legitimierung für Langfristanliegen. Das war in religiösen Gesellschaften viel einfacher, das war selbst in der Monarchie einfacher«).

Das »Oben« und »Unten« soll unangetastet bleiben, nur daß die NaturschutzfunktionärInnen gerne oben dabei wären. Statt vor Ort mit den Menschen um gemeinsame Regelungen zu ringen oder gegen steigenden Machtmißbrauch (wozu auch die Umweltzerstörung gehört!) zu kämpfen, fühlen sie sich an runden Tischen mit erlauchter Atmosphäre wohler. Sie hoffen, die Mächtigen für ihre Anliegen zu gewinnen, damit dann über deren Machtapparate die eigenen Ideen umgesetzt werden.

Der Naturschutz hat zudem eine düstere Vergangenheit. Seine Instrumentarien stammen aus dem Kaiserreich oder der Nazizeit (z.B. die »moderne Naturschutzgesetzgebung«). Verändert wur-

de wenig. Emanzipatorische, d.h. die Mit- und Selbstbestimmung fördernde, Instrumente fehlen im Naturschutz fast ganz. Die betroffenen BürgerInnen bleiben außen vor, es ist mehr ein »Deal« zwischen zwei Mächtigen, der Obrigkeit und dem/der EigentümerIn der Fläche. Es wäre klug und, eben wegen der dunklen Vergangenheit, gerecht, wenn gerade der Natur- und Umweltschutz zu einem Vorreiter einer veränderten Strategie würde, in der die bisherige Logik politischer Entscheidungen auf den Kopf gestellt wird.

Keine Umweltzerstörung ohne Herrschaft

Herrschaft, d.h. die Überlegenheit von Menschen gegenüber anderen Menschen (strukturell, durch institutionelle oder individuelle Gewalt, durch unterschiedliche Zugänge zu Ressourcen und Möglichkeiten usw.), ist die Voraussetzung für alle Formen von Ausbeutung, Verwertung sowie auch die Umweltzerstörung. Dieses deutlich herauszustellen, ist notwendig, um den Ansatz »Umweltschutz von unten«, d.h. die Verbindung von Selbstbestimmung und Ökologie, zu begründen. Solange Herrschaft existiert, kann es auch Umweltzerstörung geben. Daher stärken alle Umweltkonzepte, die Herrschaft stärken (Verwertung, Markt, Macht usw.), auch die Gefahr der Umweltzerstörung.

Warum ist das so? Herrschaft bedeutet (als ein Teil von Herrschaft) die Möglichkeit, die Folgen des eigenen Handelns auf andere abzuwälzen. Dieses Prinzip von Herrschaft, immer mit ihr verbunden, ist die Grundlage der Umweltzerstörung. Kein Mensch würde Atomenergie zustimmen, wenn die Verstrahlung durch den Uranabbau das eigene Leben zerstören würde. Kein

Umweltschutz von unten

statt Markt & Macht
Gegen Agenda, Ökokapitalismus & Co.!

<http://go.to/umwelt> & www.projektwerkstatt.de



Mensch würde giftige Müllberge produzieren, wenn er sie selbst einlagern müßte. Kein Mensch würde krankmachende Arbeitsplätze schaffen, wenn er selbst dort sitzen müßte. Kein Mensch würde Naherholungsgebiete vernichten, wenn er nicht auch woanders Natur genießen könnte. Dieses Abwälzen der Folgen der eigenen Entscheidungen auf andere geschieht über Herrschaft – sei es direkte Gewalt bzw. deren Drohung oder das Ausnutzen der Abhängigkeiten im Markt, also der unterschiedlichen Möglichkeiten von Menschen.

Wirksamer Umweltschutz muß daher Herrschaft abwickeln und herrschaftsfreie, selbstorganisierte und selbstbestimmte "Zonen", Kooperationen, Teile der Gesellschaft aufbauen – mit dem Fernziel, der herrschaftsfreien Utopie.

Umweltschutz als Kampf gegen Ausbeutungsstrukturen

Es gibt keine Alternative dazu, den Umweltschutz als Teil einer die Gesellschaft insgesamt verändernden Bewegung zu begreifen. Es sind die gleichen Mechanismen und Strukturen, welche die Natur (Tiere, Pflanzen und unbelebte Teile der Umwelt) ausbeuten und welche Menschen unterdrücken, ausbeuten, ausgrenzen oder für die Sache des Kapitals (als verbreitetste Machtform) bzw. anderer Mächtiger zu instrumentalisieren versuchen. Es wäre unsolidarisch, die eigenen Ziele mit genau denen erreichen zu wollen, die die Probleme der anderen und auch bisher die Umweltprobleme schaffen. Aber es ist auch unsinnig, denn die Ausbeutung der Umwelt ist eine der real existierenden Ausbeutungsstrukturen. Die VerursacherInnen können nicht gleichzeitig PartnerInnen bei der Rettung sein – auch wenn sie sich zwecks Tarnung selbst gerne dazu aufspielen. UmweltschützerInnen können sich entscheiden, ob sie einen Umweltschutz "von oben" oder "von unten" wollen.

Der Weg "von unten" ist grundlegend anders als die aktuellen Strategien. Ziel ist hier der Abbau von Herrschaftsstrukturen. Nicht zu verwechseln ist das mit der Strategie, die VerbraucherInnen als Zielgruppe zu begreifen und in der Steuerung ihres Verhaltens die Lösung der Umweltprobleme zu sehen. "Unten" ist nicht Zielgruppe, sondern dort sind die AkteurInnen. "Unten" muß nicht belehrt oder gar gezwungen werden, sondern entscheidet selbstbestimmt. Natürlich geschieht Umweltschutz dann nicht automatisch (genausowenig, wie Umweltschutz in Parlamenten gesichert berücksichtigt wird – die Politik des letzten Jahrzehnts zeigt eher das Gegenteil!), sondern müßte aus der freien Willensentscheidung der Menschen heraus verwirklicht werden. Die Menschen werden allerdings die Verantwortung für ihr Handeln tragen und können keine Machtmittel einsetzen, um z.B. Umweltbelastungen in andere Regionen und damit zu anderen Menschen zu verschieben. Es spricht vieles dafür, daß selbstbestimmt lebende Menschen, deren Umwelt gleichzeitig ihre Lebensgrundlage darstellt, mit dieser anders umgehen als Menschen z.B. in Parlamenten, die Entscheidungen treffen, aber von den Konsequenzen in der Regel nie berührt werden.

Um Umweltschutz durchsetzungsfähiger zu machen und weil die Unterdrückungs- und Ausbeutungsverhältnisse zwischen Menschen den UmweltschützerInnen nicht gleichgültig sein dürfen, ist es notwendig, einen Umweltschutz von unten zu entwickeln. Der umfaßt alle die Menschen befreienden, Herrschaftsstrukturen abbauenden, d.h. emanzipatorischen Umweltschutzstrategien. Nicht Firmen, GrundeigentümerInnen und Regierungen bestimmen über die Nutzung der Umweltgüter, sondern die Menschen selbst. Der Flächen- und Rohstoffverbrauch muß zur Entscheidungssache auf unterster Ebene werden, die Gewinnung, Verarbeitung und der Handel mit ihnen ist Sache der Menschen selbst, nicht höherer Institutionen, Regierungen oder des "Marktes" mit seinen Institutionen. Die Utopie einer emanzipatorischen Gesellschaft muß auf dieser Grundlage des selbstbestimmten Umgangs der Menschen mit ihrer Natur aufbauen.

Ziele und konkrete Forderungen benennen

Das Ziel eines emanzipatorischen Umweltschutzes muß zunächst benannt und der Ökologie von oben gegenübergestellt werden. Veranstaltungen, Diskussionen in der Öffentlichkeit oder in Umweltschutz- und anderen politischen Organisationen, symbolische Aktionen, Bildungsarbeit, Herausgabe von Schriften, Pressearbeit und vieles mehr können dazu dienen. Die Diskussion darf keine Nischendiskussion werden, sondern muß auch dort geführt, wo die PraktikerInnen der Umweltschutzarbeit sind. Zur Diskussion gehört das Formulieren der Ziele – Utopien für

die gesamte Gesellschaft, für die Umweltschutzarbeit insgesamt oder für Teilfragen. Visionen bieten Zündstoff, können motivieren und bewegen. Strategien sind notwendig, das Visionäre in kleine Schritte zu zerlegen, um ihnen Stück für Stück näher zu kommen. Die kleinen Schritte wiederum müssen immer darauf untersucht werden, ob sie der Vision und den Grundsätzen emanzipatorischer Arbeit entsprechen.

Selbst im heutigen, realpolitischen Raum lassen sich einzelne Schritte in diese Richtung einfordern oder schon konkret verwirklichen:

✓ Dezentralisierung statt EU und Weltregierung

Zur Zeit stellen viele Umweltschutzorganisationen hohe Forderungen an die EU, z.T. auch an die UNO, und erwarten von dieser die Durchsetzung von Umweltschutzstandards. Abgesehen davon, daß auf diesen Ebenen Umweltschutzinteressen besonders schwach sind, widersprechen solche Forderungen auch emanzipatorischen Zielen. Danach müßte eher eine Dezentralisierung politischer Entscheidungsbefugnisse und die Stärkung direkter Demokratie eingefordert werden.

✓ Demokratisierung statt ökologischer Steuerreform

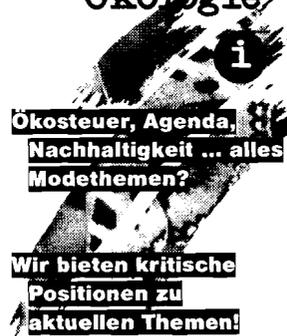
Die Ökosteuer soll den Verbrauch in der Idealform den Rohstoff- und Flächenverbrauch, in der z.Zt. geforderten Variante nur Teile des Energieverbrauches über eine Verteuerung reduzieren. Dabei bedient sie sich allerdings marktwirtschaftlicher Mittel, d.h. in Zukunft entscheidet die Finanzkraft der Unternehmen und sonstigen EnergieverbraucherInnen, wer wieviel Energie verbrauchen bzw. durch Investitionen in neue Technik Vorteile erreichen kann. Der Einfluß der Menschen wird geschwächt. Gegenmodell wäre eine Demokratisierung des Rohstoff- und Flächenverbrauches weltweit, d.h. in Zukunft müßten die jeweils betroffenen Menschen in einer Region allen Nutzungen von Flächen und Rohstoffen zustimmen.

✓ Verträge statt Verordnungen

Wo die Menschen bzw. der Staat die UmweltnutzerInnen zu umweltgerechter Bewirtschaftung bringen will, gelten bislang bevorzugt Verordnungen, Grenzwerte – und die meist in für den Umweltschutz untauglicher Form. Künftig werden diese durch freiwillige Vereinbarungen abgelöst, z.B. durch Verträge, in denen NutzerInnen (z.B. LandwirtInnen) Flächen und Rohstoffe naturverträglich nutzen, dafür aber Gegenleistungen erhalten. Das können Fördergelder von Seiten des Staates (Vertragsnaturschutz) oder Abnahmegarantien der Menschen in einem Dorf, einer Stadt oder Region (ErzeugerInnen-VerbraucherInnen-Gemeinschaften) sein.

✓ Selbstbestimmung und Radikaldemokratie statt NGOs Viele Umweltorganisationen fordern vor allem für sich selbst bzw. die Nichtregierungsorganisationen im allgemeinen mehr Rechte ein – bis hin zu einer dritten Kammer neben Bundestag und Bundesrat, dem entdemokratisierten "Governance" oder gar die Idee des ökologischen Rates, eines demokratisch nicht legitimierten, nicht abwählbaren Exekutivrates aus Persönlichkeiten des Umweltschutzes. Ihr Interesse gilt nicht dem Machtabbau, sondern der Beteiligung an der Macht. Stattdessen sollte die Verbesserung der allgemeinen Beteiligungsrechte und der direkten Demokratie gefordert werden. Umweltschutzorga-

Institut für Ökologie



Ökosteuer, Agenda, Nachhaltigkeit ... alles Modethemen?

Wir bieten kritische Positionen zu aktuellen Themen!

Gegen 2,20 DM in Briefmarken schicken wir Ihnen unsere Informationen und ReferentInnenlisten zu.

Institut für Ökologie
Ludwigstr. 11
35447 Reiskirchen
06401/90328-3, Fax -5

Institut für Ökologie



Suchen Sie ReferentInnen?

in Themen wie Naturschutz Abfallwirtschaft Ökonomie&Ökologie Betriebl. Umweltschutz Energie Biologie, Ökologie Umweltpädagogik?

Gegen 2,20 DM in Briefmarken schicken wir Ihnen unsere Informationen und ReferentInnenlisten zu.

Institut für Ökologie
Ludwigstr. 11
35447 Reiskirchen
06401/90328-3, Fax -5

nisationen sollten ihre Rolle darin finden, die Artikulation bzw. den Protest der Menschen zu organisieren, Informationen bereitzustellen usw. Einen kleinen Ansatz böte die Direkte Demokratie. Sie ist allerdings kein feststehendes Konzept, sondern muß so organisiert bzw. eingefordert werden, daß es zu wirklicher und gleichberechtigter Bestimmung durch die jeweiligen Menschen kommt (siehe dazu das Diskussionspapier des Instituts für Ökologie). Die aktuellen Vorschläge z.B. von Mehr Demokratie e.V. reichen dazu nicht.

Wichtig ist die Ausweitung von Selbstbestimmung, z.B. im Bereich der Ökonomie, des Zusammenlebens, der "Arbeit" oder der Gestaltung von Flächen und Häusern.

Unabhängige Arbeitsstrukturen

Neben den inhaltlichen Zielbestimmungen und Positionen müssen Naturschutzgruppen ihre Unabhängigkeit und Aktionsfähigkeit zurückgewinnen. Emanzipatorischer Umweltschutz ist (wie die meisten anderen Umweltschutzstrategien auch) nicht machbar über Machtstrukturen, d.h. über die, die zur Zeit die Umwelt zerstören. Umweltgruppen müssen öffentlichen Druck ausüben können, Widerstand leisten, Alternativen aufzeigen und Modelle entwickeln, in denen ökologische und emanzipatorische Ziele gleichermaßen zum Ausdruck kommen. Um das zu erreichen, wird es mehr bedürfen als kleiner Reformchen in den verkrusteten, staats- und wirtschaftsnahen Umweltschutzstrukturen. Nötig sind eigene und unabhängige Wege in die Öffentlichkeit (Medien, Veröffentlichungen, Veranstaltungen), alternative Ansätze in der Bildungsarbeit, die Stärkung der Basisarbeit, die bessere Verbindung von Basisgruppen und Vernetzungsknoten sowie das Training in direkten Aktionsformen, um auch dann handlungsfähig zu sein, wenn öffentlicher Druck nicht entsteht oder die EntscheidungsträgerInnen in Politik und Wirtschaft diesen mißachten.

Modelle und Kristallisationspunkte schaffen

Gesellschaftliche Bewegung entsteht nicht allein über theoretische Entwürfe, praktischen Widerstand oder politische Forderungen. Wichtig sind Modelle und Kristallisationspunkte, an dem Kritik, Alternativen und die Gegensätze gleichermaßen deutlich werden. Sie schaffen im günstigsten Fall Symbole für Kritik und Ziele der emanzipatorischen Umweltschutzarbeit.

Sinnvoll ist der Widerstand gegen solche Projekte, in dem sich die herrschenden Verhältnisse oder die Zukunftspläne der Mächtigen besonders deutlich offenbaren: Gegen Großprojekte, vor und während Werbeveranstaltungen wie der Expo 2000 oder bei tiefgreifenden politischen Entscheidungen (z.B. dem MAI oder Weltwirtschaftsgipfeln) lassen sich nicht nur konkrete Positionen einbringen, sondern auch grundlegende Alternativen zu herrschenden Gesellschaftsformen und den Entscheidungsstrukturen benennen. Hier können Umwelt- und andere politische Bewegungen zusammenarbeiten, um gemeinsam wirkungsvoller in der Öffentlichkeit die Kritik an den herrschenden Verhältnissen und Zukunftsvisionen zu üben und eigene Alternativen vorzuschlagen. Auch im kleinen können solche Kristallisationspunkte oder eigene Gegenmodelle für selbstorganisiertes Leben, das Zurückdrängen der Ökonomie oder wirksamen Naturschutz gefunden werden.

Buchtip:

Unter dem Titel "Agenda, Expo, Sponsoring - Perspektiven radikaler, emanzipatorischer Umweltschutzarbeit" ist im April 1999 im IKO-Verlag der Band 2 erschienen, in dem die Ideen und Strategien ausgeführt werden (ISBN 3-88939-450-7, 39,80 DM). Band 1 enthält eine detaillierte Kritik an der Situation der Umweltschutzbewegung (ISBN 3-88939-613-5, 39,80 DM), zudem gibt es eine CD mit den dort verwendeten Quellen und Dokumenten (ISBN 3-88939-453-1, 49,80 DM). Bestelladresse für alles: Institut für Ökologie, Ludwigstr. 11, 35447 Reiskirchen.

Dort können auch weitere Diskussionspapiere z.B. zu den Themen "Direkte Demokratie" oder "Agenda 21" bestellt werden, als Infopaket "Umweltschutz von unten" mit weiteren Informationen (gegen 6 DM in Briefmarken).

Emanzipatorischer Umweltschutz im Internet:

<http://go.to/umwelt> und www.projektwerkstatt.de

kabrack!
archiv

...für das ende der gemütlichkeit

zeitungen ★ bücher
★ videos ★ papierkräm

kabrack! aktions- und ideenarchiv für politische bewegung, projektwerkstatt,
Ludwigstr. 11 35447 reiskirchen-saasen,
tel. 06404 303283, <http://come.to/projektwerkstatt>

**Projektwerkstatt,
Tagungshaus &
Archiv**

Ludwigstr. 11, 35447 Reiskirchen-Saasen, 06401/90328-3, Fax -5
projektwerkstatt@apg.wbnet.de, <http://come.to/projektwerkstatt>

1. Tagungshaus
... mit spannender Ausstattung
Das optimale Seminarhaus mit Bibliotheken, Archiven, Medien und Mitbenutzung von technischer Ausstattung. Per Bahn erreichbar, nahe Gießen (also recht zentral fürs Land). Ökig, radikalpolitisch, Preise z.T. nach Selbststeinschätzung.

... für politische Gruppen
Optimal geeignet ist das Haus für politische Gruppen, z.B. zum Vorbereiten von Projekten, Aktionen oder Planungstreffen. Denn hier gibt es Arbeitsmaterialien, die Technik kann genutzt werden und mehr.

... mit besonderen Angeboten
Wir können ReferentInnen zu verschiedenen Politikbereichen stellen - sei es zu Aktionsstrategien, Tips zur Gruppenorganisation, ökologische Themen usw. Oder wir stellen Bio-Lebensmittel bereit. Oder ...
Geniale Preise: 10-15 DM nach Selbststeinschätzung pro Nacht, 12 DM/Tag für Lebensmittel (wenn gewünscht).

2. Politische WG
Zum Ganzen gehört ein Wohnhaus für eine WG, die politisch aktiv sein will. Das Haus ist zur Zeit leer! Es wird eine Gruppe gesucht, die genau auf solch ein Leben Bock hat. Oder auch Einzelpersonen, die sich hier zusammenfinden.

3. Politisches Zentrum & Archiv
Seit Jahren sind die Werkstätten, Bibliotheken, Archive und Gruppenräume Treffpunkt und Arbeitsort für politische Projekte (Zeitungredaktionen, Bildungsarbeit, direkte Aktion usw.). Gute technische Ausstattung und viel Platz.

Möglich auch: Praktikum, Mitarbeit auf Zeit, ruhige Arbeitsplätze für Studienarbeiten etc.

Emanzipatorischer Umweltschutz steht für ökologische Strategie, die die Menschen zu den Entscheidenden machen. Selbstbestimmtes Leben, eine emanzipatorische Gesellschaft ohne Obrigkeit oder Wirtschaftsdominanz und der Schutz der Lebensgrundlagen gehören zusammen.

Ein wichtiges Element ist eine selbstkritische und kreative Diskussion um die politische Ziele und Strategien. Das hier vorliegende Papier dokumentieren wir, weil es Teil unsere Debatte ist. Es ist nicht die Meinung aller - darauf kommt es nicht an. Wir wollen nicht gleichschaltet werden, und wir schalten uns nicht gleich. Wer an den Debatten teilnehmen will, kann das gerne. Nähere Infos unter <http://go.to/umwelt> und www.projektwerkstatt.de.

B. VISIONEN

In einer Welt der freien Menschen in freien Vereinbarungen wird der Umgang und die Gestaltung des Lebensumfeldes zu einer Sache, die den Menschen obliegen muß. Alle müssen dabei gleichberechtigt sein, d.h. über die gleichen Mitbestimmungsrechte und Möglichkeiten verfügen.

Umwelt als Lebensgrundlage im gleichberechtigten Zugriff aller Menschen

Flächen und Rohstoffe gehören allen Menschen. In freien Vereinbarungen wird festgelegt, welche Flächen wie genutzt, gestaltet oder sich selbst überlassen werden. Naturschutzziele werden von Menschen formuliert und in diese Diskussion eingebracht.

"Nicht Firmen, GrundeigentümerInnen und Regierungen bestimmen über die Nutzung der Umweltgüter, sondern die Menschen selbst. Der Flächen- und Rohstoffverbrauch muß zur Entscheidungssache auf unterster Ebene werden, die Gewinnung, Verarbeitung und der Handel mit ihnen ist Sache der Menschen selbst, nicht höherer Institutionen, Regierungen oder des 'Marktes' mit seinen Institutionen. Die Utopie einer emanzipatorischen Gesellschaft muß auf dieser Grundlage des selbstbestimmten Umgangs der Menschen mit ihrer Natur aufbauen." (Bergstedt 1999d)

Niemand kann vorhersehen, was alles geschehen wird, wenn die Menschen den Zugriff auf ihre Lebensbedingungen, auf ihre "Umwelt" haben. Die Hoffnung aber besteht, daß dann, wenn kein Mensch die Folgen seines Handelns ungefragt auf andere abwälzen kann, niemand ein Interesse daran hat, Umweltgüter so auszubeuten, daß die eigenen Lebensgrundlagen in Frage gestellt werden. Da Machtmittel fehlen, Vergiftungen, Müllberge, radioaktive Verstrahlung usw. auf andere abzuwälzen, die Reste der Naturausbeutung bei anderen zu lagern oder LohnarbeiterInnen den Gefahren auszusetzen, die Anderen Profite bringen, wird der Umgang mit der Natur in jedem Einzelfall zu einer bewußten Auseinandersetzung zwischen Individuum und seiner Umwelt. Gleiches gilt zwischen den Menschen, die zusammen leben oder Vereinbarungen schließen, und ihrer gemeinsamen Umwelt.

Das freie Verhältnis von Mensch und Natur schafft die Chance eines kreativen und bewußten Umgangs. Techniken zur Nutzung von Natur werden aus den Möglichkeiten der Menschen heraus entwickelt und dienen dazu, intelligent die Möglichkeiten der Natur nutzen. Alle Menschen haben nur die eine, nämlich "ihre Umwelt". Sie zu nutzen, die Flächen und Rohstoffe geschickt so einzusetzen, daß es ein besseres Leben ergibt, wird das Ziel vieler, wenn nicht aller Menschen sein. Dabei aber die Poten-

(Naturschutz)

(Natur)

tiale der Natur nicht zu zerstören, sondern zu erhalten bzw. gar zu entwickeln, liegt im unmittelbaren Interesse der Menschen. Darauf beruht die Hoffnung, in einer Welt der freien Menschen in freien Vereinbarungen auch das Verhältnis zur Natur von der Profitmaximierung hin zu einem auf ein besseres Leben ausgerichteten Behutsamkeit zu entwickeln.

Befreite Gesellschaft in Allianz mit der Naturentwicklung

Heute grenzt es schon fast an die Grenzen des Utopisch-Hoffbaren, die Natur als Lebensgrundlage wenigstens nicht noch mehr zu zerstören, sondern so viel wie möglich von ihr zu erhalten. Deshalb setzen sich unter Umweltbewegten auch immer wieder Gedanken durch, die einen statischen Zustand als Idylle einer Einheit von Mensch und Natur wünschen und anstreben. Wer, wie Rudolf Bahro und viele Feministinnen, davon ausgeht, die Natur verharre in "ursprünglichen Zyklen und Rhythmen" (Bahro, S. 319), dem bleibt wirklich nur eine Rückkehr zu traditionellen Lebensformen. Diese Ökokonzepte sind geprägt von Technikfeindlichkeit, Mystifizierung der schweren Arbeit und der Idyllisierung einer "harmonischen Einheit mit der Natur", die es aufgrund der klimatischen Verhältnisse zumindest in Mitteleuropa nie für längere Zeit gab. Die antiemanzipatorische "Rückbindung" an diese scheinbar statischen Zyklen soll dann mittels "erhebender" Spiritualität erträglich oder gar wünschenswert gemacht werden. Solche naturstatischen, emanzipationsfeindlichen Ökokonzepte geraten inhaltlich leicht in die Nähe zu "Rechter Ökologie" (Geden). Die Kritik an solchen Konzepten braucht sich aber gar nicht nur auf ihre politischen Konsequenzen beziehen, sondern auch inhaltlich sind sie einfach falsch. Denn die Natur ist nicht statisch, sie ist "kein Vorbei", wie es Ernst Bloch kennzeichnet (Bloch, S. 807, siehe auch: Schlemm 1996ff.). Sie entwickelt sich selbst ständig weiter - unter anderem und sogar wesentlich über die Entwicklung vernünftiger Naturwesen, der Menschen.

Siehe auch im Kapitel 2.1, Punkt C. zur "Menschen-Epoche".

Wie alle Visionen ist die Vision einer gemeinsamen Fortentwicklung von Mensch und Natur noch nicht genau ausmalbar. In ihrem Zentrum steht auf jeden Fall die Entwicklung der menschlichen Natur selbst. Aber auch die schöpferischen Potenzen der Natur, ihre vielfältigen Kräfte und Zusammenhänge stehen uns weiterhin zur Verfügung. Naturgesetze beschreiben keine Verbote, sondern Möglichkeiten. Der berühmte Ausspruch von Francis Bacon: "Wissen ist Macht" bezieht sich nicht auf unterdrückende Beherrschung, sondern die Ermöglichung neuer Naturzustände ("zweite Natur"), die unser Leben bereichern und der Natur selbst die Tür zu neuen Möglichkeiten öffnet. "Allianztechnik" nennt Bloch jene Mittel, mit denen die befreiten, sich frei vereinenden Menschen sich nun auch neu mit den natürlichen Möglichkeiten verbinden.

Bild: Expo-Themenpark. Ausstellung zum Thema "Umwelt".



"An Stelle des Technikers als bloßen Überlisters oder Ausbeuters steht konkret das gesellschaftlich mit sich selbst vermittelte Subjekt, das sich mit dem Problem des Natursubjekts wachsend vermittelt." (Bloch, S. 787)

Es wird selbstverständlich eine andere Art Wissenschaft und Technik sein, die diese Menschen entwickeln, meilenweit von der beherrschenden, überlistenden, raubenden Aneignung natürlicher Ressourcen durch bürgerlich-kapitalistischen Zugriff entfernt. Da wir immer zuerst an die Kritik dieser Formen denken, fällt es uns schwer, eine Vision einer anderen Wissenschaft und Technik zu entwickeln. Bloch kennzeichnet sie mit folgenden Worten:

- Befreundung statt Domination (S. 783)
- das Herstellende auch in der Natur verspüren, aufspüren, begreifen (ebd.)
- Aktivität über das Gewordene hinaus... im Anschluß an die objektiv-konkreten Kräfte und Tendenzen (S. 784)
- Menschen als Hebel, von dem die Welt aus technisch in ihre Angel zu heben ist (S. 801)
- die Wurzel der Dinge mitwirkend verwenden (S. 806) ...

Einen aktueller, wenig beachteter Hinweis wurde im Buch "Wachstum der Grenzen" (Bloch/Maier 1984) gegeben, wo "Technologien, die sich auf Symbiose selbstorganisierender Systeme stützen" (S. 37) skizziert werden. Während sich die Gesellschaft und die Natur nicht mechanizistisch verhalten, sondern sich-selbst-organisierend - vermittel zwischen ihnen derzeit eine eher mechanizistische Technik. Eine qualitative Einheit gelingt erst, wenn auch sie den Charakter von Selbstorganisation erhält.

In ihrer konkreten Form werden wir sie - solange wir die neue Gesellschaft noch nicht haben - auch nicht vollständig entwickeln können. Bloch selbst griff bei seinen Hoffnungen auch daneben, denn er pries die Atomtechnik als nicht-mechanische, nicht-euklidisch wirkende neue Technikform. Aber Wesenszüge einer vertretbaren Allianztechnik, mögliche Keimformen und alles, was heute doch schon möglich ist, sollten wir nicht versäumen zu entwickeln. Als utopische Vision können wir uns vielleicht den bekannten "Replikator" aus den StarTrek-Folgen vorstellen. Eher unsichtbar, aber effektiv und produktiv stellt eine auf Modularität beruhende vernetzte und integrierte Produktionstechnologie die jeweils benötigten Dinge her. Begriffe wie "individuelle Massenprodukte", "wandlungsfähige Produkte" und ähnliches gehören heute schon zum Standardwerkzeug der Konstrukteure und Technologen. Viele politisch engagierte Menschen übersehen diese "graue Produktionsalltagswelt" nur allzugern und wissen deshalb nichts über faszinierende Entwicklungen in diesem Bereich, die unabdingbar für eine umfassende Vision einer neuen Gesellschaft sind. Als Kriterium für unsere Vision ist jedoch nicht nur die Bequemlichkeit der Produktionsweise mit den Replikatoren wichtig, sondern, ob statt "Beherrschung" der Natur eine "Vermittlung der Natur mit dem menschlichen Willen" (Bloch) vorliegt.

"Technik als Entbindung und Vermittlung der im Schoß der Natur schlummernden Schöpfungen, das gehört zum Konkretesten an konkreter Utopie." (Bloch, S. 813)

Nur solch eine dynamische, nichtstatische Vorstellung kann Grundlage emanzipatorischer Öko-Politik sein.

Institutionalisiert bedeutet hier, daß sich die ökonomischen Systeme und Einrichtungen selbst erhalten - und Selbstzweck sind, d.h. von dem Willen der Menschen entkoppelt sind. Beispiele: Markt, Behörden, Handelsorganisationen, aber auch Gewerkschaften, NGOs, Parteien.

(Subsistenz)

Zur Unterscheidung zwischen individueller und gesellschaftlicher Subsistenz siehe im Glossar.

(Zwang)

Gesellschaft ohne institutionalisierte Ökonomie

Das Zielbild einer herrschaftsfreien Gesellschaft sieht die Menschen im Mittelpunkt. Alle Menschen sind frei und gleichberechtigt. Was zwischen ihnen bzw. zwischen den Organisationen und Gruppen, zu denen sich Menschen zusammenschließen, geschieht, erfolgt auf der Ebene freiwilliger Vereinbarungen. Die Existenz von Strukturen, die sich selbst erhalten, d.h. den Menschen kontinuierlich die Regelung ihres Zusammenlebens abnehmen, widerspricht dem Prinzip der Selbstbestimmung. Folglich gibt es auch keine ökonomischen Strukturen, die nicht von den Menschen selbst gewollt, getragen und organisiert werden - keinen Handel, kein Wirtschaftsministerium, keine Welthandelsorganisation und keine Bank, die nicht direkt aus dem Willen und der Vereinbarung der Menschen entspringen. Und auch kein Patentamt, keine Kontrollbehörde usw., deren einziges Ziel ist, vielen Menschen den Zugriff auf die Lebensmöglichkeiten zu entziehen.

Eine herrschaftsfreie Gesellschaft ist nicht das Ende von Austausch, Handel und Zusammenarbeit von Menschen und ihren Zusammenschlüssen. Aber alle Institutionen und Organisationen verschwinden, die heute auch dann weiterexistieren, wenn es keine Menschen gibt, die sie wollen und tragen (außer denen, die mittels und wegen Lohnarbeit in den Organisationen ihr Leben fristen).

Ökonomische Sicherheit erreichen die Menschen zunächst über die Fähigkeit und Möglichkeit zur individuellen Subsistenz. Sie bedeutet die Fähigkeit, sein Leben selbst zu organisieren. Das beinhaltet die Möglichkeit zur Befriedigung der Grundbedürfnisse (Nahrung, Wasser, je nach Wohnort ein Dach über dem Kopf und Heizung u.ä.) und zur Entwicklung der kulturellen Gemeinschaft zwischen Menschen. Aus der Sicherung über die individuelle Subsistenz kann die Entfaltung der Menschen in der freien Gesellschaft folgen, die dann die notwendigen Grundlagen für ein freies Leben schafft.

Die Absicherung von Menschen kann vor Auflösung zentraler ökonomischer und staatlicher Strukturen über verschiedene Wege führen. Gefordert wird bereits die finanzielle Absicherung über eine Grundversorgung, d.h. ein staatlich gesichertes Gehalt. Dieses darf nicht an Bedingungen geknüpft sein, weil es sonst in gleicher Weise wie ein Arbeitsplatz zu konformen Verhaltensweisen führt, also nicht absichert, sondern kanalisiert. Sinnvoller, vor allem in Hinblick auf eine Weiterentwicklung in Richtung einer herrschaftsfreien Gesellschaft, wäre die Absicherung über materielle Werte, vor allem einen Anteil am Bodenbesitz, möglicherweise auch an anderen Kapitalwerten. Diese müssen unverkäuflich sind, damit nicht über Zwang, ökonomischen Druck u.ä. diese Sicherungen wieder entfallen bzw. bei wenigen zusammengeführt werden. Bei einer Absicherung über einen Anteil am Boden können die Menschen selbst entscheiden, ob sie diesen selbst bewirtschaften, anderweitig nutzen, aber verpachten (auf welcher Tauschbasis auch immer) oder mit anderen gemeinsam nutzen.

In einer herrschaftsfreien Gesellschaft bildet der Boden die Basis der Freiheit und Absicherung. Alle Menschen müßten ab ihrer Geburt über eine solche materielle Absicherung verfügen und selbst entscheiden, ob sie ihre Basis in einen gemeinschaftlichen Zusammenhang einbringen, an andere verpachten oder selbst nutzen einschließlich der Entscheidung, sich der Gesellschaft völlig zu entziehen.

Sinn dieser Absicherungen ist, den Menschen vom Zwang zu befreien, seine Arbeitskraft und Kreativität zu verkaufen, um überleben zu können. Subsistenz ist daher ein Gegenprogramm zur systematischen Zerstörung der eigenen Überlebensfähigkeit der Menschen und des daraus resultierenden Zwanges, sich dem Arbeitsmarkt, d.h. der Verwertung im Kapitalismus, hinzugeben. Je nach Zustand einer Gesellschaft sind unterschiedliche Maßnahmen nötig. In vielen sog. Entwicklungsländern

eher die Verteidigung bzw. Wiederherstellung der Verfügung über das Land durch die dort lebenden Menschen, in den Industriestaaten dagegen eine völlige Neuorganisation von Eigentumsverhältnissen. Im Ergebnis sollten Boden und materielle Werte zu einem Teil der Subsistenzabsicherung und zum anderen der gemeinsamen Entscheidung über Nutzung und Gestaltung zugeführt werden, um sowohl individuelle Rechte wie auch gemeinschaftliche Entwicklungsprozesse, z.B. der Festlegung von Naturschutzflächen, naturnaher Nutzung usw., zu gewährleisten.

Als Weiterentwicklung entsteht auf Basis der Selbstentfaltung der freien Menschen in der Gesellschaft eine gesellschaftliche Subsistenz, d.h. ein Reichtum an materiellen und kreativen Mitteln für ein gutes Leben aller Menschen.

97

(Naturschutz)

(Selbstentfaltung)

C. KONZEPTE

Die folgenden Konzepte stellen Lösungen dar, die innerhalb der bestehenden Verhältnisse umsetzbar sind, diese aber gleichzeitig Stück für Stück verändern und sich damit den Visionen annähern. Sie können über Protest, Mitbestimmungsprozesse oder auch parlamentarisch umgesetzt werden - gegen Letzteres spricht aber, daß Herrschaftsebenen bei allen Vorschlägen eigene Macht an die Menschen abgeben müßten. Und das werden sie freiwillig nicht tun.

(Macht)

Demokratisierung des Flächen- und Rohstoffverbrauchs

Das zentrale Konzept für eine politische Reform in Richtung eines emanzipatorischen Umweltschutzes wäre die Demokratisierung des Flächen- und Rohstoffverbrauches. Danach werden überall, d.h. weltweit, Beteiligungsstandards bei der Vergabe bzw. Verplanung von Flächen sowie bei der Nutzung von Rohstoffen geschaffen und kontinuierlich ausgebaut. Vorläufiges Ziel ist, die Nutzung von Rohstoffen von der Zustimmung der jeweils betroffenen Menschen abhängig zu machen. Dies sind nicht Staaten, Provinzregierungen oder irgendwelche Institutionen, sondern die Menschen selbst. Die Qualität solcher Regelungen wird sehr stark daran festzumachen sein, wie weit der individuelle und der Minderheitenschutz gewährleistet wird - z.B. daß etwas, was alle grundlegend, d.h. in der Sicherung ihrer Grundbedürfnisse betrifft, auch von allen getragen werden muß.

(Demokratisierung)

Ein solches Konzept ist eine Reform, denn es stellt Machtstrukturen und soziale Konstruktionen nicht als solches in Frage, sondern steigert die Zugriffsrechte der Menschen bezogen auf den Faktor Umwelt. Damit ist es aber immerhin ein Schritt zu einer Gesellschaft "von unten" - und somit als Konzept akzeptabel.

(Von unten)

Demokratisierung der Gemeindeflächen

Die Umsetzung der Demokratisierung des Flächen- und Rohstoffverbrauchs könnte auf den Flächen erfolgen, die dem Staat bzw. den Gemeinden gehören. Per verbindlichem und dauerhaftem Beschluß übergeben die Gemeinden ihre Flächen einem demokratischen Prozeß, d.h. die Versammlung der jeweils dort lebenden Menschen (Dorf, Ortsteil u.ä.) entscheidet über die Gestaltung und Nutzung. Das könnte auf die Flächennutzungsplanung ausgedehnt werden und dann auch Bereiche einschließen, die im Privateigentum liegen.

98

Naturschutz-Positionen werden in solche Entscheidungsprozesse "von unten" eingebracht, d.h. durch Menschen, die sie vertreten. Konkrete Personen stellen sie gegenüber den anderen, gleichberechtigten Menschen vor - eine Einigung erfolgt in freier Vereinbarung. Naturschutz setzt sich so immer über einen Überzeugungs- und Mitbestimmungsprozeß um, nicht über Obrigkeit und ihre Mittel.

Beispiele:

- Dezentrale Stoffkreisläufe (Müllverwertung, Rohstoffgewinnung).
- Dezentrale Energieversorgung.
- Flächennutzung, Schutzgebiete.

Dezentralisierung ökonomischer Strukturen

Je direkter wirtschaftliche Kontakte organisiert werden, desto einfacher wird es möglich, daß die beteiligten Menschen diese selbst verwalten. Daher sind kleinräumige Strukturen des Wirtschaftens und Handels kleine Schritte in Richtung des Abbaus ökonomischer Hierarchien. Solche dezentralen Ökonomien sind u.a. Tauschen und direkte Ökonomie, Direktvermarktung und gemeinsames Eigentum.

Weitere Ausführungen zur direkten Ökonomie im Kapitel 3.1, Punkt C. unter Konzepten.

Dezentralisierung von Politik und direkte Demokratie

Jeder Schritt gesellschaftlicher Machtverlagerung nach unten sowie verbesserter Beteiligungsrechte für die BürgerInnen bedeutet einen Fortschritt hin zur Herrschaftsfreiheit. Zur Zeit bietet sich aber nur ein geringer legaler Rahmen für solche Veränderungen. Kreativität kann aber fehlende Regelungen ersetzen, um Bereiche zu schaffen, in denen Prozesse "von unten" zur Geltung kommen.

(Von unten)

Beispiele:

- Förderprogramme, Finanzierungen: Geldvergabe über AntragstellerInnenversammlungen.
- Stadt- und Flächennutzungsplanung, Flur"bereinigungen" als Mitbestimmungsprozesse
- Verkehrsplanung usw. - in allen Fällen können direkt-demokratische Verfahren genutzt werden, um Entscheidungswege "von unten" durchzusetzen.

Direkte Demokratie - ja, aber mit hoher Qualität

Verbesserungen der Beteiligungsrechte für alle Menschen einschließlich des vollen Akteneinsichtsrechts werden auch die Mitwirkungsmöglichkeiten bei ökonomischen Entscheidungen stärken, vor allem bei der Gewerbeansiedlung und Flächennutzung. Zudem stellt die direkte Demokratie die Mittel bereit, per BürgerInnen- oder Volksentscheid weitergehende Veränderungen durchzusetzen, wenn die PolitikerInnen diese verweigern. Daher ist sie sowohl Teilschritt wie auch Mittel zur Durchsetzung der Herrschaftsfreiheit.

Informationen zu den Vorschlägen von Mehr Demokratie siehe unter <http://www.mehr-demokratie.de>

Die aktuell vorliegenden Konzepte zur direkten Demokratie, vor allem aus Kreisen der Organisation "Mehr Demokratie e.V.", bergen zu viele Mängel und integrieren bestehende Ungleichheiten in die eigenen Vorschläge. Daher sind sie als Konzept für einen Schritt hin zu einer emanzipatorischen Gesellschaft ungeeignet. So sollen nur die bisher Wahlberechtigten abstimmen, was Ungleichheiten zementiert. Viele Fragen sollen ausgeschlossen oder auf eingeschränkte Ja/Nein-Entscheidungen reduziert werden. Die Abstimmungen stellen sich als Korrektiv zum Parlament dar statt als eigenständiger, die Parlamente Stück für Stück entmachtende Politikstruktur.

Eine eigenständige Diskussions- und Entscheidungsebene kann aber über Abstimmungen aufgebaut werden. Besonders wichtig sind:

- Flächen-, Stadt-, Ortsteilplanung mit massiv ausgeweiteter BürgerInnenbeteiligung.
- Schaffung von Direktvermarktungs-, Leih- und Tauschstrukturen.
- Durchsetzung dezentraler Stoffflüsse (u.a. Abfallverwertung), Energieversorgung und Nahverkehrsverbindungen.
- Demokratisierung der öffentlichen Flächen und Gebäude.
- Durchsetzung von Teilnahmeverfahren auf allen Ebenen bis hin zur untersten Ebene (Straße, Ortsteil).

Wissenschaftskritik und Entwicklung neuer Wissenschafts- und Techniksätze

Bereits seit den 70er Jahren entwickelten sich alternative Wissenschafts- und Techniksätze. Derzeit geraten sie immer mehr in den Sog rot-grüner Politikberatung. Dies macht den Platz frei, noch einmal Anlauf zu nehmen. Ohne gescheite Wissenschaft und Technik können wir keine emanzipatorische Vision verwirklichen. Das Internet ermöglicht die Bildung einer community alternativer DenkerInnen und WissenschaftlerInnen, genauso wie sich einst durch den Buchdruck die Wissenschaft von den Klosterbibliotheken emanzipieren konnten.

Wichtig ist ein Wandel in der Förderung von Forschung hin zu dezentralen, die Selbstorganisation stützenden Techniken, d.h. solchen Techniken, die in mitbestimmungsorientierten Prozesse angewendet werden können. Diese müssen im örtlichen Maßstab finanzierbar und unabhängig von ständiger Betreuung durch High-Tech-Konzerne sein.

Naturschutzstationen und Basisdemokratie

Der konkrete Naturschutz (Arten-, Biotop-, Landschaftsschutz) ist Basisarbeit und findet vor Ort statt. Naturschutz von unten muß also auch alle wichtigen Entscheidungen ohne übergeordnete Stellen fällen können. Eine elementare Voraussetzung für eine Demokratisierung des Naturschutzes ist die Einrichtung von BürgerInnenversammlungen, Naturschutzstationen, Naturschutz-AGs oder regionalen Umweltzentren. Alle Einrichtungen sollten für alle BürgerInnen offen sein und aus ihnen selber entstehen, also nicht von oben eingesetzt oder vorgeschrieben werden. Besonders geeignet erscheinen aus den bisherigen Erfahrungen die Naturschutzstationen oder Ökologischen Stationen, weil sie einen festen Ansprechpartner in Sachen Naturschutz, an den sich die Bevölkerung wenden kann, darstellen. Die Naturschutzstation bietet Hilfen, Informationen und Arbeitsmöglichkeiten für Fragen und Probleme der Menschen sowie offene Räume für Diskussionen und Projektarbeit. Sie hat gleichzeitig die finanzielle und organisatorische Ausstattung, sich wirksam für die Belange des Naturschutzes einzusetzen, Projekte zu initiieren und Öffentlichkeitsarbeit zu betreiben. Die Naturschutzstationen haben ihr Ziel im Namen verankert und sind "parteilich" für die Umwelt, jedoch ohne eine formale Macht, von oben und ohne die Zustimmung der Menschen handeln zu können. Andererseits sind sie eine zuverlässige Stimme des Umweltschutzes, denn sie können weder abgewählt noch abgesetzt werden. Sollten also bestimmte Naturschutzvorhaben gerade nicht durchsetzbar sein, wird die Naturschutzstation noch mehr Menschen davon überzeugen müssen. Ihr Erfolg hängt direkt damit zusammen, wie sie Menschen überzeugen kann, denn diese entscheiden.

!Demokratisierung!

Kritikpapier zur
Direkten Demokratie
unter <http://www.thur.de/philos/wu12.html>

Ein Beispiel für eine solche Förderung wären kleine, hocheffiziente Windanlagen, die auf dörflicher Ebene oder gar auf Hausdächern funktionieren.

!Naturschutz!

Der nächste Schritt sollte die Übergabe von staatlichen Kompetenzen sein. Hier könnte der Anfang mit dem Vertragsnaturschutz gemacht werden, der schon jetzt in einigen Biologischen Stationen angewendet wird.

Anzustreben wäre aber auch, daß Kompetenzen für die Festlegung von Schutzgebieten, Planungen oder der Mittelvergabe vor Ort geregelt werden. Hierzu wären Gesetzesänderungen nötig. Die Auflösung von Verwaltungsstrukturen ist auf Dauer eine der wichtigsten Voraussetzungen dafür, daß Naturschutz von unten wachsen kann.

Die Serviceleistungen bisheriger Naturschutzverwaltungen wie z.B. Erfassung von Daten über Tier- und Pflanzenarten oder die Betreuung von Naturschutzflächen wird von Naturschutzstationen übernommen. Überregionale Anliegen könnten von einzelnen Stationen übernommen werden (z.B. übernimmt eine Naturschutzstation, die in einer Region mit einem hohen Wiesenvogelanteil liegt, die Koordination zum Wiesenvogelschutz). Eine direkte Umwandlung der Naturschutzverwaltung in die regionalen Strukturen (Stationen, Beauftragte) wäre nicht sinnvoll, da die bestehenden Feindschaften personell und funktional weiter bestehen würden und kein echter Neuanfang möglich wäre.

!Demokratisierung!

Ziel ist die Demokratisierung in allen Bereichen. Neben den Naturschutzbereichen sollten auf Dauer alle den Landschaftsverbrauch betreffenden Entscheidungen (Straßenbau, Kiesabbau, Siedlungsbau usw.) vor Ort und von allen Menschen gleichberechtigt gefällt werden. Dies würde den Naturschutz aufwerten, weil er nicht mehr übergeordneten Planungen unterzuordnen wäre, sondern dem Votum der Menschen unterliegt - das würde auch für alle andere Vorhaben gelten. Sicher wäre es schwieriger, Großprojekte wie Autobahnen oder Transrapid durchzusetzen. Dies ist im Interesse des Naturschutzes. Gibt es allerdings einen echten Bedarf für ein Großprojekt, hat dies auch in direkt-demokratischen Prozessen eine Chance haben. Es würde dann aber von breiten Bevölkerungsteilen getragen und deren Belange in die Planung integrieren.

Bild: Ausschnitt aus dem Expo-Themenpark zu "Umwelt".



D. EXPERIMENTE

Experimente sind kleine oder größere, aber konkrete Projekte, die schon gelaufen sind, laufen oder laufen könnten - auch unabhängig von geänderten Rahmenbedingungen. Sie sind daher kein Schritt hin zu den Visionen, aber ein wichtiger Beitrag, um Lust und Akzeptanz zu einem emanzipatorischen Umweltschutz zu schaffen bzw. zu einer emanzipatorischen Gesellschaftsveränderung insgesamt. Zudem werden Möglichkeiten und Methoden entwickelt, ausprobiert und im Prozeß eventuell durchgesetzt.

Innenhöfe

Statt teurer Planungen werden die Flächen den AnwohnerInnen übergeben. Diese sollen sich einigen - gemeinsam einen Plan erarbeiten. Sie wissen von Beginn an: Worauf sie sich einigen, das können sie auch umsetzen. Das wird viele neu motivieren. In der Debatte besteht dann wieder die Chance, daß sich ein Bewußtsein für die Umwelt, für die Belange von Kindern, alten Menschen usw. herausbildet. Die Auto- und Betonfraktion gewinnt meist nur dort, wo die Entscheidungen über Behörden und Parlamente laufen ... denn dort entscheidet niemand der direkt Betroffenen.

Windanlagen und Ökostrom von unten

Hier werden die beiden Ansätze sehr gut deutlich. Statt teurer Großanlagen ohne örtliche Akzeptanz und Beteiligungsverfahren, aufgebaut von überregional agierenden Firmen, die auch das Kapital überregional akquirieren, entstehen die Windenergieanlagen aus dem Kreis der BewohnerInnen von umliegenden Dörfern und Städten. Gefragt sind kleinere Anlagen mit 2 bis 4 Windmühlen, die dann auch sehr direkt mit den BesitzerInnen, d.h. möglichst vielen Menschen im direkten Umfeld, verbunden sind. Wichtig ist, im Bereich von Forschung und Entwicklung das Schwergewicht auf kleine, dezentral verwirklichtbare Anlagen zu setzen.

Ebenfalls ein gutes und zudem aktuelles Beispiel ist die Frage des Ökostromes. Die Liberalisierung der Leitungsnetze hat zwar den Scheinorteil geschaffen, individuell StromkundInnen gewinnen zu können z.B. für eine Stromabnahme, für die Strom aus regenerativen Energien eingespeist wird. Eliche Firmen und auch die Umweltverbände haben diese Entwicklung begrüßt und begonnen, im liberalisierten Markt mit kapitalistischen Mitteln (Werbung) und Aussagen (Strompreis) konkurrierend zu agieren. Dennoch kann das nur schiefliegen und würde den Umweltschutz zur Ware verkommen lassen. Das Gegenmodell wäre ein "Ökostrom von unten". Kernstück solcher mitbestimmungsorientierten Stromproduktion wäre eine Gemeinschaft der regionalen ErzeugerInnen und VerbraucherInnen. Idealtypisch bilden sich in allen Regionen aktive Kreise, die neue Anlagen planen und Werbung für die Abnahme von umweltgerecht produziertem Strom machen. Die Ökostrom-Anbieterfirmen nehmen dabei die Rolle der Geschäftsführung und Abwicklung, der Fortbildung, Öffentlichkeitsarbeit usw. ein.

Stromnetz

Wo die Leitungsnetze den Menschen selbst gehören, werden die Einzelnen auch zu den Bestimmenden. Sie diskutieren und entscheiden mit. Wie das Beispiel des Schwarzwaldortes Schönau zeigt, führt echte Mitbestimmung dann auch zu hochinteressanten Entscheidungen im Sinne des Umweltschutzes. In Schönau gehört das Netz

101

102

(Umweltschutz von unten)

einer gemeindefreien Versorgerfirma in BürgerInnenhand - durchgesetzt durch einen BürgerInnenentscheid. Auf dieser Basis wird zur Zeit der Ausbau von regenerativer Energie beispielhaft vorangetrieben. Diese Form der Steigerung von Mitbestimmungsrechten ist Umweltschutz von unten, er wendet sich gegen Liberalisierung und Großkraftwerke, die nur über anonyme, mitbestimmungsfreie Strukturen zu schaffen sind.

Bauernhöfe

Ökologische Landwirtschaft ist nicht alles. Sie kann genauso von Profitmaximierung geprägt sein, mit der Ausräumung der Landschaft und immer größeren Flächen einhergehen, vor allem zu einer Konzentration auf wenige große Höfe beitragen. Die Alternative wären landwirtschaftliche Betriebe, in denen die AnwohnerInnen sowie die VerbraucherInnen mitdiskutieren und tatsächlich mitentscheiden können, was und wie angebaut wird. Solches Mitbestimmungsrecht in Umweltschutzfragen, also der Umweltschutz von unten, führt zu einer Steigerung des Umweltbewußtseins.

Schulen

Die Gestaltung und Nutzung des Schulgeländes oder auch der Gebäude ist Sache der SchülerInnen. Die Ergebnisse werden sehr unterschiedlich sein, sich im Laufe der Zeit wandeln - aber es kann ein Lernen des Umgangs mit der Umwelt sein, wenn dazu das Recht tatsächlich besteht. Die vielen Widersprüche, auch geschaffen durch die einer gemeinsamen Entscheidungsfindung entgegenstehende Sozialisation der SchülerInnen, müssen ausgehalten werden. Freie Menschen gibt es unter den bestehenden Zwängen nicht, und freie Vereinbarungen sind ein dauernder Lernprozeß. Zudem wird das System Schule der freien Vereinbarung entgegenstehen, denn die zentralen Bereiche der Schule (Lerninhalte, Lernform, Benotung usw.) bleiben in der Regel außerhalb der Mitbestimmungsrechte.

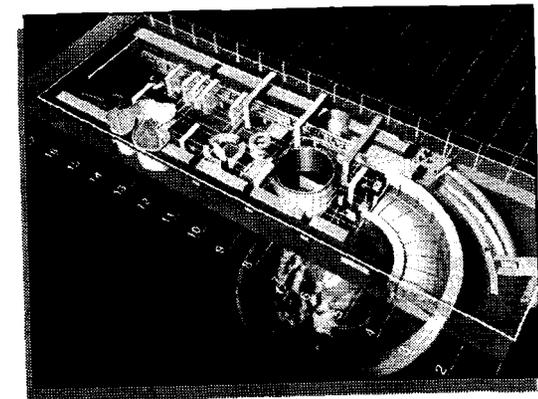
Das Ringen um Freiräume in Schulen darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß Schulen insgesamt eine Herrschaftsstruktur sind, die Menschen in gesellschaftliche Abläufe einpassen - ob nun autoritär oder über die reine Zulassung gesellschaftlicher Zwänge. Insofern muß die Demaskierung der Schule als Ort der Steuerung des Denkens und der Lebensplanung immer betrieben werden, einschließlich der Zwangssituation, daß alle Menschen (zumindest in Deutschland) der Schulpflicht unterworfen sind.

(Zwang)

(Von unten)

Mehr Informationen zu Ökostrom von unten unter <http://move.to/oeokostrom>.

Siehe <http://www.ews-schoenau.de>



Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft

Möglichkeiten und Grenzen



herausgegeben vom AK Wirtschaft der BUNDjugend

Redaktion Jens Dörschel

Das Thema Ökologie und Ökonomie - Warum?

Das ist die Ausgangsfrage, die der AK Wirtschaft beantworten muß: Warum ist es überhaupt so wichtig, sich als Umweltbewegter um die verflucht komplizierte Ökonomie zu kümmern? Ganz einfach: weil die Wirtschaft der Schlüsselbereich der Gesellschaft ist, der fast alle Lebensbereiche bestimmt. Auch für Umweltprobleme gilt das.

Warum aber können wir das nicht denjenigen überlassen, deren Job das Wirtschaften ist? Nun denn, weil deren Anliegen die Umwelt bisher so gut wie gar nicht ist. Und weil der wirtschaftliche Zeitgeist die falsche Richtung weist.

Wirtschaft als Schlüsselthema

Die meisten Umweltbewegten sind sich über die ökonomischen Wurzeln von Umweltzerstörung und über wirtschaftliche Zusammenhänge insgesamt nicht klar. Wenn dem so ist, dann bedeutet das aber, daß ihr umweltpolitisches Handeln zu kurz greifen muß.

Es besteht ein starker Zusammenhang zwischen Wirtschaft und Umwelt. Die ökologische Krise beeinflusst die Wirtschaft, genauso wie ökonomische Krisen die Umwelt beeinflussen. Also steht die Umwelt im Schatten der Wirtschaft und die Wirtschaft im Schatten der Umwelt.

Umweltzerstörung ist weitgehend von der Wirtschaft, genauer von der Industrie verursacht. Klar: der Dreck kommt aus den Schornsteinen und aus den Fabriktoren. Der Regenwald wird von Konzernen abgeholzt. Geld regiert die Welt. Die Wirtschaft entscheidet, welche Rohstoffe verarbeitet werden, welche Energiequellen angezapft werden und welche Erzeugnisse später auf dem Müllhaufen landen. Die Wirtschaft entscheidet auch, welche Güter

wie oft und wie weit durch die Republik und durch ganz Europa gefahren werden. Die Wirtschaft entscheidet, in welche neuen Technologien Geld investiert wird. Die Wirtschaft entscheidet eigentlich alles, was mit Umwelt zu tun hat. Ökologische Konzepte müssen demnach den Umbau der Wirtschaft umfassen.

Zeitgeist Marktwirtschaft

Es entspricht dem Zeitgeist, sich zur Marktwirtschaft zu bekennen. Verdrängt sind die sozialen und ökologischen Folgen der westlichen Wirtschaftsordnung. Der Grad der Umweltzerstörung im Westen wird durch die als schlimmer empfundene Umweltverschmutzung im

Osten aus dem Bewußtsein gedrängt. In der derzeitigen Wirtschaftskrise gehen die Umweltsorgen zurück, verschwindet Umweltzerstörung aus dem öffentlichen Bewußtsein. Wer immer noch über die Umwelt spricht, dem erscheint die Bewältigung von Umweltproblemen dank *ökologischer Marktwirtschaft* kaum mehr als Schwierigkeit. *Ökonomie und Ökologie* erscheinen

kaum mehr als Widerspruch.

Dabei haben die Probleme gegenüber früher keineswegs abgenommen - im Gegenteil: Millionen von Arbeitslosen in der BRD, Menschen werden im Arbeitsprozeß und in der Gesellschaft psychisch und körperlich aufgegeben, in den ärmsten Regionen der Welt herrschen Hunger und Elend, die Umweltzerstörung nimmt weiter zu ... Deshalb ist es nötig, die bestehende Wirtschaftsordnung zu hinterfragen.



Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft Was ist und soll das?

Das ist eine gute Frage. Denn spätestens seit das Stichwort ökologische Marktwirtschaft nicht nur in Programmen von den Grünen und dem BUND zu finden ist, sondern auch im Grundsatzprogramm der CDU, dürfte klar sein, daß mit dem Begriff ganz unterschiedliche Vorstellungen verbunden werden. Oder ist anzunehmen, daß BUND und CDU wirtschafts- und umweltpolitisch dieselben Vorstellungen haben?

Eine Grundvorstellung dürfte aber allen Vorstellungen und Ansätzen gemein sein: Zur sozialen Komponente soll bei der ökologisch-sozialen Marktwirtschaft die Berücksichtigung ökologischer Belange hinzukommen. Während die AnhängerInnen sozialer Marktwirtschaft - absurderweise - davon ausgehen, daß unser Wirtschaftssystem bereits sozial ist, geht wohl kaum jemand der VertreterInnen der ökologischen Marktwirtschaft davon aus, daß unser Wirtschaftssystem bereits ökologisch genug ist. Das wäre ja auch zu absurd. Falsch wäre daher ein Satz wie: "Die ökologische Marktwirtschaft ist ...". Es kann lediglich heißen: "Ökologische Marktwirtschaft soll ... sein."

Weitere Gemeinsamkeit ist die, daß die mit der Einführung einer ökologisch-sozialen Marktwirtschaft verbundenen Maßnahmen mit den Leitideen der Marktwirtschaft vereinbar sein sollen. Der Markt zählt also. Anstatt direkten Druck und Zwang auszuüben, soll dem Staat dabei lediglich die Aufgabe zukommen, BürgerInnen und Wirtschaft mit Anreizen zu motivieren, umweltschädliche Verhaltens- und Wirtschaftsweisen zu verändern. Bei einem Anreizsystem behält die Wirtschaft ihre

Flexibilität. Denn sie wird nicht unmittelbar gemäßregelt. Die Möglichkeit, Marktlücken im Bereich von umweltfreundlichen Produkten zu besetzen, wird somit nur gefördert, aber nicht erzwungen.

Wesentliches Element ökologisch-sozialer Marktwirtschaft ist die *Internalisierung ökologischer Kosten* in die Preise: VerursacherInnen von ökologischen Kosten sollen für sie aufkommen. So würden diese Kosten in das betriebswirtschaftliche Kalkül einbezogen.

Ein Hauptproblem für die Nachhaltigkeit von Marktwirtschaft ist, daß sie auf Wirtschafts-

wachstum angewiesen ist. Zum Einen ergibt sich das aus der kapitalistischen Entwicklungsdynamik, die sich nur schwer zügeln läßt. Zum Zweiten ergibt sich das aus der Tatsache, daß eine Wirtschaftskrise mit Wachstumsausfall gesellschaftlich als unerträglich gilt.

Und hier besteht ebenfalls wieder eine Parallele zum Sozialstaat in der sozialen

Marktwirtschaft: Die Sozialausgaben und höhere Löhne würden nämlich auch nur aus den Wachstumsgewinnen finanziert. In dem Moment, wo das Wachstum ausfällt, stehen laut herrschender Vorstellung auch der Sozialstaat und die hohen Löhne in Frage. Genauso ist es mit dem Umweltschutz.

Und letztendlich müßte für ein Zügeln des Wirtschaftswachstums ein politischer Wille bestehen - und den gibt es bei den Liberalen auf keinen Fall. Im Gegenteil begründen sie die Notwendigkeit von Wachstum gerade auch aus Umweltgründen. Denn erst durch beständiges Wachstum steht das nötige Geld für aufwendige Umweltschutzmaßnahmen bereit.



Alternativen zur ökologischen Marktwirtschaft?

Nun wäre aus unserer Sicht eine Broschüre zu ökologischer Marktwirtschaft ohne eine Diskussion ihrer Grenzen unvollständig. Klar, wenn wir unbedingte Anhänger ökologischer Marktwirtschaft wären, dann könnten wir uns das sparen - es sei denn, wir müßten mit ernsthaften Einwänden rechnen, die von vornherein ausgeräumt werden müßten. Nun sind wir aber keine AnhängerInnen liberaler Konzepte. Dem entsprechend sind Einwände im Gegenteil ausführlich erläutert - ohne das Bemühen Marktwirtschaft in Schutz zu nehmen. Nicht zuletzt hat ja die Seminarreihe dazu gedient, solche Einwände mit verschiedenen ReferentInnen zu diskutieren und zu überprüfen.

kommunistische Antwort ist: Zentralverwaltung - Planwirtschaft. Dazwischen gibt es unendlich viele Zwischenstufen von Markt mit Plan und Staat mit Markt. Letztendlich weist jede reale Wirtschaftsordnung alles mehr oder weniger stark auf: Markt, Plan und Staat.

Das gilt auch für die angeblich soziale Marktwirtschaft. Längst nicht alles regelt sich in ihr von allein nach dem Angebot freier Kleinunternehmen und der Nachfrage frei entscheidender KäuferInnen. Die Wirtschaft ist allerlei Beschränkungen ausgesetzt - und das ist gut so. Staatliche Rahmenplanung, Bauleitplanung, Verbote, Genehmigungsverfahren, Umweltgesetze, Sozialstaat und Naturschutzgebiete sor-

Which kind of green will the future be?



Markt contra Staat

Der Streit unter WirtschaftswissenschaftlerInnen und -politikerInnen, zwischen Gewerkschaften und UnternehmerInnen, zwischen SozialistInnen und Liberalen geht im Grunde immer um die eine Frage: Wieviel Markt und wieviel Staat in der Wirtschaft muß oder darf es geben, um das Allgemeinwohl zu gewährleisten?

Die liberale Antwort ist: freier Markt anstelle des Staates - freie Marktwirtschaft. Die

gen dafür, daß die soziale und ökologische Rücksichtslosigkeit des freien Marktes wenigstens etwas ausgegügelt wird.

Aber nicht nur der Staat selbst beschränkt den Markt. Auch von Seiten der Unternehmen gibt es Marktbeschränkungen. Das Ergebnis ihres Wirtschaftens ist, daß es immer größere und weniger Konzerne gibt: Konzentration, Monopolisierung, Wirtschaftsverflechtung und Kartelle. Dem haben auch das Kartellamt und liberale PolitikerInnen nicht viel entgegenzusetzen. Wie sonst hätte der Wirtschaftsminister

Hausmann die Fusion von Daimler-Benz und MBB genehmigen können? Immer größer werdende Großkonzerne konzentrieren immer mehr Macht auf sich, wodurch der sonst so hochgelobte freie Wettbewerb durch abnehmende (bzw. aufgekaufte!) Konkurrenz eingeschränkt wird.

Der politische Gegensatz zwischen Markt und Plan läßt sich auch anders bezeichnen: *Regulierung* contra *Deregulierung*: Regulierung bedeutet, die Wirtschaft durch Gesetze, Besteuerung oder Verstaatlichung in ihrer Freiheit zu beschränken. Deregulierung bedeutet, diese Beschränkungen abzubauen: Privatisierung, Gesetzes- oder Steuererleichterungen.

Von diesen Auseinandersetzungen werden auch die Diskussionen über Umweltschutz nicht verschont. Wenn im Zuge der Deregulierung ABM-Stellen bei Umweltverbänden gestrichen werden, wenn im Namen der Deregulierung Bundesbahn und Müllabfuhr privatisiert werden - wie könnte die Umweltbewegung behaupten, diese Diskussionen gingen sie nichts an? Ob die ökologische Bewertung von Deregulierung im Einzelfall nun positiv oder negativ ausfällt - aus unserer Sicht meist negativ - diese Auseinandersetzungen sind nicht Gegenstand abgehobener Polit- und Wirtschaftszirkel, die für uns UmweltschützerInnen nicht interessant wären - wie manche meinen - sie sind geradezu das Herz der politischen Auseinandersetzung.

Eine provokative These: Die Unmöglichkeit ökologischer Marktwirtschaft

Eine gründliche Analyse der Zusammenhänge zwischen Wirtschaft und Umweltzerstörung muß unserer Ansicht nach zu folgenden Einsichten führen:

1. Freie Marktwirtschaft führt zu Umweltzerstörung.
2. Instrumente ökologischer Marktwirtschaft sind unzureichend, insbesondere dann, wenn sie liberal gehandhabt werden.
3. Tatsächlich wirksame Instrumente "ökologischer Marktwirtschaft" sind stark regulierende Eingriffe in die Wirtschaft - sie werden also dem liberalen Anspruch nicht gerecht.

So liegt der Schluß nahe, daß es keine ökologische Marktwirtschaft geben kann. Denn entweder bleibt die Wirtschaft eine Marktwirtschaft - dann darf der Markt nur wenig beeinträchtigt

werden, muß die wirtschaftliche Vertretbarkeit Umweltschutz beschränken. Dann nehmen die dem Markt eigenen naturzerstörenden Prozesse ihren Lauf. Oder aber die Marktwirtschaft wird konsequent ökologisiert. Das ist aber mit tiefen Eingriffen in die Marktfreiheit verbunden - wenn auch nicht mit der völligen Abschaffung des Marktes. Dann wäre die Bezeichnung *Marktwirtschaft* hier ein Etikettenschwindel.

Die These der Unmöglichkeit ökologischer Marktwirtschaft ist provokativ. Widerspricht sie doch dem volkstümlichen Glauben an die wundersame Heilkraft des Marktes in allen historischen Lagen. Etwas, was uns alltäglich umgibt, soll ökologisch nicht funktionieren? Diese These widerspricht dem Wissen, daß es gerade sogenannte Marktwirtschaft war, die uns den Wohlstand gebracht hat. Liegt aber da nicht gerade der Schlüssel zum Verständnis dieser These?

Das radikale Gegenkonzept zum Markt - die Zentralverwaltung - hat sich als unfähig erwiesen, den Bedürfnissen der Menschen gerecht zu werden. Ist daraus aber der Schluß zu ziehen, der Markt müsse unfehlbar funktionieren? Dieser Schluß ist methodisch nicht haltbar. Ein gutes Funktionieren der Marktwirtschaft muß schon anders bewiesen werden.

Nun kann und soll nicht so getan werden, als müßten keine Lehren aus dem Zusammenbruch des Realsozialismus gezogen werden. Es hat sich gezeigt, daß es weder möglich noch sinnvoll ist, marktformige Entscheidungen völlig aus der Wirtschaft zu verbannen. Daran kann auch eine ökologische Gesellschaft nicht vorbei. Umgekehrt darf einem Markt aber nur ein ökologisch begrenzter Raum belassen werden.

Sich dem Zeitgeist fügen?

Es ist also letztlich eine gemischte Wirtschaftsform, die die Ökologisierung gewährleisten kann. Kann das aber nicht doch als ökologische Marktwirtschaft bezeichnet werden?

Vielleicht - wenn mensch unbedingt will. Denn im Übergangsbereich zwischen Marktformigkeit und Nicht-Marktformigkeit ist die These der Unmöglichkeit von ökologischer Marktwirtschaft natürlich gewagt. Und es wäre naheliegend, sich dem Zeitgeist zu beugen und sich des Begriffes *ökologische Marktwirtschaft* zu

bedienen. Denn er kommt bei den meisten Leuten gut an.

Dennoch erscheint sein Gebrauch unangebracht. Denn er gaukelt den Leuten falsche Notwendigkeiten vor und lenkt vom tatsächlich notwendigen Regulierungsbedarf ab. Aber darin erfüllt sich ihr Zweck: Wer würde anfangen, über die ökologische Beschränkung des Marktes nachzudenken, wenn er doch an die Allmächtigkeit des Marktes glaubt?

Ökologische Regulierung

Es gibt Marktversagen. Es gibt keine "Heilkräfte" des Marktes, die von sich aus alles zum Guten regeln. Der Markt muß reguliert werden, wenn ein bestimmtes ökologisches Ziel erreicht werden soll. Eine hinreichend ökologisch verträgliche Wirtschaft muß stärker ökologisch reguliert werden als es bisher der Fall ist. Die dazu notwendige Politik wird im folgenden *ökologische Regulierung* genannt.

Nutzinger und Zahrt drücken diese Notwendigkeit in ihrem Plädoyer für eine ökologisch-soziale Marktwirtschaft vorsichtiger aus: "In vielen Fällen wollen wir (...) keine ökonomische Abwägung zulassen." Ökonomische Abwägung meint Entscheidung nach Marktlage - und genau die darf im Sinne einer Ökologisierung nicht alles bestimmen.

Wer sich vergegenwärtigt, daß auch Instrumente wie ökologische Steuerpolitik, schon ein gutes Stück Regulierung bedeuten, die bewußt geplant und entschieden werden muß, diejenigen erstaunt die Notwendigkeit über den Markt hinausgehender lenkender Maßnahmen auch nicht weiter, die beschriebene ökologische Steuerpolitik ist dafür ein gutes Beispiel.

Sie bedient sich vordergründig des Marktes: Die ökologischen Effekte stellen sich dadurch ein, daß die Wirtschaftenden auf Preissignale reagieren. Die Allokation von Energie, Rohstoffen und Waren, also deren Verteilung auf die einzelnen Produktionszweige und VerbraucherInnen wird weiterhin durch den Markt geleistet. Wie aber wird dieser ökologische Impuls erreicht?

Preise, die die ökologische Wahrheit sagen, wie es die Lieblingsformulierung von E.U. v. Weizsäcker ist, stellen sich unter momentanen Marktbedingungen bekanntlich nicht ein. Diese müssen über den Staat vermittelt erzwungen

werden. Das ist ein stark regulierender Eingriff in die Wirtschaft. Das Gezeter der Wirtschaftsverbände über den Verlust deutscher Konkurrenzfähigkeit im Ausland im Falle von "überhöhten" Umweltsteuern zeugt davon, daß die Wirtschaft mit der These der Ökosteuern als Hort des Liberalismus nicht viel anfangen kann. Es geht aber noch einen Schritt weiter. Der Satz von den ökologisch wahren Preisen legt nahe, daß es einen objektiven Preis für die Natur gibt. Dieser ergäbe sich aus der vollständigen Internalisierung der ökologischen Folgekosten der Produktion. Eine Politik, die dem Leitsatz der ökologisch wahren Preise folgt, dürfte über dieses objektive Maß nicht hinausgehen. So würden realistische Marktverhältnisse simuliert.

Diese Wahrheit ist nun leider unmöglich. Jeder kurze Gedanke daran, wie Natur in objektiven Preisen monetarisiert werden könnte, muß - wie beschrieben - zu dem Ergebnis führen, daß die geforderte, "richtige" Monetarisierung unmöglich ist. Wieviel kostet eine Krebserkrankung? Wie kann sie den verschiedenen VerursacherInnen objektiv und richtig zugeordnet werden? Unlösbar Fragen.

Der Versuch, diese Monetarisierung durch ökologische Steuerpolitik zu vollziehen, führt angesichts dieser unlösbaren Aufgabe zu einem totgeglaubten Kind sozialistischer Eltern: zu politischen Preisen. Wenn es unmöglich ist, eine Energiesteuer einem objektiv wahren Energiepreis nachzuempfinden, dann ist die Festlegung einer Energiesteuer nichts anderes als die Festlegung eines politischen Mindestpreises.

Die zugrundeliegende Entscheidung wird sich zwar teilweise an gesellschaftlichen Erfahrungen einer ungefähren ökologischen Wahrheit orientieren. Letztlich wird die politische Entscheidung aber eher von anderen Erwägungen bestimmt sein: einerseits dem Wunsch, eine bestimmte Reduktion des Energieverbrauches zu erreichen (Standard-Preis-Ansatz), und andererseits dem Wunsch, die Wirtschaft nicht zu strangulieren. Das ist der Rahmen, in dem sich der politische Energiepreis bewegen wird, und nicht um irgendeine ökologische Wahrheit

Ist die Wirtschaft fähig zur ökologischen Modernisierung?

So hieß der Titel des zweiten Seminars der Reihe in Eisenach. Die Fragestellung ist leicht erläutert. Fähigkeit der Wirtschaft zur ökologischen Modernisierung - will heißen: Ist die Wirtschaft, sind die Unternehmen von sich aus, selbständig in der Lage, die ökologische Modernisierung zu vollziehen, oder müssen die dazu gezwungen werden?

Dazu kann mensch sich natürlich so seine schlaun Gedanken machen und seine eigene Einschätzung entwickeln. Meine fällt eindeutig zuungunsten der Unternehmen aus. Was aber wäre zur Überprüfung dieses unguuten Gefühls sinnvoller, als VertreterInnen der Wirtschaft hierzu zu befragen (unbedingt zur Nachahmung empfohlen!) Denn sagen, sie: "Na klar, kein Problem, uns braucht ihr gar nicht erst zur ökologischen Modernisierung zu zwingen, wir machen das auch so" - na dann stehen sie ja - naiv gesprochen - in der Pflicht, zu ihrem Wort zu stehen. Sagen sie aber: "Wir können doch gar nichts anderes tun, als unserem betriebswirtschaftlichen Interesse zu folgen. Deswegen kommt für uns eine Ökologisierung nicht in Frage" - wer würde dann noch Gewissensbisse haben, in die Freiheit des Marktes einzugreifen und den wehleidigen Liberalen ihre Sorgen um ihren freien Markt zu vergrößern? Wer wollte dann noch dem Wunsch der UnternehmerInnen und ManagerInnen entsprechen, alles selber entscheiden zu wollen - ohne uns und ihre Lohnabhängigen?

Tabuisierte Alternativen

Wer so viel über das bestehende Wirtschaftssystem lästert und systematische Zusammenhänge zwischen Wirtschaftssystem und Umweltzerstörung erkennt, muß sich die Frage nach Alternativen gefallen lassen - für viele eine unangenehme Frage.

Denn die eine Alternative im Osten ist nicht ganz zufällig zusammengebrochen. Sozialistische Modelle müssen von Grund auf neu konzipiert werden. Dieser Vorgang ist noch lange nicht abgeschlossen. Und die bürgerliche Öffentlichkeit ist kräftig dabei, jeden Gedanken an eine solche Neuformierung zu diskriminieren.

Anarchistische Modelle hingegen sind organisatorisch so funktionsuntüchtig, daß sich ihre VertreterInnen über ein detailliertes Konzept keine Gedanken machen (können). Das, was als anarchistische Theoriebildung gilt, ist lächerlich dürftig. Wer sich gründlichere Gedanken macht, denjenigen muß die schöne anarchische Utopie zusammenbrechen.

Eine ernsthafte Diskussion über Alternativen kommt für einen Großteil der Oppositionellen nicht in Frage. Wer zerbricht sich schon gerne den Kopf der Herrschenden? Und wo wir bei den Herrschenden sind: Wer sich Gedanken darüber macht, wie eine Gesellschaft im positiven Sinne funktionieren könnte, schwingt sich zum Herrscher und Diktator auf. So zumindest der oppositionelle Zeitgeist. Nur die reine, lebenslange Opposition befreit von solchen Übeln.

Wer nach Alternativen fragt oder gefragt wird, hat es in dieser Situation nicht einfach: Einerseits gibt es noch keine klare Alternative. Bei der Neukonzeption von Alternativen ist noch erhebliche Arbeit zu leisten. Andererseits ist es verpönt, sich über Alternativvorstellungen klar zu äußern.

Der Mangel an Konzepten wiederum hat auch eine positive Seite. Denn es bietet sich die Möglichkeit, sich bei diesem Neuanfang aktiv in die Diskussion einzumischen und sie so mitzuprägen. Und genau das wollen wir tun.

Arbeit und Umwelt mit dem Staat

Ökologische Ansätze, die auf planende staatliche Initiative und Eingriffe setzen und die das Privateigentum an Produktionsmitteln beschränken, werden als *ökosozialistisch* bezeichnet. Dabei gibt es allerdings (noch) kein geschlossenes Wirtschaftskonzept, das das bestehende kapitalistische Wirtschaftssystem vollständig ersetzen könnte - so wie es der Realsozialismus mit seinen Fünfjahresplänen versuchte.

Die meisten ökosozialistischen Ansätze begnügen sich damit, den Kapitalismus zu beschränken, ihn zu regulieren. Sie heben ihn allerdings nicht völlig auf. Trotzdem ist es in diesem Zusammenhang sinnvoll, von Ökosozialismus im Gegensatz zu ökologischer Marktwirtschaft zu sprechen. Denn es ist doch ganz klar: ein

Kommentierte Literaturtips

Jens Dörschel: **Ökologie und Marktwirtschaft.** Ökologie, Ökonomie und die neue Weltordnung. Neue Broschüre der BUNDjugend. 7 DM.

Die Broschüre gibt zuerst einen Überblick über die sachzwanghaften Ursachen der Umweltzerstörung in Volks- und Weltwirtschaft. Dann geht sie auf die Diskussion über Instrumente zur Ökologisierung der Wirtschaft ein - von rechts bis links. Aus diesen Erkenntnissen wird ein Modell für ein linkes, ökosozialistisches Umbauprogramm entwickelt. Zudem wird ein Ausblick in die Zukunft gewagt. Die Stärke liegt darin, daß die Diskussionen und Erfahrungen aus verschiedenen Organisationen, Politik- und Wissenschaftsbereichen zusammengeführt werden. Das führt zu einer komplexen Sicht der Dinge. Dennoch oder gerade deswegen ist es als Einführung in die verschiedenen Themen gedacht.

BUND: **Ökologische Unternehmensführung.** BUNDposition 22. 6,80 DM

Auch mit dieser nicht zu langen Broschüre wird ein neues Feld der Diskussion mit wichtigen Inhalten belegt: Wie kann ein Unternehmen ökologisch geführt werden? Diese Frage stellt sich in jedem Wirtschaftssystem. Zu kurz kommt allerdings Frage nach den Rahmenbedingungen, die nötig sind, damit Unternehmen bzw. UnternehmerInnen ökologisch umstellen. Woher nehmen sie ihre Motivation?

Bei der BUNDjugend erscheint im Frühjahr 1994 noch eine Broschüre mit dem Titel **Alternative Ökonomie.** Sie ist wie alle Materialien des BUND und der BUNDjugend zu bestellen beim **BUND-Infoservice.** Im **Rheingärten 7, 53225 Bonn.**

BUND: **Plädoyer für eine ökologisch-soziale Marktwirtschaft.** BUNDposition 14. 5,80 DM

Die Stärke der Broschüre ist es, nicht nur zu analysieren, sondern Konzepte zu entwickeln. Das passiert zwar, indem der Zeitgeist Marktwirtschaft aufgenommen wird und vordergründig nicht in Frage gestellt wird. Wer aber meint, es ginge um marktradikale, liberale Konzepte, irrt. Sowohl Staat und Markt sollen ihre Rolle spielen. Von daher enthält sie sehr brauchbare Gedanken und ist auch gut verständlich - setzt also nicht jahrelanges Wirtschaftsstudium voraus.

Binswanger, Frisch, Nutzinger, Scherhorn, Simonis, Strümpel und Teichert: **Arbeit ohne Umweltzerstörung.** Strategien für eine neue Wirtschaftspolitik. Frankfurt 1988. Ein *Fischer alternativ* Taschenbuch. 16,80 DM.

Eine gute Einführung mit "gemäßigten" Positionen (also auch für Eure Eltern geeignet ...). Das mitteldicke Buch gibt einen guten Überblick über die Ursachen von Umweltzerstörung und deutet auch Strategien für eine Ökologisierung an. Ein ausgefeiltes, geschlossenes Konzept - wie der Titel glauben macht - bietet es aber nicht. Als dieses Buch vor ca. 10 Jahren zum ersten Mal erschien, war es aber ein wichtiger Meilenstein für die ökologische Wirtschaftsdiskussion in gemäßigten, nicht-marxistischen Kreisen. Mitgeschrieben haben Leute, die den AK Wirtschaft des BUND wesentlich mitgestalten.



Joachim Hirsch, Roland Roth: **Das neue Gesicht des Kapitalismus.** Vom Fordismus zum Post-Fordismus. Hamburg 1985.

Wer etwas über die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklungen seit dem Ende des letzten Jahrhunderts etwas erfahren will, liegt mit diesem Buch goldrichtig. Vom Manchester-Kapitalismus mit Hilfe des Taylorismus und der keynesianischen Revolution zum Fordismus mit seinem Massenkonsum und seit Mitte der siebziger Jahre die Krise des Fordismus. Viele jedem aus dem Alltag bekannte Details werden hier überzeugend in einen Gesamtzusammenhang gestellt. Es wird ein grundlegendes Verständnis der Bedeutung von *Modernisierung* und seiner Umsetzung gegeben. Mit diesen Erkenntnissen fällt es dann auch leichter, die momentanen Entwicklungen im Gesamtzusammenhang zu verstehen und Ausblicke in die Zukunft zu wagen. Schade nur, daß die Autoren sich kaum um alltagsverständliche Sprache bemüht haben.

Sabine Kebir: **Gramscis Zivilgesellschaft.** Hamburg.

Dieses Buch ist eine hervorragende Einführung in das Werk des italienischen Kommunisten Gramsci (18 - 193). Die Tatsache, daß sein Werk seit dem Zusammenbruch des Realsozialismus wieder verstärkt in die Diskussion kommt, zeigt, daß es sich lohnt, sich mit seinem Werk zu beschäftigen. Das Buch vermittelt ein realistisches Verständnis von den Machtverhältnissen in westlichen Industrieländern mit ihrer Zivilgesellschaft: Hegemonie, also die Macht über Menschen und Staaten, beruht nie

allein auf Zwang und Unterdrückung, sondern immer auch auf einem großen Maß an Zustimmung der Beherrschten. Diese Zustimmung, ist verankert im zivilgesellschaftlichen Geflecht von Organisation, Werten und Normen. Dieses macht es unmöglich, den Kapitalismus in entwickelten Industrienationen per Handstreich wie in Rußland 1917 umzustürzen: die Reserven des alten Systems sind dann noch groß genug. Sehr zum Lesen zu empfehlen!

Aktiv im BUND

Wer es nach der Lektüre dieser Broschüre nicht mehr aushalten kann und aktiv werden will, ist im BUND oder bei der BUNDjugend (allerdings nur bis 25 Jahre) herzlich willkommen. Beitrittschreiben werden in der BUND-Geschäftsstelle, Im Rheingärten 7, 53225 Bonn freundlich empfangen.



Ökosteuern steigern die Vorherrschaft der Ökonomie vor der Politik!

(Ein Thesenpapier des Instituts für Ökologie, Fachbereich Politik & Wirtschaft)



1. Ökosteuern sind gefährlich

Die (unbestreitbar vorhandenen) positiven Wirkungen linearer Ökosteuern resultieren vor allem aus der Verteuerung des Rohstoffverbrauchs. Dadurch wird selbiger eingeschränkt, zumindestens dort, wo die finanziellen Mittel fehlen, die Mehrkosten zu tragen, oder das Investitionskapital für Modernisierungen vorhanden ist und sich rechnet. Doch diesen Vorteilen stehen eklatante Nachteile gegenüber, die in der Diskussion kaum oder nicht genannt werden:

- **Entmachtung der Politik zugunsten der Wirtschaft:** Mit der Einführung der Ökosteuer überläßt die Politik (in Deutschland: Parlamente und Regierungen) erneut ein Handlungsfeld dem Spiel der Kräfte am Markt (Deregulierung). Dieses Kräftespiel ist aber nicht gleichberechtigt, sondern aufgrund etlicher Gesetze und Verordnungen sowie durch den Einfluß auf die zentralen Verbände und die Regierungen sind große Konzerne bevorteilt. Durch die größeren Möglichkeiten, vor allem finanziellen Ressourcen, können große Konzerne auf die Einführung der Ökosteuer besser reagieren als kleine (Modernisierung, Rationalisierung).
Mit der Ökosteuer regelt ein ökonomisches Mittel die Verteilung der Ressourcen und nicht ein demokratisches, d.h. politische Willensbildung. Nicht das, was die Menschen wollen, geschieht, sondern das, was mit Geld bezahlbar ist.
- **Lohnkostensenkung bedrängt ausgebeutete Länder:** Als Vorteil der Ökosteuerreform wird die Senkung der Lohnkosten angeführt. Dazu ist zunächst festzustellen, daß Deutschland keine hohen Lohnkosten hat. Zwar sind die Löhne und ihre Nebenkosten pro Zeiteinheit höher als in den meisten anderen Ländern, aber nicht

bezogen auf die Produktionsleistung (Lohnstückkosten). Damit aber müssen sog. Billiglohnländer konkurrieren. Werden in Deutschland die Lohnkosten gesenkt, so bedeutet das einen unabgedeckten Druck auf andere Länder, dieses ebenfalls zu tun, um konkurrieren zu können. Da auch in anderen Ländern die Ausbeutung von Natur und Arbeitskraft nicht demokratisch, sondern ökonomisch bestimmt wird, ist mit einer steigenden Ausbeutung der Menschen zu rechnen.

- **Höhere Rohstoffpreise drücken Lohnniveau:** Eine Entlastung von Lohnnebenkosten wird nur bei ArbeitnehmerInnen greifen. In vielen Bereichen sind aber Strukturen entstanden (und entstehen weiter), in denen scheinbar Selbständige tatsächlich abhängige ZuarbeiterInnen sind, z.B. LKW-FahrerInnen als SpediteurInnen einzelner Betriebe. Bei ihnen werden die Lohnnebenkostensenkungen oft geringer ausfallen, die steigenden Rohstoffpreise müssen sie mit zusätzlicher Selbstausbeutung auffangen. Ein Umstieg auf z.B. die Bahn kommt für sie individuell kaum in Frage.
- **Politisches Potential wird verschenkt:** Wenn Ökosteuern die Wirkung hätten, die ihnen immer nachgesagt wird, stellt sich die Frage, warum sie durchsetzbar sein sollen. Dazu gehört ein hohes gesellschaftliches Durchsetzungspotential im politischen und öffentlichen Raum. Wo das aber besteht, macht es mehr Sinn, statt eines so zweifelhaften bis gefährlichen Instrumentes wie die Ökosteuer lieber die Demokratisierung des Rohstoffverbrauches zu fordern.

Umweltschutz von unten

statt Markt & Macht
Gegen Agenda, Ökokapitalismus & Co.

<http://go.to/umwelt> & www.projektwerkstatt.de



2. Die vorliegenden Vorschläge sind besonders untauglich

Die genannten Gründe reichen aus, die Ökosteuer als solches in Frage zu stellen. Die bis 1997 vorgelegten Vorschläge aber waren in noch weit größerem Umfang untauglich und bedeuteten eine zusätzliche Bevorzugung der meisten der ohnehin bevorzugten Großkonzerne. So zeigten sie auch die politischen Ziele derer, die die Vorschläge machten – von Grünen über die NGOs bis zu modernen Industrie-Lobbyisten wurde überall die Nähe zu Markt und Profit gesucht. So enthielten z.B. die Ökosteuerkonzepte von Bündnis 90/Grünen eine Ermäßigung von 80 Prozent für alle energieintensiven Konzerne¹, das Konzept der Umweltverbände ging 1997 auch von diesem Wert aus², 1998 wurde in einem neuen Vorschlag der von diesen Konzernen noch zu zahlende Steuerbetrag sogar nochmals halbiert (jetzt 90 Prozent Ermäßigung, d.h. statt 20 Prozent zahlen sie jetzt nur noch 10 Prozent dessen, was andere Firmen zahlen).³ Teile der SPD befürworten eine Ökosteuer mit Ausnahmeregelungen für alle Firmen. Mit dem Parteitagsschluß der Grünen für einen Benzinpreis von 5 DM/Liter in zehn Jahren dokumentieren die ÖkosteuerbefürworterInnen auch öffentlich, daß es ihnen vor allem um die Besteuerung der Haushalte, nicht aber der Industrie geht.

Verabschiedet wurde dann eine Ökosteuer, die generell eine Ermäßigung für das produzierende Gewerbe (die Deutsche Bahn AG z.B. dagegen nicht!) vorsah sowie im Bereich der Privathaushalte unter anderem für die stromfressenden Nachtspeicherheizungen.

Die benannten Ausnahmeregelungen bedeuten:

- **Rabatt für die, die viel Energie verbrauchen:** Wer durch Produktionsprozesse oder Stromheizung relativ viel Energie verbraucht, wird belohnt. In der Praxis sind das auch Großkonzerne, deren Tätigkeit aus ökologischer Sicht eigentlich überwunden werden sollte: Aluminium, Chlorchemie, Zement oder Kunstdünger, aber auch die Neuproduktion von Stahl und Kunststoffen. Alle genannten Produktionszweige sollten aus ökologischer Sicht eher verschwinden (bzw. durch Recyclingwirtschaft, Reparatur- und Mietangebote ersetzt werden). Durch die Ermäßigung werden sie aber erhalten, Neuproduktion gegenüber Dienstleistungsangeboten (Mietservice u.ä.) sogar unterstützt, weil letztere die Energiesteuer voll zahlen müssen.
- **Rabatt für die, die zur Zeit immer mehr verschwenden:** Nach offizieller Statistik haben die Haushalte 1997 ca. 3 Prozent Strom eingespart, während die Industrie den gleichen Anteil zusätzlich verbraucht hat.⁴ Dennoch sollen jetzt große Teile des Industrieverbrauches entlastet werden (die zahlenmäßig wenigen energieintensiven Konzerne verbrauchen den Großteil der Energie).
- **Rabatt für die, denen es gut geht:** Viele der von der Ermäßigung betroffenen Industriezweige sind leistungsstark und fahren zur Zeit große Gewinne ein. Ihnen würden Investitionen zum Rohstoff- und Energiesparen wenig wehtun. Dennoch werden sie entlastet. Belastet werden dagegen andere, die es schwer haben werden, auf die Preissteigerungen zu reagieren (zumal Hilfen zur Produktionsumstellung kaum oder nicht vorgesehen sind). Somit ist eine zunehmende Monopolisierung durch die Ökosteuer zu erwarten, da viele kleinere Betriebe geschwächt werden.

3. Hinter der Ökosteuerdebatte stehen eigennützige Interessen

Bei näherer Analyse wird deutlich, daß die jetzt wiederbelebte Debatte um eine ökologische Steuerreform vor allem denen dienen soll, die sie führen: Der Partei Bündnis

90/Grüne sowie Teilen der SPD und den Umweltverbänden.

- **Ökosteuer als Wahlkampfhit:** Große Teile der Grünen sowie die ihnen nahestehenden Kreise der SPD fordern den ökologischen Umbau der Gesellschaft jedoch als Wahlkampfthema, ohne in tatsächlich zu wollen. Im Kern weisen die Programme beider Parteien eine ähnliche neoliberale Politik (Ökonomie vor Politik) auf wie die von CDU, F.D.P. und anderen. Die Ökosteuer dient als Feigenblatt für einen neoliberalen Kapitalismus im "grünen Mäntelchen" und wird als Fortschritt für den Umweltschutz bezeichnet. Das aber wird sie nicht sein (siehe oben), vor allem aber nicht als Beiwerk zu sonstigen politischen Beschlüssen, die ökologische Ziele völlig verfehlen.
- **Ökosteuer als Imagekampagne:** Für die Umweltverbände bietet sich die Chance, in der Erwartung eines rotgrünen Regierungswechsels das eigene Image aufzupolieren und sich nachdrücklich bei SPD und Grünen als loyale Organisationen zu empfehlen. Die aktuelle Ökosteuerkampagne der Verbände DNR, BUND und NABU ist inhaltlich mit den Grünen sowie Kreisen der SPD um deren Umwelt-Männer Ernst-Ulrich von Weizsäcker und Michael Müller abgestimmt, wird von den Grünen finanziert, zudem stehen einige der im Vordergrund aktiven Personen auf aussichtsreichen Listenplätze der SPD oder der Grünen für die Bundestagswahl. Für die Zeit nach der Wahl erhoffen sich die Verbände so, künftig in der ersten Reihe stehen zu können als PolitikberaterInnen, ZuschußempfängerInnen usw. Für die SpitzenfunktionärInnen winkt Ämter und Anstellungen in Ministerien, Fachämtern, Gremien und Kommissionen.

Institut für Ökologie



Ökosteuer, Agenda, Nachhaltigkeit ... alles Modethemen?

Wir bieten kritische Positionen zu aktuellen Themen!

Gegen 2,20 DM in Briefmarken schicken wir Ihnen unsere Informationen und ReferentInnenlisten zu.

Institut für Ökologie
Ludwigstr. 11
35447 Reiskirchen
06401/90328-3, Fax -5

Institut für Ökologie



Suchen Sie ReferentInnen?

In Themen wie Naturschutz, Abfallwirtschaft, Ökonomie & Ökologie, Betriebl. Umweltschutz, Energie, Biologie, Ökologie, Umweltpädagogik?

Gegen 2,20 DM in Briefmarken schicken wir Ihnen unsere Informationen und ReferentInnenlisten zu.

Institut für Ökologie
Ludwigstr. 11
35447 Reiskirchen
06401/90328-3, Fax -5

Hinzu kommt, daß die Ökosteuer auch in weiten Kreisen der Industrie bis hin zur Großindustrie beliebt ist. Dadurch gelangen inzwischen gemeinsame Werbekampagnen z.B. mit Daimler-Firmen oder Chemiekonzernen. Die Spenden aus dem Bereich der Großkonzerne nehmen zu.

● **Lobbyarbeit statt öffentlicher Aktion:** Das Eintreten für die Ökosteuer paßt in die Entwicklung der Umweltverbände seit ca. einem Jahrzehnt. Konfrontative Aktionsstrategien werden gemieden. Dafür gibt es angesichts von Deregulierung, neuem Atomgesetz, Globalisierung usw. keinen inhaltlichen Grund, sondern nur den des Eigennutzes. Die Verbände nehmen Platz an den Tischen der Mächtigen. Dadurch steigt ihre Durchsetzungsfähigkeit nicht, aber die individuellen Karrierechancen der Beteiligten, der Zugriff auf Informationen und Fördergelder sowie Imageerfolge, weil die Mitarbeit an den Verhandlungstischen suggeriert, daß das Gewicht der beteiligten Organisation entsprechend hoch ist.

4. Alternativen

Die Ökosteuer bringt in der Sache wenig und ist mit erheblichen Gefahren verbunden. Die aktuell vorliegenden Ökosteuvorschläge sind noch zusätzlich entschärft, verringern die wenigen positiven Wirkungen und verstärken die negativen.

Statt der aktuell diskutierten Vorschläge für eine Steuerreform sind sinnvoll:

- **Lineare Energietarife:** Eine Ökosteuer ist in weiten Teilen überflüssig, wenn nur die ständigen Subventionen abgebaut würden. So erhalten z.B. große Konzerne ihren Strom zu Preisen, die nur einen kleinen Teil der Kosten für Haushalte ausmachen. Flugbenzin ist steuerfrei. Wer viel verbraucht, erhält also Rabatt. Das widerspricht jeglichem ökologischen Ansatz und der Forderung nach linearen Tarifen. Erster Schritt muß also sein, die Energiepreise so anzugleichen, daß nicht die am wenigsten zahlen, die am meisten verbrauchen, also die Umwelt am meisten belasten.

Wenn dann eine Ökosteuer hinzukommt, muß sie dort wirken, wo die Einsparpotentiale am größten sind, d.h. bei den GroßverbraucherInnen der Industrie und überall dort, wo Energie überdurchschnittlich verbraucht wird. So könnte beispielsweise pro Haushalt bzw. pro Person eine Grundenergiemenge unbesteuert bleiben und die Ökosteuer nur für den Mehrverbrauch gelten, dann aber mit höheren Sätzen. Ähnlich könnte mit Betrieben vorgegangen werden. Ermäßigungen für energieintensive Betriebe sind Unsinn – es muß Ziel sein, diese Produktionsbereiche zu ersetzen (Substitution).

- **Demokratisierung des Naturverbrauchs:** Natur, damit auch die Rohstoffe, sind Teil der menschlichen Umwelt. Die Menschen sind die Betroffenen jeglicher Nutzung und Belastung. Schon die Übernahme der Entscheidungskompetenz in anonyme, nicht betroffene Parlamente und Regierungen entdemokratisiert die alle Menschen betreffende Frage des "Verbrauchs" von

Natur. Noch schlimmer wird es, wenn nun Parlamente und Regierung sich selbst durch Regelungen entmachten, die zukünftig die Frage des Natur"verbrauchs" noch mehr zum Gegenstand ökonomischen Handelns machen, also zu einer Frage des Geldes.

Statt ökonomischer Regelungen sollte der Verbrauch von Flächen und Ressourcen demokratisiert werden, d.h. die Menschen der jeweiligen Region entscheiden über die Nutzung der Natur, in der sie leben. Nötig ist nicht eine Ökosteuer, sondern ein Menschenrecht auf die Entscheidungsgewalt über die eigene Umwelt.

Quellen

¹ Pressemitteilung 584/96 vom 3.7.1996 der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen. Redebeitrag von MdB Michaela Hustedt am 3.7.1996 vor der Presse in Bonn. FR-Text am 4.7.1996: "Auch Grüne wollen Industrie von Ökosteuer entlasten".

² Deutscher Naturschutzring (1997): Ökologische Steuerreform, Positionspapier. Bonn. DNR-Kurier 6/1997, S. 4.

³ C. Krebs, D. Reiche, M. Rocholl (1998): Die ökologische Steuerreform. Birkhäuser, Basel.

⁴ Kurzmeldungen Tagespresse

Text von August 1998, leicht aktualisiert nach Veränderung der vor der Wahl angekündigten Steuersätze.

Dieses Haus sucht eine neue radikal-politische WG!

500qm in 3 Gebäudeteilen 649qm Grundstück Platz für Bauwägen
Solar- und Regenwasseranlage KABRACK!archive Tagungshaus

Wir träumen davon, daß eine politische Gruppe dieses Haus übernimmt und als politisch-autonomes Zentrum weiterführt. Denn das war es immer!

Das Haus besteht aus Scheune, Zwischengebäuden und Haupthaus. Alle sind baubiologisch renoviert, gedämmt und eingerichtet.

Wohnhaus mit ...
... großen Dachraum
... Küche, Bad, WC getrennt
... Keller
... großer Terrasse (im Bau)

Tagungshaus mit ...
... Seminar- und Arbeitsräumen
... Bibliothek, Archive usw.
... 2 Bettenräumen mit 18 Betten
... Gruppenküche und -sanitärräume
... schallisierter Feten-/Probenraum
... Werkstatt

Alles mit ...
... Solar- und Regenwasseranlage
... Zentralheizung (Solar und Holzessel)

Garten mit ...
... Sitzecken, Liegewiese
... Gewächshaus, Wohnhütte
... Platz für 3-4 Bauwägen

Das Dorf ...
... mit eigenem Bahnanschluß
... 18km östlich von Gießen

Die konkrete Idee:
Eine WG, die das Haus als politisches Zentrum aufrechterhält, selbst in verschiedenen Zusammenhängen aktiv ist, sich austauscht, vernetzt, initiiert, diskutiert ...
Alles Näheres wäre zu besprechen, auch materielle Fragen, die Form einer solchen WG usw.
Kontakt: Projektwerkstatt, 06401/903283

Emanzipatorischer Umweltschutz steht für ökologische Strategie, die die Menschen zu den Entscheidenden machen. Selbstbestimmtes Leben, eine emanzipatorische Gesellschaft ohne Obrigkeit oder Wirtschaftsdominanz und der Schutz der Lebensgrundlagen gehören zusammen.

Ein wichtiges Element ist eine selbstkritische und kreative Diskussion um die politische Ziele und Strategien. Das hier vorliegende Papier dokumentieren wir, weil es Teil unsere Debatte ist. Es ist nicht die Meinung aller – darauf kommt es nicht an. Wir wollen nicht gleichschaltet werden, und wir schalten uns nicht gleich. Wer an den Debatten teilnehmen will, kann das gerne. Nähere Infos unter <http://go.to/umwelt> und www.projektwerkstatt.de.



Zitiert: Ökologische Steuerreform als marktorientierter Umweltschutz

Quelle: Auszug aus der Zeitschrift Kommune 9/96 (S. 45). Der Text stammt von Michael Jäger und heißt "Ökologischer Umbau durch Betreibung des Marktes"

So ist das Ökosteuer-Konzept tief in der freien Marktwirtschaft verwurzelt, in dem es die Begriffe von "Angebot und Nachfrage" definiert. ... Das Ökosteuer-Konzept kommt einer "naiven Verherrlichung des Marktes" leider ziemlich nahe.

Zitiert: Ökologische Steuerreform als Wirtschaftsmotor

Quelle: Aussagen von Martin Jänicke im Film

"Zukunftsfähiges Deutschland" (focus-Film).

Der Film wird u.a. vom BUND vertrieben. Prof. Martin Jänicke arbeitet an der Universität Berlin und gilt als Experte für die ökologische Steuerreform und Befürworter der modernen ökologisch-ökonomischen Instrumente.

Man muß im Gegenteil befürchten, daß Deutschland seine Vorreiterrolle im Umweltschutz in der Europäischen Union verliert. Wir sind ja der weltgrößte Exporteur von Umweltschutz-Technik. Und das hat mit unserer Umweltpolitik viel zu tun gehabt, und seitdem die nachläßt, ist durchaus zu befürchten, daß wir diese Position verlieren.

Ich denke, es ist außerordentlich

wichtig, daß man in der Tat so eine Steuerreform wirtschaftsverträglich einführt.

Emanzipatorischer Umweltschutz im Internet:

<http://go.to/umwelt> und www.projektwerkstatt.de.

Umweltschutz von unten

Die Debatte um den emanzipatorischen Umweltschutz ist offen. Sie schafft keine festgefügte, handlungsfähige Struktur. An ihr beteiligen sich Einzelpersonen oder Gruppen – aus Basisinitiativen, Instituten, Verbänden oder aus anderen Zusammenhängen. Konkrete Aktionen werden immer von den Teilen des Ganzen ausgeführt. Alles, was existiert, besteht deshalb, weil sich Einzelne darum gekümmert haben. Vielfalt statt Hierarchie!

Internetseiten

Umweltschutz von unten: Unter der Adresse <http://go.to/umwelt> finden sich Texte, Projektbeschreibungen und mehr zur Debatte um den emanzipatorischen Umweltschutz.

Virtuelle Projektwerkstatt: Ein Riesenschatz mit Themenseiten, Terminkalendern, Adressenlisten, Diskussionen und Zitatesammlungen, Hintergründe und viel mehr. Das Besondere: Die Seite führt zu allen Themen auch Links zu anderen Seiten auf – wir haben keine Lust auf Zensur und Spalterei bis ins Internet hinein!!! Die www.projektwerkstatt.de ist damit eine optimale Einstiegsseite.

Hoppetosse – Netzwerk für kreativen Widerstand: Diskussion um Strategien von Widerstand, emanzipatorische Utopien, Termine, Hintergründe ... www.hoppetosse.net.

ReferentInnenvermittlung: Wer Lust hat, eigene Veranstaltungen (Vorträge, Seminare, AKs auf Kongressen u.ä.) zu kritischen Positionen z.B. zu Agenda, Nachhaltigkeit, Ökosteuer, FitZ im Umweltschutz, NGOs, rechter Ökologie usw. sowie zu den Ideen von Umweltschutz von unten und weiteren Themen (Freie Menschen in Freien Vereinbarungen, Direkte Aktion, Organisation von unten usw.) durchzuführen, kann nach ReferentInnen nachfragen.

Reader und Veröffentlichungen:

Agenda, Expo, Sponsoring – Band 1: Recherchen im Naturschutz. Infos zum FitZ zwischen Umweltschutz, Wirtschaft und Staat. Beschreibung der Umweltverbände und -einrichtungen. Rechte Ökologie, Esoterik, Agenda/Nachhaltigkeit, Anbieterung, Umweltparteien u.v.m. 400 S., IKO 39,80 DM (20 Euro).

Band 2: Perspektiven radikaler emanzipatorischer Umweltschutz. Kapitel zu Strukturen, Naturschutz, Ökonomie, Umweltbildung und mehr. 280 Seiten, IKO Verlag, 39,80 DM (20 Euro).

CD "Agenda, Expo, Sponsoring". Gescannte Dokumente, Internetzugänge und mehr zum FitZ. Mit Acrobat-Reader. Für DOS, Windows, Apple, Linux

Gesamtpaket (2 Bände plus CD): 115 DM pro Paket (60 Euro).

Aktionsmappe Umwelt: Der Leitfaden für Bis und Umweltgruppen. A4-Ordner. 29,80 DM (15 Euro).

Jugendaktionsmappe Umwelt: Tipps für die Jugendumweltarbeit. A4-Ordner, 24,80 DM.

Graue Seiten, die kommentierte Umweltdressenliste. A6, 64 Seiten, 5 DM.

Reader zu Ökonomie von unten, Agenda 21, Politik von unten, Ökonomie & Ökologie, Ökostrom von unten, Umweltgerecht bauen, Umweltschutz auf Großveranstaltungen. A4, je ca. 70 S., je 12 DM. (6 Euro)

Das System ist schuld. Broschüre zu den Ursachen der Umweltzerstörung. A5, 24 S., 3 DM.

Freie Menschen in Freien Vereinbarungen. Utopien und Gegenentwürfe zu Markt und Staat. A5, 19,80 DM (10 Euro).

Food-Koop Handbuch. Praktische Tipps für Lebensmittelkooperativen (Gründung, Rechtsform, Praxis). A5, 16,80 DM (9 Euro)

Ö-Punkte: Seit Ende 1997 existiert dieser Infodienst für kreative Politik, Umweltschutz und direkte Aktion. Er erreicht ca. 12.000 Basis AkteurInnen in Verbänden, Initiativen, Einzel-Aktivitäten, Umweltschutzbeauftragte usw. Als Vernetzungsmedium der Umweltbewegung werden von 20 au-Redaktionen vierteljährlich alle wichtigen Informationen zusammengestellt. Und: Debat-ten um Strategien und Positionen ohne Neigung zu Verbandsmeierei oder öko-neoliberalen Ideen. 20 DM im Abo, Einzelheft gegen je 2 DM (plus einmalig 2 DM Porto oder je 1 Euro). Bisherige Schwerpunkte (noch nachbestellbar): Windenergie, Agenda 21, Direkte Demokratie, Utopien, Naturschutz, Weltwirtschaft, Expo 2000, Tipps für Gruppen, Umweltbildung, Verkehr, Bewegung von unten, Ökostrom, Netzwerke, Direct Action, Klimaschutz, Utopien II, Grünes Geld. Adresse: Ö-Punkte, Ludwigstr. 11, 35447 Reiskirchen, www.oepunkte.de. oe-punkte@gmx.de.

Ö-Depots: In etlichen Städten sind Verkaufsstellen für die Veröffentlichungen ein-gerichtet worden. Eine Liste wird jeweils in den Ö-Punkten veröffentlicht. Interessierte Buchläden, Büchertische, Versände, Info-zentren usw. sollten sich melden. Ebenso werden RegionalvertrieberInnen für die Ö-Punkte gesucht.

Mailingliste: Eine ständige Debatte ist über einen Email-Verteiler organisiert. Wer dort mitlesen und -schreiben will, kann sich über das Mailinglisten-Formular der www.projektwerkstatt.de eintragen.

Seminare und Veranstaltungen: Zu verschiedenen Themen aus der Diskussion finden Seminare, Workshops und mehr statt. Termine in den Ö-Punkten oder auf den Terminkalendern von www.projektwerkstatt.de.

Der schnellste Weg zu mehr Infos:

Infopaket: "Umweltschutz von unten" gegen 6 DM (ca. 3 Euro) bei der Projektwerkstatt, Ludwigstr. 11, 35447 Reiskirchen-Saasen. www.projektwerkstatt.de.



Die Auswirkungen

Ökologische Steuerreform: Motor für den Strukturwandel

Die Ökologische Steuerreform soll einen grundlegenden Strukturwandel auslösen: weg von energieverwendender Produktion und hin zu Energieeffizienz und mehr Beschäftigung. Ein solcher Strukturwandel

wird nur dann erfolgen, wenn energieverwendende Formen der Produktion und des Konsums stärker besteuert werden als energiesparende oder arbeitsintensive. Diese Lenkungswirkung ist erwünscht und der daraus folgende Anpassungsprozeß ein notwendiger Schritt hin zu einer zukunftsfähigen Wirtschaft.

Ein solcher Innovationsschub und Strukturwandel ist auch aus rein wirtschaftlichen Gründen notwendig und wird mittelfristig unsere Volkswirtschaft international konkurrenzfähiger machen. Denn nur eine Volkswirtschaft, die es gelernt hat, mit den Ressourcen dieses Planeten schonend umzugehen, kann langfristig bestehen.

Durch eine Energiesteuer werden viele arbeitsplatzintensive Wirtschaftstätigkeiten, wie zum Beispiel Energiesparmaßnahmen, Recycling, Gebäudeisolierung oder die Reparatur langlebiger Güter, rentabler. Die Energiesteuer führt daher direkt zur Schaffung von Arbeitsplätzen. Durch die Senkung der Lohnnebenkosten wird dieser Effekt noch verstärkt.

Die Volkswirtschaft gewinnt!

Für die Volkswirtschaft als Ganzes wird die Ökologische Steuerreform positive Auswirkungen haben. Durch Energieeinsparung werden Millionen DM gespart, die bisher z.B. für Erdölimporte ausgegeben werden mußten. Der sinkende Energieverbrauch bedeutet weniger Umweltverschmutzung und weniger Naturverbrauch: Schäden in Milliardenhöhe werden vermieden. Schließlich sinken durch höhere Beschäftigung die Ausgaben des Staates für Sozialleistungen.

Internationale Konkurrenz: kein Grund, die Einführung der Ökologischen Steuerreform zu blockieren!

Innerhalb der Europäischen Union haben bereits die Niederlande, Dänemark und Schweden mit der Durchführung einer Ökologischen Steuerreform begonnen. In Großbritannien, Belgien, Norwegen und Finnland wurden Ökosteuern eingeführt und erste Schritte in Richtung Ökologische Steuerreform unternommen. Deutschland wäre also keineswegs ein Vorreiter. Im Gegenteil: unsere Nachbarn warten darauf, daß wir mitziehen.

Immer wieder wird behauptet, daß hohe Energiepreise ein Nachteil für die nationale Wirtschaft darstellen. Daß dies nicht wahr ist, zeigt das Beispiel Japan. Dort gibt es seit

Beispiel langlebige Güter

Reparaturbedürftige Geräte werden heute oft weggeworfen, weil ihre Reparatur teurer ist, als die Neuanschaffung. Mülllawine und Rohstoffverschwendung sind die Folgen.

Mit einer Ökologischen Steuerreform würde sich das ändern. Die Güter würden in der Anschaffung teurer - wegen der Energie, die zur Herstellung aufgewendet werden muß. Die Reparatur dagegen würde wegen der sinkenden Lohnnebenkosten billiger.

Beispiel Heizung

Um eine warme Wohnung zu haben, entscheiden sich heute die meisten Vermieter oder Haus- und Wohnungsbesitzer noch immer dafür, mehr Gas, Kohle, Strom oder Öl einzukaufen, anstatt einer Firma den Auftrag zu geben, ihr Haus zu isolieren. Mit einer Ökologischen Steuerreform würde sich das ändern: die Heizungsenergie würde teurer werden, zugleich wäre es aber billiger, das Haus isolieren zu lassen (arbeitsintensiv). Für den Bewohner kommt das auf dasselbe heraus: In beiden Fällen hat er eine warme Wohnung. Für die Umwelt und die Volkswirtschaft ergibt sich aber ein entscheidender Unterschied: statt Öl, Kohle oder Gas zu verbrennen, sind Arbeitsplätze geschaffen worden.

Hier liegt ein ungeheures Potential brach: Fachleute sind sich einig, daß mit besserer Isolierung die meisten Häuser mit weniger als der Hälfte an Heizungsenergie auskämen. Mit intelligenter Bauweise läßt sich der Energieaufwand für Raumwärme sogar auf deutlich weniger als ein Viertel senken.



langem die weltweit höchsten Energiepreise. Japan hat dies nicht geschadet. Es gilt heute als eines der wirtschaftlich erfolgreichsten Länder der Welt. Auch andere Länder mit hohen Energiepreisen wie z.B. Belgien, Niederlande oder Dänemark stehen im internationalen Vergleich nicht schlechter da.

Dennoch gibt es in Deutschland einzelne energieintensive Unternehmen oder Produktionszweige, die wegen der internationalen Konkurrenz von einer Ökologischen Steuerreform besonders betroffen wären. Die Gefahr besteht, daß diese Unternehmen ihre energieintensive Produktion ins Ausland verlagern, solange dort noch keine vergleichbaren Energiesteuern erhoben werden. Solche Nebeneffekte sind aus verschiedenen Gründen kontraproduktiv: In Deutschland gehen durch die Produktionsverlagerung Arbeitsplätze verloren, der Ökologischen Steuerreform fehlt ein Teil des Steueraufkommens und außerdem wird die Umweltverschmutzung lediglich ins Ausland verlagert.

Diese Argumentation wird jedoch oft mißbraucht, um die Einführung der Ökologischen Steuerreform als Ganzes zu blockieren. Der DNR fordert daher die Industrie auf, genaue Daten über die erwarteten Nachteile vorzulegen und in einen konstruktiven Dialog darüber einzutreten, wie Nachteile gegenüber dem Ausland vermieden werden können.

Der DNR lehnt es ab, die Industrie generell von der Zahlung der Energiesteuer zu entbinden. Selbst extrem energieintensive Betriebe haben ja wegen der Senkung der Lohnnebenkosten niedrigere Arbeitskosten und sollten deshalb wenigstens einen Teil der Energiesteuer bezahlen. So wird zumindest ein Teil der Lenkungswirkung erhalten.

Um eine Abwanderung von energieintensiven Branchen zu verhindern, könnte eine Ausnahmeregelung folgendermaßen aussehen: je energieintensiver die Produktion, desto geringer der Steuersatz pro Energieeinheit. Für verschiedene Branchen wird ein gestaffelter Steuersatz geschaffen, der sich an der Energiesteuerintensität, d.h. dem Anteil der zu zahlenden Energiesteuer an der Bruttowertschöpfung, orientiert.

Die Ausnahmeregelungen sollten zeitlich befristet sein und sofort zurückgenommen werden, wenn im europäischen Ausland ähnlich hohe Energiesteuern wie in Deutschland erhoben werden.

In diesem Zusammenhang fordert der DNR die Bundesregierung auf, sich nachdrücklich für eine Ökologische Steuerreform in ganz Europa einzusetzen und zugleich in Deutschland mit einer Ökologischen Steuerreform zu beginnen. Die Ökologische Steuerreform kann jederzeit in Deutschland eingeführt werden, ohne daß auf eine europäische Regelung gewartet werden muß.

Das Beispiel Dänemark

In Dänemark gibt es Energiesteuern bereits seit 1977. Seit 1994 hat Dänemark in mehreren Schritten eine Ökologische Steuerreform durchgeführt. Ziel ist es, die Kohlendioxid-Emissionen bis zum Jahr 2005 um 20% zu verringern.

Eingeführt wurde unter anderem eine Energiesteuer, die vor allem von privaten Haushalten und der öffentlichen Hand entrichtet werden muß, sowie eine Kohlendioxidsteuer, die allgemein, d.h. auch von der Industrie, erhoben wird.

Ausnahmeregelungen für besonders energieintensive Produktionsprozesse wurden vereinbart: Für sie gilt je nach Energieintensität eine niedrigere CO₂-Steuer. Voraussetzung für diese Ausnahmen für die Industrie sind fest vereinbarte Energiesparinvestitionen.

Gleichzeitig wurden verschiedene Steuern und Abgaben (insbesondere auf den Faktor Arbeit) gesenkt und ein Fonds zur Unterstützung von Energiesparinvestitionen eingerichtet.

Bislang hat sich dieses System als praktikabel herausgestellt. Es wird erwartet, daß Dänemark - möglicherweise als einziges Land Europas - das CO₂-Reduktionsziel von 20% bis 2005 erreicht.

Negative Auswirkungen auf die Wirtschaft sind bislang nicht feststellbar. Die Arbeitslosigkeit ist seit 1993 um zwei Prozentpunkte gesunken und das Wirtschaftswachstum lag 1995 über dem Durchschnitt der Industrieländer.

Quelle: Handelsblatt 2.4.1996, Dr. Lutz Metz, Forschungsstelle Umweltpolitik, Uni Berlin

In einer Stellungnahme betont das dänische Wirtschaftsministerium: "Die Erfahrung über mehrere Jahre mit grünen Steuern in Dänemark zeigt, daß wir unserer Wettbewerbsfähigkeit nicht geschadet haben. Zusätzlich verzeichnen wir neue Exporte im Umweltbereich."

"... Wir neigen alle dazu, Sündenböcke zu suchen, und Europa ist dafür besonders geeignet... Deswegen werden wir in Fragen der Ökologie und des sparsamen Ressourcen-Verbrauchs auch nicht auf das Instrument von sogenannten Alleingängen verzichten können ..."

Wolfgang Schäuble, CDU



Ausgleich sozialer Ungerechtigkeiten

Die ökologische Steuerreform kann nicht zugleich alle sozialen Ungerechtigkeiten unseres Steuersystems beseitigen. Das muß in anderen Reformvorhaben angegangen werden. Wichtig ist aber, daß durch die Ökologische Steuerreform keine zusätzlichen sozialen Ungerechtigkeiten entstehen.

Insbesondere Menschen, die nichts oder wenig verdienen, könnten durch die Erhöhung der Energiepreise mehr belastet werden, als sie durch die Senkung der Lohnnebenkosten entlastet werden.

Ein Teil der möglichen Ungerechtigkeiten wird bereits heute dadurch abgefangen, daß zum Beispiel das Arbeitslosengeld und die Renten automatisch an die Nettolöhne angepaßt werden. Die Nettolöhne würden nämlich bei einer Ökologischen Steuerreform steigen, da die Arbeitnehmerbeiträge zu den Sozialversicherungen sinken werden. Ob diese Anpassung allerdings ausreicht und ob sie für alle Bereiche zutrifft, muß erst noch im einzelnen untersucht werden. So erfolgt zum Beispiel bei der Sozialhilfe und beim Bafög keine automatische Anpassung.

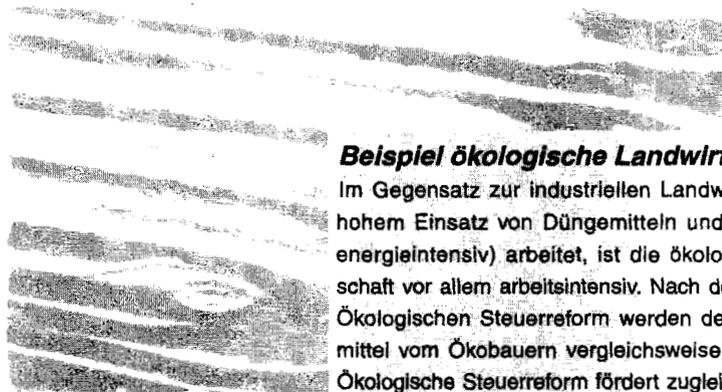
Soweit sich die Ökologische Steuerreform für Haushalte mit niedrigem Einkommen negativ auswirkt (insbesondere bei Rentnern, Arbeitslosen, Sozialhilfeempfängern und beim Bafög), soll dies über die Erhöhung der Sozialtransfers ausgeglichen werden (finanziert aus dem Energiesteueraufkommen der Ökologischen Steuerreform).

Regionale Anpassungsprobleme und Förderprogramme

Der Strukturwandel, der durch die Ökologische Steuerreform ausgelöst wird, kann in einzelnen Regionen zu besonderen Anpassungsproblemen führen. Der DNR ist daran interessiert, hierüber mit Gewerkschaften, Industrie, sozialen Organisationen und Politikern in einen intensiven Dialog einzutreten. Die Probleme des Strukturwandels, den wir aus ökologischen und ökonomischen Gründen für unabdingbar halten, müssen gemeinsam überwunden und getragen werden, ohne daß sozial schwache Bevölkerungsgruppen benachteiligt werden.

In diesem Zusammenhang können Anpassungs- und Förderprogramme notwendig sein. Regenerative Energiequellen und die Energiespartetechnologie sollten durch Förderprogramme unterstützt werden. Die verstärkte Förderung des ÖPNV und der Bahn ist zur Unterstützung der ökologischen Verkehrswende sinnvoll.

Um die Aufkommensneutralität der Ökologischen Steuerreform nicht in Frage zu stellen, fordert der DNR jedoch, diese Programme nicht aus dem Energiesteueraufkommen, sondern aus allgemeinen Haushaltsmitteln zu finanzieren und gleichzeitig ökologisch schädliche Subventionen und Staatsausgaben in gleicher Höhe zu streichen.



Beispiel ökologische Landwirtschaft

Im Gegensatz zur industriellen Landwirtschaft, die mit hohem Einsatz von Düngemitteln und Pestiziden (d.h. energieintensiv) arbeitet, ist die ökologische Landwirtschaft vor allem arbeitsintensiv. Nach der Einführung der Ökologischen Steuerreform werden deshalb Nahrungsmittel vom Ökobauern vergleichsweise billiger sein. Die Ökologische Steuerreform fördert zugleich die lokale Vermarktung, weil die Transportkosten steigen werden.

Ausgleich sozialer Ungerechtigkeiten

Die ökologische Steuerreform kann nicht zugleich alle sozialen Ungerechtigkeiten unseres Steuersystems beseitigen. Das muß in anderen Reformvorhaben angegangen werden. Wichtig ist aber, daß durch die Ökologische Steuerreform keine zusätzlichen sozialen Ungerechtigkeiten entstehen.

Insbesondere Menschen, die nichts oder wenig verdienen, könnten durch die Erhöhung der Energiepreise mehr belastet werden, als sie durch die Senkung der Lohnnebenkosten entlastet werden.

Ein Teil der möglichen Ungerechtigkeiten wird bereits heute dadurch abgefangen, daß zum Beispiel das Arbeitslosengeld und die Renten automatisch an die Nettolöhne angepaßt werden. Die Nettolöhne würden nämlich bei einer Ökologischen Steuerreform steigen, da die Arbeitnehmerbeiträge zu den Sozialversicherungen sinken werden. Ob diese Anpassung allerdings ausreicht und ob sie für alle Bereiche zutrifft, muß erst noch im einzelnen untersucht werden. So erfolgt zum Beispiel bei der Sozialhilfe und beim BAföG keine automatische Anpassung.

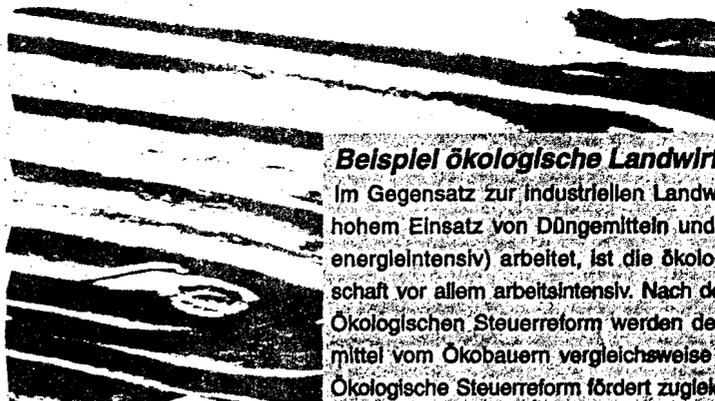
Soweit sich die Ökologische Steuerreform für Haushalte mit niedrigem Einkommen negativ auswirkt (insbesondere bei Rentnern, Arbeitslosen, Sozialhilfeempfängern und beim Bafög), soll dies über die Erhöhung der Sozialtransfers ausgeglichen werden (finanziert aus dem Energiesteueraufkommen der Ökologischen Steuerreform).

Regionale Anpassungsprobleme und Förderprogramme

Der Strukturwandel, der durch die Ökologische Steuerreform ausgelöst wird, kann in einzelnen Regionen zu besonderen Anpassungsproblemen führen. Der DNR ist daran interessiert, hierüber mit Gewerkschaften, Industrie, sozialen Organisationen und Politikern in einen intensiven Dialog einzutreten. Die Probleme des Strukturwandels, den wir aus ökologischen und ökonomischen Gründen für unabdingbar halten, müssen gemeinsam überwunden und getragen werden, ohne daß sozial schwache Bevölkerungsgruppen benachteiligt werden.

In diesem Zusammenhang können Anpassungs- und Förderprogramme notwendig sein. Regenerative Energiequellen und die Energiespartechnologie sollten durch Förderprogramme unterstützt werden. Die verstärkte Förderung des ÖPNV und der Bahn ist zur Unterstützung der ökologischen Verkehrswende sinnvoll.

Um die Aufkommensneutralität der Ökologischen Steuerreform nicht in Frage zu stellen, fordert der DNR jedoch, diese Programme nicht aus dem Energiesteueraufkommen, sondern aus allgemeinen Haushaltsmitteln zu finanzieren und gleichzeitig ökologisch schädliche Subventionen und Staatsausgaben in gleicher Höhe zu streichen.



Beispiel ökologische Landwirtschaft

Im Gegensatz zur industriellen Landwirtschaft, die mit hohem Einsatz von Düngemitteln und Pestiziden (d.h. energieintensiv) arbeitet, ist die ökologische Landwirtschaft vor allem arbeitsintensiv. Nach der Einführung der Ökologischen Steuerreform werden deshalb Nahrungsmittel vom Ökobauern vergleichsweise billiger sein. Die Ökologische Steuerreform fördert zugleich die lokale Vermarktung, weil die Transportkosten steigen werden.

Gegen das Kyoto-Protokoll

Das Kyoto-Protokoll ist nichts als neoliberale Luft

(Stellungnahme des Instituts für Ökologie gegen das Klimaschutz-Protokoll von Kyoto)

Wer für den Klimaschutz ist, muß gegen Kyoto sein. Denn es schafft keinerlei Verbesserung der Schadstoffausstöße, sondern eine weitere Verschlechterung wird zugelassen. Wer zudem eine gleichberechtigte Gesellschaft und ein freies Leben aller Menschen mit gleichen Möglichkeiten will, sollte gegen das Kyoto-Protokoll kämpfen. Denn es zementiert Ungleichheiten bzw. verschärft die Ausbeutungsverhältnisse.

Das Hauptargument gegen Kyoto: Noch mehr Kapitalismus!

Neoliberalismus bezeichnet eine Modernisierung und Ausdehnung von Verwertungslogik. Innerhalb weniger Jahre sind wesentliche bisher dem Staatshandeln (Verordnungen, Gesetze) und der Privatsphäre zugeordnete Bereiche marktwirtschaftlichen Logiken, vor allem der totalen Verwertung zum Zwecke des Profits unterworfen worden. Dazu gehört die Verwertbarmachung bisher eigentumsloser Flächen, Rohstoffe wie Wasser und Luft oder z.B. der Gene.

Luft ist nicht so einfach direkt zu verwerten, weil sie nicht greifbar ist. Daher haben sich die ArchitektInnen des totalen Marktes (Neoliberalismus) im Zuge der Klimaschutzverhandlungen etwas Cleveres einfallen lassen: Nicht die Luft selbst soll vermarktet werden, sondern das Recht, sie zu verschmutzen. Im Kyoto-Protokoll geht es um treibhauswirksame Gase, allen voran das CO₂, aber auch noch andere. Gemessen wird alles in CO₂-Äquivalenten. Damit werden die Voraussetzungen für eine Vermarktung der Luft geschaffen. Diese wird nicht mehr länger allen gehören, sondern das Recht, Luft zu belasten, wird kauf- und verkaufbar – und damit auch akkumulierbar. Das Recht auf Luftbelastung wird Stück für Stück in die Hand weniger übergehen, eben der zahlungskräftigsten und durchsetzungstärksten Konzerne. Kyoto bedeutet daher eine Ausdehnung der Vermarktungslogik – und ist somit eine klassische Form des Neoliberalismus.

Zweites Argument gegen Kyoto: Stärkung moderner Kolonialpolitik

Die weiteren Mechanismen des Kyoto-Protokolls sehen vor, daß Modernisierungen von Industrie und viele Großinvestitionen in den Nicht-Industriestaaten den Industrienationen Vorteile bringen. So sollen neue Atomkraftwerke, Riesenstaudämme, Forstplantagen statt Urwald und vieles mehr als Klimaschutz angerechnet werden. Dieses wird das Interesse an der fremdbestimmten Industrialisierung der Nicht-Industrienationen steigern. Die Menschen in den betroffenen Ländern dagegen werden an Mitgestaltungsmöglichkeiten verlieren, da sie niemals selbst Träger der CO₂-Zertifikate sein können.

Hinzukommt die schon im ersten Punkt angesprochene Akkumulierbarkeit der CO₂-Zertifikate. Langfristig, wenn für alle Staaten Obergrenzen definiert werden, schnürt das die Entwicklungsmöglichkeiten der ärmeren Ländern Stück für Stück ab. In Zusammenhang mit den Ungleichheiten weltweit, u.a. der Verschuldungen, dürfte klar sein, wer wen dazu zwingen wird, die eigene CO₂-Zertifikate an die reichen Länder und deren Konzerne zu verkaufen – und selbst dann rechtlich verbindlich abgehängt zu werden.

Drittes Argument gegen Kyoto: Noch mehr Treibhausgase

Die Industrienationen (einschließlich der Länder des ehemaligen Ostblocks) sollen im nächsten Jahrzehnt ihren Ausstoß um 5,2 Prozent verringern. Schon diese Zahl wirkt peinlich, haben doch selbst offizielle Stellen der UN festgestellt, daß eine Verringerung um 60 oder gar 80 Prozent notwendig wäre. Doch tatsächlich sind die Zahlen noch schlimmer: Dank vieler Schlupflöcher, der Möglichkeit, Verschmutzungsrechte zu verkaufen und damit auch tatsächlich alle Verschmutzungsrechte voll auszunutzen und dem unglaublichen Vorschlag, z.B. durch Anpflanzen von Wäldern in ärmeren Ländern gleichzeitig in den Industrienationen mehr CO₂ ausstossen zu dürfen, ist trotz das Ziel von 5,2 Prozent Verringerung auch dann einzuhalten, wenn in Wirklichkeit eine Steigerung der Emissionen erfolgt. Zudem: Alle anderen Länder können zudem ihren Ausstoß beliebig erhöhen – was vor allem bei den Ländern erhebliche Mehrbelastungen bringen dürfte, die in den letzten Jahren durch maximale Industrialisierung versucht haben, den Anschluß an die Industrieländer zu schaffen – und dabei, oft unter dem Druck der reichen Länder und ihrer Knebelorganisationen wie WTO oder Weltbank, krasse Ausbeutungsverhältnisse der Menschen sowie Zerstörungen der Umwelt eiskalt in Kauf genommen haben. Konzerne der Industrienationen können emittierende Fabriken einfach in ärmere Länder verlagern, z.B. in die dort schon entstehenden Maquilas, quasi rechtlose Zonen der totalen Ausbeutung von Mensch und Natur.



Viertes Argument: Rechtlich abgesichertes Treibhaus

Mit dem Kyoto-Protokoll wird eine Vermarktungslogik von Luftverschmutzungsrechten eingeführt. Es ist zu erwarten, daß auch für sog. Entwicklungsländer in weiteren Phasen des Kyoto-Prozesses Obergrenzen definiert werden. Dann wird vollendet, was jetzt beginnt: Stück für Stück werden sich die Reichen die Emissionsrechte sichern – und damit nicht nur das Recht, Umwelt weiter zu zerstören, sondern auch die Chance, sich weiter zu industrialisieren. Die globale Ungerechtigkeit könnte steigen. Die Industrienationen verrechtlichen ihre Umweltzerstörung – Kyoto ist die rechtliche Absicherung des Weiterbetriebs der Verschmutzungsanlagen (und die Parallele zum Atom”konsens” unübersehbar).

Fünftes Argument: Die Kyoto-Debatte lähmt anderes

Die Klimadebatte der Vereinten Nationen verschlingt gigantisches Potential – zeitlich, materiell, finanziell und nicht zuletzt an Tausenden von Menschen, denen der Klimaschutz wichtig ist. Das geht soweit, daß inzwischen sogar die meisten Umweltverbände (zumindest in Deutschland) voll auf Kyoto und immer mehr auch voll auf die verantwortlichen Politiker in Bundesregierung und EU setzen – eine absurde Situation angesichts dessen, wer eigentlich weltweit die Scharfmacher in Sachen neoliberale Verschärfung, Erhöhung sozialer Ungerechtigkeiten usw. sind.

Der Streit EU – USA verschärft alles

Auch wenn es eher machtgeile Mackerigkeit von US-Präsident Bush war, das Kyoto-Protokoll anzugreifen, ist es zur politischen Strategie gewandelt. Denn der Streit bringt nur Vorteile:

- das Protokoll wird weiter verschlechtert, um die Verschlechterungen dennoch als Kompromiß sogar abfeiern zu können.
- Nicht-Industrieländer werden vollends zu Statisten, die nur noch auf die “großen Führungsnationen” gucken (zu gucken haben!).
- vorher noch im Detail kritischen Umweltverbände, viele Medien usw. sind jetzt zu plumpen Helfern der EU-Regierungen geworden.

Fazit: Wer für das Kyoto-Protokoll ist, ist für die Ausdehnung von Verwertung und Herrschaft, für neokoloniale und neoliberale Praxis. Mit emanzipatorischer Politik hat das nichts zu tun. Kurzfristig ist nötig, Kyoto zu verhindern. Stattdessen: Endlich wieder Umweltschutz einfordern und verwirklichen! Staaten und Konzerne sind Verursacher der Umweltzerstörung und sozialen Ausbeutungsverhältnisse. Die Vereinten Nationen sind ein Pakt derer, die Neoliberalismus wollen, die Welthandels- und militärischen Kriege führen usw. Sie können niemals unsere Partner sein. Sie sind unsere Gegner. Umweltschutz muß von unten kommen!

Infos: Ö-Punkte Sommer 2001 zum Schwerpunkt “Profit statt Klimaschutz” (4 DM in Briefmarken bei Ö-Punkte, Ludwigstr. 11, 35447 Reiskirchen).

Informationen zum Klimagipfel, Resolution gegen das Kyoto-Protokoll und ein Alternativentwurf unter www.projektwerkstatt.de/aktuell.html, Umweltschutz von unten: <http://go.to/umwelt>.



Rassismus/Neokolonialismus

Der globale Klimawandel ist bereits jetzt zu spüren: Die Anzahl von Überschwemmungen wie die jüngste Flut in Mosambique, die Anzahl an großen Stürmen wie die Hurrikans in Mittel- und Nordamerika, Hitze und Kälteperioden (Mongolei) nehmen zu. Jährlich sind es heute bereits doppelt so viele wie noch vor fünf Jahren.

Die Leidtragenden sind meistens die Menschen in Entwicklungsländer. Die Klimaveränderungen kumulieren sich in Äquatornähe, d.h. hier gibt es auch die stärkste Temperaturzunahme. Die meisten Industrieländer liegen in den gemäßigten Breiten und sind einerseits nicht so stark von Klimaveränderungen getroffen, zum anderen verfügen sie über die entsprechenden finanziellen Mitteln und Technologien, um sich adäquat vorzubereiten. Ein kurzes Beispiel: Die Pflanzen in tropischen Regionen existieren bereits jetzt am Temperaturmaximum. Ein Anstieg der Temperatur um bis zu 1°C, wie prognostiziert in einem wissenschaftlichen Bericht, würde zu einem Absterben des Regenwaldes führen. In unseren Breiten werden aufgrund der Verschiebung der Klimaregionen zwar auch etwa ein Drittel aller Tier- und Pflanzenarten aussterben, landwirtschaftlicher Anbau wäre aber weiterhin möglich.

Was hat das ganze mit Rassismus und Neokolonialismus zu tun? Der globale Klimawandel wird anthropogen beeinflusst durch den Ausstoß von Treibhausgasen, wie Kohlenstoffdioxid (CO₂) oder Methan. Bei einer hohen Konzentration von Treibhausgasen in der Erdatmosphäre heizt sich das Klima auf. Die Industrieländer haben insgesamt 80% der Treibhausgase produziert. Es hat sich also eine »historische Schuld« aufaddiert. Der Aufbau ihrer Industrie wurde durchgeführt durch die kostenlose bzw. kostengeringe Ausbeutung von Ressourcen (Arbeitskräfte, Rohstoffe) der Kolonialgebiete. Diese Ausbeutung dauert heute in anderen Formen an.

Die stärksten Auswirkungen des globalen Klimawandels liegt auf den Schultern der Entwicklungs- und Schwellenländern. Bereits heute haben 1,7 Milliarden Menschen keinen direkten Zugang zu Wasser, im Jahre 2025 werden es 3,5 Milliarden Menschen sein. Da klingt es zynisch, dass in Zukunft das Wasser nach Angebot und Nachfrage gehandelt wird, Wasser sei zwar ein Grund-, nicht aber ein Menschenrecht. Der Bedarf an Wasser wird als einer der Hauptkonfliktsachen des 21. Jahrhunderts prognostiziert.

Bereits in den nächsten 10 Jahren muss mit 150 Millionen Umweltflüchtlingen gerechnet werden. Umweltflüchtlinge sind nicht als Flüchtlinge anerkannt und werden deshalb nicht aufgenommen.

Weder sind sich die Industrieländer ihrer Verantwortung bewusst, noch stellen sie entsprechende Mittel bereit, um die Ursachen für die Vertreibung einzudämmen. In der Sahara-Zone breitet sich die Wüste sehr stark aus und verursacht jedes Jahr Ernteauffälle in einer Höhe von 40 Milliarden US-Dollar. Mit einem 10-jährigen Prä-

ventivprogramm mit einem Gesamtwert von 100 Milliarden Dollar könnte wertvoller Lebensraum gerettet werden, diese Gelder stehen aber nicht zur Verfügung. Gerade bei der Wüsten-Problematik spielt der Einfluss der Industrieländer mit »westlichen« Anbaumethoden, dem Zwang zum Anbau von Cash-Crops zur Schuldentilgung und unüberlegten »Entwicklungshilfeprojekten« eine große Rolle.

Ärmere Länder sind bei einem Auftreten von Naturkatastrophen wesentlich vulnerabler (verletzlicher) als Industrieländer. Dies kann einfach am Beispiel der Hurrikans Mitch und George veranschaulicht werden. Beide Hurrikans halten etwa die gleiche Windstärke. In Nicaragua sind 50.000 Menschen gestorben und das Land wurde wirtschaftlich um 50 Jahre zurück geworfen. In den USA sind weniger als 20 Menschen gestorben, die meisten vermutlich aufgrund von Herzinfarkten. Der finanzielle Schaden ist um ein Vielfaches größer als in Nicaragua, ist aber gedeckt mittels Versicherungen.

Neokolonialismus

Weltweit soll der CO₂-Ausstoß um 5,2% reduziert werden. Noch davon ausgenommen sind Entwicklungs- und Transformationsländer. Der Einbau von Filteranlagen oder die Entwicklung von neuen treibhausarmen Technologien ist für die Industrieländer im eigenen Land sehr teuer. Um die Kosten so gering wie möglich zu halten, wollen sie in Entwicklungsländer investieren und sich die Treibhausgasreduktion für ihr eigenes Land anrechnen lassen. Wenn das entsprechende Land in Zukunft selber Reduktionen vornehmen muss, werden die Kosten um ein Vielfaches höher liegen, als für die Investitionsländer jetzt.

Ein weiterer neokolonialistischer Ansatz ist die Anrechnung von sogenannten CO₂-Senken, in diesem Fall u.a. große Wälder. Pflanzen und Bäume binden Kohlendioxid in ihren Zellen, setzen es aber wieder frei, sobald sie absterben. Wissenschaftler arbeiten bereits jetzt an gentechnisch manipulierten Bäumen, die einerseits schneller wachsen, zum anderen mehr Kohlenstoffdioxid speichern. In Entwicklungsländern könnten einerseits bestehende Wälder abgeholzt werden, um gentechnisch manipulierte Bäume anzupflanzen, zum anderen große Flächen wieder aufgeforstet werden. Diese kurzfristige »CO₂-Reduktion« würde den Geberländern wiederum angerechnet werden. Die Nehmerländer verlieren mit diesen Maßnahmen aber auch die Nutzungsrechte an den teils sehr großen Gebieten, zum anderen drohen Gefahren durch riesige Monokulturen.

CO₂-Börse

Kohlendioxid soll zukünftig an der Börse gehandelt werden. Da sich die CO₂-Reduktion auf den Stand von 1990 bezieht, haben einige Länder (eher unfreiwillig) bereits mehr CO₂ reduziert, als sie einmüßten. Als Paradebeispiel gilt Rußland, dessen Wirtschaft seit 1990 komplett zusammengebrochen ist. Dieser »Reduktionsüberschuß« kann an der Börse verkauft werden. Käufer können einmal mehr aber nur die Länder sein, die auch das entsprechende Geld besitzen.



Meeresspiegelanstieg

Mit der Erhöhung der Meerestemperatur dehnt sich das Wasser stärker aus und der Meeresspiegel steigt (das Abschmelzen der Polkappen ist wissenschaftlich stark umstritten). Um die Deiche in Deutschland nur um einen Meter zu erhöhen, würde es bereits mehrere Milliarden DM kosten. Zeitgleich wird in Bangladesh die Investitionen der letzten 40 Jahre vernichtet werden. Viele Inselstaaten sind in ihrer Existenz bedroht.

Fazit

Die Hauptschuld am globalen Klimawandel tragen die Industrieländer, die stärksten Auswirkungen werden Entwicklungs- und Schwellenländer spüren. Die Indu-

Zu den drei marktwirtschaftlichen Methoden im Kyoto-Protokoll (Handel, Joint Implementation, CDM)

Der Emissionshandel, die Gemeinsame Umsetzung und der Mechanismus für umweltverträgliche Entwicklung (...) verfügen zweifellos über alle Voraussetzungen, um sich zu den wichtigsten Elementen des Klimaregimes zu entwickeln. Ihre politische Bedeutung kann wohl kaum zu hoch bewertet werden. Mit der Nutzung dieser Instrumente wird sich das Klimaregime von einer in erster Linie auf den Umweltschutz gerichteten Vereinbarung in einen »harten« Wirtschaftsvertrag verwandeln. Es wäre denkbar, dass der CDM eines Tages in Konkurrenz zur multilateralen Entwicklungshilfe tritt. Mit der Schaffung eines Systems für den Handel mit Emissionen (und abgeleiteten Produkten wie Termingeschäften) könnte ein riesiger neuer Markt entstehen, auf dem umfangreiche Finanztransaktionen stattfinden. (aus: dito, S. 350)

strieler Länder stellen sich nicht der Verantwortung, sondern versuchen mit sehr fragwürdigen Maßnahmen Profite zu erzielen.

Literatur

- Gliese, J. (2000) Die Spirale von Armut und Umweltzerstörung. Desertifikation und ihre Folgen. In: *ifa (Zeitschrift der Informationsstelle Lateinamerika)*, Sept. 2000: Wäster/Wüste, S. 6f.
- Quandt, M. (2000) Das blaue Gold. Der P(oor)-7-Gipfel fordert weltweite »Wasserdemokratie«. In: *ifa (Zeitschrift der Informationsstelle Lateinamerika)*, Sept. 2000: Wäster/Wüste, S. 20-22.

Resümee der Klimakonferenz in Bonn

Schlechte Aussichten

Chancenlos ... kopfschüttelnd zogen zum Ende der ersten Woche AktivistInnen aus verschiedenen Basis-Umweltgruppen Bilanz. Der Protest gegen das neoliberale Kyoto-Protokoll wurde kaum bemerkt, selbst auffällige Aktionen in den Medien als »Pro Kyoto« rübergebracht. Und das, wie Rückfragen bei den RedakteurInnen ergaben, durchaus absichtlich. Hinzukamen die Umweltverbände, die keine eigenen Positionen mehr vertraten, sondern nur noch als Propagandaabteilungen für Umweltminister Trittin und die EU agierten. So lief von Beginn an alles nur noch darauf hinaus, das Kyoto-Protokoll durchzubringen - egal wie. Schlecht war es schon vorher (siehe letzte »0-Punkte« zum Schwerpunkt »Klimaschutz«). Während der Verhandlungen wurden es weiter ausgehöhlt. Doch Regierungen, Konzerne, Medien und NGOs feierten alles als Erfolg. Und sichtbar wurde auch: Diese neue Elite, die sich selbst unter dem Begriff »global governance« als FührerInnen der Welt inszenieren, sind ein schwerer Gegner. Ihre Methode ist die Konstruktion eines gesellschaftlichen Konsens. Angeblich haben alle irgendwie mitgedeutet. Tatsächlich werden die Menschen aber weniger gefragt denn je ... Vorschläge für einen Klimaschutz von unten wurden nicht einmal wahrgenommen. Nur einige »linke« Zeitungen interessierten sich für den Protest - jedoch: Sie machten ihn nieder!

Auf den folgenden Seiten dokumentieren wir verschiedene Stimmen: Zum einen aus den Tagen vor der Konferenz, dann Bewertungen des Ergebnisses durch Medien und NGOs (mit erstaunlich unterschiedlichen Aussagen!) und schließlich kritische Analysen des Gesamten.



Die letzten Appelle ...

Viele hier sehen den Emissionshandel mit Treibhausgasemissionen kritisch. Es ist jedoch mittlerweile ein Faktum - unabhängig vom Kyoto-Protokoll bereiten sowohl die Europäische Union wie auch die rot-grüne Bundesregierung die Einführung eines Emissionshandelssystems vor. Der Emissionshandel hat einen großen Vorteil. Mit einem solchen Instrument wird Klimaschutz in die Sprache der Wirtschaft - und die heißt Geld - eingeführt. Dadurch hat die Wirtschaft einen Anreiz Klimaschutz zu machen.

(Manfred Treber, Germanwatch, in seiner Rede am 15.7.2001 in Bonn)

Bosse für Kyoto: »e-mission 55«

Es wird George W. Bush nicht gefallen aber in Bonn beim Klimagipfel kämpft eine Wirtschaftsinitiative für das Kyoto-Protokoll. George W. Bush lehnt es mit der Begründung ab, es schade der Wirtschaft.

140 Unternehmen aus 10 Ländern sehen das anders. Sie haben sich zum Verband »e-mission 55« zusammengeslossen. Dabei sind: Die Deutsche Telekom, der Gerling-Konzern, die Deutsche Bank, der Otto-Versand und die Schweizer Bank Sarasin. Gerd Tenzer, Vorstand der Deutschen Telekom und einer der Hauptinitiatoren der Wirtschaftsinitiative sagt: »Das schnelle Wachstum unserer Initiative zeigt, dass die Wirtschaft einen verbindlichen internationalen Rahmen für den Klimaschutz braucht, um die Investitionskraft zu stärken und die Wettbewerbsfähigkeit zu sichern.«

Der Name »e-mission 55« bedeutet 55 Länder müssen das Kyoto-Protokoll unterschreiben und diese 55 Länder müssen zusammen 55 Prozent der Treibhausgase emittieren. Die »e-mission 55«-Mitglieder haben einen Jahresumsatz von 400 Milliarden Dollar. Ihre Zahl wächst, bis das Kyoto-Protokoll in Kraft getreten ist. Sie hoffen jetzt auf den Johannesburg-Gipfel »Rio plus 10« im Jahr 2002 - 10 Jahre nach dem ersten Umweltgipfel in Rio 1992.

Dr. Franz Alt

Bitte um Hilfe:

Computer in Bonn geklaut!

Während der Klimakonferenz wurden aus dem Büro und dem MediaCenter der AktivistInnen zwei Laptops geklaut - und zwar am helllichten Tage mitten im Betrieb. Da nicht die wertvollsten Computer, sondern die der (noch außen) wichtigsten Personen entwendet wurden, gehen wir davon aus, daß der Verfassungsschutz sie an

sich genommen hat - zumal noch weitere Beobachtungen darauf hindeuten, daß Spitzel immer mit von der Partie waren.

Nun sind wir nicht eingeschüchtert, aber um wichtige Geräte ärmer. Da wir nicht einfach so das Geld haben, uns neue Computer zu kaufen, diese aber für unsere Arbeit vor allem während

Das Kyoto-Protokoll müsse Grundlage für den globalen Klimaschutz bleiben. Für dieses Protokoll gibt es keine realistische Alternative

(Jürgen Trittin, Bundesumweltminister, in der Grünen-Zeitung »KlimaZeit«)

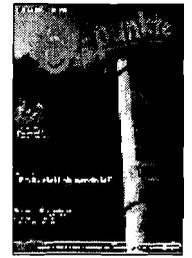
... sei auszuloten, wie sich bei einer Verweigerungshaltung der USA eine schnellstmögliche Ratifizierung des Kyoto-Protokolls auch ohne die Vereinigten Staaten erzielen lasse

(PDS-Presseinfo zu einem Antrag im Bundestag, 14/65760)

Umweltverbände drangen auf Ratifizierung des Kyoto-Protokolls

Sechs Umweltschutzorganisationen haben sich im Vorfeld des EU-Gipfels an Bundeskanzler Gerhard Schröder gewandt. In einem offenen Brief fordern BUND, NDR, Germanwatch, Greenpeace, Nabu und WWF ein klares Bekenntnis zum Kyoto-Protokoll.

(Presseinfo des WWF Deutschland, veröffentlicht von ots am 11.6.2001)



Zu bestellen

Das letzte Heft der »0-Punkte« zum Schwerpunkt Klimaschutz mit detaillierter Kritik am Kyoto-Protokoll. 2 DM/Heft plus einmalig 2 DM Porto. Oder: in Infopaket mit Texten und Flyern der Bonner Aktionen für 5 DM in Briefmarken

Bewertung der Ergebnisse

Auf dem Gipfel wurde nach langem Ringen ein deutlich verschlechtertes Klimaschutzprotokoll verabschiedet. Unter anderem werden jetzt Wälder, auch bestehende oder Aufforstungen nach Abholzungen, als Klimaschutz (sog. Senken) anerkannt. Umweltverbände hatten vorher zu Aktionen für das Kyoto-Protokoll und eine Verbesserung der bisherigen Regelungen aufgerufen. Beschlossen wurde dann eine deutliche Verschlechterung. Dennoch jubelten die Umweltverbände.

Presseauschnitte

Greenpeace sprach von einem »historischen Schritt«

Selbst die Umweltschutzgruppen, die den Delegationen auf den Klimagipfeln sonst Feuer unter dem Hintern machen, wo es nur geht, schienen auf einmal konvertiert. »Das ist ein großer politischer Sieg«, hieß es auf der Pressekonferenz der Öko-Beobachter. Ein Experte von der Umweltschutzorganisation WWF gibt denn auch zu: »Noch einmal hatten wir die Mobilisierung für einen weiteren Gipfel nicht gepackt.« Natürlich schieben alle Ökos pflichtschuldigen nach, das sei nur »Klimaschutz light«, und die Arbeit beginne nun erst recht. Druck für schärfere CO₂-Reduktionsziele müsse gemacht werden. Und dafür gesorgt, dass die im Kyoto-Protokoll aufgerissenen Schlupflöcher nicht genutzt werden. Bloß wie das geschehen soll, dafür hat von den Umweltschützern keiner eine zündende Idee. Dass »Kyoto 1« bis 2010 wohl nur mit Glück überhaupt Emissionsreduktionen der Industriestaaten gegenüber dem Stand von 1990 bringen wird, haben sich die Umweltschützer ja selbst ausgerechnet.

(FR, 24. Juli 2001, S. 1 und 3; in der gleichen Ausgabe wird über gentechnisch gezüchtete Baumarten als Klimaschutzprojekt berichtet)

Die Euphorie ist berechtigt, weil es gelungen ist, ein völkerrechtliches System zu etablieren, das langfristig zum tatsächlichen Absenken des CO₂-Ausstoßes führt. Von solcher Prozentreinerie halte ich nichts.

(Jürgen Trittin in einem Interview der FR, 26. Juli 2001)

Ein Schlupfloch hier, ein Exportbonbon dort, ein bisschen frisches Geld obendrein, nur das ja zum Protokoll ermöglicht es Moskaus, seine »heiße Luft« - die seit 1990 nicht mehr genutzten CO₂-Emissionsrechte - teuer an den Westen zu verkaufen und so den eigenen Staatshaushalt zu sanieren. Deswegen: Die Russen werden dabei bleiben.

(Kommentar der FR am 28.7.2001 zum Gerücht, Russland würde aus dem Kyoto-Protokoll aussteigen)

KYOTO IST TOT - ES LEBE KYOTO

1. Der UN-Klimagipfel von Bonn hat heute einen Durchbruch für den internationalen Klimaschutz erzielt. ...

3. ... Diese bindenden Konsequenzen werden in ihrer Bedeutung dadurch kaum geschmälert, dass sie in letzter Minute das Attribut »rechtlich verbindlich« bedauerlicherweise noch nicht erhielten.

4. Die eigentlich notwendigen Klimaschutzziele werden durch das Kyoto-Protokoll nicht erreicht; durch den Einbezug verschiedener Schlupflöcher wird wohl real nur eine Stabilisierung der Industrieländer-Emissionen bis 2012 gegenüber 1990 herauskommen. Aber in der Architektur des Klimaschutzabkommens hat sich weitgehend die EU durchgesetzt. ...

5. Eine Stärke des verabschiedeten Papiers ist, dass es einen Beitritt der USA zum Kyoto-Protokoll von Kyoto unter einer von der Demokratischen Partei geführten Regierung ermöglichen würde. So wurden zentrale US-Forderungen wie die nach Einbezug von landwirtschaftlichem Management und nach der Möglichkeit des Emissionshandels ohne eine harte Begrenzung erfüllt. Zudem ist im Senken-Kapitel auch für die USA eine entsprechend großzügig bemessene Obergrenze der Nutzung von Senken festgelegt. »Der grosse Abwesende« ist damit im Text durchaus auch explizit präsent. All diese Punkte sind aus Gründen der Umweltintegrität abzulehnen. Falls es aber gelingt, die USA mittelfristig an Bord zu bekommen, würde die Qualität des Kyoto-Protokolls deutlich weiter gesteigert werden.

6. Nicht nur der Angriff der USA auf das Kyoto-Protokoll, sondern zugleich auch der Angriff auf die UNO als legitime Instanz zur Regelung globaler Menschheitsfragen wurde abgewehrt. Dies könnte eine große Bedeutung für die weitere Entwicklung einer neuen, auf Nachhaltigkeit ausgerichteten Weltordnung haben.

(GERMANWATCH-Presserklärung, Bonn 23.7.01)

WWF hält erzielten Klimakompromiss für »Durchbruch mit Geburtsschmerzen«

»Die Konferenz ist haarscharf an einer Blamage vorbei geschrammt, aber in letzter Minute ein Durchbruch erzielt worden, um das Kyoto-Protokoll ratifizierungsfähig zu machen«, so Regine Gunther, die Leiterin des WWF Klimareferats. »Japan, Australien, Kanada und Rußland wurde fast jeder Wunsch von den Augen abgelesen und trotzdem haben sie durch ihre Blockadehaltung lange einen Durchbruch verhindert.« Das erzielte Ergebnis sei ein Erfolg.

(Presstext des WWF Deutschland, 22.7.2001)

WER ERREICHT LANGFRISTIG AM MEISTEN IM KLIMASCHUTZ?

- 178 Länder, die sich am Montag für die Umsetzung des Kyoto-Protokolls, für einen allerersten, völlig unzureichenden Anfang im internationalen Klimaschutz aussprachen

- 1 Land geführt von Präsident Bush, der das Problem »sehr ernst« nimmt, aber keine rechtlich verbindlichen Ziele akzeptieren will

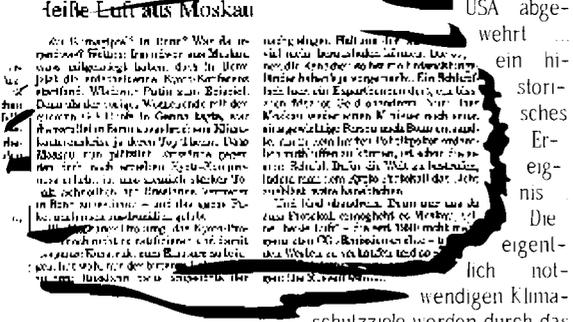
oder schließlich

- Jörg Bergstedt, Hermann Scheer und ein paar andere, die bisher im Klimaschutz allerdings noch nicht im geringsten ausgewiesen sind und, das ist bekannt, auch andere Ziele verfolgen.

(Manfred Treber, Germanwatch, in einer Mail am 27.7.2001)

Abbildung

Ausschnitt aus der Frankfurter Rundschau einige Tage nach der Konferenz - der Mißerfolg wird beiläufig und zynisch kommentiert. Während der Konferenz hatten FR und andere hatten die Kritikerinnen der Konferenz diffamiert.



Aus Bonn ...

Zwei Transpis hatten GegenInnen des neoliberalen Kyoto-Protokolls dabei: »Stoppt Kyoto - für Umweltschutz ohne Markt und Staat!« sowie »Wer im Treibhaus sitzt, muß mit Steinen schmeißen!«

Die eigentlich notwendigen Klimaschutzziele werden durch das Protokoll nicht erreicht. Durch den Einbezug verschiedener Schlupflöcher wird nur eine Stabilisierung der Industrieländer-Emissionen (ohne die USA) bis 2012 gegenüber 1990 herauskommen. ... Das war der Preis für eine solidere Architektur des Abkommens. Zudem ist es gelungen, nicht nur den Angriff der USA auf das Kyoto-Protokoll, sondern auch auf die UNO als legitime Instanz zur Regelung globaler Menschheitsfragen abzuwehren. Dies könnte historische Bedeutung für die Entwicklung einer auf Nachhaltigkeit ausgerichteten Weltordnung haben.

(Dörte Bernhardt, Germanwatch in Umweltkommunale ökologische Briefe Nr. 16/1.8.2001)

Stellungnahmen der NGOs

Aus den Umwelt- und weiteren Verbänden kamen widersprüchliche Aussagen. Einerseits sei das Ergebnis von Bonn zu wenig oder gar richtig schlecht, andererseits sei es aber großer Erfolg oder gar »historischer Schritt«. Die Verbände glauben nach wie vor an das Gute in Markt und Staat - und träumen zum Teil gar von einer neuen Weltordnung, in der sich ihre Ideen über globale Zwangsmechanismen umsetzen.

BUND Internationaler Klimaschutz nicht gescheitert - Bonner Ergebnis ist Klimaschutz »ultraaltig«

(Überschrift der BUND-Pressemitteilung vom 23. Juli 2001)

Der in Bonn erzielte Kyoto-Kompromiss ist nach Ansicht des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) ein kleiner, aber entscheidender Schritt in die richtige Richtung. Der BDI wies darauf hin, dass die immensen Zugeständnisse bei der Anrechnung von Kohlendioxidspeichern (Senken) und bei der Erfüllungskontrolle vor allem an Russland, Kanada und Japan zu Wettbewerbsnachteilen für die deutsche und europäische Industrie führen könnten. Während des Klimagipfels in Den Haag hatte der BDI deshalb vor einer Einigung um jeden Preis gewarnt. Die weichen Bonner Aussagen zur Erfüllungskontrolle könnten der deutschen Industrie nicht die Sorge vor Ungleichbehandlung gegenüber Wettbewerbern aus anderen Vertragsstaaten nehmen.

(Stellungnahme des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, BDI)



Klimaschutz von unten

Perspektiven für einen wirksamen Schutz des Klima jenseits von Markt und Macht

Grundlagen

Die Unterwerfung aller Teile der Welt unter die Verwertung und die Logik von Profitmaximierung sowie Unterdrückung und Herrschaft sind Hauptursachen für die Zerstörung der Umwelt. Eine wirksame Strategie der Umwelt kann daher nicht gelingen, wenn genau diese Mittel, die zur Zerstörung der Umwelt geführt haben, nun selbige schützen sollen. Herrschaft und Verwertung, Macht und Markt sind grundlegend und unüberwindbar immer auf die Ausbeutung von Mensch und Natur ausgelegt. Innerhalb ihrer Prinzipien ist ein wirksamer Schutz der Umwelt nicht möglich. Daher müssen sich Umweltschutzmaßnahmen der Logik von Verwertung und Herrschaft entziehen – langfristig ist ein Schutz der Umwelt nur möglich, wenn sie überwunden werden. Das System von Verwertung und Herrschaft hat keine Fehler, es ist der Fehler! Der Gegenentwurf lautet: Umweltschutz von unten! Grundlegende Überlegung ist, daß die Möglichkeit der Ausbeutung von Rohstoffen und der Verlagerung der Folgen in die Peripherie und entfernten Länder zu einem zerstörerischen Umgang mit der Umwelt geführt haben. Menschen, die frei entscheiden können, werden dagegen in der Regel nicht Maßnahmen ergreifen, die ihre eigene direkte Lebensqualität senken. Der Egoismus als Drang des Menschen zu einem subjektiv besseren Leben wird dann zum Antrieb, die Umwelt zu schützen, wenn der Mensch tatsächlich ...

- erstens die Gestaltung und Nutzung der direkten Umwelt mitbestimmen kann – und zwar tatsächlich, d.h. direkt und nicht vermittelt über repräsentative Demokratieformen, Behörden, Institutionen u.ä.,
- zweitens keine Möglichkeit hat, per Machtausübung die Folgen des eigenen Handelns auf andere Menschen und andere Regionen abwälzen zu können – sondern alle Folgen selbst in der eigenen Umgebung direkt erlebt oder sich mit anderen frei vereinbaren muß, um deren Umwelt mitnutzen zu können.

Die Vision ist die direkte Bestimmung der Menschen über ihre Umwelt – organisiert in der freien Vereinbarung der Menschen und ihrer Kooperativen. Der Weg dahin führt über eine konsequente Demokratisierung des Flächen- und Rohstoffverbrauchs. Die Menschen bekommen die Verfügungsgewalt über ihre Umwelt mit der Bedingung der Gleichberechtigung eines Entscheidungsprozesses. Die Innenhöfe gehören den Menschen, die dort wohnen. Und die Straßen. Die Schulhöfe den SchülerInnen, die dort lernen (müssen). Die Felder und Wälder, den Menschen, die von den Erträgen leben wollen.

Konkrete Vorschläge für ein Klimaschutz-Protokoll der Menschen, Institutionen, Organisationen und Nationen

Die Umwelt den Menschen – nach dieser Logik gilt für den Schutz des Klimas, daß die Nutzung der Ressource Luft demokratisiert werden muß. Die Frage, welche Stoffe wo in die Luft kommen, muß Sache der Menschen direkt sein – individuell und in freien Kooperativen.

1. Luft-Nutzungsrecht in die Hand der Menschen

- Das Recht, klimaverändernde Stoffe in die Luft abzugeben, wird den einzelnen Menschen übertragen. Jeder Mensch enthält ein Recht zur Nutzung der Luft, u.a. zum Ausstoß von treibhauswirksamen Gasen (falls sinnvoll, was fraglich ist wegen der dann ausschließlich quantitativen Orientierung, gemessen in CO₂-Äquivalenten).
- Die Menge, die jeder Mensch erhält, errechnet sich aus einer Grundmenge plus der je nach Region nötigen Mengen zur Erzeugung von Heizwärme.
- Jeder Mensch kann sein Recht auf Äquivalente in Kooperativen einbringen, d.h. in Zusammenschlüsse, die z.B. der Produktion dienen, bei denen er eine Mitbestimmung behält.
- Darüberhinaus kann jeder Mensch sein Recht, gemessen in Äquivalenten, verleihen, allerdings nur auf begrenzte Zeit und mit jederzeitiger Kündigungsfrist.
- Die Menschen haben das Recht, freie Kooperativen bei Mitbestimmungsrecht aller und jederzeitiger Kündigungsfrist für den Einzelnen zu bilden, um ihre Äquivalente kollektiv einzubringen.
- Ein Verkaufsrecht für das Luftverschmutzungsrecht in Äquivalenten gibt es nicht.
- Solange Nationen und Konzerne bestehen, erkennen sie an, daß ausschließlich die Menschen und ihre Kooperativen als Verhandlungspartner und InhaberInnen der CO₂-Äquivalente in Frage kommen. Keine Institution oder Firma kann selbst Inhaber von Luftverschmutzungsrechten sein, sondern muß sich dieses Recht bei Bedarf bei den Menschen leihen oder mit diesen Kooperativen bilden. Alle obigen Regelungen gelten.

2. Weg mit allen Schranken für den Nachbau umweltfreundlicher Technik!

Schon seit einigen Jahren bestehen die technischen Möglichkeiten, in der Energieerzeugung vollständig regenerative (und damit CO₂-neutrale!) Quellen zu nutzen sowie in vielen anderen Bereichen den Ausstoß von Treibhausgasen wesentlich zu minimieren. Dazu ist der schrankenlose Transfer der Technik nötig:

- Keine Beschränkungen für Umwelttechnik und internationale Kooperation
- Keine Patente, Urheberrechte und Lizenzen auf Umweltschutztechnik, Planungs- und technisches Wissen usw. Freigabe aller Patente usw. regenerativer Technik zum Nachbau immer und überall!
- Aufbau solidarischer Projekte der regenerativen Energiegewinnung und Mobilität zwischen verschiedenen Regionen der Welt

3. Abwicklung des Nordens statt Entwicklung des Südens

Treibhausgase werden vor allem in Industrienationen sowie durch Konzerne der Industrieländer ausgestossen. Daher ist eine Abwicklung dieser sich global auswirkenden Umweltzerstörung und der wirtschaftlichen Dominanz von Industrieländern gegenüber anderen Regionen nötig.

- Selbstverpflichtung insbesondere der Industrieländer, keinen weiteren Transfer von Energierohstoffen (weder fossil noch z.B. umgewandelte Solarenergie) in die eigenen Länder zuzulassen. Die Eigenversorgung mit regenerativer Energie ist sofort und überall möglich!!!
- Keine Förderung der Entwicklung von Transportmitteln, wenn bzw. solange sie energiezehrender sind als bisherige (aktuelle Beispiele: ICE, Transrapid, Luft- und Raumfahrt).
- Schließung aller Freihandelszonen (z.B. Maquilas) und Industriezonen in den ärmeren Ländern, die der Produktion für die reichen Länder dienen. Überlassung bestehender Industrie zum Aufbau kooperativer Lebens- und Produktionsformen.
- Die unter 1. genannte Übertragung der Luft-Nutzungsrechte auf die Menschen entzieht dem industriellen und dem staatlichen Sektor seine Berechtigung zur Umweltzerstörung. Das muß konsequent durchgehalten werden.

Es gibt kein Recht auf Profit! Es gibt kein Recht, das Leben anderer zwecks Anhäufung von Reichtum und Macht einzuschränken! Niemand außer den Menschen selbst hat ein unmittelbares und immerwährendes Interesse an einer Umwelt, in der ein gutes Leben möglich ist. Daher darf niemand anders als die Menschen das Recht auf die Nutzung der Umwelt haben!

Quellen:

- Ö-Punkte, Heft 2/2001 (Sommer): Profit statt Klimaschutz? (mit etlichen Texten zum Thema)
- Bergstedt, Jörg (1999): Agenda, Expo, Sponsoring – Strategien radikaler, emanzipatorischer Umweltschutzarbeit. IKO-Verlag Frankfurt

Internetseiten:

- Aktionen zur Klimakonferenz: www.risingtide.de
- Politische Texte und Aktionsideen gegen das Kyoto-Protokoll: www.projektwerkstatt.de, dort unter Aktuelles
- Umweltschutz von unten: <http://go.to/umwelt>



Kritik an der Konferenz

Lähmung droht

»Der längste Weg beginnt mit dem ersten Schritt« mag da mancher Umweltschützer einwenden. Doch möglicherweise ein Schritt auf einem falschen Weg. Denn das 1997 in der japanischen Stadt Kyoto ausgearbeitete Rechtsdokument gibt den Industrieländern die Möglichkeit, sich weitgehend von ihren Minimalverpflichtungen freizukaufen. Durch den potenziellen Handel mit den Emissionsminderungen sind die im Kyoto-Protokoll festgeschriebenen Mindestreduktionsziele automatisch zu den maximalen Reduktionszielen geworden. Das ist schon mal ungesund. Es gibt aber noch einen weiteren, wesentlich schwerer wiegenden Haken am Protokoll: Dadurch, dass jeweils die preiswerteste Art ausreicht, irgendwo auf der Welt CO₂ oder eines der anderen im Protokoll genannten Treibhausgase zu sparen, wird jedes Land auch nur diese Optionen wahrnehmen. Langfristige Optionen, wie etwa die Erforschung und Markteinführung der Photovoltaik, haben aus Kostengründen keine Chance. Unter dem Kyoto-Protokoll hätte selbst eine Regelung wie das deutsche Erneuerbare-Energien-Gesetz keine Chance gehabt. Das Kyoto-Protokoll droht somit, Vor-Ort-Initiativen zu lähmen, vielleicht sogar zu verhindern.

(aus: Photon August 2001, S. 3)

Alles noch schlechter!

1. Das ohnehin beschlossene Kyoto-Protokoll ist nicht verbessert, sondern nochmals verschlechtert worden. Damit erfüllen sich Ankündigungen aus den Reihen der Kyoto-KritikerInnen, die bereits vorhergesagt, daß Bonn nur zu einer weiteren Verschlechterung dienen würde, um dann das Kyoto-Protokoll dennoch bzw. deswegen anzunehmen.

2. Die Umweltverbände (NGOs) hatten seit dem Ausstieg der USA platt auf einen »Pro Kyoto«-Kurs gesetzt und auf Kritik weitgehend verzichtet. Solch eine Strategie ist immer falsch, da sie den nötigen Druck wegnimmt. Zudem bleiben die NGOs ihren eigenen Aussagen nicht treu. Sie riefen vor den Verhandlungen alle auf, mit ihnen für eine Verbesserung der Ausführungsbestimmungen zu kämpfen. Heraus kam eine Verschlechterung. Dennoch begrüßen die Umweltverbände das Ergebnis der Konferenz. Offenbar haben sie keine inhaltlichen Positionen oder nehmen sich selbst nicht ernst.

3. Wie zu befürchten war, ist nun eine Verrechtlichung der beschlossenen Umweltauerien vollzogen worden (bzw. wird durch die Ratifizierung). Umweltverbände (statt den Beschluß zu verhindern) sehen es nun als ihre Aufgabe an, den entstandenen Schaden (Schlupflöcher) zu verhindern.

4. Der Pakt aus Regierungen, Konzernen, Medien und NGOs hat perfekt funktioniert. Kritische Stimmen wurden nicht wahrgenommen oder sogar in der Berichterstattung wider besseren Wissens umgedeutet. Diese seit wenigen Jahren bestehende Elitestructur in den Industrienationen stellt einen handlungsfähigen Machtblock dar, dem ein in »Gut-« und »Böse-« kategorisierter, unorganisierter und teilweise inhaltlosere Widerstand auf der Straße entgegensteht.

5. Kritische Gruppen wurden nicht nur marginalisiert, sondern standen sich mit ihren Strategien auch selbst im Weg. Die Unklarheit in den Positionen einiger Gruppen schwächte die öffentli-

che Ausdrucksstärke, gleiches gilt für die schwache zahlenmäßige Anwesenheit deutschsprachiger Umweltgruppen bei den Aktivitäten (ausgenommen dem inhaltlich flachen, kyoto-euphorischen Rettungsboob). Auch jetzt fehlt eine klare Stimme, die die Klimakonferenz als Mißerfolg bewertet.

(aus einer Mail von Jörg Bergstedt, Red. Wirtschaft der »Ö-Punkte«)

warum immer so kompliziert?

man muß doch nur lesen!

1. Kyoto ist NICHT der beginn vom umweltschutz, sondern VOR ALLEM der beginn vom handel mit luft, jeder, die nur ein bißchen ahnung von zeitgeschichte hat, muß das klar sein!!!

2. genauso klar sollte es sein, daß wir keinen umweltschutz brauchen, es geht darum, daß mit der umweltschutzverschmutzung ENDLICH aufgehört wird, wenn jemand einen ölwechsel macht und etwas danebenrinnt, gibt es die größten probleme, wenn aber ein konzern tonnenweise schadstoffe freisetzt, gibt es nix, nicht einmal, wenn dabei tausende elendiglich zu grunde gehen.

dieses argument beruht auf dem recht jeden lebewesens auf ATMEN UND DER HANDEL MIT LUFT IST DAS GENAUE G E G E N T E I L. ===== Kyoto ist nicht der erste schritt in richtung »beseitigung der weltverschmutzung« (wie es richtig heißen müßte), Kyoto ist ein WEITERER abstiegsschritt auf dem abschussigen pfad des neoliberalismus.

(aus einer Mail von Franz Maria Tabel vom 26.7.01)

Kopfschütteln

Über die Lobpreisungen des Konferenzergebnisses durch einige Umweltverbände können wir nur verwundert den Kopf schütteln

(Solar-Förderverein)

Totschlagargument Kyoto

Das Klimaprotokoll ist eine Kapitulation. Die Kohlendioxidemissionen werden nicht sinken, sondern steigen. Und die Gewinnung erneuerbarer Energien wird behindert. Wie auch immer der von der Bonner Konferenz akzeptierte Kompromiss noch modifiziert wird. Die entscheidende Frage bleibt, ob er wenigstens einen kleinen Fortschritt im Weltklimaschutz bewirkt oder ob das verstümmelte Klimaprotokoll kontraproduktiv sein könnte. Die europäischen Regierungen sowie die meisten Umweltverbände und Beobachter, die vor Ort agierten, haben sich für die positive Lesart entschieden. Der Bonn-Kompromiss sei gerade noch ertraglich, er sei das relativ Beste und vor allem das Einzige, was wir hätten. Eine Umweltorganisation überschlug sich gar vor Euphorie, als sie von einem »geopolitischen Erdbeben« sprach. Obwohl haufenweise Krotten geschluckt wurden, klotzt der Refram der Gegenwart »Es gibt keine Alternative.« Wieder einmal

Tatsächlich hat dieser Kompromiss jene Grenze überschritten, die für Unterhändler häufig unsichtbar wird, ab wann ein »Verhandlungserfolg« so schlecht ist, dass er mehr schadet als nützt - und das eigentliche Ziel kompromittiert. Dies gilt nicht nur für die nochmals amputierte Zielgröße, die nicht einmal mehr eine CO₂-Minderung von zwei Prozent erreicht. Noch viel mehr trifft dies auf die so genannten flexiblen Instrumente des Protokolls zu, die einen unbegrenzten Emissionshandel und »Joint Implementation« erlauben. Damit können Verpflichtungen dadurch erfüllt werden, dass Emissionsrechte und Emissionsboni gekauft werden, statt Klimaschutzinitiativen im eigenen Land zu starten.

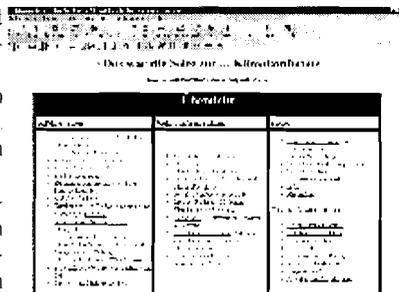
Dreijungen Umweltverbände, die in bester Absicht zu dem Kompromiss aufrufen, werden noch unangenehme Überraschungen erleben

(Hermann Scheer in taz vom 26.7.2001, S.12)

Genua ist auch Kyoto

Das jetzt erzielte Übereinkommen, dessen Ratifizierung zudem in den Sternen steht, ist in bezug auf den Klimaschutz so lächerlich, daß die Bemühungen seiner Gesundheitsförderer fast rührend wirken. Addiert man die Weigerung der USA, sich auf Reduktion der Treibhausgas festzulegen, mit der Anrechnung von Waldflächen auf die produzierten Treibhausgase und den diversen Schlupflöchern der Vereinbarung, ist unter dem Strich sogar mit einer Steigerung der CO₂-Emissionen zu rechnen. Der »Segen« der Globalisierung manifestiert sich beim Umweltschutz in der Möglichkeit, mit Klimazerstörungsrechten weltweit zu handeln und zudem die Deindustrialisierung möglicher Weltmarktkonkurrenten mit ein paar Glasperlen zu prämiieren.

(Kommentar von Rainer Balcerowiak in der Jungen Welt vom 30.7.2001)



Abbildungen

Oben: Internetseite zum Klimaschutz unter www.projektwerkstatt.de ("Aktuelles" anwählen). Dort sind auch etliche ausführlichere Texte zu lesen oder downzuladen, z.B. die Resolution des 30. Bundes-Ökologietreffens gegen das Kyoto-Protokoll.

Linke Seite Text aus der FR

Unten: Foto der NGO-Aktion "Ein Rettungsboot für das Kyoto-Protokoll". Viele TeilnehmerInnen wußten nicht, für was sie genau eintraten. Während zwei Tage vorher kritische Umweltgruppen bei ihren Aktionen verhaftet wurden, wurden die NGOs dank ihrer regierungstreuen Linie freundlich bis zum Konferenzgebäude vorgelassen.



- Selbstverpflichtung insbesondere der Industrieländer, keinen weiteren Transfer von Energierohstoffen (weder fossil noch z.B. umgewandelte Solarenergie) in die eigenen Länder zuzulassen. Die Eigenversorgung mit regenerativer Energie ist sofort und überall möglich!!!
- Keine Förderung der Entwicklung von Transportmitteln, wenn bzw. solange sie energiezehrender sind als bisherige (aktuelle Beispiele: ICE, Transrapid, Luft- und Raumfahrt).
- Schließung aller Freihandelszonen (z.B. Maquilas) und Industriezonen in den ärmeren Ländern, die der Produktion für die reichen Länder dienen. Überlassung bestehender Industrie zum Aufbau kooperativer Lebens- und Produktionsformen.
- Die unter 1. genannte Übertragung der Luft-Nutzungsrechte auf die Menschen entzieht dem industriellen und dem staatlichen Sektor seine Berechtigung zur Umweltzerstörung. Das muß konsequent durchgehalten werden.

Es gibt kein Recht auf Profit! Es gibt kein Recht, das Leben anderer zwecks Anhäufung von Reichtum und Macht einzuschränken! Niemand außer den Menschen selbst hat ein unmittelbares und immerwährendes Interesse an einer Umwelt, in der ein gutes Leben möglich ist. Daher darf niemand anders als die Menschen das Recht auf die Nutzung der Umwelt haben!

Quellen:

- Ö-Punkte, Heft 2/2001 (Sommer): Profit statt Klimaschutz? (mit etlichen Texten zum Thema)
- Bergstedt, Jörg (1999): Agenda, Expo, Sponsoring – Strategien radikaler, emanzipatorischer Umweltschutzarbeit, IKO-Verlag Frankfurt

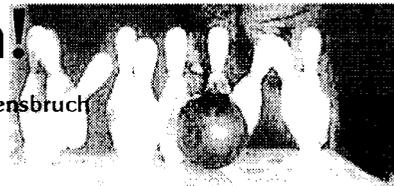
Internetseiten:

- Aktionen zur Klimakonferenz: www.risingtide.de
- Politische Texte und Aktionsideen gegen das Kyoto-Protokoll: www.projektwerkstatt.de, dort unter Aktuelles
- Umweltschutz von unten: <http://go.to/umwelt>



Dem Öko-Neoliberalismus widerstehen!

Ein Positionspapier der Gruppe Landfriedensbruch



Was aktuell an Umweltschutzstrategien diskutiert wird, orientiert sich am Markt. Die Fusion von ökologischen und ökonomischen Zielsetzungen soll gelingen. Ökosteuer, nachhaltiges Wirtschaften, Effizienzrevolution – nur drei der vielen Wörter, die für Konzepte stehen, die aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Umweltgruppen präsentiert werden. Sie sind nichts anderes als die Grünkosmetik für ein neoliberales Gesellschaftsmodell, für eine Zukunft, in der Mensch und Natur nurmehr als verwertbare Ressource gesehen und dafür erhalten werden. UmweltschützerInnen werden so zu TäterInnen von Ausbeutung und Unterdrückung.

Definitionen¹

Neoliberalismus: Der N. bezeichnet eine besondere Phase und Form des Kapitalismus. Nach Aussagen seiner BefürworterInnen ist der Abbau jeglicher Reglementierungen und Begrenzungen des freien Handels nicht nur für den Profit, sondern auch für alle anderen gesellschaftlichen Ziele die beste Lösung. In der Welt des Neoliberalismus werden Menschen und die Natur ausschließlich nach ihrem Gebrauchswert im profitorientierten Verwertungssystem beurteilt. Die bisherigen Formen des Kapitalismus hatten zwar ebenfalls diese Grundlage, aber nicht in Reinform. Verwertungslogik und Profitstreben schließen langfristige Planung nicht aus, z.B. die Steuerung der Reproduktion, der Bildungspolitik oder des Verbrauchs von Rohstoffen. Dies dient jedoch nur dem Zweck, dauerhaft (engl.: sustainable!) Ausbeutung und Profit zu sichern.

Öko-Neoliberalismus: Damit sind Umweltschutzkonzepte gemeint, die sich der Logik des Neoliberalismus anpassen, d.h. also in einem auf Profitmaximierung und Verwertung ausgerichteten Gesellschaftsmodell angewendet werden können. Sie akzeptieren die Idee des unbegrenzten Marktes und der totalen Dominanz ökonomischer Wirkungsprinzipien als Grundlagen des Lebens, des Zusammenlebens und der Gesellschaft insgesamt, d.h. sie integrieren sie in die eigenen Vorschläge. Typische Beispiele sind die Öko-Steuer und das Öko-Audit, die die Entscheidungsgewalt über den Umgang mit der Umwelt vollständig in den Markt bzw. die Konzernleitungen verlegen. Gleiches gilt für Selbstverpflichtungen und den Technologietransfer. Fragen der Demokratisierung bis Selbstbestimmung der Menschen, auch hinsichtlich des Umgang mit den Lebensgrundlagen, werden in solchen Konzepten vollständig ausgeblendet.²

Die Entwicklung des Umweltschutzes zum Öko-Neoliberalismus

Die wesentlichen Entwicklungsschritte beschränken sich auf die letzten zehn Jahre – auch wenn einzelne Ideen bereits viel früher entwickelt wurden (z.B. die Ökosteuer), aber dort meist nicht einmal breiter wahrgenommen wurden. Seit ca. 1990 gibt es in Verbänden, Institutionen und Parteien die Debatte um eine Integration von Ökologie und Ökonomie.

Den wichtigsten Sprung innerhalb der Umweltorganisationen brachte der Deutsche Umweltag 1992 (DUT), der zwar finanziell und von der Zahl der BesucherInnen ein Fiasko war, aber gerade in der Ruhe leerer Messe- und Veranstaltungshallen die dort bevorzugt ausstellenden großen Umweltverbände und Konzerne einander näherkommen konnten. Der DUT war ein durchorganisierter Schmusekurs zwischen Umweltverbänden, RegierungsvertreterInnen und Konzernen, während große Teile der Umweltschutzbasis den DUT boykottierte, zu einem "DUT von unten" aufrief oder sogar ausgegrenzt wurde.

In den Jahren 1993 bis 1995 bildeten sich etliche Arbeitskreise zu Ökologie und Ökonomie, in den Geschäftsstellen setzte ein starker Personalwechsel weg von klassisch ausgebildeten oder aus der Basisarbeit kommenden Fachleuten hin zu jungdynamischen ManagerInnen und BetriebswirtschaftlerInnen ein. Die Agenda 21 wurde als passendes Grundsatzprogramm entdeckt und vor allem von der zeitparallel modernisierten Partei Bündnis 90/Die Grünen gefördert, während in den Umweltverbänden und Instituten die ebenfalls die ökonomischen Rahmenbedingungen akzeptierende Studie "Zukunftsfähiges Deutschland" ihre Wirkung ausübte. Nachhaltigkeit, Zukunftsfähigkeit und ökologisch Wirtschaften wurden zu den wichtigsten Arbeitsgebieten fast aller Teile der Umweltbewegung – auch z.B. der Jugendumweltgruppen, die noch 1992 den "DUT von unten" organisierten. Seminare, Kongresse, Veröffentlichungen und Presseinformationen drehten sich immer mehr um dieses Thema, strategische Allianzen mit Konzernen und UnternehmerInnenverbänden wuchsen wie Pilze aus dem Boden. Umweltmedien, vom Rundfunk über Fernsehen bis zu den führenden Öko-Zeitungen wurden zu den VorreiterInnen dieser Entwicklung und

Umweltschutz von unten

**statt Markt & Macht
Gegen Agenda, Ökokapitalismus & Co.!**

<http://go.to/umwelt> & www.projektwerkstatt.de



berichteten umfangreich von scheinbar gelungenen Fusionen ökologischer und ökonomischer Prinzipien.

Ende 1999 sind etliche Etappen der Auflösung ökologischer Ziele im Einheitsbrei ökonomischer Dominanz geschafft. Vorstände und Geschäftsstellen fast aller Umweltverbände sind frei von Personal, daß regierungs-

oder wirtschaftskritisch ist. UmweltschützerInnen sind zu PartnerInnen von Wirtschaft und Staat geworden, während sie ihre Aktionsfähigkeit in der Öffentlichkeit weitgehend verloren haben. Schwerpunkt sind Projekte wie Agenda 21, Ökosteuern oder nachhaltige Konzepte – immer mit dem Ziel, Ökonomie und Ökologie in Einklang zu bringen.

1999 selbst war das erste Jahr, in dem sich (Ex-?)UmweltschützerInnen zu Werbeagenturen der Konzerne machten - geschmiert mit Millionensponsorings. So bescheinigt das Öko-Institut heute den Chemiefirmen vorbildliches Verhalten und die UmweltpolitikerInnen der Grünen behaupteten in einem Grundsatzpapier, in der Industrie sei unbemerkt eine "Revolution" (!) in Sachen Umweltschutz abgelaufen.

VordenkerInnen und Konzept-Schreiberlinge

Der Öko-Neoliberalismus als moderne Umweltschutzstrategie ist nicht vom Himmel gefallen. Zum einen haben die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen ihren Anteil daran. Neoliberale Umgestaltung ist Realität, ökonomische Fragen dominieren alles, zugunsten der Wirtschaftsstärke werden Umweltbelange ebenso geopfert wie soziale Standards oder die Selbstorganisationsfähigkeit von Menschen. Umweltschutz, der sich nicht als widerständig begreift und organisiert, gerät in den Strudel der prägenden Debatten und Prozesse in Politik und Wirtschaft.

Zum zweiten aber ist die Modernisierung des Umweltschutzes hin zu öko-neoliberalen Konzepten gezielt entwickelt worden. Der entscheidende Anstoß kam dabei von jüngeren, oft in Wirtschaftsfragen geschulten Personen, die inzwischen fast alle Machtzentralen der Verbände und Institutionen übernommen haben (Vorstände, Geschäftsstellen, Institute, Bildungseinrichtungen, Medien).

Vier Gruppen sind besonders hervorzuheben bei der Forcierung öko-neoliberaler Ideen:

►Meist junge Quer-einsteigerInnen aus Betriebswirtschaft und Management: Sehr gezielt sind aus Geschäftsstellen und Vorständen in den letzten Jahren Personen mit langjähriger Umweltschützerfahrung oder klassischen Ausbildungen gegen solche mit Managementwissen oder -erfahrung ausgetauscht worden. Viele der Hauptamtlichen in den Zentralen des Umweltschutzes könnten und würden beliebig zwischen den politischen Lagern wechseln können – ihr Ziel ist das Management. Umweltschutz ist für sie ein Produkt, daß es zu verkaufen gilt. Imagebildung, schlanke Organisationsstrukturen unter Aufgabe jedes Basisbezuges, maximale Finanzbeschaffung über Sponsoring, Mitgliederwerbung mit allen Mitteln usw. gehören zum Handwerkszeug der Führungskader, während das Wissen um Widerstand, politischen Druck und anderem oft fehlt. Etliche Organisatio-

nen, Institute und Medien widmen sich ausschließlich der Frage von Ökonomie und Ökologie, z.B. der von Großkonzernen wie Sandoz, Mobil Oil, Shell, Daimler Benz oder Deutsche Bank getragene Verband B.A.U.M., den UnternehmerInnenverbänden future e.V., Unternehmens-Grün usw.

Aussagen auf dem Deutschen Umwelttag 1992

Ziel des Umwelttages ist es, die unproduktiven Feindbildduelle zwischen Wirtschaft und Umweltbewegung aufzulösen ...

(Text im Vorfeld in der DUT-Zeitung "Dialog 92")

Eine wachsende Wirtschaft ermöglicht eine schnelle Verjüngung des Kapitalstocks, was dem Umweltschutz zugute kommt.

(Bundesumweltminister Töpfer in der DUT-Zeitung "Dialog 92", Nr. 5)

Ohne die Wirtschaft und die Industrie geht bei der Umwelt gar nichts.

(DUT-Geschäftsführer Weinz in der Badischen Zeitung vom 16.9.1992)

Ohne die Industrie, so Flasbarth, gehe "nun mal gar nichts beim Umweltschutz". Dialog sei gefragt, nicht Konfrontation.

(taz vom 21.9.1992, Überschrift: Schmusedialog statt Streitgespräche)

Ich begrüße es, daß der Umwelttag auch das Thema aufnimmt, an dem sich soviel entscheidet und das mit deshalb besonders wichtig ist: Die Vernetzung von Umweltfragen mit der wirtschaftlichen Entwicklung.

(Grußwort von Bundeswirtschaftsminister Möllemann im DUT-Programmheft)

►Die ehemalige Jugendumweltbewegung, die ursprünglich (Ende 80er/Anfang 90er Jahre) noch emanzipatorische Ideen vertrat, sich dem Durchmarsch der ökonomischen Dominanz im Umweltschutz widersetzte (Flugblatt auf dem DUT: "Ökonomie und Ökologie sind unvereinbar") und stattdessen den öffentlichen Druck bzw. die praktische Aktion als politische Strategie ansah, bewirkte ab Mitte der 90er Jahre eine erhebliche Verjüngung und Modernisierung der Umweltverbände. Ideen und Kampagnen wie die Nachhaltigkeitsdebatte, die Ökosteuern-Kampagnen oder auch Agenda-Arbeit sind stark von Ex-Jugendumweltschützern gefördert oder sogar entwickelt worden. Heute sitzt ein

Zitate zur Expo 2000

Welfrieden durch Welthandel

(Expo GmbH, Themenparkkonzept)

Globalisierung. Global agierende Unternehmen dominieren mit ihren Produkten zunehmend den Wettbewerb. Im Streben nach Gewinnmaximierung werden arbeitsintensive Produktionen häufig in Schwellen- und Entwicklungsländer verlagert. Dies fördert auch die Ausdehnung der Märkte und läßt immer mehr Menschen am Wohlstand teilhaben.

(Expo GmbH, Themenparkkonzept)

Die Expo 2000 darf deshalb nicht scheitern und muß von allen Ebenen, Multiplikatoren, Gremien und Menschen unterstützt werden. Ich selbst versuche, meinen Beitrag dazu zu leisten.

(Ricardo Diez-Hochleitner, Chef des Club of Rome)

großer Teil der ehemals verbandskritischen, eine politische Radikalisierung einfordern Jugendumweltschützer in den Spitzenpositionen bei Umweltverbänden, in Instituten, z.T. auch in Parteien oder Medien.

►Die Medien, seien es Umweltmagazine oder die Umwelredaktionen anderer Medien, gehörten ab Anfang der 90er Jahre zu denen, die den Wandel zum Öko-Neoliberalismus vorbereiteten. Einflußreiche Ta-

gen wie die FR oder taz zeigen das nicht nur in ihren Umweltberichterstattungen, die fast nur noch von den "ökologischen Helden" der Industrie berichten, sondern auch strukturell, in dem z.B. die Umwelt- und die Wirtschaftsredaktionen zusammengefaßt wurden (wer das vor zehn Jahren vorgeschlagen hätte, wäre ausgelacht worden...). Sie suggerieren damit, daß Ökologie ein Teilproblem der Ökonomie wäre bzw. nur über diese umsetzbar ist. Die Umweltzeitung "natur" z.B. ist seit Jahren immer vorne dabei, wenn es darum geht, ökologische Positionen aufzuweichen oder aufzugeben – so Anfang 1999 mit einem klaren Bekenntnis zur Gentechnik, mit ständiger Schelte für radikale Positionen, mit einer Serie zur Expo 2000 (positive Darstellung) usw. Andere Zeitungen prägten vor allem die Lebensstil ("lifestyle"-Debatte), die neben den öko-neoliberalen Konzepten prägend ist. Etliche Zeitungen widmen sich ausschließlich oder in gesonderten Rubriken der Fusion von Ökologie und Ökonomie.

Und auch „linke“ Zeitungen wie die Junge Welt oder Wochen-/Monatsmagazine debattieren höchstens die Detailfehler der neoliberalen Umweltpolitik, während emanzipatorische Positionen verschwiegen werden.

►Die Parteien, vor allem Bündnis 90/Die Grünen, aber auch alle anderen, z.B. auch die UmweltpolitikerInnen der SPD oder die PDS, legten sich bis spätestens 1998 auf eine ökonomieorientierte Ökologie als ihr Programm fest. Die Ökosteuern ist als Idee von allen Parteien akzeptiert, wenn auch Unterschiede über die Art bestehen – keine Partei allerdings unterließ es, besondere Ausnahmen für die Industrie als Ziel zu beschreiben. FunktionärInnen der Grünen, der SPD und der PDS saßen oder saßen 1998 in zentralen Positionen der

Zitate zur Agenda 21

Aus diesem Grund soll die Liberalisierung des Handels auf globaler Grundlage und unter Einbeziehung aller Wirtschaftssektoren erfolgen und so einen positiven Beitrag zu einer nachhaltigen Entwicklung leisten

(Agenda 21, Kapitel 2)

So betont die Agenda an verschiedenen Stellen, daß sich wirtschaftliches Wachstum und verstärkter internationaler Handel positiv auf die Umweltbemühungen auswirken, daß es den Zielen der Agenda 21 dient, wenn in allen Ländern Hindernisse für die freie Betätigung von Unternehmen beseitigt werden.

(Birgit Breuel in "Agenda 21 - Chance für den Standort Deutschland")

Revolutionär.

(Zeitschrift "Ökomarkt")

Konzept, das einer revolutionären Umwälzung gleichkommt.

(BUND-Broschüre "Agenda 21")

Mutige Vision für ein ehrgeiziges Projekt.

(Deutscher Naturschutzring)

Politische Sprengkraft.

(Grüne Liga Berlin)

Umweltorganisationen und prägten von dort den Wandel der Umweltpolitik in Parteien und Verbänden.

Eine wichtige Begleitmusik dieser Entwicklung ist die Debatte um neue Beteiligungsmodelle und Befriedungstechnologie. Eine durchökonomisierte Welt mit ihrer Verwertungslogik ist nicht nur umweltzerstörend, sondern auch unmenschlich. Menschen werden ihrer Selbstorganisationsfähigkeit beraubt (soweit sie noch besteht) und einem ständigen Druck ausgesetzt, sich im Markt zu profilieren, die Arbeitskraft anzubieten usw. Um daraus folgende soziale Ausgrenzungen sowie eventuell Unruhen abzufangen, werden nicht nur die Bemühungen um eine Verschärfung der inneren Sicherheitsvorkehrungen erhöht, sondern auch Befriedungstechnologien und Schein-Beteiligungen eingeführt. Dazu gehören Mediationen, Runde Tische und viele weitere neuartige Methoden, die nicht tatsächlich Mitbestimmung und Selbstorganisation fördern. Moderation und andere Harmonisierungstechniken senken die Fähigkeit, sich selbstständig zu organisieren und der gesellschaftlichen Umgestaltung Widerstand zu bieten.

Gegenstrategien

Die folgenden Hinweise könne nur sehr kurz sein, um Richtungen eines "Umweltschutz von unten" anzudeuten. Nähere Vorschläge können den angegebenen Veröffentlichungen entnommen werden.

Notwendig ist, Umweltschutz mit der Frage der Selbstbestimmung zu verbinden. UmweltschützerInnen müssen sich an der gesellschaftlichen Debatte beteiligen, also nicht als losgelöster Sektor (Schutzgebiete u.ä.) agieren. Das bedeutet aber nicht, Umweltschutz an aktuelle Entwicklungen anzupassen. Es ist ganz im Gegenteil das Ziel, die Verhältnisse zugunsten einer emanzipatorischen Welt zu verändern, in der auch der Schutz der Lebensgrundlagen "von unten", d.h. von den Menschen selbst definiert wird.

Emanzipatorischer Umweltschutz will etwas ganz anderes als die neoliberalen Konzepte oder einen starken Staat: Die Menschen werden zu AkteurlInnen. Die Straßen, Häuserblöcke und Landschaften müssen den Menschen gehören, die in ihnen leben. Niemand kann über Flächen und Orte bestimmen, ohne selbst betroffen zu sein. "Demokratisierung von Flächen- und Rohstoffverbrauch" heißt das Gegenkonzept zu Ordnungsrecht oder dem kapitalistischen Instrument Ökosteuern.

Vision ist eine Welt von unten. Die kleinen Schritte dahin bestehen aus konkreten Projekte, die die Menschen zu den EntscheiderInnen machen: Windanlagen, die den Menschen drumherum gehören (statt teurer Großanlagen ohne örtliche Akzeptanz), Stromnetze im Besitz der BürgerInnen, ökologische Bauernhöfe im Gemeinschaftsbesitz, lokale Ökonomien ohne Apparate und vieles mehr. Dazu gehört aber auch, die Visionen einer Welt von unten laut zu benennen, denn Visionen können motivieren. Und der Widerstand, die direkte Aktion gegen Symbole und Macht von Staat und Konzernen sind Teil dieser Strategie.

Zudem entsteht die Chance, mit emanzipatorischen Zielen und Strategien des Umweltschutzes wieder Bündnisse schaffen zu können mit anderen sozialen Bewegungen, die gemeinsam an einer "Welt von unten" arbeiten. Kristallisationspunkte wie konkrete Gegenmodelle selbstorganisierten Zusammenlebens oder der Widerstand gegen Symbole des neoliberalen Machtanspruchs (Expo 2000, Weltwirtschaftsgipfel, -konferenzen, -einrichtungen und anderes) können der Anfang sein. Um klare politische Positionen, Visionen und Aktionsstrategien entwickeln zu können, muß eine selbstkritische Analyse erfolgen, Platz sein für kreative Strategieentwicklung und für eine bewegungsinterne Streitkultur, die nicht mit dem falschen Ziel einer Harmonie die Aktionsfähigkeit mindert.

Anmerkungen

1 Es gibt sicherlich auch andere Definitionen und hier soll nicht für die einzig richtige gekämpft werden. Die hier vorgenommenen Definitionen gelten für diesen Text und sollen sein Verständnis erleichtern.

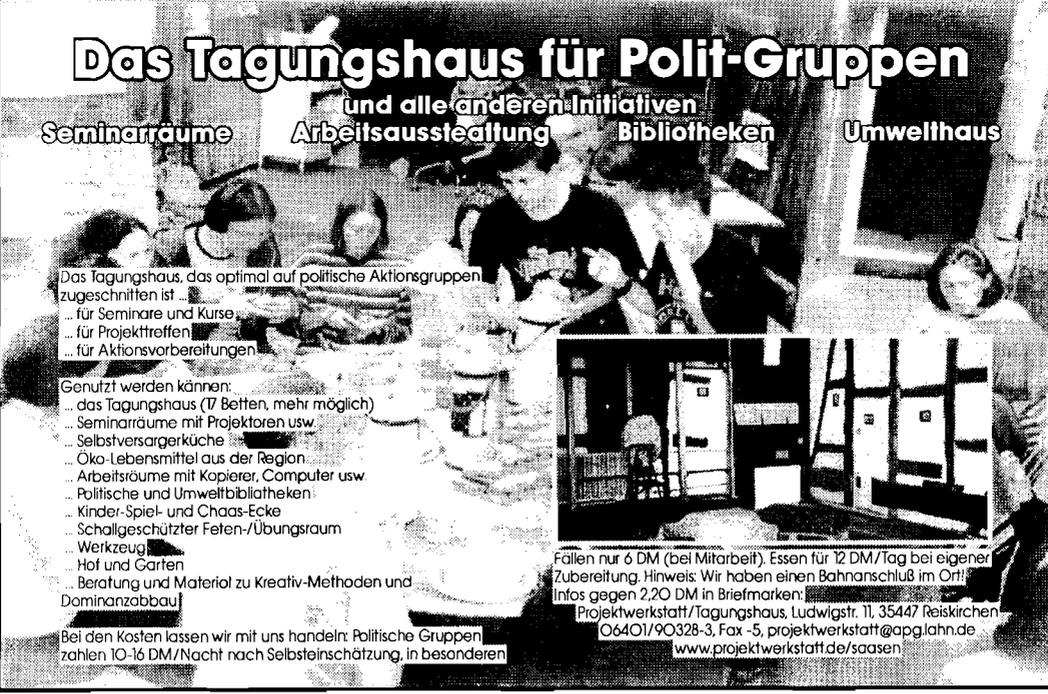
2 Genauso wie es ökologische Konzepte zum Neoliberalismus gibt, tauchen auch immer öfter Vorschläge aus anderen gesellschaftlichen Feldern auf, die kompatibel zum neoliberalen Gesellschaftsmodell sind, z.B. in der Sozialpolitik (mehr Eigeninitiative).

Emanzipatorischer Umweltschutz im Internet:

<http://go.to/umwelt> und www.projektwerkstatt.de

Das Tagungshaus für Polit-Gruppen und alle anderen Initiativen

Seminarräume
Arbeitsausstattung
Bibliotheken
Umwelthaus



Das Tagungshaus, das optimal auf politische Aktionsgruppen zugeschnitten ist ...
 ... für Seminare und Kurse ...
 ... für Projekttreffen ...
 ... für Aktionsvorbereitungen

Genutzt werden können:
 ... das Tagungshaus (17 Betten, mehr möglich)
 ... Seminarräume mit Projektoren usw.
 ... Selbstversargerküche
 ... Öko-Lebensmittel aus der Region
 ... Arbeitsräume mit Kopierer, Computer usw.
 ... Politische und Umweltbibliotheken
 ... Kinder-Spiel- und Chaos-Ecke
 ... Schallgeschützter Feten-/Übungsraum
 ... Werkzeug
 ... Hof und Garten
 ... Beratung und Material zu Kreativ-Methoden und Dominanzabbau

Fallen nur 6 DM (bei Mitarbeit). Essen für 12 DM/Tag bei eigener Zubereitung. Hinweis: Wir haben einen Bahnananschluß im Ort!
 Infos gegen 2,20 DM in Briefmarken:
 Projektwerkstatt/Tagungshaus, Ludwigstr. 11, 35447 Reiskirchen
 06401/90328-3, Fax -5, projektwerkstatt@apg.lahn.de
www.projektwerkstatt.de/saasen

Bei den Kosten lassen wir mit uns handeln: Politische Gruppen zahlen 10-16 DM/Nacht nach Selbstschätzung, in besonderen

Emanzipatorischer Umweltschutz steht für ökologische Strategie, die die Menschen zu den Entscheidenden machen. Selbstbestimmtes Leben, eine emanzipatorische Gesellschaft ohne Obrigkeit oder Wirtschaftsdominanz und der Schutz der Lebensgrundlagen gehören zusammen.

Ein wichtiges Element ist eine selbstkritische und kreative Diskussion um die politische Ziele und Strategien. Das hier vorliegende Papier dokumentieren wir, weil es Teil unsere Debatte ist. Es ist nicht die Meinung aller – darauf kommt es nicht an. Wir wollen nicht gleichschaltet werden, und wir schalten uns nicht gleich. Wer an den Debatten teilnehmen will, kann das gerne. Nähere Infos unter <http://go.to/umwelt> und www.projektwerkstatt.de.

7.3 Weniger Ökonomie ... und die von unten

Die Debatten über ökonomische Strategien unterliegen einem grundsätzlichen Fehler: Der Ökonomie wird ein Selbstzweck zuerkannt. Je nach politischer Richtung gibt es die Forderung nach Liberalisierung des Marktes und Wirtschaftswachstum um jeden Preis oder die nach einem nachhaltigen Umgang mit Ressourcen, z.B. der Energie. Die Diskussion entspringt nicht den Fragestellungen: Was ist für die Menschen gut und für eine menschen- und umweltgerechte Gesellschaft sinnvoll? Ist das Wirtschaften als solches, d.h. die Existenz von Betrieben, deren Produktion unabhängig von Bedürfnissen oder dem Willen der Menschen besteht, überhaupt legitim?

Besonders deutlich wird das bei der Frage nach Arbeitsplätzen. Die Forderung nach neuen Arbeitsplätzen wird vom gesamten etablierten bürgerlichen Spektrum erhoben - einige benutzen das Argument, um wirtschaftsfreundliche Gesetze durchzudrücken, andere meinen es ernst und halten Arbeitsplätze (bzw. Arbeit als solches) für etwas Gutes. Warum und wofür? Das fragt kaum EineR.¹

Wozu sind Arbeitsplätze nötig – also Orte, an denen ArbeitnehmerInnen gegen Geld ihre Kraft an etwas verkaufen, was sie in der Regel gar nicht oder höchstens zu kleinen Teilen wollen oder beeinflussen können? Was soll Arbeit? Ist in einer Gesellschaft, in der die Menschen frei sind und das tun, wovon sie individuell oder als Gruppe überzeugt sind und deshalb aus freier Entscheidung tun, noch Platz für Arbeitsplätze?

Ökonomie kann nicht sinnvoll als solche diskutiert werden (sonst ergibt sich immer nur eine Effizienzdiskussion). "Wirtschaften" ist Teil gesellschaftlicher Tätigkeit. Ob "Wirtschaften" überhaupt nötig ist (und wenn ja, dann wie?) muß politisch diskutiert und entschieden werden. Die Debatte um Arbeitsplätze zeigt, daß politische Visionen und Konzepte fehlen. Arbeitsplätze werden gefordert, ohne daß jemand sagt, warum es einen Wert darstellt, wenn Menschen gegen Geld etwas tun, was sie sonst nicht tun würden. Es ist Zeitgeist, Realpolitik zu machen, ohne Ziele zu haben. Das machen (fast) alle. Die PolitikerInnen nennen es "Realpolitik", in der alternativen Szene heißt dasselbe Herumwursteln ohne klare Positionen "Der Weg ist das Ziel".

Um ökonomische Konzepte (einschließlich der Nullvariante, d.h. es findet keine Ökonomie statt) entwickeln und beurteilen zu wollen, müssen politische Modelle entstehen. "Wirtschaften" ist dann legitimiert, wenn es dazu dient, gesellschaftliche Ziele zu erreichen. Ohne einen politischen Wert, d.h. ein Ziel, gibt es keine Legitimation für das Wirtschaften bzw. bestimmte Formen des Wirtschaftens.

Daher heißt die zentrale Forderung: Keine Ökonomiedebatte ohne politische Ziele und Positionen! Wenn die gesellschaftlichen Zielbilder ökonomischer Konzepte sichtbar werden, entlarven sich auch die Vorschläge des Neoliberalismus oder der Nachhaltigkeit als Strategien, Konzernvorteile und ökonomische Gesetzmäßigkeiten über gesellschaftliche, politische Ziele zu stellen und den Wirtschaftsmächtigen die möglichst dauerhafte ("nachhaltige") Kontrolle über das Geschehen der Welt zu geben. Menschen und soziale Strukturen werden zum "Arbeitsmaterial" der Wirtschaftsprozesse. Gesundheit wird zum Ziel, weil die Arbeitskraft erhalten bleiben muß. Nachhaltigkeit wird zum Ziel, damit die Ressourcen nicht ausgehen. Die Menschen oder der Schutz der Umwelt fehlen.

Ökonomie von unten heißt vor allem der Kampf gegen die Ökonomisierung der Gesellschaft und des Alltags. Selbstbestimmtes Leben ist nur möglich, wenn die ökonomischen Zwänge verschwinden, wenigstens aber reduziert werden. Die Priorität muß heißen: Erst der Mensch, denn die Gesellschaft (politisches Leben) und dann die Wirtschaft.

7.3.1 Die aktuelle Debatte

Die aktuell diskutierten Vorschläge für eine Stärkung bzw. Änderung der Wirtschaftsweise sind allesamt untauglich, die Umweltzerstörung, die Ausbeutung von Menschen (Trikont, Kinder und Jugendliche, Frauen, aber auch viele Männer) oder die zunehmende Arbeitslosigkeit zu stoppen. Im Einzelnen ist zu ihnen zu sagen:

Deregulierung und finanzielle Entlastung

Diese von Bundesregierung, BDI, DIHT und einzelnen Großkonzernen verfolgten Ziele gehen davon aus, daß Beteiligungsrechte, Umweltschutzaufgaben, hohe Lohnnebenkosten usw. die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie beeinträchtigen, folglich deren Abbau zu Wirtschaftsaufschwung und zur Schaffung von Arbeitsplätzen führt. Diese Auffassung ist falsch. Zum einen ist die Industrie im internationalen Wettbewerb zur Zeit so konkurrenzfähig wie noch nie, was widerlegt, daß überhaupt Maßnahmen zur Steigerung derselben notwendig sind. Zum zweiten sind die Folgen dieser Wirtschaftsstärke keineswegs positiv. Sowohl bei der Unterdrückung von Menschen, bei der Zerstörung der Umwelt wie auch, besonders bemerkenswert, beim Abbau von Arbeitsplätzen bedeutet eine hohe Leistungsfähigkeit der Wirtschaft immer eine große Kapitalmenge für Rationalisierungen. Die finanzstarken Großkonzerne sind die größten Unterdrücker, die größten Umweltzerstörer und die größten Vernichter von Arbeitsplätzen.

Selbstverpflichtungserklärungen der Regierungen und der Wirtschaft

Sie ersetzen bisherige Standards, Vorgaben und tragen so zusammen mit der Deregulierung zur Abschaffung von Gesetzen bei. Bekannt sind verschiedene Selbstverpflichtungserklärungen der Großindustrie gegenüber der Bundesregierung. So konnte die Industrielobby mit freiwilligen Leistungen Zwangsmaßnahmen zur Verhinderung der Müllflut abwehren - das Ergebnis war der "Grüne Punkt". Die Deregulierung von Umweltschutzstandards wurde mit der Ankündigung der Industrie erkaufte, innerhalb einer bestimmten Frist die produktspezifische CO₂-Abgabe um 20% zu verringern. Diese Selbstverpflichtung bedeutet keine Verringerung des CO₂-Ausstoßes insgesamt, sondern nur pro Produkteinheit. Diese effizientere Produktion ist schon aus Kostengründen ohnehin Ziel der Industrie. Somit nutzt die Industrie etwas, was sie ohnehin tun will und wird, um lästige Gesetze loszuwerden.

Nachhaltige Wirtschaftsformen

Dieses durch Konferenzen der Vereinten Nationen (vor allem 1992 in Rio mit der Agenda 21) populär gewordene Ziel wurde in Deutschland vor allem durch das Buch "Zukunftsfähiges Deutschland" präzisiert und wird heute sowohl in den Umweltverbänden als auch von Fachinstitutionen, Konzernen und den Regierungen verfolgt. Jedoch sind konkrete Positionen Mangelware und etliche wesentliche Problemfelder wie die Herrschaftsstrukturen, die Logik einer auf Ausbeutung von Mensch und Natur gestützten Wirtschaft, die fehlende Beteiligung von BürgerInnen an den politischen Entscheidungen usw. werden gar nicht erst aufgegriffen. Das ist kein Detailfehler, sondern Konzept einer Denklogik, die Machtverhältnisse sichern will – eben "nachhaltiger" Kapitalismus.

Alle beschriebenen Diskussionen verfolgen eine Teilveränderung wirtschaftlichen Handelns (zum Teil auch den Machtgewinn von Konzernen). Sie festigen aber insgesamt das "Diktat der Ökonomie", also die wirtschaftlichen Zwänge und Regeln, denen die Menschen ausgesetzt sind und die die Selbstbestimmung eingrenzen.

Aus der Umweltschutzbewegung sowie aus großen Teil der Eine-Welt- und sozialen Gruppen kommen zur Zeit Vorschläge, die sogar oft eine Verschlimmerung umweltzerstörender Wirtschaftsweisen herbeiführen würden. Zum einen wird ohne präzise Festlegungen für ein nachhaltiges Wirtschaften plädiert trotz der bereits beschriebenen Mängel, zum anderen zeigen auch die wenigen konkreten Vorschläge, daß eher wirkungslose Detailänderungen als eine grundlegend andere Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik angestrebt werden. Viele der Vorschläge haben die gleichen Fehler und würden in der Sache Umweltschutz wenig oder gar nichts erreichen. Bemerkenswerterweise weisen viele in ihren Vorschlägen Zugeständnisse an die Großindustrie auf. Ist es ein Zufall, daß gleichzeitig Daimler, Ford, Lufthansa, BASF usw. Großsponsoren der deutschen Umweltverbände sind?

Mythos Arbeit

Die aktuelle Darstellung des/r ArbeiterInnen (im Sinne der modernen Definition von erwerbstätiger Bevölkerung) nähert sich immer mehr solchen Beschreibungen an, wie sie bis Mitte dieses Jahrhunderts für Soldaten galten: Arbeiten gilt als heroische, meist mannhafte Tat für das Wirtschaftswachstum. Arbeit ersetzt den Krieg, Wirtschaftswachstum das Vaterland. Gleich bleibt, daß der Begriff völlig frei jeglichen Inhalts ist, d.h. es wird nicht mehr gefragt, wer warum für wen oder was arbeitet (bzw. im Krieg: wofür kämpft), sondern Arbeit wird als solches als wertvoll und erstrebenswert angesehen.⁴ Mit dieser Definition entsteht ein Lebenssinn: Arbeit. Arbeit gilt als gut und notwendig. Aus Angst, Not oder Minderwertigkeitsgefühl entwickelt sich der Drang, eine Arbeit zu haben. Das Leben der einzelnen Menschen bzw. ihrer Zusammenschlüsse (vor allem: Paare bzw. Familien, genauso aber auch Kommunen oder andere Lebensgemeinschaften) ist darauf ausgerichtet, die eigene Arbeitskraft effizient zu verkaufen. Die Gewerkschaften kämpfen nicht gegen diese Sachzwänge und Ausbeutungsstrukturen, sondern für eine möglichst effiziente Arbeit (max. Ertrag aus minimaler Arbeitsleistung) und, bereits nebensächlich, die Zeit und Qualität der Freizeit (Gesundheit).

Im Original: Auszug aus dem Text "Arbeitslos ins Glück: Von Nutzen und Chancen der Massenarbeitslosigkeit" (unveröffentlichtes Vortragsmanuskript der "Glücklichen Arbeitslosen", Kontaktgruppe Göttingen)

Die Folgen der scheinbar unbezähmbaren und aus Sicht der Glücklichen Arbeitslosen reichlich überzogenen Angst vor Arbeitslosigkeit sind in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens spürbar: Wer über einen Arbeitsplatz verfügt, steht unter großem Leistungsdruck, denn schließlich warten allein offiziell rund 4 Millionen Arbeitssuchende darauf, ihm oder ihr den mühsam erworbenen Platz in der privilegierten Welt der Erwerbstätigen abspätnig zu machen. Arbeitslose indes haben nicht nur mit ihrem Los als von der Gemeinschaft der ständig Verdienenden Ausgeschlossene zu kämpfen, sondern als Schmarotzer und Faulenzer zusätzlich mit den allgemeinen Schuldzuweisungen – denen anderer und den eigenen.

Nicht nur bei den Arbeitslosen führt diese Situation zu Unzufriedenheit, psychischer Instabilität und einer Angepaßtheit, die allzu häufig in Feigheit mündet, wenn es darum geht, die eigene Haut, sprich, den eigenen Arbeitsplatz zu retten oder zu ergöttern. Es mangelt zusehens an Motivation, Kreativität und Schaffensfreude, den Bausteinen eines gesunden Selbstwertes. Die Angst hemmt im Zuge dessen außerdem das kritische Potential im bundesdeutschen Volk. Für eine Kritik der Arbeit etwas, wie sie vor 20 Jahren noch zum guten Ton in Beschäftigungskreisen gehörte, reicht nicht einmal mehr bei eingeschlossenen Gewerkschaftern der Mut. Persönliche und gesellschaftliche Entwicklung sind gelähmt vor Angst.

Das paßt zwei gesellschaftlich ohnehin zu bedeutsamen Kräften sehr gut: Den wirtschaftlichen Eliten und dem politischen Establishment. Die Wirtschaft freut sich in den unteren Rängen über gefügige und leistungsbereite Beschäftigte, die an ihrem Arbeitsplatz hängen wie an Mutters Brust. Und die Herrschaften auf der politischen Bühne können ihre Macht durch besagte Kritik- und Mutlosigkeit getrost gefestigt sehen.

Machtfaktor Geld

In den herrschenden Verhältnissen ist der Mensch meist käuflich. In der Glorifizierung des Geld als Mittel, mit dem man alles machen kann, und in den Ängsten, die für den Fall eines geld(erwerbsarbeits)losen Lebens geschürt werden, steckt der Ansporn dafür, (fast) alles zu machen, um an Geld zu kommen. Geld wirkt oft wie eine Droge. Alle Anzeichen sind gleich den Abhängigkeiten von harten Drogen. Geldhaben wird zum Ziel, die Beschaffung zur wesentlichen Tagesbeschäftigung, bei größerer Gier oder Versagen auf legalem Weg kommt Gesetzesbruch hinzu (Beschaffungskriminalität), Geld ist ein optimales Mittel, Menschen in Scheinwelten zu versetzen oder sie gefügig zu machen. Und selbst die Dosissteigerung entspricht der harter Drogen: Je mehr man hat, desto mehr braucht man und desto zusätzlich mehr will man haben (Gier der Reichen).

Geld ist eine Bestechung von Menschen, Dinge zu tun, die sie sonst nicht tun würden, die sie also nicht tun wollen. Die Verfügbarkeit großer Menschenmassen ist für vieles notwendig, was ökonomisch zur Zeit verwirklicht wird, vor allem für den Aufbau von Großstrukturen wie die Kommunikations- und Transportwege, zentrale und große Industrieanlagen und Kraftwerke. Es

wäre völlig unvorstellbar, daß Tausende von Menschen jemals in freiwilligen und gleichberechtigten Entscheidungsstrukturen auf die Idee kämen, sich für viele Jahre einer langweiligen und harten Arbeit hinzugeben, nur damit wenige Mächtige anschließend über Jahre Kasse machen könnten (z.B. beim Bau von Kraftwerken, Flughägen, Kanälen usw.).

Die Verfügbarkeit der Menschen durch Zahlung von Geld steigt mit der gezielten Schaffung von Ängsten durch Geldknappheit. Der Begriff Armut ist inzwischen ausschließlich auf die Menge verfügbaren Geldes zurückgestuft worden, obwohl zweifelsfrei ein Leben mit wenig Geld dann komfortabel und freier verlaufen könnte, wenn die Ängste und äußeren Zwänge wegfielen.

Karriere und Ruhm

Aus welchem Grunde auch immer, die meisten Menschen streben nach Auszeichnungen. Die erhoffen sich dadurch auch eine Hebung ihres sozialen Standes, d.h. auch der Verfügbarkeit von anderen Menschen. So streben sie höhere Posten an ihrer Arbeitsstelle oder in Vereinen an. Mit jedem Schritt erhöht sich die Zahl der ihnen Gefügigen – und ebenso weniger werden es "oben", auch wenn das keine praktische Bedeutung hat, da ohnehin immer nur wenige die unmittelbar Befehlserteilenden sind (direkte Vorgesetzte u.ä.). Ähnliche Wirkung wie die Karriere kann eine Ehrung haben, da durch auf der informellen Ebene (Ansehen des Geehrten und daher seine Möglichkeit, in machtausübenden Kreisen zu agieren, steigt. Für diejenigen, die andere ehren oder ihnen höhere Posten und Gehälter verschaffen, hat dieses Verhalten auch einen Sinn. Sie machen sich die von ihnen so geförderte Person ihnen selbst gegenüber gefügiger. Wer die Situation anderer verbessert, darf in der Regel auf eine Gegenleistung hoffen, denn nach dem Prinzip "Eine Hand wäscht die andere" funktioniert der Filz der Mächtigen.

Scheinzwänge, Drohungen und Repression

Offenbar reicht die Methode des "Zuckerbrotes" nicht. Wenn denjenigen, die sich nicht gefügig verhalten, nicht anderes droht als der Entzug des Privilegs, selbst gefügig machen zu können, wären offenbar etliche Menschen bereit, auf dieses Privileg zu verzichten. Stattdessen könnte Solidarität entstehen, eine Macht von unten, die das bestehende System gefährdet, weil sie sich ihrer eigenen Gefügigmachung entzieht. Kann diese Gruppen nicht durch ihr angebotene Privilegien wieder in das System integriert werden, kommt es zu Auseinandersetzungen, z.B. Streiks, gewalttätigen Demonstrationen, Sabotage usw.

Um solchen Prozessen von Beginn den Boden zu entziehen, tritt neben die "Bestechung" durch Geld und Karriere die Drohung für den Fall der Verweigerung. Wichtig ist dabei, daß die Drohung gegen Einzelpersonen eingesetzt werden. Auch hier hat die Politik aus der Vergangenheit gelernt. Wo Gruppen ausgegrenzt und pauschal verurteilt werden, kann eine Solidarisierung stattfinden. Daher greifen PolitikerInnen und Medien bei Demonstrationen immer wieder kleine Teilgruppen heraus. Gesetze schreiben vor, daß bei jeder Aktion (Infostand, Veröffentlichung, Demonstration) immer eine oder maximal zwei Personen verantwortlich sind. Im Nachhinein können Rädelsführerschaften konstruiert werden. Das alles dient der Zerschlagung von Solidarität. Bei fast allen politischen Auseinandersetzungen der heutigen Zeit wird die Mehrheit der KritikerInnen gelobt (Versuch der Reintegration), die (oft radikale) Minderheit dagegen angegriffen. Meistens klappt die Strategie: Die Mehrheit distanzierst sich von der Minderheit. Bewährt ist die Methode von Arbeitskämpfen, Anti-Atomdemonstrationen usw. Der ausgegrenzten Minderheit droht erheblicher Nachteil: Soziale Abstufung, Arbeitsplatz- und damit Geldverlust, Entehrung durch Niedermache in den Medien, Verhaftung, Mißhandlung bzw., bei Nicht-Deutschen, Abschiebung in den Tod usw.

Zu den direkten Drohungen treten allgemeine Angstbilder, die gezielt gestreut werden. "Dann gehen die Lichter aus", "Arbeitsplätze in Gefahr", "Abwanderung ins Ausland" usw. sind klassische Drohungen, die eine soziale Angst streuen sollen, um zu verhindern, daß Vorschläge zur Veränderung des politischen Systems im allgemeinen oder des ökonomischen im speziellen durchsetzungsfähig werden. Vollkommen irre erscheint, daß von Seiten der Mächtigen sogar in der Regel eine Doppelstrategie gefahren wird: Verteufelung der Neuvorschläge und der sie einbringenden Personen verbunden mit der Verwirklichung von Teilen der Vorschläge, um das eigene Interesse am Allgemeinwohl vorzutauschen. Die Mächtigen tun damit Dinge, die sie selbst verteufeln – und niemand scheint diesen Widerspruch zu bemerken. Die Gutgläubigkeit aus dem Gerne-Glauben-wollen, die Gefügigkeit gegenüber denen, die "oben" sind, und die eigene Neigung, andere gerne gefügig zu machen oder der sozialen Ausgrenzung anderer zuzustimmen, führen zur Akzeptanz selbst offensichtlicher Widersprüche.

Zerstörung der Autonomie und Selbstversorgung

Wichtig ist, die Menschen in einer ausweglosen Situation zu halten. Es darf nicht möglich sein, sich wirtschaftlich auch ohne die Einbindung in das Gesamtsystem halten zu können. Das gilt für die Individuen (einzelne Menschen, die Nahrungsmittel, Wasser, Energie usw. brauchen) genauso wie für Gruppen und Zusammenschlüsse wie Vereine, die ohne Förderungen nicht auskommen, oder Gemeinden, die ohne Energielieferung von außen nicht leben können. Die wichtigste Maßnahme ist die Zerstörung der Subsistenzwirtschaft, also der Eigenversorgung von Menschen, Familien oder Dörfern mit dem, was unmittelbar zum Leben wichtig ist. Produktion für andere oder Handeln sind dort unwichtig. Menschen, die in dieser Form leben, sind nicht gezwungen, sich in Wirtschaftsbeziehungen einbinden zu lassen. Mit der gezielten Zerstörung von Subsistenzwirtschaften (Enteignung, Zerstörung der Lebensräume durch Vergiftung oder Großprojekte, Entzug von Arbeitskräften durch Militärdienst und andere Zwangsmaßnahmen) sowie der Bedürfniswecken gegenüber Produkten, die selbst nicht hergestellt werden können, werden Stück für Stück alle Orte und Menschen der Erde zum Teil eines alle umfassenden Weltwirtschaftssystems, bei dem jedeR einen kleinen, vorgedachten Arbeitsauftrag ausfüllt. Große Teile der Menschheit arbeiten dabei nur noch für andere, nie mehr für sich selbst. Dafür erhalten sie Geld, von dem sie (wenn überhaupt) ihr Überleben sichern können. Sie arbeiten teilweise in der Produktion hochmoderner Geräte, ohne jemals auch nur ein einziges selbst nutzen zu können. Für sie bleibt all das nur, um das nötige Essen zu kaufen – ein riesiger und oft nicht ausreichender Aufwand, um nur das gleiche erreichen zu können wie mit der Subsistenzwirtschaft: Etwas zu Essen zu haben. Für die Reichen, d.h. Mächtigen (Macht durch Geld) dieser Welt bedeutet diese Veränderung viel, denn die technischen Produkte, die Kleidung usw. sind für sie. Sie sind billig produziert, so daß das Geld der Menschen in den Industrieländern für mehr reicht, d.h. es stellt mehr Macht dar über die Menschen, die dafür arbeiten. In den Industrienationen gibt es gar nicht mehr genügend Menschen, die zu solcher Arbeit ausgebeutet werden könnten, also müssen die Arbeitskräfte in den armen Ländern abgeschöpft werden, in dem man ihre Eigenversorgung zerstört und sie so gefügig macht.

Doch selbst in den Industrienationen wird die Selbstversorgungsfähigkeit erschwert, obwohl hier das Interesse an der Abhängigkeit der Menschen geringer ist, schließlich gibt es ja genug billige Arbeitskraft auf dem internationalen "Markt". Dennoch: Soziale Selbsthilfeprojekte, autonome Zentren, eigenständige Mini-Ökonomien und vieles mehr werden auch in Deutschland schikaniert – wenn auch die Härte nachgelassen hat, seit klar ist, daß die internationale Unterdrückung die deutschen ArbeitnehmerInnen in vielen Arbeitsbereichen überflüssig, weil ersetzbar macht.

Angst von dem Neuen und Sicherheitsstreben

Der relative soziale Aufstieg der meisten Deutschen von den ausgebeuteten ArbeitnehmerInnen zu einem Status, wo sie selbst auch ausbeuten können, hat die Kritikfähigkeit gestärkt. Obwohl die Deutschen so reich sind wie nie zuvor, sie sind auch mit der politischen Lage so unzufrieden wie nie zuvor. Grund ist die zunehmende Nischenbildung: An Stammtischen, in den Familien oder Vereinen wird viel und heftig über die Mächtigen geschimpft. Darauf entsteht jedoch kaum Gegenwehr. Letztlich fühlen sich alle in der Abhängigkeit des Systems, dessen untendrückende Wirkung sie kennen, dem sie aber auch die eigenen Privilegien verdanken. Genau das macht ja das System stabiler als ein reiner Unterdrückungsstaat. Dosierte erhalten alle auch das Recht, wieder andere zu unterdrücken. Und die wenigen, die sich nur unterdrückt fühlen, sehen über sich nicht eine kleine Gruppe von Mächtigen, gegen die ein Kampf sinnvoll sein könnte, sondern eine große Masse von Menschen einschließlich ihrer Nachbarn, ArbeitskollegInnen, Familienangehörigen usw.

Die (Sach-)Zwänge ständig vergrößern

Die benannten Prozesse verschaffen dem Geld und den weiteren genannten Mitteln eine doppelte Wirkung: Sie machen gefügig – den Einzelnen gegenüber anderen, und andere gegenüber dem Einzelnen. Diese doppelte Wirkung ist entscheidend für die Stabilität des Systems, vor allem des ökonomischen Systems. Wirtschaftliche Potenz, vor allem in Form von Geld, bewirkt Herrschaftsstrukturen. Mit Geld können Menschen gekauft werden, jedenfalls ihre Arbeitskraft, oft aber auch mehr. Das allein aber würde zu Protesten führen, weil sich die Ausgebeuteten auch als solche begreifen würden. Soziale Unruhen in der Geschichte haben in diesem Begreifen des eigenen Ausgebeutetseins, der Abhängigkeit und der daraus resultierenden Machtlosigkeit ihre Ursache. Das gesellschaftliche System, dessen wesentlicher Pfeiler die ökonomischen Abhängigkeitsverhältnisse sind, mußte sich dann jeweils anpassen. Das Protestpotential wurde in fast allen Fällen dadurch abgebaut, daß wesentliche Teile integriert wurden. Aus Menschen, die nur abhängig waren, wurden nun solche, die selbst andere in Abhängigkeit von sich sahen. Die Zahl derer, die dieses Doppelleben führen (nach "oben" abhängig, nach "unten" dominant) ist in den letzten Jahrhunderten gewachsen und nimmt heute den Großteil der deutschen Bevölkerung ein. Im gleichen Zeitraum wurde der Schutz der heimischen Landschaft verstärkt, um die direkten Folgen der Ausbeutung im eigenen Land zu verringern. Um nachwievor ausreichend Arbeitskraft und Rohstoffe zur Verfügung zu haben, mußte als Ersatz das ökonomische Geschehen internationalisiert werden. Inzwischen agierten die Industrienationen weltweit, die Bevölkerung der meisten Länder Südamerikas, Afrikas und vieler Länder Asiens sind die "Gefügigen". Um deren Abhängigkeit zu steigern, wurden regionale Selbstversorgung (Subsistenzwirtschaft) und Handelsstrukturen systematisch zerstört. Die Menschen der passenderweise als "3. Welt" abgestempelten Länder sind zur Verfügungsmasse der Eliten und ihrer ArbeiterInnenschichten in den Industrienationen geworden. Zudem besteht innerhalb der Industrieländer nachwievor das Gefälle von Machteliten zu denen, die gefügig sind und andere beherrschen, bis zu denen, die überwiegend oder ganz abhängig sind. Letztere sind noch immer viele Frauen, auch wenn die Emanzipationsbewegung hier den typischen Veränderungsprozeß hervorruft: Deutsche Frauen kommen in den Kreis derer, die selbst auch mal andere dominieren dürfen – dafür werden Frauen aus dem Ausland gekauft (für Männer, die das immer noch brauchen) bzw. klassische Heimtätigkeiten von früher durch ausgebeutete Menschen in den gefügigen Ländern ausgeführt (z.B. Herstellung von Kleidung). Auch die AusländerInnen in Deutschland gehören zu der gefügig gemachten Gruppen. Sie sind als Arbeitskräfte nach dem 2. Weltkrieg gerufen worden und füllten vor allem die Arbeiten aus, für die sich die Deutschen zu gut waren.

Das Erfolgsrezept der modernen ökonomischen Gesellschaft heißt: Beteilige immer so viele Menschen an den Fleischtöpfen (Geld, Karriere usw.) und dem Privileg der Macht, daß sie stärker sind als die Ausgebeuteten. Dabei bedarf es noch nicht einmal einer zahlenmäßigen Mehrheit, weil ja die Mittel zur Durchsetzung für die Reichen und Mächtigen wesentlich besser sind (Waffen, Medien, Banken usw.). Die Welt zerfällt so in drei Teile: Erstens die Machtelite, ein Filz aus den Mächtigen der Wirtschaft, Politik, der Medien sowie wenigen anderen. Zweitens denen, die der Machtelite gegenüber gefügig sind (durch Geldzahlungen, aus Angst, Karrierehoffnungen usw., meist aber durch mehrere dieser Gründe zusammen), selbst aber über genügend Mittel verfügen, wiederum andere für sich arbeiten zu lassen (im unmittelbaren Bereich oder, viel öfter, in den armen Ländern der Welt). Drittens die Mehrheit, die in ihrem Verhältnis gegenüber den anderen beiden Gruppen ausschließlich in Abhängigkeit ist und höchstens intern nochmals Hierarchien aufbaut (statt solidarisch zu handeln, was angesichts ihrer Lage die einzige Chance zur Veränderung wäre). Die drei Gruppen sind nicht starr abgegrenzt. Das würde das System auch destabilisieren, denn die Hoffnung auf den Aufstieg in die jeweils bessergestellte Gruppe steigert die Bereitschaft, gefügig zu sein, enorm. Ein elendes Leben gepaart mit Aussichtslosigkeit dagegen ist der Ausgangspunkt einer Revolte. Und die soll mit allen Mitteln verhindert werden.

Die Steigerung: Sozialer Rückbau

Trotz der beschriebenen Prozesse, immer wieder neue Kreise in die Machteliten aufzunehmen und international neue, gefügige BilliglohnarbeiterInnen zu finden (sozusagen als moderne SklavInnen, denen statt Ketten und Peitsche Verhüllungen und manchmal auch Gewehrkugeln drohen), gibt es seit einigen Jahren in Deutschland einen Prozeß, auch im Land die Zahl der Gefügigen, d.h. fast oder ganz Rechtlosen zu erhöhen. Sozialer Rückbau hat zum Ziel, mehr Menschen durch die Verknappung von Geld, Freiheit und Zeit in eine stärkere Abhängigkeit zu bringen, d.h. sie würden sich leichter und unter den "von oben" diktierten Bedingungen an die Industrie "verkaufen". Um diesen Prozeß zu erreichen, bedienen sich die Mächtigen eines einfachen, aber wirksamen Tricks. Sie berichten ständig und aufdringlich über einen wirtschaftlichen Niedergang. Dabei werden immer wieder Industriezweige in den Vordergrund gerückt, denen es tatsächlich schlechter geht (Kohleförderung, Baugewerbe). Das liegt aber nicht an der Gesamtlage der Wirtschaft, sondern an Veränderungen in der Nachfrage, die es immer gegeben hat und die immer einen Wandel nach sich zogen, d.h. daß einzelne Bereiche zurückgingen, während sich neue aufboten. Tatsächlich gibt es insgesamt und in den Gewinnerbranchen, z.B. Automobil- und Chemieindustrie, ein deutliches Wirtschaftswachstum.

Die Ökonomie verdrängt Politik und Gesellschaft

Der zur Zeit verheerendste Prozeß ist der Abbau politischer Entscheidungsstrukturen zugunsten der Wirtschaft. Abgebaut werden die Rechte der BürgerInnen (Beteiligung an Verfahren) und der Parlamente (Ökosteuer, MAI, Zentralisierung von Entscheidungskompetenz usw.). Am Ende steht eine umfassende Herrschaft der Ökonomie – einzelner Großkonzerne sowie der "Marktgesetze", die statt einer politischen Willensbildung das Leben dominieren werden. Die Menschen werden stärker in die Abhängigkeit ökonomischer Zwänge geraten, sich noch stärker "verkaufen" müssen und noch weniger Einfluß auf das Geschehen haben, weil nicht einmal per Wahlrecht noch etwas zu ändern ist, wenn die Parlamente entmachtet wurden. Die für ein selbstbestimmtes Leben notwendige Entmachtung der Parlamente zugunsten der Menschen ist in noch weitere Ferne gerückt, wenn die Konzerne die wichtigsten Entscheidungen treffen. Das ökonomische System, zur Zeit also der Kapitalismus, hat die Politik besiegt.

Hinter allem: Die Herrschaftsstrukturen

Die Analyse der ökonomischen Strukturen zeigt das gleiche Ergebnis wie die Betrachtung anderer Bereiche der Gesellschaft: Im Kern sind die Probleme auf die Herrschaftsstrukturen zurückzuführen. In den selbsternannt zivilisierten Industrienationen haben Geld, Karriere, Ruhm und Schein-Sachzwänge die Rolle der früher dort und heute noch in den meisten unterdrückten Ländern regierenden Geheimpolizeien und Folterkammern übernommen. Das bringt einen entscheidenden Vorteil: Es fällt nicht so auf. Die Mächtigen treten gar nicht öffentlich auf oder berufen sich auf die Demokratie, deren Fassade die Wahrheit verhüllt. Auch die Ökonomie ist von diesem zentralen Problem betroffen. Eine alternative Ökonomie muß daher auf dieses Grundübel eingehen. Vorschläge, die nur die kleinen, ökonomischen, nicht aber die globalen und die machtpolitischen Rahmenbedingungen verändern wollen, bleiben daher notgedrungen unwirksam oder helfen mit, Herrschaftsstrukturen abzusichern, weil diese dann dauerhafter (nachhaltig!) bestehen bleiben. Es ist höchst fraglich, ob nicht der Kollaps des bestehenden Systems die notwendige Voraussetzung für Veränderungen ist, währenddessen verschiedene Vorschläge einer sog. alternativen Ökonomie oder einer Ökologisierung der Wirtschaft diesen Kollaps nur verzögern und damit helfen, die Mächtigen noch für eine unbestimmte Zeit zu stützen. Ökosteuern oder ähnliche, mehr oder weniger weitreichende Konzepte (Zertifikatssysteme usw.) sind so einzustufen. Sie verlängern die Periode, in der die Ausbeutung der Natur und der Menschen geschieht, der Ausblutungsprozeß wird gestreckt und damit einschneidende Veränderungen verhindert. Die Apostel der Nachhaltigkeit und Ökosteuerreformen sind die intellektuellen UnterstützerInnen der Mächtigen.

Zitiert: Aus dem Buch "Die Ökofalle" (S. 98)

Kapitalismus ist demnach ein machtpolitisches Konzept. Als eine Methode, Güter zu produzieren, läßt er sich nicht hinreichend beschreiben. Dafür sind seine Güter zu überflüssig und seine Methoden zu unwirtschaftlich. ... Letztlich geht es immer um darum, wer den Transfer von natürlichen Reichtümern, von produzierten Gütern und von Dienstleistungen zu sich hin erzwingen kann und wer nicht; wer in der Lage ist, soziale Macht und Dominanz auszuüben und wer nicht.

Nur diejenigen, die die Herrschaftsstrukturen als Auslöser erkennen, können einen echten Wandel herbeiführen. In Randbereichen der alternativen Ökonomie geschieht das bereits. Das zur Hauptaufgabe zu machen, ist die einzige Chance, den ausbeuterischen Alltag des industriellen Kapitalismus (auch bezeichnet als "Marktwirtschaft") und des Staatskapitalismus (bekannt und fast überall gescheitert als "real existierender Sozialismus") zu besiegen.

Nicht sinnvoll, weil unwirksam oder gar systemerhaltend, sind viele der als ökonomische Heilslehren auch in alternativen Kreisen angebotenen Ratschläge. Genannt seien beispielhaft die Ökosteuer- und Nachhaltigkeitsdebatte, die die zentralen Herrschaftsstrukturen ebenso außer Acht läßt wie die Zinstheorien der FreiwirtschaftlerInnen. Bemerkenswert ist auch, daß die AnhängerInnen solcher, die Herrschaftsstrukturen nicht in den Mittelpunkt stellender Theorien, oft auch zusätzlich Zweifel an ihrer Gesinnung aufkommen lassen, wenn sie z.B. Mitglied in den staatstragenden Parteien Deutschlands sind (NachhaltigkeitsdiskutantInnen vor allem in der SPD), die theoriebildenden Einrichtungen vom Staat finanziert werden (z.B. das Wuppertal-Institut, das die Studie "Zukunftsfähiges Deutschland" herausgab, vom Land Nordrhein-Westfalen) oder sogar braune Gedanken mitverbreitet werden, wie in den Kreisen der FreiwirtschaftlerInnen.

Zitiert: Aus dem Buch "Die Ökofalle" (S. 10/11)

Dieses Buch vertritt einige sehr einfache Thesen. Erstens, daß die gängigen Nachhaltigkeits-Studien nicht in der Lage sind, die ökologischen und sozialen Zukunftsprobleme zu lösen. Sie illustrieren zwar eindrücklich

den Ist-Zustand, gerifen aber die prinzipielle, zerstörerische Dynamik der gegenwärtigen Entwicklung nicht an. Was sie propagieren, ist ein reformierter Öko-Kapitalismus, der vor allem das nationalchauvinistische Interesse der Industrieländer bedient. ...

Zweitens, daß es tatsächlich eine Krise der gegenwärtigen weltgesellschaftlichen Ordnung gibt. Nur ist es keine ökologische, sondern eine soziale Krise: eine Krise der Herrschaftsmittel und des Herrschaftssystems.

Drittens wird die These vertreten, daß die Krise eine prinzipielle ist, keine Übergangs- oder Anpassungs-krise. Sie markiert den Grenzpunkt einer Entwicklung auch für die sozialen Bewegungen, deren Kritik und Theorie sich weiterentwickeln und verändern muß. Das Stürzen auf die Ökologie, das wir in diesen Theorien und Bewegungen derzeit erleben, ist oft ein Einfallstor dafür, an alten Fehlern, Vorstellungen und Illusionen festzuhalten. Ich nenne das die Ökofalle: Wenn Natur und Herrschaft getrennt voneinander gesehen werden, die ökologischen Verhältnisse von den Herrschaftsverhältnissen abgespalten werden, dann werden die historisch-kritischen Erfahrungen der sozialen Bewegung wieder verdrängt, und eine zeitgemäße Kritik der Verhältnisse schlägt fehl.

7.3.3 Weniger Ökonomie als politisches Ziel

Das Zielbild einer herrschaftsfreien Gesellschaft sieht die Menschen im Mittelpunkt. Alle Menschen sind frei und gleichberechtigt. Was zwischen ihnen bzw. zwischen den Organisationen und Gruppen, zu denen sich Menschen zusammenschließen, geschieht, erfolgt auf der Ebene freiwilliger Vereinbarungen. Die Existenz von Strukturen, die den Menschen die Regelung ihres Zusammenlebens abnehmen, widerspricht dem Prinzip der Selbstbestimmung. Folglich gibt es auch keine ökonomischen Strukturen, die nicht von den Menschen selbst gewollt, getragen und organisiert werden – keinen Handel, kein Wirtschaftsministerium, keine Welthandelsorganisation und keine Bank, die nicht direkt aus dem Willen und der Vereinbarung der Menschen entspringen.

Eine herrschaftsfreie Gesellschaft ist nicht das Ende von Austausch, Handel und Zusammenarbeit von Menschen und ihren Zusammenschlüssen, aber alle Institutionen und Organisationen verschwinden, die heute auch dann weiterexistieren, wenn es keine Menschen gibt, die sie wollen und tragen (außer denen, die es machen, um damit Geld zu verdienen).

Auf dem Weg zu einer Gesellschaft ohne oder mit weniger Ökonomie sind verschiedene Teilschritte denkbar, die allein das Ziel nicht erreichen, aber ihm immer ein Stück näher kommen.

Absicherung durch Grundsicherung oder Subsistenz

Subsistenz bedeutet die Fähigkeit, sein Leben selbst zu organisieren. Das beinhaltet die Möglichkeit zur Befriedigung der Grundbedürfnisse (Nahrung, Wasser, je nach Wohnort ein Dach über dem Kopf und Heizung u.ä.) und zur Entwicklung der kulturellen Gemeinschaft zwischen Menschen.⁵

Die Absicherung von Menschen kann vor Auflösung zentraler ökonomischer und staatlicher Strukturen über verschiedene Wege führen. Gefordert wird bereits die finanzielle Absicherung über eine Grundversorgung, d.h. ein staatlich gesichertes Gehalt.⁶ Dieses darf nicht an Bedingungen geknüpft sein, weil es sonst in gleicher Weise wie ein Arbeitsplatz zu konformen Verhaltensweisen führt, also nicht absichert, sondern kanalisiert. Sinnvoller, vor allem in Hinblick auf eine Weiterentwicklung in Richtung einer herrschaftsfreien Gesellschaft, wäre die Absicherung über materielle Wert, vor allem einen Anteil am Bodenbesitz, möglicherweise auch an anderen Kapitalwerten. Diese müssen unverkäuflich sind, damit nicht über Zwang, ökonomischen Druck u.ä. diese Sicherungen wieder entfallen bzw. bei wenigen zusammengeführt werden. Bei einer Absicherung über einen Anteil am Boden können die Menschen selbst entscheiden, ob sie diesen selbst bewirtschaften, anderweitig nutzen oder aber verpachten (auf welcher Tauschbasis auch immer) bzw. mit anderen gemeinsam nutzen.

In einer herrschaftsfreien Gesellschaft bildet der Boden die Basis der Freiheit und Absiche-

rung. Alle Menschen müßten ab ihrer Geburt über eine solche materielle Absicherung verfügen und selbst entscheiden, ob sie ihre Basis in einen gemeinschaftlichen Zusammenhang einbringen, an andere verpachten oder selbst nutzen – einschließlich der Entscheidung, sich der Gesellschaft völlig zu entziehen.

Sinn dieser Absicherungen ist, den Menschen vom Zwang zu befreien, seine Arbeitskraft und Kreativität zu verkaufen, um überleben zu können. Subsistenz ist daher ein Gegenprogramm zur systematischen Zerstörung der eigenen Überlebensfähigkeit der Menschen und des daraus resultierenden Zwanges, sich dem Arbeitsmarkt, d.h. der Verwertung im Kapitalismus, hinzugeben. Je nach Zustand einer Gesellschaft sind unterschiedliche Maßnahmen nötig – in vielen sog. Entwicklungsländern eher die Verteidigung bzw. Wiederherstellung der Verfügung über das Land durch die dort lebenden Menschen, in den Industriestaaten dagegen eine völlige Neuorganisation von Eigentumsverhältnissen. Im Ergebnis sollten Boden und materielle Werte etwa zur Hälfte der Subsistenzabsicherung sowie der demokratischen Entscheidung über Nutzung und Gestaltung zugeführt werden, um sowohl individuelle Rechte wie auch gemeinschaftliche Entwicklungsprozesse zu gewährleisten.

Individueller und gemeinsamer Abbau ökonomischer Zwänge

Der Zwang, sich den ökonomischen Regeln der Gesellschaft zu unterwerfen (Konsum über Großstrukturen, Verkauf der Arbeitskraft usw.) hängt unmittelbar mit dem Bedarf an materiellen Gütern zusammen. Ein hoher materieller Lebensstandard ist daher für Menschen ohne vorhandenes Kapital gleichbedeutend mit starken Zwängen, d.h. der Notwendigkeit, den Gegenwart der materiellen Güter zu erwirtschaften. Der einfachste Teilschritt, sich ökonomischen Zwängen zu entziehen, ist daher die Beschränkung der im freien Markt erworbenen, materiellen Werte und Dienstleistungen. Das ist nicht gleichbedeutend mit Verzicht. Zum einen entsteht ein Gewinn: Zeit und Freiheit. Zum anderen gibt es für die Schaffung eines ausreichenden Lebensstandards auch Alternativen zum Markt, z.B. Tausch oder Eigenproduktion. Zu den Möglichkeiten, den materiellen Bedarf zu senken, gehören auch Eigentumsgemeinschaften: Wo Sachwerte nicht individuell zugeordnet, sondern von mehreren genutzt werden, sinkt der wirtschaftliche Druck auf den Einzelnen, diese zu beschaffen, instandzuhalten usw. Der bekannteste Fall solcher Eigentumsgemeinschaften sind das Car-Sharing oder geteiltes Hauseigentum.

Am konsequentesten sind Gütergemeinschaften, d.h. die Teilung aller materiellen Werte innerhalb eines Zusammenschlusses von Menschen in freier Vereinbarung – z.B. Kommunen, aber auch WGs, Familien und/oder Einzelpersonen, die diese Gütergemeinschaft schaffen. Alles gehört allen bei vereinbarten Verfügungsrechten. Solche Gütergemeinschaften schaffen ökonomischen Regeln innerhalb der jeweiligen Gemeinschaft ganz ab und reduzieren die nach außen.

Dezentralisierung von Politik und direkte Demokratie

Jeder Schritt gesellschaftlicher Machtverlagerung nach unten sowie verbesserter Beteiligungsrechte für die BürgerInnen bedeutet einen Fortschritt hin zur Herrschaftsfreiheit. Zur Zeit bietet sich aber nur ein geringer Rahmen für solche Veränderungen. Die Bemühungen um direkte Demokratie stärken die Rechte der Menschen für Einzelfälle und meist außerhalb vieler Politikbereiche, die von der Entscheidungsbefugnis ausgenommen sind.⁸

Verbesserungen der Beteiligungsrechte für alle Menschen bzw. die BürgerInnen⁹ einschließlich des vollen Einsichtsrechts werden auch die Mitwirkungsmöglichkeiten bei ökonomischen Entscheidungen stärken, vor allem bei der Gewerbeansiedlung und Flächennutzung. Zudem stellt die direkte Demokratie die Mittel bereit, per BürgerInnen- oder Volksentscheid

weitergehende Veränderungen durchzusetzen, wenn die PolitikerInnen diese verweigern. Daher ist sie sowohl Teilschritt wie auch Mittel zur Durchsetzung der Herrschaftsfreiheit.

Zerschlagung/Entmachtung zwangsausübender Wirtschaftsinstitutionen

Das richtige Tun ist ein Teil des Ganzen, würde aber angesichts der Übermacht der bestehenden Ordnungsstrukturen nur in Nischen eine Chance haben und in der Wirkung nur wenige Menschen erreichen. Es gilt, sich gegen Institutionen und Organe, die ökonomische Zwänge ausüben, zu erheben. Viele von ihnen können unter Druck gesetzt werden, wenn sich viele Menschen einig wären in der Verweigerung und in ihrem Protest, z.B.

- Arbeits- und Sozialämter, die mit der Androhung der Minderung oder des Entzug der finanziellen Überlebensgrundlage Menschen zur Bereithaltung oder zum Verkauf ihrer Arbeitskraft zwingen.
- Streiks und andere Arbeitskampfformen gegen die Firmenleitungen und für mehr Mitbestimmung oder Kollektivierung der Betriebe (nicht: Verstaatlichung, sondern Übernahme durch die Menschen im Betrieb) sowie höhere Autonomie für die Einzelpersonen (Arbeitszeiten usw. nach Bedürfnissen der Menschen).
- Umsturz innerhalb der Gewerkschaften, um diese zu einer Plattform des Widerstandes gegen die Macht der Ökonomie und der Konzerne zu machen.

Neben diesen Veränderungen "von innen" gilt es, die Institutionen anzugreifen, die die aktuelle, ökonomisch orientierte Gesellschafts- und Weltordnung geschaffen haben oder aufrechterhalten. Dabei geht es nicht um eine "bessere" Ordnung, sondern um die Abschaffung von Ordnung, d.h. von oben geordneten Verhältnissen. Ebenso geht es nicht um die Reformierung dieser Institutionen, sondern um deren Abschaffung.

- Widerstand gegen die MacherInnen der weltweiten Wirtschaftsordnungen, u.a. die Welthandelsorganisation WTO, die Weltbanken und Weltkreditinstitute, die Weltwirtschaftsgipfel usw.
- Widerstand gegen alle Grenzen zwischen Ländern, der Nationalstaaten und ihnen ähnlichen Gebilden (z.B. der EU), denn sie alle bedeutend "Ordnungen", d.h. Reglementierungen und Einschränkungen menschlicher Freiheit von oben.
- Widerstand gegen die lokalen und regionalen AkteurInnen der Wirtschaftsordnung, d.h. dominante Konzerne, Industrie- und Handelskammern und andere, die mit Rechten ausgestattet sind und so von oben (Wirtschafts-)Ordnungen schaffen.
- Besetzung von Flächen, die seitens der Politik (z.B. über Baulandausweisung) für die Stärkung zentraler Konzerne oder der nötigen Infrastruktur ausgewiesen werden sowie Kampf gegen Monopole und direkte Machtausübung durch einzelne Konzerne oder deren Verbände.

7.3.4 Ökonomie von unten

Selbstbestimmung ist ein gesamtgesellschaftliches Ziel. Sie geht nicht nur von selbstverwalteten Betrieben, sondern von allen Orten gesellschaftlichen Lebens aus, die politische Entscheidungsrechte dezentralisieren und in die Hand der Menschen selbst legen, übergeordnete Strukturen schwächen oder abschaffen. Eine herrschaftsfreie Gesellschaft kann nur entstehen, wenn überall übergeordnete Strukturen in ihren Handlungen durch die Menschen legitimiert sind, und nicht durch Gesetze, Geld oder Besitz. Alle Menschen müssen frei, alle menschlichen Gemeinschaften (Dörfer, Stadtteile/Wohnviertel, Vereine, Parteien, Betriebe usw.) selbstverwaltet sein, d.h. auf freiwilligen Vereinbarungen der Menschen beruhen. Kein Mensch ist gezwungen, solche Verbindungen einzugehen, die individuelle Alternative, sich der von unten

organisierten Gesellschaft zu entziehen, muß grundsätzlich bestehen (Chance zur Subsistenz der Einzelnen oder kleiner Gruppen).

Wo ökonomische Strukturen bleiben (das wird am Beginn des Veränderungsprozesses fast überall, mit zunehmendem Abbau ökonomischer Zwänge und Institutionen immer seltener der Fall sein), muß sie von den Menschen getragen und organisiert, d.h. selbstverwaltet, sein. Wenn alle menschlichen Arbeitsstrukturen (Betriebe und Teile derselben) selbstverwaltet organisiert wären, wäre eine Ausbeutung von Mensch und Natur nur sehr schwer möglich. Ausbeutung beruht auf dem Prinzip der Verfügbarmachung von Arbeitskraft oder anderen gewollten menschlichen Eigenschaften (Reproduktion, Erziehung usw.). In selbstverwalteten Strukturen fällt diese Verfügbarmachung im Binnenverhältnis weg, d.h. innerhalb eines Betriebes kann keine Einzelperson über eine andere oder gar ganz viele andere verfügen. Wenn alle Betriebe selbstverwaltet sind, werde auch zwischen den Betrieben andere Verhältnisse entstehen.⁷ Gleiches wie für die Arbeitenden (ein Projekt = wirtschaftlicher Vorgang entsteht nur, wenn die daran Beteiligten es wollen) müßte auch für das Geld (solange es existiert) gelten. Geld kann nur dort investiert werden, wo es Menschen in freier Entscheidung dafür bereitstellen. Eine Vergabe "von oben" findet in einer Ökonomie von unten nicht statt.

All das kann nur entstehen, wenn die Menschen aus den ökonomischen Zwängen befreit werden. Die Zurückdrängung der Ökonomie ist deshalb wichtigstes Ziel einer "Ökonomie von unten". Dazu gehört eine Vielzahl von Teilhandlungen, z.B. die Änderung gesetzlicher Rahmenbedingungen, der uneingeschränkte Freiraum für Subsistenz/Selbstversorgung, eigenständige Klein-Ökonomien (Tausch, Gütergemeinschaften), kein Zwang zur Bereithaltung für den Arbeitsmarkt, Eigenwirtschaft und Selbstorganisation usw.

Im günstigsten Fall gibt es die folgenden Wirkungen, wenn alle Bereiche selbstverwaltet sind, also wirtschaftliches Handeln nur noch entsteht, wenn sich Menschen in freier Entscheidung dazu entschließen.

- Der Bau von Großanlagen oder zentralen Versorgungsstrukturen ist nicht oder kaum möglich, weil sich kein Mensch freiwillig (also ohne Verfügbarmachung über Lohnzahlung oder Unterdrückungsmaßnahmen) dafür bereitfinden wird, über viele Jahre und ohne eigene Identifikation an solchen Mammutprojekten zu arbeiten.
- Lokale und regionale Bezüge werden gegenüber überregionalen und internationalen Arbeitsstrukturen und Handelsbeziehungen bevorzugt, weil internationale Geflechte ständig Transport- und andere Leistungen verlangen, die auf der Ausbeutung von Mensch (BilliglohnarbeiterInnen) und Natur (Rohstoffen) basieren. Wenn alle (!) Betriebe selbstverwaltet sind, werden auch im Trikont Kollektive als Gesprächspartner für Kollektive aus dem reichen Norden bereitstehen und keine ausbeutbare, verfügbare Masse Mensch. Handel funktioniert direkt.
- Es wird viel mehr und kleinere Betriebe bzw. Betriebseinheiten geben, da nur diese selbstverwaltet arbeitsfähig sind. Kooperationen werden durch freiwillige Vereinbarungen und nicht von oben oder per Bankensteuerung geschlossen. Die Arbeitsformen werden flexibler, was auch bedeuten kann, daß alle Menschen ihren Fähigkeiten und Zeitmöglichkeiten gemäß arbeiten.
- Gewerkschaften und ArbeitgeberInnenverbände gibt es nicht mehr. Die Menschen vertreten sich selbst.

Dezentralisierung ökonomischer Strukturen

Je direkter wirtschaftliche Kontakte organisiert werden, desto einfach wird es möglich, daß die beteiligten Menschen diese selbst verwalten. Großkonzerne, -versorger und -handel entziehen sich jeglicher Kontrolle, weil ihre Strukturen für die einzelnen Menschen nicht greifbar, meist

nicht einmal durchschaubar sind. Daher sind kleinräumige Strukturen des Wirtschaftens und Handels kleine Schritte in Richtung des Abbau ökonomischer Hierarchien. Konkrete Anwendungen für solche dezentralen Ökonomien sind:

- Tauschringe: Direkter Austausch von Waren- und Dienstleistungen innerhalb einer festen Gruppen, z.B. den interessierten Menschen in einer Region, Stadt oder Stadtteil. Der Tauschwert von Dienstleistungen und Waren wird entweder der freien Vereinbarung überlassen oder über eine zeitabhängige Größe organisiert. Letzteres gibt allen Arbeiten den gleichen Wert, was gegenüber dem marktwirtschaftlichen Index nach Angebot und Nachfrage bzw. Monopolisierung eine gleichberechtigtere Position darstellt. Allerdings bleibt in allen Fällen das Problem, das nur nachgefragte Angebote einen Tauschwert darstellen.
- Direkte Ökonomie: Wie in den Tauschringen kann jedes bisherige "Geschäft" auch auf direktem Weg und unter Verzicht auf künstliche Wertmaßstäbe wie Geld abgeschlossen werden. Jede Einzelperson kann sich so dem Zwang zur Lohnarbeit als einziger Existenzsicherung entziehen. Weitergehend sind Kooperativen oder andere Formen des gegenseitigen Austausches von Waren und Dienstleistungen, in denen sich Menschen und ihre Betriebe gegenseitig anbieten, auch ohne Geld, aber gegen Mitarbeit oder andere Gegenleistungen, z.B. an Lebensmittel oder technische Hilfe zu kommen. Denkbar ist ebenso, sich gegenseitig solidarisch abzusichern, zu helfen usw.
- Direktvermarktung: Die Ausschaltung des Zwischenhandels führt zu mehr Transparenz und Einflußnahme. So können AbnehmerInnen z.B. mit LandwirtInnen auch direkt vereinbaren, welche Produkte angebaut werden usw.
- Gemeinsames Eigentum: Wo Geräte (Maschinen, Computer, Küchen usw.) gemeinsam genutzt werden, kann viel Geld gespart werden, das nach außen fließt und somit zwingend zunächst erwirtschaftet werden muß. Um bürokratische Strukturen zu vermeiden, wäre denkbar, die Geräte in der Obhut einer Person oder eines Betriebes zu belassen, sie jedoch frei auszuleihen gegen die Pflicht der Instandhaltung.

7.3.5 Aktionen gegen den Kapitalismus

Ziel und Forderung ist die grundlegende Abschaffung der Herrschaftsverhältnisse mit allen bestehenden Machtmitteln, von denen ein wichtiges die bestehenden ökonomischen Zwänge sind. Fraglich ist, ob in einem solchen Zielbild Währungen, Ökonomie bzw. (Erwerbs)Arbeit überhaupt noch vorhanden wären oder eine wesentliche Rolle spielten gegenüber selbstbestimmten Prozessen in freiwilligen Zusammenschlüssen. Dennoch können auch sofort und innerhalb des bestehenden Systems Veränderungen erreicht werden, die einer selbstverwalteten Wirtschaftsstruktur Vorteile verschaffen. Sie dürfen nicht davon ablenken, weitergehende Veränderungen einzufordern.

Wie in allen politischen Bereichen hat nur eine Mischung aus verschiedenen Aktionsformen eine Chance auf Wirkung. Die öffentliche Thematisierung, der direkte Angriff auf die kapitalistischen Strukturen und die Schaffung von Alternativen gehören ebenso dazu wie konkrete Forderungen an politische Entscheidungen, die von den zur Zeit (noch) Mächtigen unter dem öffentlichen Druck vollzogen werden.

Die Thematisierung bedarf vor allem der Nennung von Alternativen, denn die Stärkung des Kapitalismus besteht zur Zeit vor allem in der Tatsache, daß er ebenso gar nicht mehr in Frage gestellt wird wie die Notwendigkeit der ökonomischen Dominanz im Alltag der Menschen. "Leben, um zu arbeiten" oder "Arbeiten, um zu leben" bedeuten beide nur eines: Ohne Arbeit geht nichts. Die Qualität und der Wert des Lebens aber darf nicht weiter über Arbeit

oder ökonomische Maßstäbe definiert werden. Ökonomie hat dem Menschen zu dienen – oder sie findet nicht statt. Um den Kapitalismus substantiell angreifen zu können, muß nicht nach dem besseren Wirtschaftssystem gesucht, sondern die Ökonomie insgesamt in Frage gestellt werden. Dem schließlich sich die Praxis an, sich den ökonomischen Verregelungen und Zwängen selbst zu entziehen bzw. sie und ihre VerursacherInnen anzugreifen.

Sich dem System entziehen und verweigern

Ökonomische Zwänge herrschen überall: Konsum, Steuern, Ausbildung und Druck zur Ausbeutung der Arbeitskraft usw.¹⁰ Sich diesem System zu entziehen und zu verweigern bedeutet den Aufbau subsistenter Lebensstrategien, die in Gemeinschaften bzw. zweckorientierten Kooperativen¹¹ besser zu schaffen sind als individuell (Eigenversorgung mit Lebensmitteln und Energie, eigenes Kulturleben usw.). Zur Verweigerung gehören die persönliche Abmeldung, Weigerung des Zahlens von Steuern¹² und die Nichtkooperation mit Behörden.

Alternativen aufbauen

Subsistente Lebensgemeinschaften und Kooperativen¹¹, selbstverwaltete Betriebe, Tauschsysteme und andere Formen der Zurückdrängung oder Selbstverwaltung ökonomischer Prozesse schaffen innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft Ansätze antikapitalistischer Praxis, wenn sie sich als Gegenmodell verstehen, also nicht nur Alternative sind, sondern sich auch dem ökonomischen Systeme drumherum verweigern.

Direkte Aktionen und Rückeroberung von "Macht von unten"

Kapitalismus ist nicht nur ein ungreifbares Phänomen, sondern er wird immer wieder faßbar in Form seiner AkteurInnen (PolitikerInnen, Konzerne, Banken, Wirtschafts- und Handelsinstitutionen), seiner Bauwerke, Konsumzentralen und Flächenbesetzungen, der besonders herrschaftsorientierten Technologie wie Atom-, Gen- und Reproduktionstechnik sowie seiner Symboliken wie Messen¹³, Konferenzen, Festbanketts, Golfplätze, Luxuskarossen usw. Der Widerstand gegen die kapitalistische Macht hat in einigen unterdrückten Ländern bereits zu direkten Aktionen geführt: Sabotage, Besetzung von Boden usw. In den Industrieländern verharren politische Bewegungen und Gruppen dagegen in der kritischen Begleitung der Mächtigen oder in Einzelaktionen. Die Zurückeroberung der Gesellschaft wird aber nur gelingen, wenn der kapitalistischen Macht eine Gegenmacht von unten gegenübergestellt wird, die neben Visionen und Forderungen auch eine Praxis der Gegenmacht entwickelt und sich die Freiräume schafft, in der antikapitalistisches Leben möglich ist.

Politische Sofort-Forderungen

Ob Lobbyarbeit oder gar politisches Wirken im System (Mitarbeit in Gremien, Parteien und/oder Parlamenten) wirkungsvoll sein können oder nicht, kann kaum allgemeingültig entschieden werden. Sicher aber dürfte sein: Ohne den Druck von außen können auch die nichts ausrichten, die politische Strukturen und Machtverhältnisse von innen verändern wollen. Und bei ausreichend starkem Druck werden auch sie etwas verändern, die das eigentlich nicht wollen. Daher wird der Druck das wichtigste sein. Dieser kann durch die Nennung von Forderungen für politische Entscheidungen verstärkt und präzisiert werden.

Zurückdrängen ökonomischer Sachzwänge und Regeln:

- Schaffung einer materiellen Grundsicherung ohne Bedingungen und für alle Menschen ab ihrer Geburt.
- Abschaffung der Arbeitsämter und Beratung bzw. Förderung von Menschen zu selbstorganisierten Lebensstrategien.

- Abbau aller Verbote und Regeln, die das Ausbrechen aus ökonomischen Zwängen erschweren, d.h. Überprüfung aller Gesetze, wieweit sie selbstverwalteten Betrieben und subsistenzorientierten ökonomischen Strukturen im Weg stehen bzw. diese benachteiligen. Streichung aller Kontrollmöglichkeiten für Kammern, Zünfte usw. bei der Zulassung neuer Betriebe. Weg mit dem Ausbildungszwang als Voraussetzung für ökonomische Tätigkeit. Legalisierung von Selbstversorgung, Subsistenz, gegenseitiger Hilfe ("Schwarzarbeit") usw.
- Demokratisierung des Flächen- und Rohstoffverbrauchs, d.h. Kopplung von Genehmigungen und Planungen an die Zustimmung der Menschen. Erste Schritte können die Demokratisierung des öffentlichen Eigentums sowie die Stärkung der Beteiligungsrechte, Akteneinsicht und direkten Demokratie sein.
- Erhalt, Stärkung oder Schaffung der alleinigen kommunalen oder (besser) lokalen Entscheidungshoheit für Gewerbesiedlungen mit Möglichkeit der direkt-demokratischen Einflußnahme durch BürgerInnenentscheide. Keine Typengenehmigungen durch höhergestellte Behörden. Keine Investitionsförderungen "von oben".
- Schaffung direkt-demokratischer Mitspracherechte bei der Vergabe von Rechten auf die Nutzung von Boden, Wasser und Luft. Kein "Verbrauch" von Gütern, die der Allgemeinheit zustehen, ohne Zustimmung der Menschen der betroffenen Region.

Förderung selbstverwalteten Wirtschaftens:

- Stoppen aller Bevorteilungen hierarchischer (Groß-)Konzerne, d.h. Streichung aller Subventionen und rechtlichen Bevorteilungen mindestens für nicht-selbstverwaltete Betriebe.¹⁴
- Bevorzugung kollektiver Betriebe bei der Vergabe von Aufträgen durch Staat, Gemeinden und Organisationen.
- Umbau aller staats- und gemeindeeigenen Betriebe und Werke zu selbstverwalteten oder den BürgerInnen gehörenden Betrieben. Vergabe von gemeindebezogenen Versorgungsleistungen in selbstverwaltete Betriebe in BürgerInnenhand (z.B. Energieversorgung).
- Ausschließliche Vergabe von Entwicklungshilfe an kollektive organisierte Betriebe und Gemeinschaften der Betroffenen.
- Beschlußfassung in Kommunen, beim Verkauf neuer oder reaktivierter Gewerbeflächen nur kollektive Betriebe auszuwählen oder zu bevorzugen.
- Vergabe von Forschungsgeldern ausschließlich für demokratisch kontrollierte, umweltverträgliche und menschenfreundliche Technologie und Produktionsweisen. Bevorzugung von Kollektiven bei der Mittelvergabe (Beschlußfassung in Kommunen, Organisationen und Verbänden bei Auftragsvergabe).
- Schaffung von Transparenz, d.h. Zugänglichkeit von Informationen über Produktionsweisen, Emissionen und die innerbetrieblichen Entscheidungsstrukturen für die Öffentlichkeit.

Quellen zu 7.3

1 Matthias Berninger, grüner Bundestagsabgeordneter, entwickelt Ausbildungsmodelle mit dem Ziel, qualifizierte Arbeitskräfte auf den Arbeitsmarkt zu bringen – Nachwuchs für Siemens, RWE und Daimler-Benz ... Die Zeitung *Contra* und einige selbstverwaltete Projekte werben für das durchökonomisierte Konzept "New Work" aus auf Eco-Kongressen aktiven Frithjof Bergmann. Alle Parteien im Bundestag stilisieren die Frage der Arbeitsplätze zum Top-Thema. Kanzler Schröder bietet den Jugendlichen in einer Jugend-Neujahrsansprache an, sich für sie einzusetzen, wenn sie ihre Kraft und Kreativität dem Arbeitsmarkt, d.h. dem kapitalistischen Projekt opfern. Arbeitsloseninitiativen demonstrieren vor Arbeitsämtern (statt vor Rathäusern) und forcieren Arbeitsplätze, also ihre eigene Ausbeutung. UmweltschützerInnen werben für ihre Vorschläge (z.B. Atomausstieg und Energiewende, Ökosteuern usw.) mit dem Arbeitsplatzargument. Frauengruppen forcieren quatierte Stellenbesetzung – genauso viele Frauen sollen sich im Arbeitsmarkt ausbeuten lassen wie Männer. Lebensqualität wird über den Arbeitsplatz definiert.

2 Die Ausnahme genehmigungen haben eine Geschichte: Vor allem 1993 und 1994 liefen umfangreiche Diskussionen um die Einführung einer Energiesteuer bzw. weiterer Steuern und Abgaben auf Umweltgüter, in denen eine lineare, d.h. gleichmäßige Steuer

gefordert wurde, die ausgehend von einem niedrigen Eingangssatz berechenbar von Jahr zu Jahr ansteigen sollte. Nach anfänglich positiven Reaktionen scheiterte die Reform schließlich. 1997 nun startete der Deutsche Naturschutzring zusammen mit seinen 109 Mitgliedsverbänden (darunter der BUND, der NABU, der BBU, die Grüne Liga, Robin Wood usw.) eine neue Kampagne, allerdings mit veränderten Inhalten. Diesmal sollten die "energieintensiven Betriebe" nur einen Teil der Steuer zahlen. Energieintensiv sind aber vor allem die großen, rohstoffverschlingenden Industriezweige. Dennoch sollten sie von den gleichzeitigen Senkungen der Lohnnebenkosten profitieren. Das bedeutet, daß man die großen Umweltzerstörer gegenüber den umweltgerechteren Produktionsstätten und -methoden sowie den Privathaushalten bevorteilt. Die Entwicklung der Steuerreformvorschläge ist beachtlich: 1994 forderten die Umweltverbände eine lineare Energiesteuer. 1997 legten sie ihr neues Positionspapier vor, in dem die Ermäßigung für Großenergieverbraucher gefordert wird (in Begleittexten auf bis zu 80 Prozent fixiert). Im Frühjahr 1998 legten die Umweltverbände dann das Konzept in Buchform vor, wobei dort plötzlich von bis zu 90 Prozent Rabatt die Rede ist. Die GRÜNEN haben sehr ähnliche Anträge für eine Steuerreform eingebracht.

3 Hinzu kommt die "Schmuddeligkeit" der Durchführungen. Immer mehr kommerzielle, mit Lügen und Tricks sowie auch mit Großkonzernen verbundene AnlagevermittlerInnen treten auf.

4 Neben der Angstmache um den Verlust des Arbeitsplatzes oder das Elend der Arbeitslosen nimmt die Glorifizierung der Arbeit (noch mehr als der Arbeitenden) immer mehr zu. Die Slogans der SPD von "Arbeit, Arbeit, Arbeit" oder "Es gibt viele schöne Plätze in Deutschland. Die schönsten sind die Arbeitsplätze" bis zur Jugendneujahrsansprache 1999 von Kanzler Schröder mit dem Aufruf, daß er sich um Ausbildungsplätze bemüht wenn die Jugendlichen ihre Kraft und Kreativität dem Kapital opfern, bilden nur den Höhepunkt. Auch Umweltschutzforderungen wie die Ökosteuer oder der Atomausstieg werden oft nur oder voraergründig über das Arbeitsplatzargument eingebracht.

5 Oft wird Subsistenz auch eingeschränkt damit "übersetzt", daß eine Eigenversorgung besteht. Das reduziert den Menschen jedoch auf ein Wesen ohne soziale und kulturelle Bedürfnisse.

6 Auch als Bürgergeld bezeichnet.

7 Diese ideale Vorstellung eines selbstverwalteten Betriebes darf nicht verwechselt werden mit den real existierenden Kollektiven u.ä. Diese sind zum einen durch das ökonomische Umfeld in etlichen Zwängen gefangen, zudem schaffen sie sich auch selbst Zwänge und bauen informelle Hierarchien auf. Schlimm wirkt sich zur Zeit aus, daß gar nicht genügend Menschen Interesse an selbstgewalteter Arbeit haben und viele Kollektive deshalb neue Leute nur als ArbeitnehmerInnen einstellen können.

8 Meist sind Haushalts- und andere Finanzentscheidungen, Personal- sowie oft auch Planungsangelegenheiten von den Abstimmungen ausgeschlossen. Die Organisation "Mehr Demokratie" kämpft u.a. hier für Verbesserungen.

9 Das ist ein Unterschied. BürgerInnen mit Stimmrecht sind in der Regel nur die auch sonst Wahlberechtigten, also Jugendliche, AusländerInnen und Wohnsitzlose meist nicht.

10 An dieser Stelle sei darauf hingewiesen, daß mit Arbeitskraft nicht nur die Kraft und Kreativität der Person gemeint ist, die sich direkt dem Arbeitsprozess hingibt, sondern auch und gerade der Personen, die die Reproduktion von Arbeitskraft sicherstellen – in der Regel der Frauen, die die arbeitenden Männer pflegen, immer wieder physisch und psychisch aufbauen (sollen) für die Verwertung im Kapitalismus und für die "Aufzucht der zukünftigen Rächer im System" sorgen.

11 Der Begriff "Kooperative" steht in diesem Zusammenhang für eine Alternative zur Gründung fester Lebensgemeinschaften, die auf die intensive Gemeinschaftspraxis verzichtet; innerhalb derer die Menschen und ihre Zusammenhänge aber dennoch eine strategische Zusammenarbeit in ökonomischen und weiteren Fragen vereinbaren (z.B. Gütergemeinschaft, Nahrungsmittel- und Energieversorgung usw.). Siehe Kapitel 7.2.3.

12 Eine z.Zt. sichere Strategie ist der Verzicht auf Privateigentum, um im Zweifel per Offenbarungseid jeglichen Zugriff auf materielle Werte zu verweigern.

13 Die Expo 2000 als gigantische Industrie- und Technikmesse stellt für die nächsten Jahre wahrscheinlich die bedeutendste Schau des Kapitalismus dar – eine Symbolik, an der sich Konzerne und WirtschaftspolitikerInnen deutlich und damit in einer angreifbaren Form zeigen. Die Expo findet vom 1.6. bis 31.10.2000 in Hannover statt.

14 Das "mindestens" steht hier deshalb, weil sinnvoll ist, alle staatliche Intervention zu unterbinden und daher der Stopp aller Subventionen konsequenter wäre. Mit jeder Finanzierungshilfe würde der Staat die Selbstverwaltung einschränken, da immer nur bestimmte Formen bezuschußt und damit bevorteilt würden.

Schwerpunkt „Grünes Geld“

Profit, Wachse oder weiche. Konkurrenz und Firmenaufkäufe. Konkurrenz statt Kooperation. Billig statt gut. Produktionskosten senken auf Kosten von Mensch und Natur. Anonymität statt soziale Interaktion.

Die Kennzeichen des Marktes. Sie stehen für zwei Jahrhunderte von Zerstörung und Ausbeutung. Der Markt zerstört nicht selbst, sondern er ist ein Regelwerk, das von einem Staat durchgesetzt und aufrechterhalten wird, der sich immer mehr bewaffnen muß gegen die auf ihre Nützlichkeit reduzierten Menschen, die brutaler die Ausbeutung von Denk- und Arbeitskraft, Reproduktion und Fürsorge vollziehen werden. Und der immer mehr Kraft investiert in die Schadensbeseitigung der Umweltzerstörung.

Ökologie

durch

Redaktion des Schwerpunktes

Jörg Bergstedt
Institut für Ökologie,
Fachbereich Politik &
Wirtschaft

Autor der Texte dieser Seite

siehe oben

Hinweise

Dieser Text ist die Grundlage für die erste Frage an die Interviewpartner (nur Männer, es gibt auch kaum Frauen in Führungspositionen im Bereich „Grünes Geld“) – kenntlich an den grauen Dreiecken.

Im KABRACKIarchiv der Projektwerkstatt stehen etliche Bücher zum Thema, zudem ist im Archiv „Agenda, Expo, Sponsoring“ etliches Material gesammelt.

www.projektwerkstatt.de/soaosen



Buchbesprechung

Armin Grünwald

Technik für die Gesellschaft von morgen

(2001, Compus in Frankfurt, 314 S., 68 DM)

Daß Technik sich weiterentwickeln, z.T. rasant, steht außer Frage. Der Autor untersucht in seinem Buch die gesellschaftliche Gestaltbarkeit von Technik. Dabei beschränken sich die Vorschläge auf bereits bekannte Verfahren innerhalb eines repräsentativ-demokratischen Kapitalismus, d.h. alle durchgreifenden Möglichkeiten wie die Kollektivierung des Zugriffs auf Rohstoffe und Wissen, Technik und Mittel sind gar nicht erst erörtert. So wirken die Kapitel über die Regulierungsmöglichkeiten des Staates im doppelten Sinne hilflos, weil sie zum einen in ihrer Wirkung beschränkt wären (was im Buch auch dargestellt wird), zum anderen an die guten PolitikerInnen glauben, während in der Realität der Staat den Markt selbst sichert und ausdehnt. Ohne Herrschaft gäbe es die von den menschen abgekoppelte Produktions- und auch Technikentwicklungsebene gar nicht.

Das Regelwerk mit Namen „Markt“, geschützt vom stärker werdenden Staat, besitzt etliche Elemente und Zwänge, die Umweltschutz und Selbstbestimmung der Menschen gegenüberstehen. Dazu gehört die Möglichkeit jeder Herrschaft, die Folgen eigener Entscheidungen auf andere abwälzen zu können und der Zwang, Naturnutzung und menschliche Arbeit immer billiger machen zu müssen, um im konkurrierenden Wettbewerb zu bestehen und für sich mehr Profit oder Kapital (Grundbesitz, materielle Werte, Verfügungsgewalt) anzuhäufen.

Kann dieses Regelwerk mit Namen „Markt“, das Profit erzwingt um den Sieg (gegen andere) willen, das Mittel sein, das plötzlich gegenteilig wirkt? Betrachten wir das Beispiel der Windanlagen. Von BefürworterInnen des Marktes wird immer wieder darauf hingewiesen, daß die aktuellen,

Es gibt nicht »das Richtige« Qualität entsteht durch Entscheidungsfindung von unten

Der Schutz der Umwelt kann aus vielen Gründen erfolgen, z.B. zum Erhalt langfristiger Produktions- und damit Profitmöglichkeiten (Nachhaltigkeit), aus ästhetischen Gründen (Geschmackssache), als Gewinnanlage (Grünes Geld) oder als Argument für imperialistische Kriege (Grünhelme usw.). In allen diesen Fällen ist nicht klar, welche gesellschaftliche Bild der Natur vorherrscht und wie weit Umweltschutz gegen Menschen

marktorientierten Verfahren der Geldanlage deutlich mehr Geld lokkermachen als vorher möglich war. Das scheint überzeugend. Allerdings muß auch darauf hingewiesen werden, daß es keinen Gegenversuch gibt – inzwischen organisierten Tausende hochausgebildeter ManagerInnen Geld für ökologische Projekte im Markt. Welches Ergebnis herausgekommen wäre, wenn diese alle in mitbestimmungsorientierten Projekten (BürgerInnen-Windanlagen) agiert hätten, ist nämlich gar nicht bekannt. Doch

ausgespielt wird. Das aber senkt die Akzeptanz und wird langfristig den Umweltschutz schwächen.

Es gibt nur einen Garanten für einen langfristigen Umweltschutz – und das ist der Mensch selbst. Er ist, wenn er nicht (wie heute viele) über die Machtmechanismen verfügt, sich die Arbeitskraft oder die Umwelt anderer (Nahrungsmittel- und Energieerzeugung fernab, Tourismus usw.) anzueignen, auf eine intakte, lebenswerte Umwelt an seinem Lebensort angewiesen. Darum werden Menschen, die nicht über Herrschaftssysteme verfügen und nicht in Profitlogiken denken, kollektiv ihre Umwelt so gestalten, wie es für sie gut ist. Dann, wenn der Mensch wieder die Verfügungsgewalt über seine

das ist nur ein Zweifel. Stärker wiegt noch ein Blick in die Zukunft: Nach den fetten Jahren wird der Konkurrenzdruck zwischen den Betreibern und Herstellern immer größer werden. Dann wird, der Marktlogik folgend, dort um Profit gekämpft, wo was zu verändern ist: An den Faktoren Umwelt und Mensch. Windanlagen werden immer weniger auf soziale und ökologische Aspekte Rücksicht nehmen, das Profitgesetz bestimmt dann alles. Wenn das eintritt, wird das Einlassen auf den Markt der entscheidende Fehler gewesen sein. Pleiten, Aufkäufe und der Wechsel der Zielgruppe von den „Ökos“ zu den Reichen sind deutliche Anzeichen. Der Schwerpunkt der „Ö-Punkte“ gibt keine eindeutige Antwort, sondern will viele Aspekte zeigen.

Wir bedauern ...

Drei Menschen aus Firmen, die mit Geld umgehen und Umweltschutz als Ziel haben, hatten die Haupt-Textbeiträge zu diesem Schwerpunkt zugesagt. Geclappt hat das aber leider in keinem Fall. Ob Zufall oder daß auch hier der Marktzwang über den Willen zur inhaltlichen Orientierung längst gesiegt hat – wir wissen es nicht. Aber wir bedauern, daß das unseren Themenschwerpunkt „Grünes Geld“ sehr stark verkürzt. Es sollte so eine schöne Mischung aus inhaltlichen Texten, den Interviews und Tipps werden ...

Reader „Ökonomie von unten“

Gesammelte Informationen, Texte usw. zu Fragen der Globalisierung, zu Chancen und Grenzen alternativer Ansätze wie Tauschökonomie, Gratisökonomie, Freiwirtschaft usw. Wie wirkt Kapitalismus, welche Alternativen gibt es? Eine umfangreiche Sammlung für alle, die es genauer wissen wollen.

A4-Reader, ca. 70 Seiten, 12 DM

Reader „Ökonomie & Ökologie“

Und noch solch ein Reader, diesmal zum Verhältnis Ökonomie und Ökologie – kann der Markt die Umwelt heilen? Was ist mit Ökosteuern, Öko-Audit usw.?

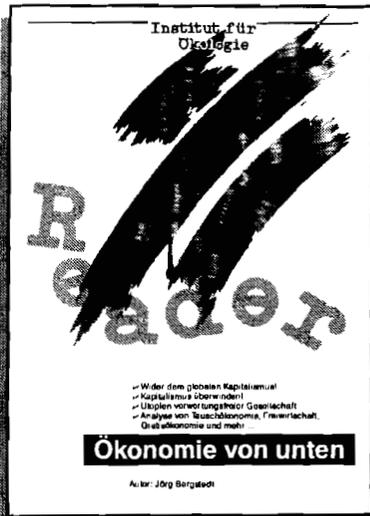
A4-Reader, ca. 70 Seiten, 12 DM

Adresse: MAUS, Postfach 1818, 36228 Bad Hersfeld,
www.maus-versand.de, info@maus-versand.de

Zum Interview

Jörg Weber ist Journalist im Bereich „Grünes Geld“ und Mitorganisator des Fachprogrammes der Messe „Grünes Geld“. Sein Internetservice ist unter www.ecoreporter.de zu finden.

Leider kam auf Präzisierung der Fragen keine weitere Antwort.



Umwelt hat, wird der Egoismus, d.h. der Wunsch zu einem besseren Leben, zum Antrieb, die Umwelt zu gestalten und zu schützen.

Dieser Logik widersprechen die meisten Projekte grüner Geldanlage und Fondpolitik. Statt eines Prozesses von unten werden hochrentable Projekte durchgeführt, immer öfter auch gegen die Menschen, aber mit Hilfe der Herrschaftsstruktur Staat. Dadurch entstehen zwei Probleme. Die Akzeptanz sinkt und die Akteure werden immer mehr in die Logik des Profitenkens gedrängt, in der Umweltschutzgesichtspunkte am Ende keine Rolle mehr spielen. Umweltschutz ist dann gut

solange damit Gewinn zu machen ist (was zur Zeit einige Gesetze vor allem im Energiebereich herbeiführen). Ändern sich die Rahmenbedingungen, ist alles aus.

Das Gegenmodell wäre eine Wirtschaft, die von unten organisiert wird. Jedes Dorf, jeder Häuserblock usw. produziert die eigene Energie aus Sonne, Wind, je nach Standort Wasser und vor allem der Biomasse. Sie organisieren ihre Versorgung und ihren Austausch miteinander selbst.

Interview mit Jörg Weber

Wie stehen Sie zu dem Text (hier auf der Seite 10)?

Ich kann einem sehr großen Teil der Aussagen und Annahmen dieses Textes nicht zustimmen, angefangen von der Aussage zur anthropozentrischen/naturzentrischen Fundierung des Umweltschutzes bis zum „Gegenmodell“, das für mich gar kein Gegenmodell ist, sondern beginnende Realität. Beispielsweise verstehe ich nicht, wieso Sie davon sprechen, „DER MENSCH“ müsste die Verfügungsgewalt über „SEINE UMWELT“ wiedererlangen. Das ist mir alles viel zu pauschal bei mittlerweile – 5 Milliarden? Menschen.

Können Sie in kurzen Worten schildern, welche Entwicklungen zur Zeit laufen und wo Sie Chancen und Gefahren sieht?

Da müsste ich erst einmal wissen, was sie mit „Entwicklungen“ meinen. Zur Zeit (am 13.9.) gibt es nur eine Entwicklung zu immer mehr Gewalt.

Gibt es Gruppen und Zusammenschlüsse, die sich um die Förderung von Akzeptanzkriterien und Mitbestimmung im Bereich „Grünes Geld“ kümmern?

Auch das verstehe ich nicht. Was sollen Akzeptanzkriterien sein? Wovon? Wer soll was akzeptieren – die konventionellen Märkte, dass es endlich „grünes Geld“ gibt? Was meinen Sie mit Mitbestimmung im Bereich grünes Geld – Mitbestimmung innerhalb der Betrieb oder Mitbestimmung der Geldgeber?

Markt?

DER MENSCH
SEINE UMWELT
GRÜNES GELD

Ökologie durch Markt:

Ist Profit verwerflich?

Die Richtung ist klar – für den Weg gibt es verschiedene Denkanstöße. Ziel ist eine Wirtschaft mit einem Ausgleich zwischen arm und reich, zwischen Ökologie und Ökonomie, zwischen Gegenwart und Zukunft. Kurz: Sustainable Development oder auf deutsch: Nachhaltige Entwicklung. Grundsätzlich ist die dabei die Frage zu stellen: Ist zum Zwecke dieser Zielerreichung Profitdenken verwerflich?

Autor

Bernd Schußler,
Red. Wirtschaft der
Ö-Punkte

Bernd Schuessler@
web.de

Profit – was ist das eigentlich ?

Viele – oder gar alle? – Menschen möchten, daß ihr Handeln sich auszahlt, profitabel ist, sich lohnt. In einer Marktwirtschaft erhält die oder der Einzelne Geld als Beloh-

nung für sein Tun – oder für sein Unterlassen. Wenn er es unterläßt, sein verdientes Geld heute für Konsum auszugeben und es statt dessen spart, erhält er dafür einen Ausgleich in Form von Zinsen. Wenn er es gar risikobehaftet Unternehmen als Eigenkapital zur Verfügung stellt, z.B. Aktien zeichnet, hofft er für das Eingehen dieses Risikos Gewinne durch Kurssteigerungen und Dividenden zu erhalten.

Dieser Konsumverzicht ist auch notwendig. Nur dadurch steht Unternehmern, Bauherren, dem Staat und auch vielen ökologischen Gesellschaften wie z.B. biologischen Bauernhöfen Kapital zur Verfügung, welches sie selbst nicht sofort aufbringen könnten. Denn: der oder die Investitionswillige kann entweder solange sparen bis er oder sie das nötige Kapital zusammen hat und es dann investieren oder das notwendige Kapital wird durch einen Kredit beschafft und sofort investiert. Dieser Kredit wird durch die Erträge des neu errichteten Projektes oder Unternehmens im Laufe der Jahre wieder zurückgezahlt.

Unternehmensbeteiligungen
bringen der S.A.G. Solarstrom AG
Monopolstellung

Interview mit Michael Miersch:

Demokratie des Marktes ist weitaus besser

Wie stehen Sie zu dem Text (siehe Seite 10)?

Fast alle Behauptungen in diesem Text beruhen auf ideologischen Überzeugungen und widersprechen den messbaren Tatsachen. Die verfügbaren ökonomischen und ökologischen Daten zeigen: In Ländern mit einem hohen Grad an wirtschaftlicher Freiheit geht es den Menschen und der Umwelt besser als in Systemen, die die angeblich schädliche »Logik des Profitdenkens« durch planwirtschaftliche Instrumente außer Kraft setzen. Die Voraussetzungen für effizienten und langfristigen Umweltschutz sind Wohlstand und wirtschaftliches Wachstum. Dies zeigt sich nicht nur in den alten kapitalistischen Ländern, sondern auch in den schnell aufholenden Schwellenländern. Beispielsweise schreitet in Schwellenländern die »Effizienzrevolution« (d.h. die Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Ressourcenverbrauch) viel schneller voran als in Europa oder Nordamerika. Vergleicht man die wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Daten von vor 50 Jahren, vor 25 Jahren und heute, zeigen sich für die kapitalistischen Länder eindeutig folgende Trends:

- ☐ Weniger Hunger
- ☐ Weniger Armut
- ☐ Geringere soziale Unterschiede
- ☐ Längere Lebenserwartung
- ☐ Geringere Kindersterblichkeit
- ☐ Mehr Verfügbarkeit von Nahrungsmitteln
- ☐ Höhere Bildung
- ☐ Mehr Gleichberechtigung zwischen Männern und Frauen
- ☐ Mehr Länder mit demokratischen Systemen

Nimmt man die am weitesten entwickelten Staaten (Europa und Nordamerika) zeigen sich zusätzlich folgende Trends (die bereits auch in Schwellenländern sichtbar werden):

- ☐ Bessere Luftqualität
- ☐ Bessere Gewässerqualität
- ☐ Strengere Umweltgesetze
- ☐ Verbot von immer mehr Umweltgiften
- ☐ Mehr Naturreserve
- ☐ Rückkehr einstmals nahezu ausgerotteter Tierarten

Die längste Zeit ihrer Geschichte, war die Menschheit in kleinen, autarken Stammesgruppen organisiert, wie sie dem Autor des Textes offenbar vorschweben. Diese Gesellschaften waren gekennzeichnet durch Hunger, Mangel, frühen Tod, ständige kriegerisches Auseinandersetzungen mit Nachbarstämmen und einen rücksichtslosen Raubbau an der Natur, der nur durch die geringe Zahl der Menschen und mangelnde technische Möglichkeiten abgemildert wurde. Wenn der Autor die »Vorzüge« solcher Systeme studieren möchte, empfehle ich Somalia, Nigeria oder – etwas näher gelegen – den Balkan oder die Kaukasusregion.

Vier ökonomische Entwicklungen befördern derzeit die Lösung ökologischer Probleme:

- ☐ Die Globalisierung. Sie verhilft armen Menschen zu mehr Wohlstand.
- ☐ Wohlstand ist die Voraussetzung für Umwelt- und Naturschutz.
- ☐ Die Effizienzrevolution. Sie sorgt dafür, dass Ressourcen geschont werden und Abfall vermieden wird.
- ☐ Der Tourismus. Er sichert den Erhalt artenreicher Naturgebiete.

Gründe für Kapitalanlage

Warum genau möchte der Einzelne nun sein zur Zeit nicht für Konsum benötigtes Geld profitabel anlegen? Grundbedürfnisse des Menschen sind unter anderem Anerkennung, Liebe, ein gutes Gewissen, Weiterentwicklung, Sicherheit, das Gefühl ehrlich und gerecht behandelt zu werden und das Bedürfnis nach Zugehörigkeit, nach Gemeinschaft.

Zinsen für verliehenes Kapital zu fordern, hat wohl mit dem Bedürfnis nach Gerechtigkeit, nach Ausgleich für Verzicht zu tun. Durch die vorhandene Inflation – das heißt die durchschnittliche Preissteigerung im Vergleich zum Vorjahr – würde das Kapital im Laufe der Zeit auch immer weniger wert werden. Zinsen müßten somit mindestens dieser Inflationsrate entsprechen, z.Zt. ca. 2.5 % pro Jahr.

Verzicht?

Nun – was könnte Menschen dazu bewegen, sich mit eher niedrigeren Zinsen zufrieden zu geben oder sich sogar trotz geringerer Zinsen gerecht behandelt zu fühlen? Hier müssen sozusagen weitere Motive im Spiel sein. Die oder der Einzelne erhält etwas anderes: Die Gewißheit, daß ihr bzw. sein Geld für gute Zwecke arbeitet – z.B. Förderung des Umweltschutzes (Sicherung der eigenen Lebensgrundlage), Schaffung fairer Arbeitsplätze für Behinderte (Gerechtigkeit, Gemeinschaft) oder Verwirklichung innovativer ökologischer oder gesellschaftlicher Ideen (u.a. Weiterentwicklung). Auch dies ist Profit. Der Einzelne profitiert hier nicht, oder nicht nur, durch Geldzahlungen (Gerechtigkeit, Sicherheit). Der oder die AnlegerIn bekommt auch andere Grundbedürfnisse erfüllt, profitiert in diesem Sinne.

In einer Wirtschaft wie unserer ist Arbeitsteilung aus Effizienzgründen notwendig. Aus vielen Jahren Praxiserfahrung weiß ich, daß die meisten Menschen in unserer Gesellschaft eine Grundversorgung gewährleistet haben

möchten. «Jede kleine Siedlung produziert seine eigene Energie» mag für manche erstrebenswert sein – die Masse an Menschen möchte die Grundversorgung (Energie, Nahrung, Infrastruktur, Gesundheitswesen) ohne eigenes Zutun garantiert wissen. Diese Haltung kann man begrüßen oder nicht, sie ist Tatsache und bei einer Industriegesellschaft wie der unseren auch nachvollziehbar. Wer möchte und genug Platz und Kapital hat (evtl. durch einen zinsgünstigen Kredit der Umweltprogramme der Bundesregierung), kann auch heute mittels Solarzellen, Windkraft u.ä. schon seine gesamte Energie selbst erzeugen. Doch dies möchten bisher nur wenige, oft ökologisch sehr engagierte Menschen. Dies kann aber anspornen, Wirtschaftsformen Stück für Stück aufzubauen, welche breitere Bevölkerungsschichten ansprechen. So möchten zunehmend mehr Menschen ihr Kapital ökologisch und ethisch sinnvoll anlegen. Wie sich gezeigt hat, kann der oder die Einzelne dadurch auch in verschiedenen Bereichen profitieren. Und dies meist ohne Mehraufwand im Vergleich zu einer konventionellen Geldanlage z.B. bei Großbanken oder Sparkassen.

Angebote

Es gibt heute am Markt eine Vielzahl von Angeboten im Bereich ethisch-ökologischer Geldanlagen, darunter leider auch einige unseriöse. Als seriöse Anbieter seien hier beispielhaft im Bereich Umweltfonds die Umweltsecur (www.umweltsecur.de) und im Bereich Banken die GLS-Bank (www.gls.de), die Ökobank (www.oekobank.de) und die Umweltbank (www.umweltbank.de) genannt. Banken bieten verschiedene Sparformen an, Beteiligungen an Windkraftfonds sowie Kredite für ethisch-ökologische Vorhaben. Als Händler ökologischer Aktien hat sich zudem die Gemeinschaft DepotVG gegründet (www.depotvg.de). Viele seriöse Angebote stehen auch aus Sicht der materiellen Verzinsung konventionellen Angeboten von Großbanken in nichts nach. Oft kann der/ die Anlegerin auch selbst über den gewünschten Zinssatz mitentscheiden.

Persönlich profitieren von einem Wandel zu einer nachhaltigen Wirtschaft, zu mehr Ökologie und sozialem Denken. Wer sein Geld ethisch-ökologisch sauber anlegt, kann dabei sein.

Checkliste für Windkraftfonds

Mit der folgenden Checkliste soll potenziellen Anlegern die Möglichkeit gegeben werden, sich kritisch mit einem Beteiligungsangebot auseinanderzusetzen. Die Liste erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit, kann künftigen Windmüllern jedoch als Orientierungshilfe dienen.

Fragen zum Standort

- Sind die Windverhältnisse durch mindestens zwei unabhängige Windgutachten bestätigt worden? Wer sind die Gutachter? Gelfen Sie unter Branchenkenntnis als seriös/erfahren?
- Wurden der voraussichtlichen Beteiligungs-dauer entsprechende Pachtverträge über die benötigten Grundflächen abgeschlossen?
- Sind alle Grunddienstbarkeiten/Baulasten eingetragten?
- Liegen alle rechtlichen Genehmigungen zum Bau und Betrieb der Windkraftanlagen vor?
- Liegt die Einspeisezusage des Stromversorgers vor? Liegt der Einspeisevertrag vor? Beinhaltet er ggf. nachteilige Regelungen (beispielsweise Zahlungen unter Vorbehalt)?
- Wurden ökologische Gutachten zur Prüfung der Umweltverträglichkeit erstellt?

Fragen zur Windkraft-Anlage

- Liegt eine detaillierte, aussagekräftige technische Beschreibung der Windturbine vor?
- Verfügt die Windkraftanlage über eine vermessene Leistungskennlinie? Wenn nicht, wird die Leistungskurve durch den Hersteller garantiert?
- Wie gut ist die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Herstellers? Sind Garantien ggf. über Versicherungsgesellschaften abgesichert? Kommt der Betreiber im Konkursfall des Herstellers auf die technischen Unterlagen?

- Handelt es sich bei den Windkraftanlagen um marktuelle Serienanlagen, die bereits mehrfach verkauft wurden, oder um Prototypen?
- Ist der Windkraftanlagentyp bereits aufgestellt und im (Probe-)Betrieb? Wenn nicht, gibt es Fertigstellungsgarantien, falls der Hersteller der Anlage seinen Verpflichtungen nicht nachkommen kann (beispielsweise bei einem Konkurs)?
- Erfolgt eine Schlussabnahme durch einen unabhängigen Technischen Sachverständigen?
- Ist die ständige technische Überwachung der Anlage gewährleistet? Durch wen?
- Existieren Service-, Wartungs- und Instandhaltungsverträge?
- Besteht ein ausreichender Versicherungsschutz, beispielsweise auch eine Betriebsunterbrechungsversicherung? (Hinweis: keine Herstellerzusagen wie z.B. das Enercan-Partner-Konzept reichen nicht. Sie müssen durch spezielle Versicherungen ergänzt werden)
- Fragen zum Investitions- und Finanzierungsplan
- Sind die „weichen“ Kosten angemessen im Vergleich zur Gesamthöhe der Investition?
- Wird die Kostenreserve/Umlaufkapital aus dem Investitionsplan bei der Liquiditätsplanung als bestehende Liquidität verbucht?
- Auf welcher Basis wurden die Fremdkapitalkonditionen kalkuliert?
- Liegt die Finanzierungszusage (mit Zins-Sicherung) einer Bank oder Sparkasse vor?
- Sind öffentliche Fördermittel zugesagt?

- Wurden die Zinskosten einer Anschlussfinanzierung nach Ablauf der Zinsbindungsfrist kalkuliert? Mit welchem Zinssatz?
- Wird das nominelle Beteiligungskapital teilweise fremdfinanziert? Ist eine solche Anteilsfinanzierung konzeptionell vorgegeben oder kann sie individuell gesteuert werden?

Fragen zur rechtlichen Gestaltung

- Ist die Haftung der Anleger definitiv geregelt und werden sie bei KG-Fonds direkt im Handelsregister eingetragen?
- Bestehen Eigenkapital-Platzierungs-garantien, die die Realisierung der Beteiligung sicherstellen? Sind diese werthaltig?
- Wenn nicht, kann die Beteiligungsgesellschaft mit geringem Anleger-schaden rückabgewickelt werden?
- Wird alternativ die Möglichkeit zur Investition in einen Ersatzstandort geboten?
- Können die Anleger das Beteiligungsmanagement effektiv kontrollieren und haben sie Mitspracherecht bei wichtigen Entscheidungen (Beirat)?
- Ist der eingeschaltete Treuhänder unabhängig vom Initiator oder ein Kreditinstitut?
- Besteht die Möglichkeit einer vorzeitigen Kündigung oder eines Verkaufs vor dem geplanten Beteiligungsende?
- Bietet der Initiator hierbei seine Unterstützung bei der Vermittlung von Anteilen an?

Zur Checkliste

Die Liste ist ein Auszug. Quelle: Neue Energie 12/00. www.wind-energie.de



Zum Interview

Michael Miersch
Journalist, Autor
mehrerer Bücher und
etlicher
Zeitschriftenbeiträge

www.maxeiner-
miersch.de
miersch@maxeiner-
miersch.de

Das Wachstum des Mediensektors. Dadurch entsteht ein globales Bewusstsein für Umwelt- und Naturschutz.

Alle vier sind so erfolgreich, weil sie Bedürfnisse befriedigen, für die eine starke Nachfrage existiert (das bedeutet Profitlogik). Die Demokratie des Marktes ist weitaus besser für den Umwelt- und Naturschutz als alle gut gemeinte Planung.

Können Innovationen von unten, d.h. von den Menschen selbst entwickelt, für ein besseres Leben, nicht viel mehr technischen Fortschritt bringen – aber in den Bereichen, die für das Leben

wichtig sind (Energie, Nahrungsmittel usw.) und nicht in Rüstung, Großindustrie usw.?

Viele Innovationen von unten sind das Beste, was einer Gesellschaft passieren kann. Der Kapitalismus ist nicht deswegen erfolgreich, weil es ein Paar mit dem Staat verflochtene Großkonzerne gibt, sondern weil Millionen Unternehmer, Erfinder und Innovatoren ständig Probleme lösen.

Die Statistik der Patente und Erfindungen in Deutschland weist aus: Es sind die kleinen und mittleren Unternehmen und nicht die Saurier, die dem Fortschritt Flügel verleihen.

Rendite mit Windkraft

Was ist Ihnen wichtig, daß es in der nächsten Zeit verwirklicht wird?

Zwei Dinge:

Erstens: Die Gentechnikrevolution in der Landwirtschaft der Entwicklungsländer. Bis das Bevölkerungswachstum zirka 2050 (wie es die UNO prognostiziert) aufhört, muss es gelingen, auf gleicher Fläche immer mehr Nahrungsmittel anzubauen, damit Wälder und Savannen geschont werden.

Zweitens: Mehr marktwirtschaftlichen Naturschutz, besonders in Entwicklungsländern. Wenn es gelingt, den Erhalt von Naturgebieten konkurrenzfähig zu machen gegen Getreideanbau und Viehwirtschaft, dann wird der Kampf um die Artenvielfalt gewonnen.

Ethische Geldanlagen

Rentabel, ökologisch und akzeptiert!

Vorweg I: Es geht bei diesen Kriterien nicht in erster Linie um die Firmen selbst, sondern um die Projekte, die von ihnen umgesetzt werden. Die Kriterien müssen also bei den konkreten Projekten angewendet werden – es geht nicht um die Mitbestimmung in den Firmen, sondern um die bei deren Projekten zwischen Firma/Projekt und den außenstehenden Menschen.

Wenn es um Geldanlage bei Firmen oder in Aktienfonds geht, bietet sich die Möglichkeit, verbindliche Selbstverpflichtungen der Firmen zur Förderung der Mitbestimmung bei den von ihnen umgesetzten Projekten zu benennen.

Vorweg II: Der Faktor einer demokratischen Akzeptanz von Projekten und Firmen muß ähnlich wie der einer glaubwürdigen ökologischen Umsetzung behandelt werden, d.h. zum einen als notwendiger, wichtiger Baustein emanzipatorisch-ökologischer Betriebe und Projekte, zum anderen als Faktor der Öffentlichkeitsarbeit: Die Erfüllung von Kriterien, d.h. die Umsetzung von Projekten „von unten“ muß offensiv beworben werden, um die Ideen der Demokratisierung von Projekten als positives Element durchzusetzen. Dadurch können gesellschaftliche Kategorien geschaffen werden, die den demokratisierten Projekten Vorteile verschaffen.

1. Akzeptanz (statt Durchsetzung)

Für alle Projekte im Umweltschutz gilt nicht mehr der Profit als Ziel, sondern die Akzeptanz durch die Menschen. Voraussetzung für ein Projekt ist, daß es von den betroffenen Menschen aus ihrem Willen und ihren Bestimmungsmöglichkeiten heraus entwickelt wurde und umgesetzt wird.

Konkrete Kriterien:

- Es werden Beteiligungsstandards erarbeitet, nach denen ein Projekt eingestuft wird. Als Mindeststandard könnte die Beteiligung nach § 3 Bundesbaugesetz angesehen werden – auch dann (freiwillig), wenn diese tatsächlich nicht vorgeschrieben ist. Sinnvoll wäre zudem die Formulierung „gehobener Standards“ von Beteiligung.

- Besondere Beteiligungsformen sollten für Menschen und Gruppen, z.B. Umwelt- oder soziale Gruppen, geschaffen werden, die eine kontinuierliche Mitarbeit anstreben würden.

- Neben den Beteiligungsverfahren ist auch der Beteiligungszeitraum wichtig. Als positiv kann nur gelten, die Menschen im betroffenen Gebiet bereits im Planungszeitraum umfassend zu beteiligen.

- Eine besonders positive Einstufung wäre dann vorzunehmen, wenn die Menschen im betroffenen Gebiet selbst zu den TrägerInnen des Projektes würden, also formal (als Mitglieder, Konsortien, AnteilseignerInnen u.ä.) zu Durchführenden werden.

- Diese Kriterien gelten global, es werden keine Unterschiede in den Beteiligungsstandards in Regionen Deutschlands oder Ländern des Südens gemacht. Hierin steckt ein „Sprengstoff“, der sehr schnell zu einer breiten Debatte und zu einer bemerkenswerten positiven Wirkung der mitbestimmungorientierten Projekte wird.

2. Transparenz und Ansprechbarkeit (statt Phrasen und Show)

Echte Bilanzen zu den Zielen, die eben nicht Profit, sondern Demokratisierung, Beteiligung und Umweltschutz heißen, müssen kontinuierlich die Geschäftsberichte ausfüllen. Füll- und Modewörter, PR-Kampagnen bis hin zu ökomodernisierter Marktwirtschaft sind kein Aktionsfeld für Umweltschützer – stoppt die Verwendung der intransparenten Begrifflichkeiten wie Agenda, Nachhaltigkeit, Öko-Audit, Effizienzrevolution usw.

Transparenz und konkrete Beteiligung (siehe Punkt 1) gehören eng zusammen.

Konkrete Kriterien:

- Offenlegung aller Daten (jederzeitige Einsichtnahme möglich).

- Gesonderte Untersuchungen zu Umwelt- und sozialer Verträglichkeit.

- Einrichtung einer gut erreichbaren Stelle in der betroffenen Region, wo Informationen, Beteiligungsmöglichkeiten usw. abgefragt sowie eigene Ideen eingebracht werden können.

3. Direkte Ökonomie (statt Anonymität des Marktes)

Geld ist Macht. Anonyme Geldanlagen in der Hand anderer, die damit wiederum Geld machen sollen (Rentite), stellt einen Machtfaktor ohne Bindung an die konkreten Entscheidungen von und zwischen Menschen dar. Das unterhöht direkte Verantwortung und die Unmittelbarkeit von Handeln. Zukünftig müssen Firmen GeldgeberInnen bzw. alle, die Kapital in Form von materiellen oder geistigen Werten bereitstellen, in o-

nen direkten Kontakt zu denen bringen, die damit agieren.

Konkrete Kriterien:

- Bewertet werden muß, inwieweit die Menschen in der betroffenen Region bzw. die ins Auge gefaßten „KonsumentInnen“ in einem direkten Verhältnis zur Firma bzw. zum Projekt stehen. Ziel wäre, eine direkte Beziehung zu schaffen, d.h. den Markt als Zwischenebene auszuschalten – Strom von einer Energieanlage direkt an die AnteilseignerInnen oder feste AbnehmerInnen, die gleichzeitig mitbestimmen; Nahrungsmittel vom Biohof direkt an Menschen in der Umgebung, die wiederum mitbestimmen, was und wie angebaut wird usw.

- Ziel ist, mit jedem Projekt (Produkte, Energie, Dienstleistungen) vorrangig die Menschen in der betroffenen Region zu versorgen bzw. Projekte auch dort anzusiedeln, wo die Menschen dieses wünschen und „Nachfrage“ vorhanden ist.

- Geldanlage, Mitbestimmung und Konsum müssen im Verhältnis zwischen Firma/Projekt und den Menschen in der betroffenen Region möglichst stark zusammen entwickelt werden.

4. Bedürfnis und Willen (statt Werbung im Markt)

Wer für den Markt produziert, schafft Werte ohne ein Wissen von Bedarf. Diese Werte müssen im Markt beworben werden, um wieder zu Geld zu werden. Damit unterwerfen sich Firmen den Gesetzen des Marktes. Diese diktiert ständig höhere Werbeausgaben, Konkurrenzen und Kostensparungen bei den Faktoren Mensch (Arbeit) und Natur (Rohstoffe, Umweltbelastung). Um diese Logik zu durchbrechen, müssen Produkte und Projekte jeweils an konkreten Bedürfnissen konkreter Menschen oder der von ihnen gebildeten Organisationen ausgerichtet sein.

Konkrete Kriterien:

- Bewertung, wieviel produzierte Güter, Energie u.ä. für einen unbekanntem Markt oder für eine greifbare Nachfrage entstehen (ErzeugerInnen-VerbraucherInnen-Zusammenhang).

- Die „Nachfrage“ in der Region muß vor der Planung eines Projektes ermittelt werden.

5. Kooperation statt Konkurrenz

Im Markt herrscht Konkurrenz. Gefragt aber ist Kooperation, das Sich-Ergänzen und die Orientierung am Zweck, nicht am Profit.

Konkrete Kriterien:

- Entwicklung kooperativer Arbeitsformen z.B. mit anderen Firmen in der betroffenen Region oder mit Einzelpersonen (VerbraucherInnen, LandwirtInnen usw.)

- Einbindung interessierter Fachpersonen oder z.B. Umweltgruppen in die Projekte, Beiräte bei Firmen u.ä.

6. Autonomie statt Abhängigkeit

Viele Betriebe sind abhängig von Zuschüssen, Krediten, Rückversicherungen usw. Sie haben sich auf die Logiken der herrschenden Wirtschaftssysteme eingelassen. Stattdessen müssen Firmen ihren Rückhalt in den Menschen finden, die ihre Arbeit unterstützen und die Existenz der Firmen wollen. Ohne diesen Willen kann es keine Ökonomie von unten geben.

Konkrete Kriterien:

- Transparenz über alle beteiligten juristischen Personen an Firmen und Projekten sowie die bestehenden oder entstehenden finanziellen Abhängigkeiten samt ihrer Konsequenzen.

- Bewertung der Höhe des Anteils finanzieller Beteiligung von Menschen und Gruppen aus der betroffenen Region, aus dem Themenbereich usw. sowie ihrer Mitsprachemöglichkeiten.

- Bewertung der Demokratisierung von Entscheidungen zu Projekten bzw. innerhalb von Firmen, sowohl der MitarbeiterInnen in Firmen wie auch der Menschen in den betroffenen Regionen an konkreten Projekten oder Firmenanstaltungen.
- kollektive Firmenstrukturen sind zu bevorzugen und zu benennen.

die Idee mittragen und gestalten. Statt Aktien-gesellschaften und Genossenschaften, die vor allem dem Zweck dienen, Kapital zu schaffen, müssen echte Demokratisierungen her – zudem eine hohe Transparenz. Dabei darf das Stimrecht nicht von der Angehörigkeit abhängen, denn das würde Geld wieder stärken.
Konkrete Kriterien:

7. Mitbestimmung in Firmen (statt Chefentscheidungen)
Nicht nur das einzelne Projekt muß auf dem Willen von Menschen basieren – und nicht auf der Hoffnung auf Profit. Auch die Firmen selber müssen Experimentierfeld von Mit- und Selbstbestimmung sein. Materielle Werte, Gewinne, Räume und Flächen gehören in die Hand vieler, die

Saftige Renditen mit Umweltaktien

Interview mit Gerard Janichen

Wie stehst Du zu dem Text (siehe Seite 10)?

In unsere Gesellschaft ist es nun mal leichter die meisten Menschen über eine Rendite zu Umweltschutz zu bewegen. Diese sollte sich dann auch in Geld und nicht nur in einem guten Gewissen oder Prestige ausdrücken, damit geben sich die wenigsten zufrieden.

Du kennst viele Firmen in der Branche. Ist das Thema da überhaupt in der Diskussion?

Da in unsere derzeitigen Wirtschaftsordnung immer wieder Investor Relationen gefordert wird, sind die meisten Unternehmen auch aus dem grünen Bereich im Zugzwang, selbst wenn sie anders wollten, was jedoch eher die Ausnahme ist.

Welche weiteren Entwicklungen im Bereich Grünes Geld erwartest Du für die kommenden Monate und Jahre?

Die aktuellen Ereignisse in den USA bewegt viel Menschen sich über ihr eigenes Handeln und das unsere Gesellschaft Gedanken zu machen. Als Ergebnis erhoffe ich mir eine bedachtere Umgehensweise mit den uns von der Natur gegebenen Ressourcen und ein menschlicheres Miteinander.

Was ist Dir wichtig, daß es in der nächsten Zeit verwirklicht wird?

Ein Umdenken im Verhalten mit den Mitmenschen und ein reduziertes Konsumverhalten auch der Natur gegenüber.

Zum Text

Vorschläge für Ziele und Kriterien der Akzeptanz und Mitbestimmung bei ökologischen Projekten.

Die Forderungen wurden vom Institut für Ökologie im Januar 2001 zur Messe „Grünes Geld“ aufgestellt und dort vorgelegt. Eine Diskussion darüber wurde von den meisten GeldanlagevermittlerInnen ebenso abgelehnt wie von den OrganisatorInnen der kommenden Messe im Februar in Hannover (auf der Capital World).

Zum Interview

Gerard Janichen
Ökologische Vermögensberatung
Mengenicher Str. 31
50767 Köln
Tel 0221 / 534 75 06
Fax 0221 / 534 75 08
Mobil 0171 401 58 30
Mail info@gjanichen.de
Web www.gjanichen.de

Studie des Öko-Instituts

Umweltfonds im Vergleich

Im Jahr 2000 erschien eine Studie des Öko-Instituts zur Qualität von Umweltfonds, also der Sammlung von Beteiligungen an Unternehmen. Die Zusammenfassung ist im folgenden abgedruckt.

Das Öko-Institut e.V. hat die in Deutschland zugelassenen 15 Umweltfonds untersucht und vergleichend bewertet. Analysiert wurde die Auswahl und Bewertung von Unternehmen und anderen Anlagemöglichkeiten unter ökologischen und sozialen Aspekten. Ziel war es, einerseits mehr Transparenz für potenzielle Anleger zu schaffen und andererseits den Stand der Entwicklung in diesem Bereich festzustellen, um die Weiterentwicklung von Umweltfonds durch eigene Arbeiten zu fördern.

Umwelt-Investmentfonds sind eine Geldanlage, die dem Anleger bereits mit kleinen Beträgen eine Anlage in Wertpapieren nach dem Prinzip der Risikoverteilung ermöglichen. Das Fondsvermögen wird in Aktien verschiedener Branchen und Länder investiert, so dass durch die breite Streuung das Risiko für den Anleger geringer ist, als wenn er direkt in ein einzelnes Unternehmen Aktien investieren würde. Bei den meisten Umweltfonds handelt es sich um reine Aktienfonds. Die anderen sind Mischfonds, die auch Schuldanleihen von Unternehmen und Ländern aufnehmen. Ende 1999 wurden in den in Deutschland zugelassenen Umweltfonds insgesamt 1,16 Milliarden Mark investiert. Der Anteil der Umweltfonds am gesamten Fondsvermögen beträgt bislang etwa 0,15 Prozent, mit steigender Tendenz.

Beim ökologischen Vergleich der Umweltfonds wurden fünf Bereiche bewertet:

- Einhaltung von Ausschlusskriterien für die aufzunehmenden Unternehmen (Rüstung, Kernenergie, Gentechnik in der Landwirtschaft),
- angemessene inhaltliche (ökologische und soziale) Bewertung,
- nachvollziehbares Bewertungsverfahren,
- adäquate Bewertung der Produkte,
- Transparenz für den Anleger.

Das Ergebnis: Es gibt eine Reihe empfehlenswerter Ökofonds wie etwa Ökovicision, Sarasin ValueSar oder UBS Eco Perform. Schlechter schnitten dagegen alle Umwelttechnologiefonds ab. Bei ihnen blieb das Bewertungsverfahren häufig unklar und unzureichend.

Die meisten Fonds setzen auf Großunternehmen (Blue Chips), die nach dem „best in class“ Prinzip im Vergleich zu ihren Wettbewerbern als „Ökoleader“ oder als „ökoeffizienter“ eingeschätzt werden. Der Ökovicisionfonds der Ökobank setzt dagegen vorwiegend auf überzeugte Pionier-Unternehmen, die gezielt umwelt- und sozialverträgliche Technologien entwickeln. Einige Fonds stufen sich selbst als „Nachhaltigkeitsfonds“ ein, sie bewerten zunehmend auch soziale, ethische oder kulturelle Aspekte. Allerdings ist die Entwicklung von Bewertungskriterien im Vergleich zu denen im Umweltbereich noch am Anfang und die erforderlichen Informationen können häufig von den Unternehmen gar nicht geliefert werden. Auch wenn einige Unternehmen sich bemühen, ihre Aktivitäten an den Zielen einer nachhaltigen Entwicklung zu orientieren, kann noch nicht davon gesprochen werden, dass es heute schon „nachhaltig“ operierende Großunternehmen und damit eine Basis für Nachhaltigkeitsfonds gibt. Perspektivisch wird sich das ändern, und die Fonds sind hier ein wichtiger Motor dieser Entwicklung.

Bei den „Nachhaltigkeitsfonds“ schnitten die Fonds schlecht ab, die nach den Kriterien des Dow Jones Sustainability Group Index der SAM Group Zürich zusammengestellt werden (beispielsweise Oppenheim Topic DJ Sustainability). Hier fehlen explizite Mindest-Ausschlusskriterien. Darüber hinaus ist die Zusammensetzung der Fonds für den potenziellen Anleger noch nicht transparent.

Bei den angelegten Umweltkriterien der Fonds liegt der Schwerpunkt der Erhebung bei Fragen zu Umweltstrategie, Um-

weltmanagement und Standort/Prozessen (meist 70 bis 80 Prozent der Gewichtung). Die Produkte oder Dienstleistungen der Unternehmen werden unzureichend bewertet, obwohl die Produkte meist die „größten Emissionen“ der Unternehmen darstellen. Dies ist allerdings nicht dem Unwillen der Umweltfonds-Manager anzulasten. Es fehlt bislang schlicht am geeigneten Handwerkszeug, um die große Produktvielfalt etwa von Großunternehmen seriös bewerten zu können.

Interessant ist die Gewichtung einzelner Branchen bei den Fonds. Einige Branchen werden zwar explizit oder implizit ausgeschlossen, zum Beispiel Rohstoffgewinnung, Grundstoffchemie oder Automobilindustrie. Als gesamtwirtschaftliche Strategie ist das eher zweifelhaft, aber hier reagieren die Umweltfonds offensichtlich auf vermutete Kundenwünsche und Kundenaversionen. Umgekehrt werden auffällig viele Telekommunikationsunternehmen in die Umweltfonds aufgenommen. Zum einen, weil diese per se als dematerialisierte saubere Unternehmen gelten, zum anderen, weil sie sich an der Börse vergleichsweise gut entwickeln und damit die Performance der Umweltfonds anheben. Nach Untersuchungen des Öko-Instituts kann jedoch von einer Dematerialisierung durch Telekommunikation keine Rede sein. Die möglichen ökologischen und sozialen Folgen der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien und deren Anwendung sind bisher noch unzureichend untersucht worden.

Der Anteil der Umweltfonds am Anlagevermögen ist derzeit noch gering. Trotzdem sind erste indirekte Effekte bei den Unternehmen zu verzeichnen. Direktere Wirkungen auf Großunternehmen könnten drei Entwicklungen befördern: Erstens nehmen Umweltfonds in ihrer Bedeutung bei Privatanlegern deutlich zu. Zweitens strahlen die Umweltfonds zunehmend auf institutionelle Anleger wie Pensionskassen, Lebensversicherungen und Kirchen aus. Und drittens reagieren die Unternehmen schon aus Imagegründen hochsensibel auf die Aufnahme in einen Umweltfonds – erst recht auf einen Ausschluss.

Weiterentwicklungsbedarf der Fonds besteht im Besonderen bei der Bewertung von Produkten, Produktportfolios und Branchen, bei der Integration von sozialen und ökonomischen Kriterien und bei der ökologischen Analyse neuerer Technologien (z.B. Informations- und Kommunikationstechnologien) und der Forschung und Entwicklung für Unternehmen.

Zur Studie

Umweltfonds im Vergleich
(2000, Öko-Institut in Freiburg, 48 S., 39 DM)
Es geht ums Geld (nicht nur beim Preis des Heftchens, der ungewöhnlich hoch ist – jede Seite fast eine Mark) – ein kritischer Blick hinter die Kulissen der Umweltfonds. Dargestellt werden die Bewertungskriterien des Fonds und die Ergebnisse. Im Anhang ist der Bewertungsbogen abgedruckt – und das Ergebnis des Öko-Tests von Umweltfonds. Die Kurzfassung des Büchleins aus der Öko-Instituts-Werkstattreihe findet sich als Text in diesem Schwerpunkt. Bezug: Postfach 6226, 79038 Freiburg.

Hinweis

Die Werbesprüche stammen ausnahmslos aus Werbebroschüren der Grüne-Geld-Branche.

„Wir glauben an den Markt“

Ergebnisse des Ökofests zu Umweltfonds				
(siehe Text rechte Seite)				
Wer?	Was?	Köln Ausschluss von ...	Transparenz?	Gesamt (0-5 Sterne)
Credit Suisse	CS EF (Lux) Evo Efficiency	Gentec, Chemie	Keine Infos über Firmen	•••
BfG (aufgekauft)	Luxinvest OekoLux	–	Keine kontinuierliche Kontrolle	•••
BfG (aufgekauft)	Luxinvest OekoRent	–	Keine kontinuierliche Kontrolle	•••
Migrosbank	Mi-Fonds Eco	Chemie	o.k.	•••
Sal, Oppenheim	topic DJ Sustainability	Atomkraft, Gentec, Chemie ...	Keine Infos über Firmen	••
Sarasin	OekoSar Portfolio	–	o.k.	••••
Sarasin	ValueSar Equity	–	o.k.	••••
Swissca	Green Invest	Chemie	o.k.	••••
UBS	EF Eco Perform	Chemie	o.k.	••••
Ökovicision	Ökovicision	–	o.k.	••••
Dr. Höller	Prime Value	Chemie	o.k.	••••
Aktivest	Lux EcoTech	Gentec, Chemie	Keine kontinuierliche Kontrolle	–
Invesco	Focus GT Umwelttechnologie	Rüstung, Atomkraft, alles	Keine kontinuierliche Kontrolle	–
Union Investment	KD Fonds Oeko Invest	Keine Antwort	Keine Antwort	–
Sund Life	GP Ecological	Gentec	Keine Antwort	–

Öko
und
reich



Wie wirkt der Markt?

Der Markt wird häufig als etwas Neutrales gewertet. Auch die meisten politischen Gruppen versuchen immer wieder, den Markt zu zähmen, ihn zu einem Ort von sozialer und ökologischer Wende zu machen. Ökosteuern sollen Rohstoffe sparen helfen, Chemikalien- oder Abfallabgaben sollten früher diese Stoffe eindämmen – auch die aktuell gefeierte Tobin Tax dient einem solchen Ziel (Vermeidung von schnellen Devisenspekulationen soll den Markt weniger krisenanfällig machen). Ethische Geldanlagen, also die Idee, Gelder umzulenken für das „Gute“ in der Welt, gehören auch zu diesen Versuchen.

Vorhandenes Geld aus unmenschlichen und umweltzerstörenden Projekten und Firmen herauszunehmen, ist in jedem Fall und immer richtig. Geld bedeutet Möglichkeiten des Handelns. Wer viel davon hat, kann auch viele seiner Ideen umsetzen – und das ist im Falle von Atom-, Rüstungsfirmen, Gentechnik, Chemie- und Agro-Industrie usw. nichts Gutes. Doch daraus den Schluß zu ziehen, das Geld in „bessere“ Projekte zu stecken, dafür dann mit viel Mühe Kriterien der Glaubwürdigkeit festzulegen und ihre Einhaltung zu kontrollieren (oder auch nicht ...), ist nicht so zwingend, wie es immer dargestellt wird. Denn alle genannten Wege übersehen das, was die Logik des Marktes bedeutet: Der Markt ist ein anonymes, auf Konkurrenzprinzipien aufgebautes System, das von den Nationalstaaten, regionalen und globalen Institutionen (von der WTO über die Nato bis zum Verkehrspolizisten oder dem Gewerbeamten vor Ort) aufrechterhalten und auch dann noch durchgesetzt wird, wenn die Menschen gegen ihre Ausbeutung Widerstand leisten. Der Castor-Transport ist ein gutes Beispiel: Er dient dem Profit in der Konkurrenz von Firmen und verschiedenen Energieträgern. Der Staat setzt ihn durch – Markt und Staat sind ein nicht trennbares Gebilde.

Für ethische Geldanlagen heißt das nun, daß sie ebenfalls den Logiken des Marktes unterworfen sind, wenn sie sich darauf einlassen. Und die sind alles andere als „ethisch“. Ein Windrad oder eine Solaranlage kann gut sein. Im Markt tritt sie konkurrierend zu anderen auf. Darin kann sie nur bestehen (profitabel sein), wenn sie die Faktoren Natur und Mensch zeit- und ko-

stenmäßig marginalisiert, d.h. unwichtig bis überflüssig macht. Das heißt: Eine Windanlage ist immer noch besser als ein Atomkraftwerk, aber der Markt sorgt dafür, daß die ErrichterInnen immer mehr zu unmenschlichen und ökologisch bedenklichen Durchsetzungsformen, Standorten und Produkten neigen. Der Markt führt also überall zu den maximal profitablen und deswegen meist maximal ausbeuterischen und umweltbelastendsten Formen. Das ist ein Gesetz des Marktes. Darüber kann die verschleierte Öffentlichkeitsarbeit der Firmen, die im Markt agieren, nur hinwegtäuschen – ändern kann sie es nicht.

Deshalb wären andere Wege besser. Geldflüsse umleiten ist einer davon – aber raus aus dem Markt. Direkte Geldanlage in selbstorganisierten Projekten, wo die Menschen selbst planen, entscheiden, organisieren. Oder Formen von gemeinsamer Ökonomie, Aufhebung von Eigentum, kollektive Lösungen, Energieversorgung von unten, Direktvermarktung im gemeinsamen Besitz. Dort können Marktlogiken ganz oder teilweise aufgehoben werden und die ideellen Ziele bzw. der Wille zu einem schöneren Leben ohne Zwang zum Profit zum Ausdruck kommen. Das alles spielt zur Zeit beim „Grünen Geld“ keine Rolle. Stattdessen sind grüne Geldanlagen zum Teil des Turbo-kapitalismus geworden – schneller-höher-weiter, wachse-oder-weiche, shareholder-value. Die Wallstreet ist auch für „Ökos“ längst zum Maßstab geworden. Das Ende ist jetzt schon absehbar: Riesige Öko-Anlagen mit maximalem Profit und hoher Umweltbelastung. Die Aktien im Besitz der, die ohnehin viel Geld haben und über die hohen Kursgewinne im „grünen Geldbereich“ noch reicher werden. Ist das das Ziel?

Interview mit Oliver Storz:

Wie stehen Sie zu dem Text (siehe Seite 10)?

Mein Eindruck: Ein etwas verworrener ideologischer Rundumschlag gegen das „Profitdenken“, der am Ende bei einem geradezu rührenden „Gegenmodell“ landet, in dem die Menschen – friedlich wie Schafe – in einer Idealwelt leben: „Jedes Dorf, jeder Häuserblock usw. produziert die eigene Energie aus Sonne, Wind ... Sie organisieren ihre Versorgung und ihren Austausch mit anderen selbst.“ Wo die Solarmodule bzw. Turbinen zur Stromerzeugung herkommen, bleibt das Geheimnis des Autors. Wer die Investitionen finanziert, aus welchem Antrieb heraus und nach welchen Prioritäten, ebenfalls.

Zentral im Hinblick auf das Thema grünes Geld erscheint mir aber die Behauptung, „die AkteurInnen“ würden „immer mehr in die Logik des Profitdenkens gedrängt, in der Umweltschutzgesichtspunkte am Ende keine Rolle mehr spielen.“ Mit anderen Worten: Das Streben nach wirtschaftlichem Erfolg wird früher oder später zum Selbstzweck. Ich würde die unterstellte Zwangsläufigkeit einer solchen Entwicklung verneinen, obwohl sich über dieses Thema natürlich trefflich streiten läßt. Bezeichnenderweise setzt diese Diskussion aber am falschen Ende an. Zuerst muss man sich doch fragen, ob der Aufbau nachhaltiger Strukturen ohne wirtschaftliche Anreize überhaupt in Gang kommen kann? Meine Antwort ist ein klares Nein.

Sie gelten als Kritiker einer Orientierung allein auf umweltbewusste Zielgruppen? Sollen Öko-Geldanlagen direkt mit konventionellen konkurrieren?

Ja. Nur so kann es gelingen, genügend Mittel für Investitionen in grüne Unternehmen und Projekte freizusetzen. Dieser Schritt ist im Übrigen schon vollzogen, Aktien börsennotierter Öko-Unternehmen wurden letztes Jahr von einer breiten Anlegerschicht „entdeckt“, und Windpark-Beteiligungen sind längst auch bei konventionellen „Steuersparern“ salonfähig. Es ist Aufgabe der Politik, die Rahmenbedingungen so zu setzen, dass die Wirtschaft unter Berücksichtigung langfristiger Versorgungs- und Umweltziele in die richtige Richtung läuft, d. h. dass beispielsweise die erneuerbaren Energien eine echte Chance erhalten. Das ist mit dem Erneuerbare-Energien-Gesetz tatsächlich geschehen. Den Rest soll der Wettbewerb regeln, auch am Kapitalmarkt.

Werden Ökoprojekte und -angebote dann nicht automatisch dem massiven Druck des Marktes nach niedrigen Kosten unterworfen, was eine Ursache der Ausbeutung von Mensch und Natur ist?

Die Annahme ist richtig, die Schlussfolgerung falsch. Unter der Voraussetzung fairer Rahmenbedingungen (s.o.) führt Wettbewerbsdruck zu Effizienzsteigerun-

gen und damit zur Reduktion von Ressourcenverschwendung. Das kommt letztlich auch Mensch und Natur zugute.

Was ist Ihnen wichtig, daß es im Bereich „Grünes Geld“ in der nächsten Zeit verwirklicht wird?

Gerade im ethisch-ökologischen Bereich erscheint mir aber die Gefahr besonders groß, dass über der guten Absicht die kritische betriebswirtschaftliche Bewertung der Beteiligungsangebote vernachlässigt wird. Dies gilt nicht nur für Anleger, sondern auch für Multiplikatoren wie beispielsweise Journalisten, die – betriebswirtschaftlich oft völlig ahnungslos – über grüne Geldanlagen schreiben. Nachhol- bzw. Entwicklungsbedarf sehe ich deshalb insbesondere beim professionellen „Aktien-Research“ in der Ökobranche. Ansätze sind bereits erkennbar, auch in den Investmentabteilungen konventioneller Banken. An Anleger kann ich nur appellieren, Angebote vor einem Investment sorgfältig zu prüfen und sich ggf. von fachkundiger Seite beraten zu lassen.

Zum Interview

Oliver Storz
Investition und
Umwelt in Aachen

Mehr "Ö's in dieser (um)Welt!

Wir brauchen 20x 1000 DM oder 40x500 DM zum Überleben!!!

Interview mit Bernd Schüssler

Wie stehst Du zu dem Text (siehe Seite 10)?

Hier verweise ich auf meinen Text „Ist Profitdenken verwerflich?“ in dieser Ausgabe. Grundsätzlich beobachte ich nicht, daß immer öfter auch gegen die Menschen Projekte durchgeführt werden. Auch viele Großkonzerne achten zunehmend auf ein gutes Bild in der Öffentlichkeit, die Rechte der Bürger im Bereich Naturschutz wurden kürzlich erst durch die Regierung gestärkt und Banken wie die GLS-Bank finden immer mehr KundInnen. Die GLS-Bank finanziert unter anderem Demeter-Bauernhöfe, integrative Behindertenarbeitsplätze und gemeinschaftliche Wohnprojekte. Im Bereich Umweltaktienfonds hat z.B. der Anbieter mit der größten Auswahl in Deutschland, die Umweltsecur seinen Kundenstamm deutlich erweitern können. Die Sensibilität für Umweltschutz ist in den letzten Jahrzehnten in Deutschland stark gestiegen.

Kannst Du in kurzen Worten schildern, welche Entwicklungen zur Zeit laufen und wo Du Chancen und Gefahren siehst?

Zur Zeit nimmt insbesondere ethisch-ökologisches Investment im Bereich mit geringem Risiko für AnlegerInnen zu. Die Anlage in einzelnen Aktien ist stark zurückgehend, was sicherlich mit den immensen Verlusten in diesem Bereich erklärt werden kann. Seriöse Adressen, welche auch einen großen Teil risikoarme Anlageprodukte anbieten sind die Umweltbank (www.umweltbank.de), die Ökobank (www.oekobank.de) und insbesondere auch die GLS-Bank aus Bochum (www.gls.de). Die Berliner Umweltsecur (www.umweltsecur.de) bietet Aktien- und Rentenfonds an. Diese Fonds konnten schon weitreichende ökologische Verbesserungen auch bei Großunternehmen – erreichen.

Gefahren sind bei unseriösen Anbietern zu sehen, welche auch am Markt zu beobachten sind. Diese können den Ruf der gesamten seriösen Branche schädigen.

Wer seriöse Anbieter sucht, wendet sich am besten an die oben genannten Adressen, auch wenn die Aufzählung nicht erschöpfend ist.

Welche Erfahrungen hast Du mit Projekten hinsichtlich der Beteiligung bzw. der Reaktion der örtlichen Bevölkerung gemacht?

Grundsätzlich sind ökologische Projekte in der Bevölkerung viel lieber gesehen als konventionelle Unternehmen. Sie schaffen genauso Arbeitsplätze und bringen weit weniger Umweltbelastung mit sich. Daß man es nie jedem recht machen kann ist eine Lebensweisheit. So müssen Windkraftanlagen z.B. ja irgendwo stehen und meist gibt es Bewohner, welche durch die Anlagen sich gestört fühlen. Doch dies sind meist sehr wenige Menschen, wenngleich diese oft medienwirksam agieren, angeblich manchmal auch durch die Hilfe großer Stromversorger. Demgegenüber bringen gerade Windkraftanlagen Landwirten gute Zusatzdienste (oft ca. 5.000,- DM pro Jahr und Windrad) und sind in weiten Teilen der Bevölkerung um ein vielfaches mehr akzeptiert als konventionelle Atom- und Gaskraftwerke. Die Wünsche der Bevölkerung werden heute zunehmend berücksichtigt, doch immer die Interessen jedes einzelnen voll zu berücksichtigen, würde dazu führen, daß auch in Zukunft unser Strom meist aus Kohle und Atomkraft entsteht. Und das kann nicht das Ziel sein.

Was ist Die wichtig, daß es in der nächsten Zeit verwirklicht wird?

Wir müssen noch breitere Teile der Bevölkerung für ökologische und ethische Formen der Geldanlage gewinnen. Es wird auf Dauer nicht reichen, nur ökologisch stark interessierte Personen anzusprechen. Diese können aber dafür sorgen, durch Mundpropaganda die Möglichkeiten dieser Geldanlage bekannter zu machen. Die Anlegerin und der Anleger muß sich eines Mehrwertes seiner ökologischen Geldanlage sicher sein.

Zum Interview

Bernd Schüssler
Ausbildung zum und
tätig als bankkaut-
mann
z.Zt. Studium Umwelt-
und Personalwirt-
schaft
seit vielen Jahren im
Bereich ethisch-öko-
logisches Investment
aktiv

und
Redakteur der Ö-
Punkte (Red. Wirt-
schaft)

Die „Ö-Punkte“ unterstützen!
**Mit einer Spende verhindern helfen,
daß die Welt zur Ware wird!**

Für die „Ö-Punkte“, damit sie auch weiterhin (und immer besser!) als unabhängiges Sprachrohr für konsequenten Umweltschutz und eine herrschaftsfreie Gesellschaft eintreten können. Das Konto:

„Ö-Punkte“, Nr. 92882004

Volksbank Gießen, BLZ 513 900 00

Spendenbescheinigungen können auf Anfrage ausgestellt werden – wichtiger sollte Euch aber die politische Wirkung sein! Herzlichen Dank!

Zum Interview

Jürgen K. Herrmannsdörfer ist „Macher“ von HerMerlin, die in Sachen Geldanlage Sachat und vermittelt. Zudem ist er am Forum Nachhaltige Geldanlagen beteiligt und als Referent bzw. Autor überall unterwegs.

Interview mit Jürgen K. Herrmannsdörfer

Wie stehen Sie zu dem Text (siehe Seite 10)?

Es ist für mich, wenn ich das so sagen darf, auch nach 15 Jahren Pionierarbeit auf dem ökologischen Anlagemarkt, immer eine Gratwanderung zwischen ökologischem und sozialem Nutzen, kultureller Verträglichkeit sowie ökonomischen Faktoren die für ein Projekt über Gelingen oder Mißlingen entscheidet.

Es ist zu fragen:

Wer kann, wer will für den Umweltschutz einstehen, woher kommt das Kapital, ist damit eine nachhaltige Rendite zu erzielen? Die Fragen sollten aber weiter gefasst werden.

Was tut die/der Einzelne im persönlichen Umfeld praktisch für den Erhalt oder die Regenerierung der Umwelt.

Nehmen Sie nur einfach die Bezugsmöglichkeit von „dunkelgrünem Strom“ – von allen in der Diskussion bejaht, von wenigen bezogen. – Die Diskrepanz zwischen sich langsam verändernder Anlagementalität und dem eigenen Praktizieren von „Umwelt flankierenden Verhaltensweisen“ ist extremer denn je.

Natürlich ist eine dezentrale, eine „Vor-Ort“-Versorgung unter Verwendung der regionalen Möglichkeiten wünschenswert. Es ist für mich zum ein Beispiel zu nennen, nur schwer verständlich, da in allen Regionen Deutschlands, egal wie hoch die Sonneneinstrahlung ist, der „Staat“ die Fotovoltaik fördert.

Die herMerlin fördert und engagiert sich als Know How Träger gerade auch bei dezentral, regional angelegten Projekten. In Ländern in denen z. B. die Verkabelung der Landschaft nicht soweit fortgeschritten ist wie hier in Deutschland, haben ökologische „Insellösungen“ gute Ansatzmöglichkeiten. Derzeit stehen Projekte in Georgien, Portugal, Bulgarien oder auf den Cap Verden bei uns in der Projektierung.

Ob das von Ihnen benannte Gegenmodell funktionieren könnte, kann ich nicht sagen.

Aus meiner Erfahrung heraus muss ich dazu leider feststellen, dass auch der einzelne Mensch sich oft nur dann für eine ökologische Alternative der Energieversorgung entscheidet, wenn sie zu mindest kostenneutral zur „herkömmlichen“ gestaltet werden kann. Das St. Florian's Prinzip gilt auch hier, das Hemd ist näher als die Jacke und ein AKW in ?? ist weit weg und stört den Menschen nur bei einem medienwirksamen dargebrachten Störfall.

Dass ökologisch erzeugte Energie auf Dauer auch kostengünstiger ist (ohne

staatliche Subvention), neben den Faktoren wie aktivem Umwelterhalt oder -schutz gilt es zu beweisen – und da befinden wir uns immer noch am Anfang.

Leider werden z. B. bei der Windenergie die Projekte immer teurer. In jedem Fond werden die selben hohen Kosten für Konzeption, Bankgarantien, Vermittlungsgarantien oder -gebühren, um nur einige zu nennen, angesetzt obwohl es sich um die xte Wiederholung handelt. Durch den Steuerrückfluss werden diese overhead-kosten, bis zu 30 % des eingelegten Eigenkapital „kompensiert“. Für mich sind – und ich habe einige Projekte durchgerechnet – die meisten Windfonds grüne Bauherrenmodelle...

Es ist eine Organisation zur Förderung nachhaltiger Geldanlagen in der Entstehung. Was sind die Ziele? Und: Gehört die Entwicklung von Akzeptanz-/Beteiligungskriterien dazu?

Die Aufgaben die der Verein sieht:

- Förderung der Akzeptanz der „grünen“ Geldanlage

- Kriterien der Nachhaltigkeit zu verfeinern, also neben ökologischen auch sozial und kulturell beachtenswerte Faktoren neben ökonomischen Kriterien zu formulieren und als Katalog Initiatoren, Investoren und engagierten Gruppen zur Verfügung zu stellen.

- Bereitstellung von Know How und die aktive Mitarbeit bei politischen Entscheidungsprozessen

Auch hier stehen wir am Anfang der Diskussion. Neben vielen kleinen ökologisch aktiven Gesellschaften sind mittlerweile auch einige Banken Mitglied geworden. Auf diesen jetzt entstehenden Diskussionsprozess bin ich sehr gespannt.

Welche weiteren Entwicklungen erwarten Sie für die kommenden Monate und Jahre?

Viele der als hochökologisch verkauften Anlagen haben nicht halten können, was bewußten AnlegerInnen versprochen wurde. Viele der Gesellschaften sind auf Subventionsmärkte ausgerichtet, die es irgendwann nicht mehr geben wird, dann könnte es heißen, die „Gut-Menschen“ haben auf Sand gebaut.

Ökologie ist hoch ökonomisch, aber das erfordert Managementleistung, durchdachte Strategien und wohl überlegte Kostenstrukturen die mir in vielen sogenannten ökologischen Gesellschaften fehlen.

Nach der irrationalen Entwicklung in 1999/2000 erwarte ich wieder ein bewussteres Umgehen mit ökologischen Anlagen. Die ökologische Kapitalanlage ist eben nicht nur Kapitalanlage sondern birgt auch die Chance für einen anderen Umgang mit den zur Verfügung stehenden Kapitalmitteln.



Nur als Kunde am Spiel beteiligt

Wie stehst Du Text (siehe Seite 10)?

Positiv, und zwar im Sinne einer Basis für weiterführende Debatten. Mit den Begriffen »Schutz der Umwelt«, »Umweltschutz« habe ich Schwierigkeiten. Wir sitzen als Gattung auf einem relativ schmalen Seitenarm von Natur/Evolution und berühren mit unseren Aktivitäten und Eingriffen nur eine ziemlich schmale Oberfläche ihrer Komplexität. C. Seprh (Die Ökofalle-) hat ja schon vor einigen Jahren aufgeräumt mit dem größtensinnigen und zutiefst patriarchalen Bild von »Natur«, die durch menschliche Verantwortung erhalten werden müsse, da sie sonst zugrunde gehe. Mir könnte auch noch niemand die Frage beantworten: Wie hätte es »die Natur« denn gerne? Welches Verhältnis von Kohlendioxid und Sauerstoff wäre ihr denn angenehm? Hat sich »die Natur« vor Millionen Jahren, als nur Einzeller die Ozeane bevölkerten, unvollkommener gefühlt als heute? Wir können »die Natur« nicht kaputt machen. Unsere Lebensbedingungen bzw. uns selbst allerdings schon.

Inzwischen bevorzugen viele menschliche Veränderungen der Natur die Reichen auf Kosten der Armen, den Norden auf Kosten des Südens, die heute lebenden auf Kosten künftiger Generationen.

Ich bin mir aber nicht sicher, ob es da irgendwo eine faßbare Interessengruppe gibt, von der das alles ausgeht, von der »Umweltschutz« gegen Menschen ausspielt wird. Die Dinge liegen wohl tiefer.

Foucault spricht davon, daß es nicht die Menschen sind, die ihr Geschick bestimmen sondern eine Normierungs- oder Disziplinarmacht die in Strukturen eingelagert ist, denen wir fast blind unterworfen sind.

Deshalb müssen andere Rahmenbedingungen geschaffen werden, ähnlich einer Arena, bei der im Spiel die beste Lösung erkundet wird. Das kann das heutige System in seiner Festgefahrenheit nicht schaffen.

Es ist zu sehr zentralisiert und schränkt durch die wirtschaftlichen Spielregeln zu sehr ein – in dem Sinne, daß der Mensch sozusagen nur als Kunde am Spiel beteiligt ist, aber wenn er kein Geld mehr hat, sich eigentlich aus der Arena verabschiedet.

Insofern hat Nachhaltigkeit nicht nur damit zu tun, die Tragfähigkeit irdischer Ökosysteme nicht zu überfordern – sondern auch die soziale Tragfähigkeit zu erhalten, gesellschaftliche Systeme nicht auseinanderdriften zu lassen.

Dabei geht es nicht um einen gesellschaftlichen Zusammenbruch als Grundlage für eine neue Entwicklung. In der Naturwissenschaft gibt es die Erkenntnis, das gekoppelte chaotische Systeme von sich aus wieder zu einer bestimmten Ordnung führen. Man kann Instabilitäten als furchtauslösende, weil unkontrollierte Momente ansehen – aber auch als Beförderer von Flexibilität.

Richtig ist, soziale Innovationen sind viel, viel schwieriger im Vergleich zu technisch-wissenschaftlichen durchzuführen. Letztere Beruhen auf dem Verständnis von Dingen, die wir praktisch schon rational erfassen können. Bei gesellschaftlichen Errungenschaften ist das nicht der Fall. Trotzdem ist ein Vorankommen beim Umbau unserer Lebensformen überlebensnotwendig. Es wird von den Leuten selbst ausgehen. Davon, daß sie merken, so kann es nicht weiter gehen. Sie wissen selbstverständlich, daß es um ihr eigenes Überleben geht. Es sind die vielen kleinen Taten von Menschen, die letztes Endes für die Zukunftsfähigkeit wichtig sind.

Du kennst viele Firmen in der Branche. Ist das Thema da überhaupt in der Diskussion?

Nein.

Wir bringen nachhaltige Größe in Ihr Investment.

Wie verhalten sich die KundInnen – gucken die nur aufs Geld oder fragen die gezielt nach ökologischen, sozialen und Mitbestimmungskriterien? Wenn ja – was sind deren wichtigsten Themen?

Unterschiedlich. Wir haben drei große Gruppen von Interessenten. Den Kriterien-Orientierten ist vor allem wichtig, daß keine Aktien von AKW-Betreibern, Rüstungs- oder Ölkonzernen im Fonds enthalten sind. Dafür sind sie auch bereit, auf ein paar Prozent Ertrag zu verzichten.

Dann gibt es die große Gruppe, denen der Umweltaspekt ihres Investmentfonds schon wichtig ist. Andererseits orientieren sie sich aber an marktüblichen Performancezahlen. Die dritte Gruppe hat weder mit Ökologie noch Ethik was am Hut. Die sehen einfach, daß mit Umwelttechnologiefonds Geld zu verdienen ist, also gehen sie da rein.

Im Grunde geht es ja bei »grünen« Investmentfonds um das Vorhandensein/Nichtvorhandensein von Aufschlußkriterien (Rüstungsproduktion, Gentechnik, Tierversuche usw.) Was eigentliche Mitbestimmungskriterien angeht, z.B. die Analyse der Tagesordnung von

Hauptversammlungen bzw. die Wahrnehmung von Stimmrechten auf den Hauptversammlungen der Unternehmen, die im Fonds enthalten sind – da stehen wir noch ganz am Anfang.

Was ist Dir wichtig, daß es in der nächsten Zeit in diesem Bereich verwirklicht wird?

Es wird Zeit, daß wir Wege und Methoden finden, die sozial-ökologische Orientierung von Investmentfonds neutral zu vergleichen. Was da im Moment läuft, ist sowohl für die Anlageinteressenten als auch für uns als Fondshändler/Fondsberater schlicht unbefriedigend.

Zum Interview

Jörg Blunk

Ex-Geschäftsführer der Umweltsecur in Berlin, weiterhin in der Fondsberatung und Entwicklung von Kriterien tätig. Aktiv in der Stiftung »Freiräume«

UnternehmensGrün

Geld für den Umbau

(2001, AG Spak in Neu-Ulm, 180 S.)

Woher können Firmen das nötige Kapital für innovative und vor allem umweltgerechte Investitionen erhalten? Verschiedene AutorInnen, deren Beiträge Referate und Diskussionsmeldungen einer Tagung sind, stellen sich Anforderungen aus der Praxis des Managements und des Wirtschaftens in Betrieben. »Wie funktioniert ein Börsengang?« ist eine Überschrift, andere Referenten berichten vom Umgang mit Banken. Gleich fünf Beiträge zählt das Kapitel zu Kapitalanlagen – plus zwei weitere zu grünen Unternehmen an der Börse. Etwas außerhalb des Kernthemas liegen zwei Beiträge zur Nutzung des Internets. Den Abschluß bildet die Dokumentation der Podiumsdiskussion zur Weiterentwicklung des Grüner-Geld-Marktes. Interessant sind auch die Zwischendiskussionen zu den Einzelvorträgen. Im Vordergrund steht die Kapitalbeschaffung am Markt. Demokratischere Verfahren wie die direkte Beteiligung, Projekte und Firmen in der Hand von BürgerInnen usw. werden nur am Rande gestreift (z.B. im Kapitel über Firmen in MitarbeiterInnen-Besitz. Das ist schade, ließe sich doch über die Besitzverhältnisse nicht nur Kapital beschaffen, sondern auch die Mitbestimmung stärken – leider aber ist das zur Zeit wenig beachtet.

Umweltbundesamt

Ziele für die Umweltqualität

(2001, Erich-Schmidt-Verlag in Berlin, 179 S., 29,80 DM) Was sind Umweltqualitätsziele und welche Bedeutung können solche Leitbilder für die Umweltschutzpolitik haben? Nach einer allgemeinen Einleitung werden für die verschiedenen Umweltmedien und -bereiche (Atmosphäre, Luft, Gewässer, Boden, Ökosysteme und Gesundheit) methodische und fachliche Hinweise zu ihrer Formulierung gegeben. Hinzu kommt ein Kapitel über Qualitätsziele für Planungsvorgänge.

Forum Stadtökologie

(1999, difu in Berlin, CD-ROM)

Herzstück der CD sind ihre Datensammlungen. Forschungsprojekte, Internetadressen und ca. 10.000 Literaturangaben. Hinzukommen etliche Texte, z.B. Praxisbeispiele aus Kommunen zum Klimaschutz, Mobilität oder Naturschutz, der vierteljährliche Informationsdienst und Dokumentationen von Veranstaltungen. Die CD läuft ab Windows 3.1 und einem Arbeitsspeicher von 8 MB.

Umweltverbände auf Schmusekurs mit Staat und Wirtschaft

Ein Blick auf den Buchmarkt, auf Veranstaltungsprogramme und in Verbandsrundschriften zeigt, daß die Debatte um den "Standort Deutschland" auch die UmweltschützerInnen erfaßt hat, zumindest die großen Verbände, überregionalen Institute und Umweltmedien. Von Seiten der Regierung und der Spitzenverbände in der Wirtschaft wird das Thema seit Beginn der 90er Jahre forciert - mit bemerkenswertem Erfolg. Unter dem Vorwand internationaler Wettbewerbsfähigkeit (die nie besser war als heute) werden Beteiligungsrechte und Umweltschutzvorschriften "dereguliert". Unter dem Vorwand der Erhaltung von Arbeitsplätzen (die noch nie so schnell und am meisten bei den reichen Branchen verloren gingen wie heute) werden Hürden für Investitionen und Gewinnanhäufung beiseitegeräumt. Und unter dem Vorwand fehlender Wirtschaftskraft fordern besonders die Großbetriebe (denen es nie besser ging als heute) einen Umbau der gesamten Gesellschaft, vor allem der Weltwirtschaftsordnung hin zu mehr Wirtschaftsliberalität, um noch besser Mensch und Umwelt ausbeuten zu können.

Die Umweltschutzverbände greifen seit 1992 in diese Debatte ein, seit 1994 gehören sie sogar zu den Wortführern (Erscheinen der Studie "Zukunftsfähiges Deutschland"). Gründe für ein Gegenhalten gegen die genannten Forderungen und Taten seitens Regierung und Wirtschaftslobby gäbe es dabei genug. Doch die Wirklichkeit sieht anders aus. Umweltverbände und Institutionen steuern nicht gegen die "Deregulierung", sondern versuchen, selbst Vorschläge für den Abbau von Wirtschaftshemmnissen zu entwickeln. Ihre Hoffnung: Eine sich freiwillig für den Umweltschutz einsetzende Industrie. Ihre Durchsetzungsmittel: Keine. Daher die Folgen: Widerstandsloses Hinnehmen der Verschlechterungen, gemeinsame, aber unverbindliche Forderungskataloge mit der Wirtschaft und zunehmende Spendeneingänge bei den Umweltverbänden durch die Großindustrie.

Drei große Themen prägen die Umweltschutzarbeit Ende der 90er Jahre: Agenda 21, Nachhaltigkeit und ökologische Steuerreform. Die Agenda 21 prägt vor allem die Umweltschutzbasis, fast überall sitzen UmweltschützerInnen, neudeutsch als NROs (Nichtregierungsorganisationen) bezeichnet, mit Industrie, RegierungsvertreterInnen und weiteren gesellschaftlichen Gruppen zusammen, um über Umweltschutzziele zu sprechen. Die Nachhaltigkeitsdebatte prägt dagegen vor allem die überregionalen Gremien und Geschäftsstellen. Nach der bundesweiten Studie "Zukunftsfähiges Deutschland" entstehen nun ebensolche in Ländern und Regionen. Der dritte Schwerpunkt, die ökologische Steuerreform, ist Sache der Bundesspitzen, sie ist aktuelle Schwerpunktaktion des Deutschen Naturschutzrings (DNR) des Dachverbandes der Umweltschutzverbände.

Alle an einen Tisch: Agenda 21

Die Agenda 21 ist das Abschlufdokument der Umweltkonferenz der Vereinten Nationen in Rio 1992. Damals wurde die Konferenz, an der die Regierungschefs von über 170 Staaten teilnahmen, als Fehlschlag in den Medien dargestellt. Davon wichen aber bereits einige Umweltverbandsvertreter deutlich ab: Hubert Weinzierl, BUND-Chef, und VertreterInnen des Deutschen Naturschutzrings lobten vor allem die Bundesregierung und widersprachen Meldungen, die Konferenz von Rio sei ein Fehlschlag gewesen.

Wesentliches Ergebnis der Rio-Konferenz ist das Abschlufdokument, die Agenda 21, und die Einigung auf Folgekonferenzen. Alle Folgekonferenzen, z.B. 1995 in Berlin, wurden ebenfalls zum ergebnislosen Fiasko aus Sicht der Umwelt. Einige Umweltverbände teilten diese Einschätzung auch, gingen aber sofort wieder zur Tagesordnung über, d.h. zur weiteren Mitarbeit an der Vorbereitung von Folgekonferenzen. Zugleich forderten sie ihre Basisgruppen dazu auf, lokale Agendagruppen zu bilden und die überregionalen Ziele auch vor Ort umzusetzen. Grundlage für alles war die Agenda 21, jenes Papier der Regierungschefs. Darin waren unter anderem die massive Förderung der Gentechnologie, die weitere Nutzung der Atomkraft und die Stärkung der Privatwirtschaft gegen regulierende Vorschriften als Ziele genannt - und zwar unabänderlich, denn die Agenda 21 kann nicht durch die Gruppen, die unter ihrem Namen arbeiten, korrigiert werden. Die UmweltschützerInnen und viele entwicklungspolitische Gruppen aber scheint das wenig zu stören. In den Gruppen, die sich für eine lokale Agenda einsetzen, ist das Ursprungsdokument ohnehin in der Regel nicht bekannt. Man arbeitet unter einem Begriff, den niemand kennt. Kritik wird abgewehrt: "Agenda 21 ist das, was wir daraus machen" schreibt z.B. die Organisation "German Watch" am 8. August als Antwort auf die Agenda-Kritik ohne Benennung von Verfahren, wie die Agenda 21, also das Abschlufdokument der Rio-Konferenz, denn durch "das, was wir machen" wirklich verändert werden kann. Der Irrtum von German Watch liegt fast allen Umweltverbänden und -gruppen zugrunde. Die Agenda ist vom Dokument einer gescheiterten Umweltkonferenz zur wichtigsten Handlungsgrundlage der Umweltschutzgruppen geworden, vor allem für örtliche Gruppen, aber dazu angetrieben von den zentralen Verbänden, die immer wieder unkritisch die Agenda als gute Grundlage für konkrete Umweltschutzarbeit propagieren. UmweltschützerInnen sind damit zur PropagandistInnen der Regierungen geworden. Kritik daran wehren sie unwirsch ab. Wahrscheinlich wissen sie, daß die Agenda als Umweltschutzdokument nichts taugt.

Kasten oder Einschub: Agenda und ihre "MacherInnen":

Die folgende Liste soll nur zeigen, daß der Agenda-Boom wirklich die gesamte etablierte Umwelt"szene" sowie viele Einzelleistungen erfaßt. Sie ist bei weitem nicht vollständig. Agendaprozesse wurden initiiert und werden maßgeblich unterstützt u.a. von: Grüne Liga, BUND, Öko-Institut, Ökologisches Zentrum Verden, Naturschutzbund, etlichen Bürgerinitiativen, LBU Niedersachsen, JANUN, Jugendumweltbüro Hannover, B'90/Grüne, Umweltinstitut München, Wissenschaftsläden ... und natürlich von CDU, FDP, SPD, EXPO 2000, RWE und vielen mehr.

Nachhaltige Debatte

Zwar ist der Begriff der Nachhaltigkeit nicht erst in den 90er Jahren "erfunden", aber ebenfalls erst dann populär geworden. Zum erstenmal tauchte er mit größerer Medienwirkung 1987 auf. Die sog. Brundlandt-Kommission hatte ihren Bericht zur nachhaltigen Entwicklung der Erde abgegeben. Deutlich mehr Auftrieb gab dem Wort aber ebenfalls die Rio-Konferenz, noch



einmal gesteigert durch das Buch "Zukunftsfähiges Deutschland" und die damit verbundene Medienpower großer Umweltverbände wie dem BUND und bekannter Institute wie dem Wuppertal-Institut. Der Buchmarkt wurde geradezu überschwemmt von Büchern zum Thema, Vorträge, Seminare und Veranstaltungen reihten sich aneinander. Bemerkenswert aber war von Beginn an eine klar erkennbare Allianz: Die Studie "Zukunftsfähiges Deutschland" wurde herausgegeben von BUND und von Miseroer. Im BUND war das Werk vor allem eine Folge der seit Beginn der 90er Jahre im stärker werdenden Gruppe von FunktionsträgerInnen und Hauptamtlichen um die stellvertretende Bundesvorsitzende und vorherige Arbeitsleiterin "Wirtschaft und Umwelt", Dr. Angelika Zahrnt. Neben der Hoffnung auf die große Verbrüderung von Großindustrie und Umweltschutzverbänden verband die meisten von ihnen noch etwas zweites: Die SPD-Mitgliedschaft. Das gilt auch für weitere Kreise. Die Studie wurde vom Wuppertal-Institut geschrieben, einer Einrichtung des Landes Nordrhein-Westfalen (SPD-Regierung). Der Institutsleiter ist E.U. von Wezsäcker, seit langer Zeit einer der Spitzenumweltleute in der SPD. Die vielfältigen Nachfolgeaktivitäten, vor allem das Erstellen landesweiter und regionaler Studien, wurde im BUND sowie von staatlichen und staatsnahen Einrichtungen vorangetrieben, z.B. in den Naturschutzakademien und -zentren der Länder. Das Ergebnis, die Studie, war aber dann sogar noch schlechter. Sie fand Beifall bei der Umwelt- und Atomministerin Angela Merkel (CDU), die der Studie schon bei der Erstpräsentation, zu der sie von den AuftraggeberInnen als Festrednerin geladen war (!), den "Atem des Machbaren" bescheinigte (was den ErstellerInnen der Studie gar nicht peinlich war). Beifall gab es auch von Seiten der Großindustrie: BASF nahm die Ziele in eigene Veröffentlichungen auf und versprach, sie zu befolgen - und wurde gleichzeitig Sponsor des BUND. AEG, Firmenteil des Automobil- und Rüstungskonzerns Daimler-Benz und damit ebenso eine Firma, die durch die Forderung der Nachhaltigkeit eigentlich Hauptziel von Veränderungen sein müßte, tat sich sogar in gemeinsamen Anzeigenkampagnen mit dem BUND hervor und wurde umfangreicher Geldgeber verschiedener Umweltschutzorganisationen. Fast überall bemerkten Großkonzerne und Umweltschutzverbände, daß sie in ihrem Drang zu unverbindlichen Formulierungen große Übereinstimmungen hatten und fielen sich in die Arme. Die Konzerne profitierten mit einem verbesserten Öko-Image (angesichts der vielen Industrieunfälle Mitte der 90er Jahre und des unbemerkt durchgeführten Abbaus von Umweltschutzgesetzen ein sehr wichtiger Effekt), die Umweltverbände profitierten von den Spendenflüssen. Fast überall stehen die großen Konzerne inzwischen auf den Geberlisten - mit Beträgen bis in die Millionen.

Da fiel gar nicht mehr auf, daß es auch andere Stimmen gab. Plattgebügelt von der Allianz der Großen, angefangen vom BUND über Angela Merkel bis zu BASF und Daimler-Benz wurde kaum bekannt, daß es schon bei der Erstpräsentation der Studie "Zukunftsfähiges Deutschland" zu Protestaktionen von Basisgruppen kam. Und auch im weiteren Verlauf hatte Kritik keine Chance. Weder die bürgerliche Presse noch Verlage oder die Meinungsblätter im Umweltbereich selbst (natur, Politische Ökologie, Verbandsblätter) gab der Kritik am Anbieterkurs echte Chancen.

Zitate aus dem "Zukunftsfähigen Deutschland"

An Korruption, Nepotismus, Mißwirtschaft, Menschenrechtsverletzungen und fehlender Demokratie in vielen Ländern des Südens tragen sicher nicht die Industriestaaten Schuld. ... (S.)

Jenseits von nationalen Vorurteilen sind die Unterschiede zwischen verschiedenen Kulturen bemerkenswert und bei näherer Betrachtung recht gut auf Umwelteinflüsse zurückzuführen. Es wäre folglich ökologisch, ökonomisch und kulturell unangemessen, weltweit gleiche Rechte für einzelne Rohstoffe zu formulieren. ... (S.)

Im Original: Kommentare zur Studie "Zukunftsfähiges Deutschland", zunächst Zeitschrift der BUNDjugend "aktuell" 3/96 (S. 3)

Die Studie "Zukunftsfähiges Deutschland" ist nun schon seit über einem Jahr auf dem Markt. Die "grüne Bibel" nannte sie der SPIEGEL. Der Umweltminister von Brandenburg, Platzeck, sprach bei einer Podiumsdiskussion etwas prosaischer von dem "wichtigsten Beitrag zur gegenwärtigen Umweltdiskussion".

Edgar Endrikaitis, Leiter der Studie beim BUND, in einem Interview mit der "aktuell" 3/96 (S.3)

Frau Merkel bescheinigte der Studie auf der Präsentationsveranstaltung "den Atem des Machbaren".

Stellungnahmen der Parteien zur Studie, ebenfalls abgedruckt in "aktuell" 3/96 (S. 14-16)

FDP ... bietet auch die Studie Anlaß zu Kritik und Verbesserungen. So ist der methodische Ansatz des Umweltraumes rein konsumentenorientiert und läßt beispielsweise den Umweltverbrauch außer Acht, der im Herstellerland eines Autos auftritt, wenn das produzierte Auto exportiert wird. ...

B'90/GRÜNE: ... Eindruck, daß die Studie in einigen Bereichen zu allgemein und damit schwer nachvollziehbar bleibt, ...

Auszüge aus dem Text "Die ökologische Krise umweltverträglich gestalten", Zeitschrift BASTA 1/1997 (S. 25-31), zunächst zur Vorbildstudie "Sustainable Netherlands"

Das Umweltraumkonzept ist ... ein Rezept für effiziente Ökonomie anstelle von Ökologie: ein nachhaltig genutzter tropischer Sekundärwald mit 3 Arten ist nach dieser Logik wertvoller als ein Primärwald mit 10000 Arten. ... Hierarchische Entscheidungsstrukturen und technokratische Lösungen werden dadurch forciert, und folgerichtig wird beispielsweise in der Frage der Nahrungsmittelsicherheit die Lösung in optimierter Vernutzung bisher ineffizient genutzter Flächen (z.B. in der ehemaligen Sowjetunion), in Biotechnologie und in bodenloser Landwirtschaft (Treibhausanbau auf künstlichem Nährboden) gesehen. ...

Zur Studie "Zukunftsfähiges Deutschland" (im gleichen Text)

1. Die Studie entbehrt einer Analyse gesellschaftlicher Herrschaftszusammenhänge: ... bietet so zwar für die auftraggebenden Organisationen BUND und Miseroer Orientierungen für deren Lobbyarbeit (...), trägt aber nichts zur Lösung ökologischer und sozialer Probleme bei.
2. Material- und Energieverschwendung aufgrund kapitalistischer Produktionsweise wird schleiert: Staats- und Wirtschaftsverbrauch wird ausgeblendet und nationale Verbrauch allein den Haushalten zugeschoben. ...
3. Ausbeutung von Frauen wird untermauert: ...
4. Weltkapitalistische Arbeitsteilung wird nicht analysiert: Der Weg zur Dienstleistungsgesellschaft funktioniert eben nur bei Auslagerung schmutziger Grundsottindustrie. ...
5. Die Lösung wird denen anvertraut, die kein Interesse daran haben: ...

Die Analyse ist wenigstens noch um einen Punkt zu erweitern, und zwar um die Offenheit der Studie gegenüber stark ordnungspolitischen bzw. patriarchal-hierarchischen Politikmodellen unter Inkaufnahme klarer Demokratiedefizite. So wird u.a. Al Gore zitiert: "Es ist zutreffend, daß Wähler bereit sind, viel weiter zu gehen, als die meisten Politiker für möglich halten - aber sie warten auf Führung." Und Berufung auf Rudolf Bahro ("Eigentlich ruft es in der Volkstiefe nach einem grünen Adolf") und Herbert Gruhl, dem rechtsextremistischen Ex-ÖDP-Vorsitzenden, wird die Einsetzung eines

"Ökologischen Rates" formuliert: ...

Ulla Peters bringt die Ursachenblindheit der Wuppertal Studie auf den Punkt: "Zukunftsfähigkeit ohne Kritik an den vernichtenden Konsequenzen und der Gewalt der kapitalistischen Ökonomie und eines neuzeitlichen Naturverständnisses ist unmöglich. Wir sind doch nicht deshalb in der jetzigen Situation, weil wir alle uneinsichtige Endverbraucher in einer Weltwirtschaft sind, die leider die Natur vergessen hat. ...

Ökologische Steuerreform

Was interessant begann, z.B. Anfang der 90er Jahre mit Konzepten, die an wirklichen Fortschritten für die Umwelt orientiert waren, mutierte im Rahmen der Umarmungsstrategie zwischen Wirtschaft und Umwelt ebenfalls zu einem bemerkenswerten Beleg der Unfähigkeit der zentralen Umweltschutzverbände zu klaren Positionen. Bis 1994 konnte fast eine Einigung erreicht werden zwischen allen Parteien und gesellschaftlichen Gruppen. Fast hätte es sie gegeben, die Reform, die den Verbrauch von Umweltgütern (vor allem Energie) besteuert und durch die Einnahmen die Arbeitskosten gesenkt hätte. Ressourcenverbrauch wäre teurer, die Schaffung neuer Arbeitsplätze billiger geworden. Das wäre keine Revolution oder Patentlösung für alles gewesen, aber ein wichtiger Baustein eines notwendigen Wandels der Gesellschaft. Doch 1995 starb die Reform unter dem Widerstand erst der FDP, dann der CDU und schließlich sogar der SPD. Eine kritische Reaktion der Umweltverbände auf das Scheitern blieb weitgehend aus. Als Strategie wurde nicht der gesellschaftliche Kampf, sondern die weitere Anpassung an die Forderungen der GegnerInnen gewählt. Motto: Wir müssen die Reform so gestalten, daß sogar noch die letzten Hardliner in Sachen Wirtschaftsförderung zustimmen. FDP und der Bundesverband Deutscher Industrie (BDI) mußten überzeugt werden. Die Umarmungstaktik hatte ohnehin schon merkwürdige Blüten getrieben: Hans-Olaf Henkel, Präsident des BDI und prominentester Scharfmacher gegen Umweltschutz und gerechtere Weltmarktstrukturen, war 1992 gemeinsam von WWF und der Zeitschrift "capital" (!) zum Ökomanager des Jahres ernannt worden. Nun wurde nachgelegt. Ausgehend von einer Gruppe junger NachwuchsfunktionärInnen in dem Umweltverbände, die schon 1994 gefordert hatten, alle Umweltschutzaktivitäten in Deutschland sollten nur noch der Verwirklichung einer Steuerreform dienen, wurde ein neuer Vorschlag verfaßt und 1997 als Schwerpunktaktion des Deutschen Naturschutzrings in die öffentliche Diskussion geworfen. Auf die Bedürfnisse der Großindustrie war das Papier nicht nur von dem vorgeschlagenen Zeitverlauf, sondern vor allem durch eine Sonderregelung zugeschnitten: Die großen EnergieverbraucherInnen (also vor allem die Chemieindustrie, die Stahl- und sonstigen rohstoffverarbeitenden Industriezweige wie Papier- oder Aluminiumindustrie) sollten weniger Steuern zahlen, aber trotzdem die vollen Vergünstigungen zur Senkung der Lohnkosten erhalten. In der Praxis hätte das zweierlei bedeutet: Erstens wäre es genau dort, wo die meiste Energie verbraucht wird (z.B. verbraucht allein ein Konzern wie die BASF 1,5 Prozent des bundesdeutschen Stroms), kaum oder nicht zu Einsparungen gekommen. Und zweitens wäre das Geld von den kleinen Betrieben und Privathaushalten zu den Großkonzernen umgeschichtet worden - mit der Folge der Monopolbildung, denn Firmenpleiten hätte es nur bei den Kleinen gegeben. Kein Wunder war es denn auch, daß schon das Positionspapier mit dem Vorschlag der Steuerreform gespickt war von lobenden Zitaten derer, die gegen mehr Umweltschutz sind: Der Chef von BAYER, der Chef der CDU-Fraktion im Bundestag, einer FDP-Bundestagsabgeordneten, der Daimler-Tochter AEG (deren Zustimmung sicher nicht ohne Rückendeckung der Daimler-Chefetape erfolgte) und dem Bayerischen Landtag. Herausgegeben wurde das Papier vom DNR, alle Mitgliedsverbände waren an der Diskussion beteiligt, Kritik gab es kaum. Mit dabei unter anderem auch: Robin Wood, die Grüne Liga, der BUND und der Naturschutzbund, der BBU usw.

Einblenden: Ausschnitte aus dem Positionspapier (Schäuble/BAYER-Zitate, strittige Passage)

Auszüge aus dem DNR-Papier "Ökologische Steuerreform" (das bewußt nur in männlicher Sprachform gehalten ist)

Der DNR fordert die Einführung einer Primärenergiesteuer auf alle nicht regenerativen Energieträger. Die Höhe der Steuer richtet sich nach dem Energiegehalt sowie ergänzend nach der Menge an CO₂, die bei der Energieerzeugung entsteht. ...

Als Basis dient ein Energiepreis von 9 DM/Gj. Der Energiepreis soll durch die Energiesteuer - zunächst für 10 Jahre - jährlich um 7% ansteigen. ... Die Höhe der Energiesteuer ist aus umweltpolitischer Sicht eher moderat. Allein um das von der Bundesregierung aufgestellte Klimaschutzziel (...) zu erreichen, müßten die Steigerungsraten eigentlich über 7% liegen. ...

Die Höhe der Energiesteuer ist so gewählt, daß einerseits deutliche Anreize zum Energiesparen geschaffen werden, andererseits aber genug Zeit für die Wirtschaft bleibt, sich anzupassen. ...

Um eine Abwanderung von energieintensiven Branchen zu verhindern, könnte eine Ausnahmeregelung folgendermaßen aussehen: je energieintensiver die Produktion, desto geringer der Steuersatz pro Energieeinheit. ...

Die Zustimmung für eine ökologische Steuerreform geht quer durch alle gesellschaftlichen Gruppen und Parteien. Immer mehr setzt sich die Erkenntnis durch, daß Umwelt und Wirtschaft durch diese Reform gewinnen werden.

DNR-Steuerreform-Projektleiter Martin Rocholl in einem Interview mit der taz am 19.6.97

taz: Die Industrie beschört eine Abwanderungswelle durch Ökosteuern.

Rocholl: Das Argument wird sehr gern mißbraucht. Teilweise besteht aber tatsächlich die Gefahr von Nachteilen für besonders energieintensive Betriebe. Wir können uns daher vorstellen, daß für sie eine geringere Energiesteuer gilt, solange es EU-weit noch keine vergleichbaren Steuern gibt.

Wenn's konkret wird: Expo 2000 als Beispiel

Wie sich die veränderten Strategien der zentralen Umweltschutzverbände verändern, zeigt das Beispiel der Expo 2000. Als die Entscheidung für die Weltausstellung in Hannover fiel, gab es einen entsetzten Aufschrei vor allem regionaler und lokaler Initiativen gegen das Riesenprojekt, dem viel Fläche, Wohnqualität und vor allem Gelder zum Opfer fallen würden, die woanders wichtig waren. Nur wenige Prominente stellten sich schnell auf die Seite der EXPO, z.B. der inzwischen verstorbene Robert Jungk und der SPD-Mann E.U. von Weizsäcker mit seinem Wuppertal-Institut. Die Bundeszentralen der Umweltschutzverbände schwiegen oder stützten vorsichtig die kritische Linie der regionalen Gruppen, in dem sie Beschlüsse gegen die Expo faßten, diese aber nie aggressiv und öffentlich vertraten. Immer wieder kamen aber Ideen auf, die Expo für die eigene Imagebildung und vor allem die weitere Annäherung von Industrie und Umweltschutzverbänden zu nutzen. Das wurde aber erst konkret, als die Expo selbst jegliche Anstrengungen einstellte, das Thema Umweltschutz zu integrieren. Birgit Breuel, vormals Wirtschaftsministerin der CDU-Landesregierung und Chefin der Treuhandanstalt wurde als neue Generalkommissarin der Expo bestellt, die einzelnen Bereiche an die Industrie verkauft, d.h. diese konnten über die von ihnen finanzierten Gebiete entscheiden - eine



unattraktive Situation also für UmweltschützerInnen. Doch deren Kritik an der Expo nahm ab. Einige prominente Umwelteleute nahmen hochrangige Posten ein, z.B. E.U. von Weizsäcker und Diez-Hochleitner vom Club of Rome. Seit 1996 sitzt auch der Schatzmeister des DNR im Präsidium, vom DNR heimlich und entgegen der Beschlußlage des Dachverbandes dorthin entsandt (der DNR belog darüber sogar seine eigenen Mitglieder). Andere große Verbände drängten ebenfalls auf eine Beteiligung, z.B. der WWF und die Deutsche Umwelthilfe. Zudem waren fast alle Umweltverbände unter Deckbegriffen längst bei der EXPO vertreten, z.B. NABU und BUND über die Bodenseestiftung, nochmals der NABU über das Elbeprojekt sowie dieselben plus Grüne Liga und andere über das Agendahaas Dresden. Zusätzlich war die Expo ein Magnet für Anders-leben-Projekte wie den Lebensgarten Steyerberg, das LebensGut Pommritz und einige Ökodorfgruppen. 1997 fiehl dann die letzten Grenzen: Während das Anti-Expo-Bündnis vor Ort, an dem auch die regionalen BUND-Gruppen beteiligt waren, weiter gegen die Expo kämpften und ihnen vorwarfen, mit dem Motto der Nachhaltigkeit diesen Begriff zu mißbrauchen, verhandelte der BUND-Bundesverband direkt mit den Expo-Spitzenleuten um Birgit Breuel, wie die BUND-Kampagne "Zukunftsfähiges Deutschland" auf der Expo präsentiert werden könnte - gegen gutes Geld natürlich. Und auch der DNR suchte Kooperationsprojekte mit der Expo, z.B. eine gemeinsam gestaltete Erfindermesse.

Eine besondere Bedeutung hat noch ein weiterer Bezug der Expo 2000: Der zum Deutschen Umwelttag 1992 in Frankfurt. Schon im Vorfeld wurden "Ökos" eingeladen. Nur die großen Umweltverbände kamen auf die Umweltmesse und standen dort neben dem Dualen System, dem Verband der chemischen Industrie usw. Gerade noch verhindert werden konnte die Beteiligung des Atomforums, deren Teilnahme mehrheitlich zugestimmt worden war. "Dialog" war das Stichwort, gemeint war die Anbiederung an die Industrie, denn Basis-Umweltgruppen wurden konsequent von der Vorbereitung und Durchführung ausgeschlossen. Jochen Flasbarth, Sprecher des Umwelttages, Präsident des Naturschutzbundes und Präsidiumsmitglied des DNR, beschimpfte in einer Rede einige Basisgruppen, die mit Transparenten gegen die Anwesenheit der Chemiekonzerne und des ADAC protestierten und ärgerte sich allein darüber, daß nicht noch mehr Automobilkonzerne kamen. Im BUND tobte ein innerverbandlicher Streit zwischen der die Kooperation mit Großkonzernen befürwortenden Gruppe um Angelika Zahrnt und den "Alten" um Hubert Weinzierl, schon damals konnte sich Zahrnt durchsetzen - der BUND blieb Mitveranstalter des Umwelttages. Zielrichtung und Verlauf der dann an geringen BesucherInnenzahlen leidenden Veranstaltung zeigten deutlich, wohin die industrieanbiedernde Reise des bundesdeutschen Naturschutzes gehen werde. Während des Umwelttages kam die Idee auf, den nächsten Umwelttag auf der Expo 2000 durchzuführen. Verworfen wurde sie damals an der noch bestehenden Kritik an der Expo und dem finanziellen Desaster, das der Umwelttag hervorrief. 5 Jahre später aber wäre die Bundesverbände und überregionalen Institutionen sicher eher bereit - obwohl die Expo eher umweltfeindlicher geworden ist. Doch die Umweltverbände bewegen sich schneller ... weg von ihren eigentlichen Zielen.

Ausschnitte: Auszüge aus dem Protokoll des Treffens vom 10./11. März in Hannover (Hotel Benther Berg)

... Es wird darauf hingewiesen, daß die Wirtschaft dem Thema Ökologie oftmals engagierter gegenübersteht, als gemeinhin geglaubt wird. ...

EXPO 2000 fordert die Umweltverbände auf, eigene Projekte in die Arbeitsgruppen einzubringen. Hierbei sind durchaus auch gemeinsame Projekte mit der Industrie denkbar und erwünscht. Darüber hinaus verfügt die EXPO über ein Budget, mit dem besonders geeignete Projekte ebenfalls unterstützt werden können. Das Verfahren zur Projekteinreichung wird ihnen in gesonderten Unterlagen erklärt. ...

Herr Holzknicht von der DBU berichtet über das Engagement der Stiftung bei der EXPO im Themenpark, am Kronsberg, im Veranstaltungsbereich. Er lädt die Umweltverbände ein, sich mit ihm darüber abzustimmen, inwiefern die Umweltverbände in die bereits vorhandenen Vorschläge integriert werden können. ...

Weiterhin rät man der EXPO 2000, die ökologisch lobenswerten neuen Bauten durchaus stärker in der Presse zu veröffentlichen (Bspl. Halle 26).

Der BUND stellt abschließend seine Wanderausstellung "Zukunftsfähiges Deutschland" vor. Unterlagen hierzu wurden im Vorfeld an alle Teilnehmer versandt. ... Der BUND bietet der EXPO 2000 und den Umweltverbänden eine Beteiligung an der Wanderausstellung an. Hierzu werden Einzelgespräche geführt.

Der Naturschutzring schlägt darüber hin aus vor, eine Erfindermesse zu veranstalten. Hierzu werden sich Dr. Roth und Herr Röscheisen gesondert unterhalten.

Abschließend bekunden alle Teilnehmer Interesse daran, diese Diskussionsrunde - etwa im Spätsommer/Herbst (evtl. auch im erweiterten Kreis) - fortzusetzen.

Auszug aus dem DNR-Kurier 2/1997 (S. 2)

Gespräch Leitung EXPO und Umweltverbände ... trafen ... Vertreter der Umweltverbände mit der EXPO-Spitze zusammen. Frau Birgit Breuel, Generalkommissarin der EXPO 2000 GmbH, Theodor Diener, Vorsitzender der Geschäftsführung, ... Von den Umweltverbänden waren folgende vertreten: BUND, NABU, Deutsche Umwelthilfe, Euronatur, Umweltstiftung WWF-Deutschland sowie der DNR durch seinen Geschäftsführer. Zusätzlich dabei waren der EXPO-Beauftragte der DBU und ... Insbesondere Frau Breuel zeigte sich gegenüber der Fragestellung "nachhaltige Entwicklung in Deutschland" sehr aufgeschlossen. Erörtert wurde ebenfalls die von den Umweltverbänden vorgesehene Wanderausstellung "Zukunftsfähiges Deutschland" als wichtiger Beitrag zur Unterstützung der Agenda 21. Die EXPO-Geschäftsführung wird in einem kurzfristig zu erstellenden Papier die Beteiligungsmöglichkeiten der Verbände sowie weitere Punkte aufgreifen.

Auszug aus dem Protokoll der DNR-Mitgliederversammlung (TOP 10.1)

Die im Beschluß von 1991 enthaltene Unvereinbarkeit einer DNR-Mitgliedschaft und einer EXPO Teilnahme wurde damit in eine Empfehlung der Nichtteilnahme umgewandelt.

Dieser Text und die dahinterstehenden Daten stammen aus dem Projekt

"Agenda, Expo, Sponsoring - Recherchen im Naturschutzfilz"

Im Rahmen dieses Projektes entstanden ein umfangreiches Archiv sowie ein Buch und eine CD mit gleichleutendem Titel, in denen die vielen Filzstrukturen belegt sind (IKO-Verlag)

Autor des Buches und dieses Textes: Jörg Bergstedt.



3.9 Öko-Betriebe

Landwirtschaftliche Höfe, Schreinereien, ArchitektInnen, Druckereien, Läden, Tagungshäuser und vieles mehr sind ein wesentlicher Bestandteil der Umweltbewegung und oft ohne sie nicht denkbar. Dank ihrer finanziellen Möglichkeiten prägen sie die Öffentlichkeitsarbeit erheblich.¹ Auf der anderen Seite führt das Ziel, betriebswirtschaftlich erfolgreich zu sein, zu einer "Marktorientierung", d.h. der Betrieb verhält sich so, daß er auf dem Markt von Angebot und Nachfrage zu Erfolg kommt. Die Angebotspalette (Produkte oder Dienstleistungen) muß also vor allem absetzbar sein. Die ökologische und politische Ausrichtung hat demgegenüber zurückzustehen. Optimalfall ist die Kombination, im Zweifelsfall wird aber niemand etwas anbieten, was niemand oder nur zahlungsschwache KundInnen haben wollen – auch wenn es noch so ökologisch sinnvoll ist.

Die Anfänge

Ein Markt für ökologische Produkte und Dienstleistungen besteht schon seit langem. Ende des letzten Jahrhunderts entstand die Gesundheitsbewegung (Reformhäuser usw.), ohne allerdings umfassend auf ökologischen Anbau, Verpackungen usw. zu achten. Der biologisch-dynamische Anbau besteht ebenfalls schon seit vielen Jahrzehnten. Aufschwung erhielt die Nachfrage nach ökologischen Produkten aber erst mit der entstehenden Umwelt-Massenbewegung der 70er Jahre. Allerdings war der ökologische Anteil am Markt noch sehr klein, die ökologisch ausgerichteten Betriebe waren eher Experimente anderer Wirtschaftsformen und zum Teil eingebettet in alternative Lebensgemeinschaften (Kommunen) oder Projekte (ASTA, Umweltzentren usw.). Meist sprachen die kleinen Läden, Betriebsgebäude oder die Produkte auch nur den Teil der Gesellschaft an, der ohnehin zur Umweltbewegung gehörte.² Damit ließ sich aber kein großer Umsatz machen. Ökologische Betriebsführung war gleichbedeutend mit Selbstausbeutung: Viel Arbeit bei wenig Ertrag. Die Überzeugung, das Richtige zu tun, war Ansporn für die Arbeit. Entsprechend war auch die sonstige Ausrichtung der Betriebe: Für viele waren die politischen Werte das Entscheidende: Kollektive, Beteiligung an politischen Aktionen bis zur Verweigerung der Auftragsannahme von politischen "GegnerInnen".

Konsolidierung und Zielgruppenwechsel

Auch die weitere Geschichte der Öko-Betriebe entspricht dem Verlauf der gesamten Umweltbewegung. Anfang und Mitte der 80er Jahre setzte eine tiefe Enttäuschung ein, daß politische Zielsetzungen allein nicht ausreichen würden, um die Ziele zu erreichen. Die bisher politisch begründete Selbstausbeutung wurde immer mehr spürbar und lästig. Acht, zehn oder noch mehr Stunden teilweise harter Arbeit in alternativen Druckereien, Schreinereien usw. schlauchten, zerstören Beziehungen und Gemeinschaften oder schufen zumindest die klassische Familiensituation: EineR arbeitet, eineR macht den Haushalt (wobei sich die klassischen Geschlechterrollen in alternativen Bereichen manchmal umkehrten, was aber das Problem nicht löste).

Gleichzeitig veränderte sich auch die Umweltbewegung selbst. Aus den kämpferischen BI- und Basisgruppenmitgliedern wurden gut bezahlte LehrerInnen, WissenschaftlerInnen, PlanerInnen und viele BeamtInnen in Verwaltungen und Regierungen. Das schuf Kaufkraft, ökologische Produkte waren gefragt und konnten teuer sein – das Geld war ja da. Doch die soziale Orientierung dieser der Umweltbewegung entstammenden KundInnen wechselte vom alternativ-chaotischen in ein gediegenes Umfeld. Und darauf stellten sich auch viele Betriebe ein, Neugründungen wurden gleich so ausgerichtet. Bioläden veränderten sich aus dunklem Öko-Look in helle, großzügige Räume, Stück für Stück wurde das Angebot vom Grundbedarf auf weitere Produkte ausgedehnt: Teure Lebens- und Genußmittel oder Kosmetika. Der KundInnenstamm veränderte sich von eher mittellosen StudentInnen und den klassischen "Ökos" zu DoppelverdienerInnen oder jungen Familien mit hoher Kaufkraft. Schreinereien konnten ihre ökologisch produzierten Möbel zu Preisen loswerden, von denen sie vorher nur träumen konnten. Umweltgruppen oder Umweltzentren wechselten vom grauen, einfarbig bedruckten Papier zu farbigen Broschüren und Zeitungen ... und die Druckereien zogen mit. Alternative Tagungshäuser hoben ihren Standard von Gruppenunterkünften zu Zwei-Bett-Zimmern mit Dusche oder in ähnliche Kategorien. Das linke BürgerInnen³ zahlte. In den 70er und vor allem 80er Jahren wuchsen zudem die staatlichen Zuschüsse für Tagungshäuser und für die Bildungsarbeit selbst massiv an. Seminare und Bildungsurlaube scheitern kaum noch an Geldfragen, eher wurde es für geförderte Gruppen zum "Sport", mit gefälschten Eintragungen auf TeilnehmerInnenlisten oder ReferentInnenquittungen die üppig vorhandenen Förderungen auch auszunutzen und davon das Tagungshaus oder zusätzliche hauptamtliche Stellen bei den SeminarveranstalterInnen zu finanzieren.⁴ Die Kehrseite dieser Entwicklungen ist, daß unabhängige Gruppen und Einrichtungen es schwer haben, für sie bezahlbare Unterkünfte oder Firmen zu finden. Die Kapitalisierung der Umweltbewegung benachteiligt unabhängige Gruppen.

Pfründesicherung und Gewinnorientierung

In den 90er Jahren kam der Wandel in den ökologischen Betrieben weitgehend zum Abschluß. Ökologische Betriebe, hinter denen noch eine politische Zielrichtung stand, gab es kaum noch. Ganz im Gegenteil: Das Linksbürgertum als zahlungskräftige Zielgruppe mied solche Betriebe, die auch im Rahmen direkter Aktionen aktiv waren. Wer heute einen Blick in Biobauläden, Druckereien, Bioläden, ökologische Möbelhandlungen und Ökogaststätten wirft, erfaßt sofort: Hier ist es teuer. Bioläden werden zu Bio-Boutiquen. Die für viele Ökobetriebe bis in die 80er Jahre typischen chaotischen Tische und Wände voller Flugblätter und Plakate verschwinden Stück für Stück. Teuer eingerichtete Ladenlokale oder Besprechungsräume sind "in". Um das Öko-Image loszuwerden, gehen Bioläden oder andere Betriebe auf Distanz zu umweltpolitischen Gruppen und zu solchen Organisationen, die Selbstorganisation zum Ziel haben. Ein Streit zwischen Food-Coops und Bioläden eskalierte Ende der 80er und Anfang der 90er Jahre. Ziel war

nicht mehr die maximale Verbreitung von Bio-Nahrungsmitteln, sondern der maximale Kommerz. Die Bioläden verweigerten die Kooperation mit Food-Coops (früher war es durchaus üblich, daß Food-Coops bei Bio-Läden mitbestellen). Der Bundesverband des Naturwarenhandels (BNN) setzte die großen Anbieter im Biobereich unter Druck, keine Food-Coops mehr zu beliefern. Anfang der 90er Jahre entstanden aus diesem Streit einige GroßanbieterInnen, die gezielt Food-Coops belieferten. Während früher fast alle Food-Coops Teil der Umweltbewegung waren und Öffentlichkeitsarbeit machten, sind heute viele kommerzialisiert, d.h. sie dienen ausschließlich den ökonomischen Interessen der Mitglieder.

Ganz neu entwickelten sich Firmen im Solar- und Energieberatungsbereich. Staatliche Förderungen und hohe Geldreserven im linken BürgerInnenentum, die meisten dort sind selbst HausbesitzerInnen, pushten den Markt nach oben. Nur ganz vereinzelt gab es Initiativen, deren Ziel es war, den Preis für Solaranlagen zu drücken, um eine Massenverbreitung zu erreichen.⁵ Der Erfolg hielt sich aber in Grenzen. Die Herstellerfirmen und weiterverarbeitenden HandwerkerInnen hatten kein Interesse. Wenige Anlagen mit hohen Gewinnquoten sicherten hohe Einkünfte bei überschaubarem Arbeitsaufwand. Solaranlagen sind nach wie vor deutlich teuer als nötig und somit eher ein Statussymbol der linken und reichen BürgerInnen als ein tatsächlicher Massenartikel, der Chancen hat, in absehbarer Zeit auf vielen Dächern zu finden zu sein. Daß es dennoch beträchtliche Zuwachsraten gibt, liegt vor allem daran, daß das aus den StudentInnen-, Umwelt-/Anti-AKW- und Friedensbewegungen entstandene linke BürgerInnenentum eine breite und fast durchgängig reiche Schicht darstellt. Das finanzielle Potential scheint noch nicht ausgeschöpft, so daß weitere Produktinnovationen wie z.B. Solar- oder 3-Liter-Autos voll auf diese Gruppe abzielen und die Preise und Gewinnspannen dieser ökologisch beworbenen Produkte im Vergleich zu normalen Verbrauchsgütern meist sehr hoch angesetzt sind.

Ähnliches wie für die Solaranlagen gilt für biologische Baustoffe. Der Preisunterschied zu herkömmlichen Produkten (Farben, Glas-/Mineralwolle oder Polystyrol) ist riesig, doppelt bis mehrfach soviel muß in der Regel bezahlt werden. Dabei sind die Herstellungskosten oftmals sogar geringer, weil die Rohstoffe (Altpapier, Pflanzenfasern) nur mechanisch verarbeitet werden. Doch die nachfragende KäuferInnenschicht agiert wenig preisbewußt, sondern sieht ökologische Produkte als Statussymbol, Gewissensberuhigung (für den sonst sehr aufwendigen Lebensstil mit hoher Mobilität und technischem Luxus) oder Teil des modernen "Lifestyles" (bewußt Genießen ... aber ohne Einschränkungen).

Im Laufe der 90er Jahre änderten sich zudem Managementmethoden. Die "Öko-Yuppies"⁶ beeinflussten nicht nur die Umweltverbände (Verbandsmanagement in Sachen PR, Imagekampagnen und Geldbeschaffung statt politischem Druck), sondern prägten auch zunehmend die Öko-Betriebe bzw. gründeten neue. Es gibt etliche Fälle, in denen die ursprünglich kollektive Struktur der Betriebe aufgehoben wurde. Politisch motivierte Strukturen wie Kollektive oder gleicher Lohn für alle wurden aufgehoben.⁷ Zwei Gründe waren die Ursachen, in Einzelfällen traten sie

zusammen auf. Zum einen gibt es kaum noch Menschen, die Interesse an Mitbestimmung und Mitverantwortung haben. Regelmäßige Arbeitszeiten, gesicherte Lohneinnahmen jeden Monat und lieber Arbeit auf Befehl als selbst nachdenken sind angesagt. So scheitern Kollektive oft auch dann, wenn die FirmeninhaberInnen diese Struktur eigentlich wollen, es gar nicht mehr genügend Menschen gibt, die kollektiv arbeiten, d.h. mitentscheiden und sich das Risiko und die Geschäftsführungsarbeit teilen wollen. Zum zweiten gab es Kollektive, die gezielt zerstört wurden von Personen, die aus Eigeninteresse Hierarchien durchsetzen wollten.⁸ Wohin augenblicklich der Trend geht, ist an den Betriebsneugründungen zu sehen. Begriffe wie kollektive Strukturen oder Selbstbestimmung sind nützlich, um sie als PR-Mittel einzusetzen. Wer genauer hinsieht, stellt fest, daß in der Realität überall Öko-Konzerne mit klaren Machtstrukturen entstehen. Der Grund ist vor allem wirtschaftlicher Natur: Einziges Ziel ist der maximale Gewinn. BetriebswirtschaftlerInnen drängen in den Öko-Bereich, Management ersetzt politische Strukturen. Übrig bleiben auf Effizienz ausgerichtete Verwaltungs- und Entscheidungsstrukturen, deren Ziel das Geld ist: Wirtschaftsförderung vom Staat, maximale Gewinne aus der Arbeit selbst sowie, ganz modern, die Ausrichtung als Geldanlageobjekt für die reiche Schicht der linken BürgerInnen. Alles ist so ausgelegt, daß die am meisten von den Anlagen profitieren, die am reichsten sind (je höher der Steuersatz, desto höher die Rendite).⁹ Das alles geht nur, wenn keine Spur radikalpolitischer Orientierung mehr vorhanden ist, denn keine Regierung gibt Geld für kritische Geister, und keine linke BürgerIn legt Geld an in politisch umstrittenen Projekten (und wenn doch, ist es schnell verloren, denn politisch umkämpfte Projekte sind meist wirtschaftlich erfolglos, weil ihnen die reichen KäuferInnenschichten fehlen!).¹⁰

An spannenden Gegenprojekten "von unten" fehlt es nicht, sie sind aber selten oder wirken nur lokal. So hat ein Elektriker in einem kleinen Ort in Mittelhessen fast 200 Solaranlagen in direkter Nachbarschaftshilfe gebaut, er als Betrieb initiierte und unterstützte gegenseitige Hilfe und Eigenarbeit. Tauschringe und DirektvermarkterInnen suchen die lokalen und regionalen Kontakte. Überregional wird ihr Wirken kaum beachtet. Dort setzen die betriebswirtschaftlich geschulten StrategInnen aus Umweltprojekten, -verbänden und -betrieben andere Prioritäten.

Beispiele öko"kapitalistischer" Projekte

Wieweit solcher Öko-Kapitalismus geht, zeigte schon vor Jahren das Ökozentrum in Frankfurt (Kasseler Str. 1A), der mit vielen Millionen aufgebaut Protzbau der Umweltbewegung. Das Geld stammte aus einem Grundstücksverkauf an eine Bank, der Neubau beherbergt heute teure Büroräume, ein edles Tagungszentrum, ein konventionelles Schicki-Micki-Restaurant, Arztpraxen usw.¹¹ Das Restaurant rühmt sich selbst, nur wenige Bio-Angebote zu machen, so sei man auf dem richtigen Weg heraus aus der Öko-Ecke. Konventionelles Fleisch von Rind und Schwein gibt es stattdessen – aber teuer (passend zur reichen Zielgruppe). Alternative Gruppen und direkte Aktionen gibt es in der Kasseler Str. 1A nicht mehr.

Im Original: Auszüge aus der Werbung des Tagungshauses Ka Eins
 S-Bahn-Anschluß zum Flughafen ... 5 Auto-Min. zur BAB-Abfahrt ... Helle Tagungsräume mit natürlichem Klima ... Zeitgemäße Medienausstattung und variantenreiche Tagungskost. ... Präsentieren Sie im Saal mit Empore. ... Genießen Sie die Standards oder die Gerichte der täglich wechselnden Karte des Café-Restaurants "ARCHE NOVA" im Haus, das für ihre Empfänge, Galas und Betriebsfeiern prachtvolle Menüs und Buffets – auch als kbA-Angebote – zubereitet.

Auszüge aus der Speisekarte des Restaurants "Arche Nova"¹²
 Seezungenfilet in Weißweinkrättersauce ... 23,50 DM ... Flugentenbrust mit Orangensauce ... 24,80 DM ... Wiener Schnitzel ... 18,80 DM ... Filetsteak mit Balsamicasauce ... 29,80 DM ... Schweinemedallions mit Estragonsauce ... 20,50 DM.

1997 folgte dann der Versuch, den Frankfurter "Rekord" zu überbieten. Die Ökobank, die Deutsche Umwelthilfe (eine der korruptesten Umweltorganisationen, siehe Kap. 5.2.1) und der BUND legten einen Immobilienfond auf, um die Rommelmühle zu sanieren. Knapp 50 Mio. DM soll das Projekt kosten.

Im Original: Auszüge aus der Ökorespondenz, Nov. 97 (S. 8-9, 19)
 Bei der symbolischen Grundsteinlegung Ende September wurde die Ökobank durch Oliver Förster vertreten, der in seinem Grußwort an die anwesenden VertreterInnen von Presse, Politik und vom Projekt vor allem "die besondere Verführungskraft des Objektes" hervorhob, das selbst das Herz eines eher sachorientierten Bankers schneller schlagen lasse. ... Wohnungen für ca. 100 Menschen ... Gesundheitszentrum ... auf 8.583qm entstehen das Öko-Kaufhaus, das Dienstleistungszentrum und die Restaurants. ... Areal am Stadtrand von Bissingen, an der Nahtstelle zwischen Natur und Bebauung. ... Zur Realisierung des Öko-Kaufhauses hat die Ökobank erstmalig einen geschlossenen Immobilienfonds aufgelegt. ... Sie sollten 30.000,- DM und mehr zur Verfügung haben und diese langfristig anlegen können. ... Ab einem persönlichen Steuersatz von 35% ist das Angebot auch aufgrund der steuerlichen Vorteile sehr interessant. ... Ein Investment, daß sich für Sie und Ihre Umwelt lohnt!

Zu den "Großen" gehören einige Windenergieprojekte. Hier ist der Wandel von kleinen Anlagen zu großen Windparks besonders auffällig – mit Konsequenzen, denn immer häufiger beginnen sich BürgerInnen gegen Windenergieanlagen zu wehren, weil hoher Kapitalansatz Mitbestimmungsrechte außer Kraft setzt. Im Gegensatz zu kleinen Anlagen, die meist intensiv in den Orten der Nähe diskutiert werden und wo auch Chancen bestehen, viele BürgerInnen aus der Region als AnlegerInnen zu finden, werden für große Windparks meist bundesweite Fonds aufgelegt und die Anlagen ohne umfangreiche Einbindung der örtlichen Bevölkerung durchgesetzt. Hohes Kapital führt zur Einschränkung der Mitbestimmung – diese Regel gilt auch für den Öko-Bereich.

Im Original: Auszüge aus dem Werbeprospekt zum Beteiligungsfonds an der Windkraftanlage Utgast II (zur Zeit von Ökobank und anderen verbreitet)
 Der Windpark Utgast – der derzeit größte deutsche Windpark. ... 32,5 Millionen DM ... 22 Windkraftanlagen ... Mindestbeteiligung ab 20.000 DM ... Rendite ca. 8%, je nach persönlichem Steuersatz. ... Windkraftanlagen gehören dabei zu den Investitionsgütern, denen in langfristiger Betrachtung überdurchschnittliche Kapitalrenditen prognostiziert werden. ... attraktives Beteiligungsangebot entwickelt. Es verbindet eine zukunftsorientierten Kapitalanlage mit den Merkmalen einer klassischen Unternehmensbeteiligung: Konservative Kalkulation, erprobte Technologie und ein Bauträgermodell mit abgesicherten Investitionskosten.

Ein typisches Beispiel für eine Vielzahl mittelgroßer Projekte, wie sie zur Zeit in vielen Städten verwirklicht werden, ist das Ökologische Zentrum in Verden, das mit 2,75 Mio. DM aufgebaut wird. Alle staatlichen Förderungen werden ausgenutzt, dafür nicht nur Abhängigkeiten in Kauf genommen, sondern auch offensichtliche Anbiederung betrieben (siehe Kap. 3.6). Für Geldanlagen werden gezielt Menschen aus dem linksbürgerlichen Bereich angesprochen. Ähnlich agierte das von der gleichen Gruppe initiierte und ebenfalls mehrere Millionen teure AllerWohnen als genossenschaftliches Wohnprojekt, für das vor allem Außenstehende als GeldanlegerInnen gewonnen wurden, so daß diese jetzt die Stimmenmehrheit haben. Intern regieren die mit starken Vollmachten ausgestatteten Mitglieder von Vorstand und Aufsichtsrat (siehe Kap. 3.6).¹³

Unter dem Namen "AllaHopp – Gemeinschaftliches Wohnen" sollen in Bremen Wohnungen gebaut werden, die Basis bilden Geldanlage und Genossenschaftsanteilen mit ca. 3 Mio. DM Gesamtvolumen. AllaHopp und AllerWohnen werden von denen gemanagt, für die der Wohnraum auch entsteht.

Das Ökologische Zentrum und AllerWohnen sind aber noch Beispiel für etwas anderes: Sie sind Teil eines alternativen Lebensprojektes mit dem Titel VERbunt. Dieses entstand 1992 mit dem Ziel, Keimzelle einer neuen Gesellschaft zu sein (siehe Kap. 3.6). Gewandelt ist es zu einem hochstrategischen Konzern, der es versteht, maximale Gelder vom Staat und der reichen BürgerInnen zu ziehen, die gern ihr Restgewissen in Sachen Umweltschutz mit sogenannten ethischen Geldanlagen beruhigen, wenn dazu noch Renditen herauspringen. Viele Kommunen und Ökodörfer werden zu Geldanlagestellen in Konzernstruktur, der Öko"kapitalismus" regiert längst das, was eigentlich "alternativ" sein wollte. Dieser Wandel vollzieht sich auch in vielen älteren, alternativen Lebensprojekten (siehe Kap. 3.8). Auch an der Landwirtschaft geht die Kapitalisierung nicht spurlos vorbei. Sowohl ökologische Betriebe als auch Vermarktungseinrichtungen werden immer größer, zentraler und mit mehr Kapitalaufwand errichtet. In Hessen baute Bioland die "Bio-Halle Alsfeld" als Großvertrieb für Schlachtprodukte aus den Ökohöfen. Der Organisator der Biohalle, ein klassischer Öko-Manager-Typ, bezeichnete auf einer Biolandveranstaltung dezentrale Vermarktungsstrukturen als sinnlos.¹⁴ Die Bio-Halle schuf eine starke Zentralisierung im Biofleischbereich.

Der deutlichste Beleg für die Orientierung ökologischer Betriebe an kapitalistischen Zielen (statt an den politischen Positionen Selbstbestimmung, Dezentralität, Umweltschutz, Menschenrechte oder Solidarität) bilden die ökologisch orientierten Banken. In ihnen gibt es einen klaren Trend, große Prestigeobjekte zu fördern. Sie stellen in ihren Veröffentlichungen immer wieder die Anlagesicherheit von Großprojekten dar. Ob bei Ökozentren, Windenergieanlagen oder anderem – gefördert wird vor allem, was groß und teuer ist. Daß solche Projekte fast immer von oben organisiert werden, daß sie Hierarchien fördern und zum Teil gegen den Widerstand von unten (z.B. bei großen Windparks) durchgesetzt werden, interessiert die Öko-KapitalistInnen gar nicht mehr. Noch gibt es bei den Banken auch Förderungen kleiner Projekte, in der Werbung aber stehen sie im Hintergrund.

Nur ganz wenige Betriebe schaffen es, auf geschickte Weise politische Handlungsfähigkeit und Marktorientierung miteinander zu verbinden. Sie nutzen verschiedene Namen für Betrieb und politische Aktionen, um beides ohne die negative Wirkung aufeinander abwickeln zu können, oder stellen weiterhin Räume und Know-How zur Verfügung (auch wenn sie selbst nicht mehr aktiv sind).

Die Geldquellen im Öko-"Kapitalismus"

Hinter dem "Öko-Kapitalismus" stecken zwei wesentliche Geldquellen, die wenig mit alternativen Ideen zu tun haben. Zum einen staatlichen Förderungen, z.B. Eigenheimzulage, Wirtschaftsförderung, direkte Zuschüsse oder Förderungen für regenerative Energien, sozialen Wohnungsbau, ABM-Gelder und vieles mehr. Durch die Entpolitisierung vieler UmweltaktivistInnen der 70er und 80er Jahre, vor allem aber durch die "Öko-Yuppies", die sich zur Zeit in Umweltverbänden und -projekten breitmachen, hat sich das Denken sehr stark verändert. Statt politischem oder ökologischem Sachverstand bringen Nachwuchsleute in Umweltorganisationen heute eher betriebswirtschaftliche Orientierungen ein. So gilt nicht mehr das, was politisch richtig ist, sondern das, was am meisten Geld bringt. Arbeitsinhalte und -strategien werden danach ausgerichtet, wofür es staatliche Fördergelder gibt. Das betrifft zum einen den Vorrang wirtschaftlicher Überlegungen vor politischen Zielen, zum anderen aber auch die inneren Strukturen. Entscheidungsstrukturen in Projekten, die Gleichberechtigung und Basisorientierung zum Ziel haben, sind oft nicht geeignet, öffentliche Förderungen in Anspruch zu nehmen. Daher dominieren immer mehr zentralistische Organisationsmodelle die (ex-)alternative Szene. Offene Netzwerke oder formlose Aktionsgruppen sind vorbei, moderne Öko-ManagerInnen verpassen den alternativen Ideen den Status von Genossenschaften, GmbHs oder ähnlichem. Neben direkten Förderungen kommen ABM-Stellen, Lohnkostenzuschüsse, FÖJ-Stellen, Arbeit-statt-Sozialhilfe-Maßnahmen und weitere direkte Staatsförderungen in Frage. Besonders widersprüchlich: ABM-Kräfte, Zivildienstleistende und bezahlte Baufirmen bauen selbstverwaltete Ökozentren auf – das bedeutet nichts anders, als das mit staatlichen Mitteln über Lohnabhängige das als selbstverwaltet gepriesene Projekt verwirklicht wird. Selbstverwaltung und Ökologie verkommen zu lukrativen Mogelpackungen.

Eine zweite, deutlich an Bedeutung gewinnende Quelle sind Einzelpersonen. Die Öko-KapitalistInnen haben bei ihrer ständigen Suche nach Geld entdeckt, daß die UmweltschützerInnen der 70er und 80er Jahre heute überwiegend eine reiche, linksbürgerliche Schicht bilden, in der viel Geld vorhanden ist. Nicht nur aus der Vergangenheit heraus (politisches Engagement), sondern auch aus dem hohen Bildungsgrad ergibt sich die Neigung dieser Schicht, immer wieder nach Möglichkeiten zu suchen, mit Ablaßhandlungen das Gewissen zu beruhigen und so die Tatsache der politischen Untätigkeit, Anpassung und des hohen, ökologisch belastenden Lebensstandards zu verdrängen. Greenpeace und zunehmend auch andere Umweltverbände leben davon, daß Geldspenden zu dieser Form des Ablaßhandels gehören: Man schützt nicht mehr die Umwelt, man läßt schützen.¹⁵ In genau

diese Kerbe schlägt die Idee, Anlagefonds und -objekte zu schaffen. Mit teilweise unglaublichen Mindesthöhen (z.B. im Fall der Rommelmühle 30.000 DM, beim Windpark Utgast 20.000 DM und bei AllerWohnen immerhin noch 10.000 DM) können Menschen ihr Geld statt auf der Bank in solchen scheinbar ökologischen Projekten bunkern und erhalten trotzdem Zinsen. Das sind zwar teilweise geringer als bei den Großbanken, aber die Geldmenge ist ja nicht das Problem der linken BürgerInnen.¹⁶ Aufrufe zur Geldanlage in scheinbar ökologische Projekte haben zur Zeit Hochkonjunktur. Deutlich sichtbar ist, wie durchgreifend der Effekt des Ablaßhandels funktioniert: Die GeldanlegerInnen reagieren völlig euphorisch auf die ihnen angebotenen Projekte und prüfen diese in der Regel kaum. Dem so mit Millionen ausgestatteten Projekt hilft der Unterschied von privaten zu Bankkrediten allerdings nur in der Frage der Zinsen. Die Abhängigkeit bleibt. Das Projekt ist mit Geld (Kapital) aufgebaut und nicht aus der Kraft der das Projekt tragenden Menschen. Die sind beliebig austauschbare MieterInnen oder MitarbeiterInnen bzw. Angestellte geworden, die Ökonomie beherrscht das Geschehen.

Im Original: Auszüge aus dem "taz"-Artikel "Mehr Grün auf dem Markt", 27.12.1997 (S. 18)
... sollte es für möglichst jeden Typ eine attraktive Möglichkeit geben, mit seiner Kapitalanlage ökologischen Wirtschaftsweisen auf breiter Front zum Durchbruch zu verhelfen: "Wir brauchen nämlich dickes Geld".

Auszüge aus "Soziale Bewegungen im Umweltbereich" von Thomas Bacher u.a. (1990, FH München, S. 128)

These 5: Die Ökologiebewegung kapitalisiert sich zunehmend. Sie trennt dadurch diejenigen, die im Projekt ökologischer Modernisierung ihre berufliche, moralische und persönliche Stabilität gewinnen können von denjenigen, die nach einigen Jahren des ehrenamtlichen Engagements mit privatem Rückzug aufgrund von "burning-out" reagieren.

These 6: Sofern sich die Ökologiegruppen kapitalisieren, gehen sie Bündnisse ein, die der ursprünglichen Ökologiebewegung sehr fern waren.

Auszug aus "Rendite mit Abschlag", Ökowerkmagazin 11+12/1997 (S. 16)

Daß Ökologie und Ökonomie sich nicht unbedingt gegenseitig ausschließen und auch mit Ökofonds Gewinne zu erzielen sind, zeigt das letzte Jahr. Fast alle Ökofonds erzielten in den letzten zwölf Monaten zweistellige Renditen.

Betriebe und Politik

Ökologische Betriebe sind Teil der Umweltbewegung. Ihr Werbung kann Bewußtsein schaffen oder Scheinlösungen anbieten. Ihre Produkte können glaubwürdig oder Mogelpackungen sein. Ökobetriebe oder die MitarbeiterInnen können politische Gruppen unterstützen oder mißachten. Sie können sich sogar distanzieren, z.B. um ein bestimmtes Image zu behalten und so Umsätze zu sichern. All das hat Auswirkungen auf den Umweltschutz, auf das öffentliche Bewußtsein und das konkrete Verhalten.

In den Gründerjahren der Öko-Betriebe gab es fast immer direkte Beziehungen zu politischen Aktionsgruppen. Meist kamen diejenigen, die solche Betriebe gründeten, auch aus politischen Gruppen und waren zunächst weiter dort aktiv. Die Betriebe trugen oft den Protest mit, standen unter Aufrufen, stellten ihre Einrichtungen und Möglichkeiten zur Verfügung (Druckmaschinen, Werkzeug, Faxgeräte usw.) oder waren am Abend oder am Wochenende einfach Treffpunkt für Aktions-

vorbereitungen. Ein wichtiger Teil der Betriebsgründungen aus der aktiven Bewegung waren DienstleisterInnen, die ihre Fähigkeiten nach außen "verkauften" und nach innen, d.h. in der Umweltbewegung, oft unentgeltlich weitergaben. Einzelne tun das sogar bis heute. Beispiele sind einige Verlage, Druckereien und Institute wie das Öko-Institut,¹⁷ das Umweltinstitut, Katalyse oder die Gruppe Ökologie. Es gibt Betriebe, vor allem aber einzelne Personen in ihnen, die das alte Denken noch bis heute erhalten haben und sehr positiv auf umweltpolitische Aktionsgruppen reagieren, die um Hilfe fragen (z.B. mit Beratung oder Sachmitteln). Allerdings finden einige der Betriebe, die noch Kontakt mit Umweltgruppen suchen, kaum noch Partner: Die politisch aktive Szene von BIs oder unabhängigen Gruppen ist verschwunden, die verbandlichen Gruppen vor Ort haben kaum politische Ausrichtungen, sind nicht kooperationswillen und haben meist auch kein Interesse an ökologischen Betrieben,¹⁸ und die neugegründeten Aktionsgruppen, z.B. im Anti-AKW-Bereich, kennen die alten Betriebe entweder nicht oder haben keine Mittel, dort einzukaufen bzw. dorthin Aufträge zu vergeben. Allerdings ist erkennbar, daß erneut aus den wiederaufgeflamten Anti-Atom-Bewegung Betriebe gegründet werden, die engen Kontakt zu aktiven Gruppen halten.¹⁹

Trotz dieser Ausnahmen ist nicht zu übersehen, daß die meisten Betriebe politisch nicht mehr aktiv sind. Der Abbruch der Kontakte geschah über Etablierungsprozesse, Rückzug ins Private oder den Wandel in der Umweltbewegung, d.h. den Zerfall unabhängiger Aktionsgruppen und der Aufbau etablierter Umweltverbände und -einrichtungen. Resignation der alten "KämpferInnen" und eine zunehmende Dominanz derer, die vor allem den wirtschaftlichen Erfolg des Betriebes in den Vordergrund rückten, schufen Veränderungen. Öko-Betriebe sind heute meist Erfüller ökologisch orientierter Konsumwünsche unter linken BürgerInnen. Kleidung, Kosmetika, Möbel, biologische Baustoffe, Reiseangebote, Geldanlage und Versicherungen sind daher die Renner der Zeit. Dienstleister im Ökologiebereich selbst, deren AuftraggeberInnen vorher aktive Umweltgruppen waren (Druckereien, Institute), mußten sich umstellen und neue Zielgruppen erreichen (Firmen, Verwaltungen, Einzelhaushalte, etablierte Umweltverbände und grüne Parteigliederungen). Damit sind sie wirtschaftlich abhängig geworden von KundInnen, die auf eine politische Orientierung des Betriebes oft mit dem Entzug weiterer Aufträge reagieren. Wenn sie aber für Regierungen oder konventionelle Firmen und Organisationen arbeiten, zerbricht oft der Draht zu den letzten verbliebenen Aktionsgruppen.²⁰

Die Veränderungen in den ökologischen Betrieben entsprechen dem Zeitgeist. Damit sind ökologische Betriebe Opfer und Täter zugleich. Sie orientieren sich am "Markt", d.h. an der bestehenden Nachfrage, verstärken diese aber selbst durch ihr Angebot und ihre Werbung. Ökologische Betriebe sind nur selten Trendsetter, d.h. sie bestimmen gesellschaftliche Vorgänge nicht aus ihrer idealen Überzeugung, sondern agieren marktorientiert, d.h. als "Fahne im Wind" gesellschaftlicher Veränderungsprozesse und dadurch entstehender Nachfrage.

Der beschriebene Ökokapitalismus zerbricht den bisher oft vorhandenen Zusam-

menhang zwischen ökologischen Produkten/Dienstleistungen auf der einen und Selbstverwaltung/Dezentralität auf der anderen Seite. "Öko" ist ein Vermarktungsbegriff, der sich mit konventionellen Betriebsstrukturen verbinden läßt.²¹ Daher werden zum einen kommerzielle Betriebe den Öko-Bereich erobern, zum anderen werden sich Öko-Betriebe kommerzialisieren. Da dabei auch grundsätzliche ideelle Schranken fallen und politische Ambitionen zurückgefahren werden, zudem rücken Staatsgelder in den Blickpunkt. Mit geschickten, rechtlichen Konstruktionen werden Förderquellen erschlossen, Risiken begrenzt und große Kredite möglich. Das alles verändert die Öko-Betriebe als Teil der Umweltbewegung:

- Der Drang nach Staatsgeldern führt bewußt oder unbewußt zu Verhaltensweisen, die die Chance von Förderungen erhöhen: Seriöse Kleidung und Auftreten, Ausdrucksform und Design sowie Verzicht auf radikale politische Arbeit.
- Kredite führen zu einem Zwang, über lange Zeit gewinnorientiert zu arbeiten. Subsistenz ist genauso wenig möglich wie die Förderung politischer Arbeit durch betriebliche Einnahmen. Zudem wird die freie Zeit immer stärker eingeengt, weil Mehrarbeit ein Weg zu mehr Geld ist.
- Politische Aktionsgruppen oder alternative Lebensprojekte, die statt dem langsamen Aufbau von unten und aus eigener Kraft auf betriebliche Risikostrategien wie Kredite und Zuschüsse setzen, werden jahrelang unter erheblichem Druck stehen, weil auch ihre sonstige Existenz vom betrieblichen Erfolg abhängt. Plena und andere Entscheidungsgremien werden gefüllt sein mit Debatten um wirtschaftliche Fragen, Gewinnsteigerung, Kreditrückzahlung sowie, wenn es zu wirtschaftlichen Problemen kommt, das Ringen um zusätzliche Einnahmen, staatliche Förderungen oder Werbung (die früher für politische Ideen gemacht wurde). Politische Fragen werden kaum noch Platz in den Gesprächen und Gedanken der Beteiligten haben.
- Unklar ist, welche Geldmengen insgesamt verfügbar sind. Durch die Anlagefonds werden erhebliche Geldmittel in große Projekte gebunden. Angesichts der Attraktivität von Öko-Geldanlagen ist nicht auszuschließen, daß binnen kurzer Zeit riesige Summen in Gebäude, Windparks und Betriebe investiert werden (Hunderte von Millionen oder gar Milliarden DM). Noch leben politische Aktionsgruppen und Umweltverbände auch von diesem Geld der linksbürgerlichen Kreisen, die sie als Spenden erhalten. Spürbar ist bereits, daß die Nachfrage z.B. nach Umweltschutzliteratur deutlich zurückgeht. Das könnte ein Signal sein, daß die verfügbaren Gelder nicht mehr direkt dem Umweltschutz (Aktionen, praktischer Umweltschutz im eigenen Umfeld) bereitgestellt werden, sondern in rentable Öko-Anlageprojekte fließen. Dann aber wären diese sogar schon durch ihre Existenz ein direkter Schaden für die Sache Umweltschutz, weil vielleicht nicht mehr spendet, wer schon Geld angelegt hat.²²
- Die Großprojekte werden in der Öffentlichkeit stehen. Das verschlechtert die Chancen für kleine Projekte. Millionenschwere Ökozentren oder Windanlagen dominieren die Presse und die Auslagen mit hochgestylten Flugblättern. Ihre VertreterInnen werden zu Seminaren und Tagungen geladen, während die klei-

nen Projekte an den Rand gedrängt werden. Es gibt keine Verbände oder Agenturen mehr, die es als Aufgabe sehen, gerade Veränderungen "von unten", dezentral und vielfältig zu fördern. Der Öko-Gigantismus stiehlt solchen Projekten die Schau, die viel eher geeignet wären, Keimzellen für eine neue Gesellschaft zu sein – weil sie unabhängig bleiben und oft weiterhin politisch aktiv sind.

Quellen zu 3.9

- 1 Abgesehen vom autonomen Teil der Umweltbewegung stammen heute fast alle Produkte der Öffentlichkeitsarbeit, seien es Zeitschriften, Flugblätter oder Broschüren, aus professionellen Verlagen, Geschäftsstellen oder PR-Agenturen.
- 2 Symbolisch dafür steht das graue Papier, das einen bewußten Gegensatz zum strahlend-weißen Konsumrausch darstellen sollte. Aber auch Ladeneinrichtungen sowie fehlende oder auf die "Ökos" gezielte Werbung paßten zum damaligen Stil.
- 3 Der hier verwendete Begriff des linken BürgerInnenturns umfaßt die Schicht der Gesellschaft, die auf einem mittleren bis hohen Einkommensniveau liegt und ein komfortables Lebensumfeld (meist eigenes Haus, ein bis mehrere Autos und Urlaubsfahren pro Jahr usw.) hat, hochgebildet und dadurch und/oder durch das in der Vergangenheit liegende, eigene Engagement über die sozialen und Umweltprobleme informiert ist. Diese Personen halten Umfragen zufolge politische Veränderungen für nötig, wählen die Grünen oder die SPD und sind meist in einem Umwelt- oder sozialen Verband Mitglied bzw. arbeiten sporadisch mit. Tatsächlich schaffen sie mit ihrem konkreten Verhalten die Probleme mit, deren Lösung sie einfordern: Umweltzerstörung durch ihren Lebensstil, zudem sind viele DoppelverdienerInnen und fordern gleichzeitig die gerechtere Verteilung der Arbeitszeit. Zwischen Theorie und Praxis klaffen riesige Lücken. In anderen Veröffentlichungen ist für eine ähnlich umgrenzte Schicht auch der Begriff "Bildungsbürgertum" verwendet.
- 4 Viele staatliche Förderungen im Bildungsbereich werden nach der Anzahl von Personen berechnet, die an Seminaren teilnehmen. Wer daher Listen auffüllt mit zusätzlichen Namen, erhält mehr Geld.
- 5 Selbsthilfegemeinschaften in einigen Regionen, Projekt "Phönix" Anfang der 90er Jahre von Seiten des Bundes der EnergieverbraucherInnen sowie Greenpeace-Aktionen für Massenbestellungen Mitte der 90er Jahre.
- 6 Immer mehr ökologisch interessierte, jüngere Menschen wählen als Ausbildung Jura, Betriebswirtschaft oder Wirtschaftswissenschaft. Ihr Ziel waren vor allem Managementfähigkeiten. Sie bilden den Ausgangspunkt des Umbaus großer Teile der Umweltbewegung zu konzernähnlichen Strukturen und Strategien. Im Zuge der Veränderung stellen Betriebe und Verbände auch managementgeschultes Personal ein, das selbst keinen Bezug mehr zum Umweltschutz hatte.
- 7 Das bekannteste Beispiel ist die Berliner "Tageszeitung" (taz), tatsächlich ereilte das Schicksal aber sehr viele Betriebe.
- 8 Beispiel ist das ehemalige Kollektiv "blätterwald", damaliger Sitz Weilmünster, später Frankfurt.
- 9 Je höher die Anlage, desto höher die Zinsen. Je höher das Einkommen, desto höher die Steuerersparnis oder staatliche Förderungen. Öko-Anlagen begünstigen vor allem die Reichen. Die "Ökos" werden in der sogenannten Zwei-Drittel-Gesellschaft zum privilegierten Teil gehören.
- 10 Es gibt Projekte mit politischer Zielrichtung, die ihre finanzielle Grundausstattung über Geldeinlagen erworben haben, z.B. einige linke Zeitungen oder Verlage. Sie zehren aber inzwischen von diesem Geld, d.h. sie sind wirtschaftlich nicht solide, eine Einlage ist eher eine Spende als eine Rendite versprechende Anlage.
- 11 Quellen: **Selbstdarstellungen** und die Situation im Haus. Neben dem Eingang zum Restaurant hängt (vergrößert auf A3) ein Text aus der Frankfurter Rundschau, in dem ein Lob dafür ausgesprochen wird, daß nicht der Öko-Zeigefinger zu finden ist, sondern konventionelle Speisen. Im Haus sitzen unter anderen die Redaktion von Öko-Test, etliche Untergliederungen der Grünen und das Grün-alternative Jugendbündnis, ein Tagungshaus, Caro-Druck (dort entsteht z.B. die taz) usw.
- 12 Nur eine von über 20 Seiten enthält Gerichte aus biologischem Anbau, darunter nur drei vegetarische.
- 13 Überboten werden diese Strukturen nach vom extra für das Verdener Zentrum geschaffenen BUNDFonds Arbeit und Umwelt, in dem es gar keine Kontrolle, keine Haftung der GeschäftsführerInnen und eine direkte Bezahlung derjenigen gibt, die das Geld des Fonds erhalten, d.h. Geldannehmen wird bezahlt – ein lukrativer "Job" (bis 1,5% der Einlage geht pro Jahr an die Geschäftsführung, das sind ca. 100.000 DM in zehn Jahren).
- 14 Aussagen auf einem Regionaltreffen von Bioland Mittelhessen.
- 15 Siehe auch Text "Ablauf von den Regenbogenkämpfern" in: FR, 24.10.1995.
- 16 Inzwischen steigern sich die Öko-ManagerInnen aber und schaffen über neue Strategien, z.B. das Nutzen der Eigenheimzulage oder eine Kombination von Zuschüssen und Anlagen höhere Renditen.
- 17 Der Vorstand des Öko-Instituts hat gegen das Votum der meisten MitarbeiterInnen und ohne Befragung der eigenen Basis beschlossen, bis zum 31.12.1998 alle kostenlosen Dienstleistungen für Umweltgruppen einzustellen. Davon betroffen sind z.B. die Koordinations- und Beratungsstellen im Bereich Immissionsschutz, Gentechnik und Energiewende.

Fred Links

Postmoderne Umweltpolitik?

(2000, metropolis in Marburg, 121 S.)

Das Fragezeichen im Titel läßt interessantes erwarten: Eine kritische Betrachtung der aktuellen Umweltpolitiken, die an Beliebigkeit und Anpassung an das real Bestehende kaum zu überbieten sind? Tatsächlich werden Strategien wie die Nachhaltigkeit und die Dominanz der Ökonomie kritisch durchleuchtet. Daraus folgt aber nicht, daß andere Prinzipien, z.B. die Selbstbestimmung oder zumindest Demokratisierung zum zentralen Steuerungselement werden sollen, sondern der Autor stellt höhere Anforderungen an die Qualität der Nachhaltigkeit. Wie die unter Beibehaltung der Macht- und Marktverhältnisse entstehen sollen, läßt er offen.

Brot für die Welt

Von Gen-Piraten und Patenten

(2000, Brandes & Aspel/Studwind in Frankfurt, 104 S.)

Ein engagiertes, politisches und parteisches Buch – die Karikatur im Innern, die die westlichen Konzerne bei der Jagd nach Genen zeigt, die auf Blumen wegen ihrer Gene aufpassen, aber die Menschen in den armen Ländern einfach überrennen, spricht den Kern an. Die internationalen Handelsabkommen, Gesetze und Patentrechte werden kritisiert und ihre Wirkung benannt.

Marc Lappe/Britt Bailey

Machtkampf Biotechnologie

(2000, Gerling Akademie in München, 208 S., 49 DM)

„Wem gehören unsere Lebensmittel?“ weist der Untertitel auf die Inhalte hin. Ganz behutsam nähern sich die AutorInnen der Fragestellung. Zunächst werden die Argumente der Genkonzerne benannt, um dann Stück für Stück als Lügen entlarvt zu werden. Am Schluß folgt eine Bilanzierung der Diskussionen um Vorrerschafung und Profitinteressen. Es ist ein Buch, das Propaganda entlarvt und Machenschaften von Konzernen offenlegt.

18 Die Verbandsspitzen hingegen interessieren sich mehr für finanzstarke Großkonzerne als Partner.

19 Beispiele sind der Anti-Atom-Verlag Talstefanz in Wendland, Büchertische, selbstorganisierte Taschenkalender oder die anti atom aktuell.

20 Einen interessanten Beleg des Verhältnisses von Öko-Betrieben zu politisch aktiven Projekten bietet die Projektwerkstatt im Kreis Gießen (Soasen). Durch regionale Zeitungen, das Umweltmobil, die unabhängige Volkshochschule und viele Einzelprojekte prägt sie die Umwelt-Öffentlichkeitsarbeit in der Region seit Jahren. Davon profitieren ökologische Betriebe. Dennoch bestehen sehr unterschiedliche Kontakte. Ausgrenzungen gibt es von Seiten der auf einen Imagewechsel bedachten Bioläden, die teilweise nicht einmal mehr Informationsmaterial auslegen oder die regionale Umweltzeitung verkaufen wollen, stattdessen aber im "lifestyle"-Bereich eine gute Auswahl anbieten. Gute Kontakte bestehen dagegen zu Einzelpersonen, die schon länger im ökologischen Bereich arbeiten (aus Solar-, Baubiologiefirmen, Druckereien usw.). Von ihnen erhält die Projektwerkstatt Unterstützung, so daß trotz fehlender GeldgeberInnen und Förderungen der Ausbau eines größeren Gebäudes möglich war. Eine Solarfirma der Region begründete die Spende eines Solarkollektors sogar damit, daß die Projektwerkstatt soviel für das allgemeine Umweltbewußtsein getan habe, daß die Spende eine sinnvolle Gegengeste sei. Obwohl es zum Teil Kooperation gibt und Personen oder Projekte aus der Projektwerkstatt anderen Gruppen geholfen haben (z.B. Berichterstattung in der Regionalzeitung, direkte Mitarbeit), distanzieren sich Einrichtungen wie der Eine-Welt-Laden, einige Jugendzentren oder andere von der Projektwerkstatt, nehmen die Hilfe aber an. Grund ist meist, daß bei ihnen die Kritik an rot-grüner Politik auf wenig Gegenliebe stößt, weil sie eng mit Parteien und staatlichen Stellen verflochten sind.

21 In den 70er und 80er Jahren dagegen war "öko" fast gleichbedeutend mit links, kollektiv, selbstorganisiert und mehr – insgesamt ein umfassender Politikansatz. Auch die Öko-Betriebe sollten Bausteine der Gesellschaftsveränderung sein.

22 Weil das Geld nur einmal ausgegeben werden kann oder weil die Geldanlage reicht, das Umweltbewußtsein beruhigen, und Spenden oft auch dazu dienen (siehe 15).